



JOHANNES GUTENBERG
UNIVERSITÄT MAINZ

Die politische Integration der zweiten Migrantengeneration in der Bundesrepublik Deutschland

Eine quantitativ-empirische Analyse der politischen
Partizipation auf Grundlage des *European Social Surveys*

Hausarbeit zur Erlangung des
Akademischen Grades
einer Magistra Artium

vorgelegt dem Fachbereich Sozialwissenschaften, Medien und Sport
der Johannes Gutenberg-Universität Mainz

von
Sara Yasemin Ceyhan
aus Darmstadt

Mainz, Mai 2012

Inhaltsverzeichnis

Tabellenverzeichnis	I
Abbildungsverzeichnis	III
Abkürzungsverzeichnis	IV
1. Einleitung	1
2. Folgen einer strukturell bedingten Ungleichheit politischer Partizipation für die Demokratie	7
3. Das Civic-Voluntarism-Modell als Erklärungsmodell politischer Partizipation	11
3.1 Eine Bestimmung des politischen Partizipationsbegriffs.....	12
3.2 Strukturierungsmerkmale politischer Partizipation.....	15
3.3 Konzipierung des politischen Partizipationsraums.....	18
3.4 Die Determinanten politischer Partizipation – das <i>Civic-Voluntarism-Modell</i> als Erklärungsmodell politischer Partizipation.....	21
3.4.1 Das <i>Civic-Voluntarism-Modell</i> in der politischen Partizipationsforschung.....	22
3.4.2 Bestimmungsfaktoren politischer Partizipation.....	24
3.4.2.1 Ressourcen.....	24
3.4.2.2 Politische Involvierung.....	27
3.4.2.3 Politische Rekrutierung.....	30
3.4.2.4 <i>Issue</i> -Orientierung.....	33
3.4.3 Das <i>Civic-Voluntarism-Modell</i> in der Kritik.....	34
4. Der politische Integrationsstand der zweiten Migrantengeneration – theoretische Auseinandersetzung	36
4.1 Eine Definition der zweiten Migrantengeneration.....	36
4.2 Der Integrationsbegriff im sozialwissenschaftlichen Diskurs.....	39
4.2.1 Das Integrationsverständnis in der deutschen Diskussion – Die Integrationstheorie nach Hartmut Esser.....	40
4.2.2 Bestimmung des politischen Integrationsbegriffs.....	44
4.3 Annahmen über den politischen Integrationsstand der zweiten Migrantengeneration.....	47
4.3.1 Das Assimilationsmodell – Argumente für eine politische Integration der zweiten Migrantengeneration.....	48
4.3.2 Das Segmentationsmodell – Argumente gegen eine politische Integration der zweiten Migrantengeneration.....	50

5. Forschungsstand zur politischen Integration der zweiten Migrantengeneration in Deutschland	54
5.1 Schwächen der politischen Integrationsforschung	54
5.2 Bisherige Untersuchungen zur politischen Integration der zweiten Migrantengeneration	57
6. Zusammenfassung der theoretischen Annahmen und Hypothesenbildung	61
7. Datengrundlage und Operationalisierung	67
7.1 Datengrundlage	67
7.2 Operationalisierung	69
7.2.1 Operationalisierung der Untersuchungsgruppen	69
7.2.2 Operationalisierung der abhängigen Variablen	72
7.2.3 Operationalisierung der unabhängigen Variablen	74
8. Die politische Integration der zweiten Migrantengeneration in Deutschland – eine empirische Analyse der politischen Partizipation	77
8.1 Unterschiede im Partizipationsniveau zwischen der zweiten Migrantengeneration und Deutschen ohne Migrationshintergrund	77
8.2 Unterschiede in der Partizipationsstruktur zwischen der zweiten Migrantengeneration und Deutschen ohne Migrationshintergrund	81
8.3 Unterschiede in der Ausstattung mit partizipationsrelevanten Ressourcen zwischen der zweiten Migrantengeneration und Deutschen ohne Migrationshintergrund	85
8.4 Der Einfluss des Migrationshintergrunds auf die politische Partizipation der zweiten Migrantengeneration	92
8.5 Zusammenfassung der empirischen Befunde	101
9. Fazit und Ausblick	103
Literaturverzeichnis	108
Anhang	i
A. Fragestellungen und Indexbildungen	i
B. Tabellen	viii
C. Abbildungen	x
D. Tabellarischer Überblick über den Forschungsstand zur politischen Integration der zweiten Migrantengeneration	xii

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Vergleich der Personenanteile zwischen <i>ESS</i> und <i>Mikrozensus</i>	71
Tabelle 2:	Vergleich der formalen Bildungsabschlüsse zwischen <i>Mikrozensus</i> und <i>ESS</i>	72
Tabelle 3:	Unterschiede im Partizipationsniveau (binärer Index).....	78
Tabelle 4:	Unterschiede im Partizipationsniveau (additiver Index).....	79
Tabelle 5:	Unterschiede in der Partizipationsstruktur.....	81
Tabelle 6:	Mittelwertvergleich des Nettohaushaltseinkommens.....	85
Tabelle 7:	Verteilung des formalen Bildungsgrads.....	86
Tabelle 8:	Verteilung der Deutschkenntnis.....	87
Tabelle 9:	Mittelwertvergleich des politischen Interesses.....	87
Tabelle 10:	Verteilung der Parteidentifikation.....	88
Tabelle 11:	Mittelwertvergleich der subjektiven politischen Kompetenz.....	89
Tabelle 12:	Verteilung der Mitarbeit in Organisationen und Vereinen.....	90
Tabelle 13:	Geschlechterverteilung.....	91
Tabelle 14:	Mittelwertvergleich des Alters.....	91
Tabelle 15:	Determinanten politischer Partizipation der zweiten Migrantengeneration	93
Tabelle 16:	Determinanten politischer Partizipation der zweiten Migrantengeneration – unterschieden nach der Anzahl zugewanderter Elternteile.....	96
Tabelle 17:	Determinanten politischer Partizipation der zweiten Migrantengeneration – unterschieden nach der Staatsbürgerschaft	98
Tabelle B1:	Unterschiede im Partizipationsniveau (binärer Index ohne Wahl).....	viii
Tabelle B2:	Unterschiede in der Partizipationsstruktur in einem verfassten und unverfassten Partizipationsindex.....	viii
Tabelle B3:	Erklärungsleistung des <i>CVM</i> in Modell VI für einzelne Partizipationsformen.....	ix

Tabelle B4: Erklärungsleistung des *CVM* in Modell VI für einzelne Partizipationsformen– differenziert nach der Staatsbürgerschaft der zweiten Migrantengenerationix

Tabelle B5: Erklärungsleistung des *CVM* in Modell VI für einzelne Partizipationsformen– differenziert nach der Anzahl zugewanderter Elternteile der zweiten Migrantengeneration.....ix

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Konzipierung des politischen Partizipationsraums.....	21
Abbildung 2:	Kausalpfade im <i>Civic-Voluntarism-Modell</i>	23
Abbildung 3:	Definitionskriterien der untersuchungsrelevanten Personenkreise.....	38
Abbildung 4:	Die vier Typen der (Sozial-)Integration von Migranten.....	41
Abbildung 5:	Die vier Dimensionen der politischen Integration.....	46
Abbildung 6:	Mögliche Wirkungszusammenhänge zwischen einem Migrationshintergrund und der politischen Partizipation der zweiten Migrantengeneration.....	63
Abbildung 7:	Darstellung der einzelnen Regressionsmodelle.....	92
Abbildung 8:	Zusammenfassung des politischen Integrationsstands der zweiten Migrantengeneration.....	101
Abbildung C1:	Verteilung der Staatsbürgerschaften ausländischer Personen der zweiten Migrantengeneration.....	x
Abbildung C2:	Verteilung des väterlichen Herkunftslands der zweiten Migrantengeneration.....	x
Abbildung C3:	Verteilung des mütterlichen Herkunftslands der zweiten Migrantengeneration.....	xi

Abkürzungsverzeichnis

BAMF	Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
BiB	Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung
bzw.	beziehungsweise
CCT	Central Coordinating Team
CVM	Civic-Voluntarism-Modell
d.h.	das heißt
ESS	European Social Survey
et al.	et alii (und andere)
GG	Grundgesetz
Hrsg.	Herausgeber
ISCED	International Standard Classification of Education
MH	Migrationshintergrund
n	Fallzahl pro Untersuchungsgruppe
N	Fallzahl insgesamt
p	Signifikanzwert
PISA	Programme for International Student Assessment
Ref.	Referenzkategorie
SES	Sozioökonomisches Standardmodell
vgl.	vergleiche
z.B.	zum Beispiel

„Citizen participation goes to the heart of democracy“ (Schlozman 2002: 433).

1. Einleitung

Die Partizipation der Bürger am politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess zählt zu den unverzichtbaren und konstitutiven Merkmalen eines demokratischen Systems (Gabriel/Völkl 2005: 526). Sie ist eine zentrale Voraussetzung für die Legitimation demokratischer Herrschaft: „Citizen participation is at the heart of democracy. Indeed, democracy is unthinkable without the ability of citizens to participate freely in the governing process“ (Verba/Schlozman/Brady 1995: 1). In demokratischen Systemen stellt die politische Beteiligung¹ ein Instrument der Bürger dar, ihre politischen Präferenzen und Bedürfnisse an die politischen Entscheidungsträger zu kommunizieren und Druck auf diese auszuüben, ihre Interessen im politischen Entscheidungsprozess zu berücksichtigen sowie die Unterstützung oder Ablehnung politischer Vorhaben zu signalisieren (Brady 1999: 737; Verba/Schlozman/Brady 1995: 1).

Ausgehend von diesem zentralen demokratiethoretischen Stellenwert einer Bürgerbeteiligung hängt die Qualität eines demokratischen Systems von der Institutionalisierung allgemeiner und gleicher Partizipationsrechte ab. Aus demokratiethoretischer Sicht reichen allgemeine und gleiche Teilhaberechte für das Funktionieren eines demokratischen Systems aber nicht aus. Die Qualität eines demokratischen Systems hängt außerdem von der gleichen Wahrnehmung dieser Partizipationsrechte durch die verschiedenen Bevölkerungsgruppen einer Gesellschaft ab: „Participation should be as equal as possible because an equal consideration of preferences and interests is a basic principle of democracy“ (Roller/Rudi 2008: 251). Empirische Studien bestätigen wiederholt, dass Bürger mit einem hohen sozioökonomischen Status, die über eine bessere Ausstattung mit partizipationsrelevanten Ressourcen wie Geld und kognitiven Fähigkeiten verfügen, von ihren Partizipationsrechten stärker Gebrauch machen als Personen mit einem niedrigen sozioökonomischen Status (siehe Roller/Rudi 2008; Verba/Nie 1972; Verba/Schlozman/Brady 1995). Eine solch strukturell verursachte, ungleiche Wahrnehmung der politischen Partizipationsrechte birgt die Gefahr, dass die politischen Repräsentanten in höherem Maße über die politischen Interessen und Präferenzen der sozioökonomisch privilegierten Bürger informiert sind. Die Folge stellt eine Politik zugunsten der privilegierten Bürger dar, während die Anliegen und Interessen der sozioökonomisch benachteiligten Bürger im politischen Entscheidungsprozess unterzugehen drohen (Schlozman 2002: 438; Verba 2003: 663). Vor dem Hintergrund dieser demokratiegefährdenden Folgen, die eine strukturell verursachte Un-

¹ Zum Zwecke einer besseren Lesbarkeit werden die Begriffe politische Partizipation, politische Beteiligung, politische Mitwirkung und politische Aktivität in der vorliegenden Arbeit synonym verwendet.

gleichheit politischer Partizipation nach sich zieht, hat sich die Partizipationsforschung verstärkt der Frage zugewandt, ob zwischen den partizipierenden Bürgern und ihren politisch passiven Mitbürgern systematische Unterschiede hinsichtlich ihrer Ausstattung mit partizipationsrelevanten Ressourcen bestehen.

Das Augenmerk entsprechender empirischer Untersuchungen richtet sich schwerpunktmäßig auf die US-amerikanische Gesellschaft. Als dominierende Studie in diesem Forschungsfeld kann *Voice and Equality* (1995) von Sidney Verba, Kay Lehman Schlozman und Henry E. Brady genannt werden. Im Rahmen ihrer Untersuchung stellten die Autoren fest, dass sich afro- und lateinamerikanische Bevölkerungsgruppen in deutlich geringerem Maße am politischen Entscheidungsprozess beteiligen als weiße (Verba/Schlozman/Brady 1995: 231-233). Diese Unterschiede im Partizipationsverhalten gingen jedoch nicht auf ethnisch-kulturelle Merkmale zurück. Stattdessen partizipierten sie in geringerem Ausmaß, da sie im Vergleich zu den weißen Bevölkerungsgruppen über eine deutlich geringere Ausstattung mit partizipationsrelevanten Ressourcen wie Bildung und Einkommen verfügten. Von diesem empirischen Befund ausgehend schlussfolgerten die Autoren, dass die ethnische Zugehörigkeit keinen eigenständigen, sondern einen von den individuellen Ressourcen abhängigen Einfluss auf die politische Partizipation ethnischer Minderheiten besäße: „[N]either being Black nor being Latino itself reduce participation. Rather, it is the fact that both groups are less well endowed with the factors that foster participation that is responsible for the participation gap on the basis of race“ (Verba/Schlozman/Brady 1995: 523).

Auch die deutsche Gesellschaft setzt sich aus einer Vielzahl von Einwanderergruppen zusammen, die unter der Bezeichnung ‚Personen mit Migrationshintergrund‘ subsummiert werden. Laut *Mikrozensus*² besitzen zum gegenwärtigen Zeitpunkt 19,6 Prozent der deutschen Bevölkerung einen Migrationshintergrund (Statistisches Bundesamt 2011: 389). Der Ursprung dieser Einwanderungsbewegung³ liegt in der sogenannten Gastarbeiterphase, in der zwischen 1952 und 1973 ausländische Arbeitskräfte zur Unterstützung der deutschen Wirtschaft angeworben wurden.⁴ Während dieser Ära herrschte in der deutschen Gesell-

² Der *Mikrozensus* ist eine amtliche Repräsentativstatistik, an der jährlich ein Prozent aller deutschen Haushalte beteiligt ist. Im Rahmen des *Mikrozensus* werden jährlich etwa 390.000 Haushalte mit rund 830.000 Personen befragt. Während die organisatorische und technische Vorbereitung im Statistischen Bundesamt erfolgt, liegt die Durchführung der Befragung und die Aufbereitung der Daten in der Verantwortung der Statistischen Landesämter.

³ Die Begriffe ‚Einwanderung‘, ‚Zuwanderung‘ und ‚Migration‘ werden im Folgenden synonym verwendet.

⁴ Aufgrund eines wirtschaftlichen Aufschwungs stieg der Bedarf an ungelerten Arbeitskräften in der industriellen Produktion. Da dieser Bedarf durch das inländische Arbeitskräfteangebot nicht ausreichend gedeckt werden konnte, wurden Anwerbevereinbarungen mit Italien (1955), Spanien und Griechenland (1960), der

schaft die Annahme, die Arbeitsmigranten würden spätestens nach zwei Jahren aufgrund eines gesetzlich vorgeschriebenen Rotationsverfahrens in ihre Heimatländer zurückkehren (Berger/Galonska/Koopmans 2004: 251). Vor diesem Hintergrund wurde die Frage nach der politischen Integration der Arbeitsmigranten und ihrer Nachkommen in der Integrationsforschung weitgehend vernachlässigt – eine politische Beteiligung der Arbeitsmigranten war gesellschaftlich nicht erwünscht. Obwohl die Mehrheit der Arbeitsmigranten tatsächlich in ihre Heimatländer zurückkehrte, entschied sich ein Teil der Gastarbeiter, ihren Lebensmittelpunkt dauerhaft nach Deutschland zu verlagern und einen Nachzug ihrer Familienangehörigen zu arrangieren.⁵ Da aus den Gastarbeitern bleibende Mitbürger geworden sind und ihre in Deutschland geborenen und aufgewachsenen Nachkommen immer zahlreicher werden, kann die Integrationsforschung die Frage nach ihrer politischen Mitwirkung – insbesondere die der zweiten Migrantengeneration – nicht länger ignorieren. Der zweiten Migrantengeneration gehören alle Personen an, die in Deutschland geboren wurden und mindestens ein zugewandertes Elternteil besitzen (Statistisches Bundesamt 2011: 6).⁶ Da Personen der zweiten Generation als feste Mitglieder der deutschen Gesellschaft von den allgemein-verbindlichen Entscheidungen der politischen Repräsentanten direkt betroffen sind und diese mittragen müssen, drängt sich die Frage auf, in welchem Ausmaß sie am politischen Entscheidungsprozess partizipieren. In Anknüpfung an die demokratiegefährdenden Folgen, die eine strukturell bedingte, ungleiche Wahrnehmung der politischen Partizipationsrechte nach sich zieht, soll daher im Rahmen der vorliegenden Arbeit die Frage geklärt werden: **Sind in Deutschland geborene Personen der zweiten Migrantengeneration politisch integriert, d.h. weisen sie ein ähnliches Partizipationsverhalten auf wie Deutsche ohne Migrationshintergrund?**

Der Fokus der folgenden Analyse richtet sich in diesem Zusammenhang vor allem auf die Frage, welche Rolle die Geburt und Sozialisation in Deutschland für den politischen Integrationsstand der zweiten Generation spielen. Hierzu ist eine gesonderte Untersuchung einzelner Migrantengenerationen notwendig, da diese unterschiedliche Bezüge zum ursprüng-

Türkei (1961), Marokko (1963), Portugal (1964), Tunesien (1965) und Jugoslawien (1968) abgeschlossen (Dickel 2002: 228; Frey 2010: 11; Herbert 2003: 201-216; Yeshurun/Nell 2008: 145).

⁵ In Folge der Ölkrise im Jahr 1973 wurde ein Anwerbestopp verhängt (Frey 2010: 12-13; Keim 2003: 50-51; Schulte/Treichler 2010: 22-23; Vogel 2010: 44; Yeshurun/Nell 2008: 145). Da die Arbeitsmigranten nach einer Rückkehr in ihr Heimatland nicht wieder nach Deutschland hätten migrieren können, beschloss ein Teil von ihnen, sich mit ihren Familien dauerhaft in Deutschland niederzulassen.

⁶ Personen der zweiten Migrantengeneration besitzen somit keine unmittelbaren, sondern lediglich familiär vermittelte Migrationserfahrungen. Eine Definition der zweiten Migrantengeneration erfolgt in Kapitel 4.1. Im Folgenden wird die zweite Migrantengeneration verkürzt als zweite Generation bezeichnet, wie es in der Integrationsforschung üblich ist (Fincke 2009: 14; Hämmig 2000: 28; Weiss 2007: 25). Der Generationenbegriff wird in der vorliegenden Arbeit durchgängig in seiner migrationsbezogenen Bedeutung verwendet.

lichen Migrationsereignis⁷ aufweisen. Während die erste Generation in ein anderes gesellschaftliches Bezugssystem sozialisiert wurde und eigene unmittelbare Migrationserfahrungen besitzt, sind Personen der zweiten Generation bereits in Deutschland geboren und sozialisiert worden.⁸ Um zu klären, ob der Migrationshintergrund trotz der Geburt und Sozialisation in Deutschland auf den Integrationsstand der zweiten Generation wirkt, steht ausschließlich die zweite Generation im Fokus der vorliegenden Arbeit. Bestätigt sich, dass der Migrationshintergrund keinen Einfluss auf den politischen Integrationsstand der zweiten Generation besitzt, können die Geburt und Sozialisation in Deutschland als entscheidende Faktoren einer erfolgreichen Integration angesehen werden.

Für die wissenschaftliche Relevanz der politischen Integration der zweiten Generation spricht erstens, dass es sich hierbei längst nicht mehr um eine marginale Bevölkerungsgruppe handelt. Vielmehr stellt ein familiär vermittelter Migrationshintergrund in Folge einer höheren Geburtenrate von Frauen mit Migrationshintergrund (Schmid/Kohls 2011: 5-6) mittlerweile ein bedeutsames, soziokulturelles Merkmal in der deutschen Gesellschaft dar (Beger 2000: 30; Geisen 2007: 28). Laut *Mikrozensus* besaßen im Jahr 2010 bereits 6,4 Prozent der deutschen Bevölkerung einen familiär vermittelten Migrationshintergrund (Statistisches Bundesamt 2011: 389). Beteiligt sich eine solch große Bevölkerungsgruppe tatsächlich in geringerem Maße am politischen Entscheidungsprozess als die Mehrheitsgesellschaft ohne Migrationshintergrund, stellt dies eine ernste Gefahr für die demokratische Repräsentation der zweiten Generation dar.

Zweitens spricht die gegenwärtige Forschungslage für eine nähere Untersuchung der politischen Integration der zweiten Generation: Bislang liegen kaum empirisch gesicherte Erkenntnisse über den politischen Integrationsstand der zweiten Generation vor. Eine Ursache hierfür liegt in der deutschen Migrationsgeschichte: Die deutsche Gesellschaft erkannte ihre Rolle als Einwanderungsland lange Zeit nicht an. Im Jahr 1998 initiierte die rot-grüne Bundesregierung eine Integrationspolitik, in der Deutschland erstmals öffentlich als Einwanderungsland bezeichnet wurde (Glatzer 2004: 11). Erst nachdem die ehemaligen Arbeitsmigranten und ihre in Deutschland geborenen Nachkommen von Seiten der Politik als dau-

⁷ Unter internationaler Migration wird der auf Dauer angelegte oder dauerhaft werdende Wohnortwechsel einer Person oder Personengruppe über Staatsgrenzen hinweg verstanden (Butterwegge 2010: 21; Caballero 2009: 23-24; Han 2010: 6-7; Reinprecht/Weiss 2011: 16; Schulte/Treichler 2010: 17; Treibel 2008: 18-22). Das Kriterium der Dauerhaftigkeit schließt vermeintlich ähnliche Phänomene wie Urlaubsaufenthalte oder beruflich bedingte Pendelbewegungen aus der Definition aus.

⁸ Selbstverständlich ist eine Integration nicht in der zweiten Generation abgeschlossen, sondern setzt sich auch in der dritten Generation fort. Allerdings ist die dritte Generation zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch zu jung, als dass verlässliche Aussagen über ihre politische Integration getroffen werden können. Daher wird die dritte Generation in der folgenden Analyse nicht berücksichtigt.

erhaft in Deutschland lebende Mitbürger anerkannt wurden, rückte die Frage nach der Integration dieser Bevölkerungsgruppen zunehmend in das allgemeine Forschungsinteresse. Eine weitere Ursache liegt in einem forschungspraktischen Problem (Wüst 2003: 29): Erst seit der Aufnahme des Themenkomplexes ‚Migration und Integration‘ in das Erhebungsprogramm des *Mikrozensus* im Jahr 2005 wird die in Deutschland lebende Bevölkerung nach dem Vorliegen eines Migrationshintergrunds unterschieden, der unabhängig von der Staatsbürgerschaft bestimmt werden kann. Untersuchungen vor diesem Zeitpunkt unterschieden die in Deutschland lebende Bevölkerung ausschließlich nach ihrer Staatsbürgerschaft. Da die Mehrheit der zweiten Generation jedoch eine deutsche Staatsbürgerschaft besitzt, kann sie auf Grundlage des formal-rechtlichen Kriteriums ‚Staatsbürgerschaft‘ statistisch nicht von Deutschen ohne Migrationshintergrund unterschieden werden (Caballero 2009: 15-16). Untersuchungen, die ausschließlich mit dem Merkmal ‚Staatsbürgerschaft‘ operieren, erfassen daher einen nur kleinen Ausschnitt des tatsächlich untersuchungsrelevanten Personenkreises. Eine dritte Ursache ist, dass die zweite Generation bislang nicht einheitlich definiert wird (Fincke 2009: 78; Wiedemann 2006: 261-262). Je nachdem, welche Definitionskriterien festgelegt werden, resultieren sehr unterschiedliche empirische Befunde.

Um die möglichen Konsequenzen bewerten zu können, die aus einer ungleichen Wahrnehmung der politischen Partizipationsrechte durch die zweite Generation und Personen ohne Migrationshintergrund folgen, wird in Kapitel 2 zunächst auf die demokratiegefährdenden Folgen einer strukturell bedingten Ungleichheit politischer Partizipation eingegangen. Anschließend werden in Kapitel 3 die theoretischen Konstrukte politischer Partizipation, welche die politische Komponente des politischen Integrationsbegriffs bilden, näher erläutert: Um den untersuchungsrelevanten Partizipationsraum der vorliegenden Arbeit einzugrenzen, wird in Kapitel 3.1 der politische Partizipationsbegriff definiert. Daraufhin werden Strukturierungskriterien vorgestellt, die sich zur Systematisierung des untersuchungsrelevanten Partizipationsraums eignen (Kapitel 3.2). Ausgehend von der Definition politischer Partizipation wird in Kapitel 3.3 der Partizipationsraum der vorliegenden Arbeit festgelegt, der auf Grundlage der vier Strukturierungskriterien systematisiert wird. Um die Ursachen eines möglicherweise strukturell bedingten Ausschlusses der zweiten Generation aus dem Partizipationsprozess zu identifizieren, wird in Kapitel 3.4 das *Civic-Voluntarism-Modell* (CVM) (1995) nach Verba, Schlozman und Brady als Erklärungsmodell politischer Partizipation herangezogen. Hierzu werden zunächst die zentralen Annahmen des Modells erläutert (Kapitel 3.4.1). Anschließend wird in Kapitel 3.4.2 auf die einzelnen Erklärungsfak-

toren des *CVMs* eingegangen. In Kapitel 3.4.3 werden die Schwächen des *CVMs* diskutiert, die bei der Interpretation der empirischen Befunde Berücksichtigung finden sollen.

In Kapitel 4 steht das Integrationskonzept im Vordergrund, das die zweite Komponente des politischen Integrationsbegriffs bildet. Um eine klare Eingrenzung der untersuchungsrelevanten Personenkreise für die folgende empirische Analyse vorzunehmen, wird in Kapitel 4.1 zunächst die zweite Generation definiert. In Kapitel 4.2.1 wird Hartmut Essers Integrationstheorie vorgestellt, die in der deutschsprachigen Integrationsforschung bislang als die grundlegendste Theorie zur Eingliederung von Migranten gilt. Aus dem politischen Partizipations- und dem soziologischen Integrationskonzept wird in Kapitel 4.2.2 eine politikwissenschaftliche Interpretation des Integrationsbegriffs entwickelt, deren Fokus sich auf die politische Partizipation der zweiten Generation richtet. In Kapitel 4.3 werden die in der Integrationsforschung vorgetragenen Annahmen und Argumente beleuchtet, die für oder gegen eine politische Integration der zweiten Generation sprechen, um hieraus mögliche Erkenntnisse über ihren Integrationsstand zu gewinnen.

In Kapitel 5 wird ein Überblick über den aktuellen Forschungsstand zur politischen Integration der zweiten Generation und die hiermit verbundenen forschungspraktischen Probleme gegeben, wie sie einleitend bereits kurz skizziert wurden.

Im Anschluss an den theoriegeleiteten Teil der Arbeit folgt die Herleitung und Explikation der Forschungshypothesen (Kapitel 6), die den Übergang zum empirischen Teil der Arbeit bilden. Da es sich bei der vorliegenden Arbeit um eine Sekundäranalyse handelt, wird in Kapitel 7.1 die Datengrundlage näher erläutert, auf die eine Operationalisierung der untersuchungsrelevanten Konstrukte folgt (Kapitel 7.2).

In Kapitel 8 wird in Anlehnung an die vier Kriterien politischer Integration, die in Kapitel 4.2.2 entwickelt wurden, die politische Integration der zweiten Generation empirisch untersucht. Hierzu wird in Kapitel 8.1 überprüft, ob Unterschiede im Partizipationsniveau zwischen der zweiten Generation und Personen ohne Migrationshintergrund bestehen. Anschließend wird untersucht, ob und inwiefern sich die beiden Untersuchungsgruppen in ihrer Partizipationsstruktur voneinander unterscheiden (Kapitel 8.2). Um zu prüfen, ob die zweite Generation in ihrer Ausstattung mit partizipationsrelevanten Ressourcen, wie sie im *CVM* genannt werden, strukturell benachteiligt ist, wird in Kapitel 8.3 die Ressourcenverteilung zwischen den beiden Untersuchungsgruppen verglichen. Abschließend wird auf Grundlage von logistischen Regressionsmodellen untersucht, ob der Migrationshintergrund

einen eigenständigen Einfluss auf die politische Partizipation der zweiten Migrantengeneration besitzt (Kapitel 8.4). In Kapitel 8.5 werden die empirischen Befunde abschließend kurz zusammengefasst. Auf Grundlage dieser Zusammenfassung wird außerdem ein Resümee gezogen, ob und inwiefern die zweite Generation als politisch integriert gelten kann.

Den Abschluss der Arbeit bildet ein Fazit (Kapitel 9), in dem die theoretischen Annahmen und die empirischen Befunde zusammengefasst werden. Ferner soll ein Ausblick mit Anregungen für künftige Forschungsvorhaben gegeben werden.

2. Folgen einer strukturell bedingten Ungleichheit politischer Partizipation für die Demokratie

Bisher vorliegende empirische Befunde deuten darauf hin, dass Personen der zweiten Generation von ihren Partizipationsrechten weniger Gebrauch machen als Personen ohne Migrationshintergrund (Glatzer 2004: 61). Wie bereits im Falle der US-amerikanischen Gesellschaft festgestellt wurde, gehen Unterschiede im Partizipationsverhalten zwischen ethnischen Minderheiten und der weißen Mehrheitsgesellschaft nicht auf ethnisch-kulturelle Differenzen zurück, sondern resultieren in erster Linie aus Unterschieden in der Ausstattung mit partizipationsrelevanten Ressourcen (Verba/Schlozman/Brady 1995: 523). Möglicherweise rufen auch in der deutschen Gesellschaft Unterschiede in der Ressourcenausstattung zwischen der zweiten Generation und Personen ohne Migrationshintergrund ein ungleiches Partizipationsverhalten hervor. Eine demokratietheoretische Auseinandersetzung mit den Folgen einer solch strukturell verursachten Ungleichheit politischer Partizipation ist für die folgende Analyse daher von zentraler Bedeutung. Erst vor ihrem Hintergrund können die demokratiegefährdenden Folgen bewertet werden, die eine geringere politische Beteiligung der zweiten Generation nach sich ziehen würde.

Bislang besteht in der politischen Partizipationsforschung kein Konsens, was genau unter politischer Gleichheit verstanden werden soll: „If political equality is hard to achieve, it is almost as hard to define“ (Verba/Schlozman/Brady 1995: 12). Dieser Arbeit liegt ein *input*-orientiertes Verständnis politischer Gleichheit zugrunde, da sich ihr Fokus ausschließlich auf die politische Partizipation der zweiten Generation richtet, nicht jedoch auf die Frage, inwiefern ihre Interessen auch eine entsprechende Repräsentation in den politischen Entscheidungen finden. Letzterer Aspekt ist einem *output*-orientierten Verständnis politischer Gleichheit zuzuordnen, wie es auch Verba, Schlozman und Brady (1995: 171) vertreten (Teorell 2006: 792; Teorell/Sum/Tobiasen 2007: 384-385). Obwohl Verba, Schlozman und Brady den Aspekt einer gleichberechtigten Repräsentation nicht überprüfen, nehmen sie an,

dass ein gleiches Ausmaß politischer Partizipation zu einer gleichberechtigten Repräsentation führt.⁹ Auch in der vorliegenden Arbeit wird angenommen, dass unter dem Gleichheitssatz in Art. 3 GG ein gleiches Ausmaß politischer Partizipation zu einer weitgehend gleichen Repräsentation führt. In Anlehnung an ein *input*-orientiertes Verständnis kann von politischer Gleichheit gesprochen werden, wenn zwei zentrale Bedingungen erfüllt sind: Erstens darf keine *systematische, d.h. rechtliche* und zweitens keine *strukturelle Exklusion* einzelner Bevölkerungsgruppen bestehen (de Nève 2009: 30).

Eine *systematische Inklusion* ist erfüllt, wenn allen volljährigen Bürgern eines politischen Systems allgemeine und gleiche Partizipationsrechte eingeräumt werden (Dahl 2006: 9; de Nève 2009: 30; Verba 2003: 665). Werden einzelne Bevölkerungsgruppen von den demokratischen Teilhaberechten ausgeschlossen, liegt hingegen eine Form systematischer Exklusion vor. Im Falle von Wahlen muss darüber hinaus ein Stimmgleichgewicht hergestellt sein, das in dem Prinzip ‚one man, one vote‘¹⁰ zum Ausdruck kommt (Dahl 2000: 38; 2006: 9; Griffin/Newman 2008: 13; Hierath 2001: 50; Verba/Schlozman/Brady 1995: 10; Weßels 2002: 145). Angehörige der zweiten Generation besitzen im deutschen politischen System grundsätzlich die gleichen Partizipationsrechte wie Personen ohne Migrationshintergrund. Eine Ausnahme stellen Wahlen dar, wovon ausländische Personen der zweiten Generation ausgeschlossen sind.¹¹ Besitzen sie die Staatsbürgerschaft eines EU-Mitgliedstaates dürfen sie seit der Änderung des Art. 28 Abs. 1 GG im Jahr 1992 zumindest an Kommunal- und EU-Wahlen partizipieren (Diehl 2000: 88). Da Personen der zweiten Generation mehrheitlich eine deutsche Staatsbürgerschaft besitzen, werden ihnen weitgehend gleiche Partizipationsrechte eingeräumt wie Personen ohne Migrationshintergrund. Vor diesem Hintergrund wird dem Aspekt einer systemischen Exklusion in der folgenden Analyse nicht weiter nachgegangen. Vielmehr richtet sich das Forschungsinteresse auf eine mögliche strukturelle Exklusion der zweiten Generation.

⁹ Verba, Schlozman und Brady (1995: 30) verzichten in ihrer Untersuchung *Voice and Equality* (1995) auf eine empirische Überprüfung der Annahme, dass ein höheres Partizipationsniveau eine verbesserte Responsivität nach sich zieht. In einer früheren Studie, *Participation in America* (1972), untersuchten Sidney Verba und Norman H. Nie diese Annahme. Wie die empirische Analyse zeigte, verbesserte ein höheres Partizipationsniveau die Responsivität der politischen Entscheidungsträger (Verba/Nie 1972: Kapitel 17-19).

¹⁰ Dieses Prinzip ist ausschließlich in Bezug auf Wahlen verwirklicht, da jede wahlberechtigte Person lediglich eine Stimme besitzt (Verba/Schlozman/Brady 1995: 23-24). Hinsichtlich anderer Partizipationsformen – etwa dem Kontaktieren von politischen Amtsträgern – ist ein Stimmgleichgewicht nicht sichergestellt. Bürger können politische Amtsträger wiederholt kontaktieren – es bestehen keinerlei institutionelle Einschränkungen.

¹¹ Zwei Prozent der in Deutschland lebenden Bevölkerung gehören der zweiten Generation an und besitzen eine ausländische Staatsbürgerschaft (siehe Kapitel 7.2.1). Dass dauerhaft in Deutschland lebende Ausländer in ihrem Wahlrecht massiv eingeschränkt sind, wird kritisch diskutiert (siehe D’Amato 2001; Edathy 2011).

Von einer politischen Gleichheit kann zweitens nur gesprochen werden, *wenn keine strukturelle Exklusion* einzelner Bevölkerungsgruppen besteht. In diesem Zusammenhang ist entscheidend, welche partizipationsrelevanten Merkmale die politisch aktiven Bürger besitzen und wie repräsentativ sie für die Gesamtheit der Bürger sind: „the preferences and needs expressed through participation should give an undistorted picture of the preferences and needs of the entire citizenry“ (Teorell 2006: 793).¹² Solange sich die politisch aktiven Bürger hinsichtlich ihrer partizipationsrelevanten Merkmale nicht von den politisch passiven Bürgern unterscheiden, zieht eine ungleiche Wahrnehmung der politischen Partizipationsrechte keine demokratiegefährdenden Folgen nach sich (de Nève 2009: 30; Teorell 2006: 798; Verba/Nie/Kim 1980: 5; Verba/Schlozman/Brady 1995: 26-27; Verba et al. 1993: 455). Die partizipierenden Bürger können in diesem Fall die Interessen und Anliegen ihrer politisch passiven Mitbürger repräsentieren (Verba 2003: 670; Verba/Schlozman/Brady 1995: 11).¹³ Verzichten Bevölkerungsgruppen, die mindestens ein gemeinsames soziostrukturelles Merkmal besitzen, das sie von den politisch aktiven Bevölkerungsgruppen unterscheidet, überproportional häufig auf eine politische Partizipation, liegt hingegen eine Form struktureller Exklusion vor (Verba/Nie/Kim 1980: 10). In einem solchen Fall sind die politisch aktiven Bevölkerungsgruppen nicht repräsentativ für die Gesamtheit der Bürger – dies ist insbesondere in Bezug auf ihre sozioökonomische Ressourcenausstattung der Fall (van Deth 2003: 185; Verba/Nie/Kim 1980: 1). Bürger mit einem hohen sozioökonomischen Status, die über eine bessere Ausstattung mit partizipationsrelevanten Ressourcen wie Geld und Bildung verfügen, machen von ihren politischen Partizipationsrechten stärker Gebrauch als Personen mit einem niedrigen sozioökonomischen Status.

Das Kernproblem einer ungleichen Wahrnehmung der politischen Partizipationsrechte besteht vor allem in den Konsequenzen dieser sozioökonomischen Merkmale: Die sozialen Lebensumstände rufen bestimmte politische Interessen und Bedürfnisse hervor – etwa im Hinblick auf staatliche Sozialleistungen (Verba 2003: 670-676; Verba/Schlozman/Brady

¹² Je mehr Bürger partizipieren, desto geringer ist die Wahrscheinlichkeit, dass sich die politisch aktiven und passiven Bürger strukturell voneinander unterscheiden. Als Lösung hat Arend Lijphart (1997: 8-11) daher die Einführung einer allgemeinen Wahlpflicht gefordert. Mit einer Wahlpflicht ist das Problem einer strukturellen Ungleichheit politischer Partizipation jedoch nicht gelöst. Diese Ungleichheit betrifft nämlich nicht nur das Wählen, sondern vor allem auch weniger institutionalisierte Partizipationsformen wie Petitionen oder Demonstrationen. Darüber hinaus besteht ein demokratisches Recht zur Wahlabstinenz. Für eine ausführliche Diskussion der Wahlpflicht siehe Engelen (2007).

¹³ Verba, Schlozman und Brady (1995: 175-177) bezeichnen diese Form der indirekten Repräsentation als „proxy representation“. Die Autoren weisen jedoch darauf hin, dass eine solch indirekte Form der Repräsentation niemals so effektiv ist wie eine direkte Partizipation.

1995: 1-2).¹⁴ Problematisch ist in diesem Zusammenhang, dass eine ungleiche Partizipation auch systematische Unterschiede in der Chance mit sich bringt, im politischen Entscheidungsprozess Gehör für diese politischen Präferenzen und Bedürfnisse zu finden (Brady 1999: 737; Burns/Schlozman/Verba 2001: 24; Gabriel/Völkl 2008: 271; Radtke 1976: 13; Schlozman et al. 2005: 29; Verba/Schlozman/Brady 1995: 1; Weßels 2002: 148). Eine ungleiche Wahrnehmung der politischen Partizipationsrechte birgt die Gefahr, dass die politischen Repräsentanten in höherem Maße über die Interessen und Anliegen der sozioökonomisch privilegierten Bürger informiert sind. Als Folge spiegeln die politischen Entscheidungen nicht die Interessen und Präferenzen aller Bürger wider, sondern lediglich die der privilegierten Bevölkerungsgruppen (Verba/Nie/Kim 1980: 5). Dagegen drohen die Interessen und Bedürfnisse der politisch passiven Bevölkerungsgruppen, die einen niedrigeren sozioökonomischen Status besitzen, im politischen Entscheidungsprozess unterzugehen (Burns/Schlozman/Brady 2001: 6; Gabriel/Völkl 2005: 562). Folglich sind nicht nur die Chancen zur politischen Partizipation ungleich verteilt, sondern diese Ungleichheit setzt sich auch in Bezug auf die repräsentierten Politikinhalt fort (Linden 2007: 63; Weßels 2002: 159).

Das demokratietheoretische Problem einer ungleichen Wahrnehmung der politischen Partizipationsrechte verschärft sich im Kontext der vorliegenden Arbeit noch zusätzlich. Es ist anzunehmen, dass sich Angehörige der zweiten Generation nicht nur in ihren sozioökonomischen, sondern auch in ihren soziokulturellen Lebensumständen von Personen ohne Migrationshintergrund unterscheiden. Diese Annahme geht auf die Überlegung zurück, dass die Migrationsentscheidung der Eltern nicht nur eine Bereitschaft zur räumlichen Mobilität erfordert, sondern den Wechsel des kulturellen und gesellschaftlichen Bezugssystems impliziert (Reinprecht/Weiss 2011: 16). In diesem Migrationsprozess verlieren die erlernten und verinnerlichten Wertvorstellungen, Verhaltensnormen und Rollenmuster ihre gesellschaftliche und soziokulturelle Gültigkeit (Han 2010: 205-206). Daher gilt die Migration als psychisch belastender Prozess, der die familiäre Lebenswirklichkeit nachfolgender Generationen in vielen verschiedenen Aspekten prägen kann – etwa die in der Familie geleb-

¹⁴ Wolfinger und Rosentone (1980: Kapitel 6) konnten keine Unterschiede zwischen den politischen Präferenzen von Wählern und Nichtwählern feststellen. Im Rahmen weiterer Untersuchungen fand man jedoch Hinweise darauf, dass sich die politisch aktiven und passiven Bürger in ihren politischen Präferenzen voneinander unterscheiden (Verba/Nie 1972: 265-343). Diese Annahme erscheint plausibel, da die unterschiedlichen sozialen Lebensumstände zu unterschiedlichen politischen Bedürfnissen und Präferenzen führen. Auch im Kontext der vorliegenden Arbeit gibt es Hinweise, dass sich Personen mit und ohne Migrationshintergrund in ihren politischen Präferenzen voneinander unterscheiden. Für Unterschiede zwischen Ausländern, Aussiedlern und Deutschen siehe Tietze (2008), für Unterschiede zwischen Eingebürgerten und Personen ohne Migrationshintergrund siehe Wüst (2000; 2002; 2003; 2006).

ten kulturellen Traditionen, die gesprochenen Sprachen, die Religion sowie die politische Sozialisation (Butterwegge 2010: 23; Reinprecht/Weiss 2011: 16). Da sich die zweite Generation in ihren soziokulturellen Lebensumständen und infolgedessen möglicherweise auch in ihren politischen Interessen von Personen ohne Migrationshintergrund unterscheidet, können ihre Interessen und Anliegen auch nur unzureichend durch Bürger ohne Migrationshintergrund repräsentiert werden.

Als Folge sind die Interessen der zweiten Generation möglicherweise in geringerem Maße in den allgemein-verbindlichen Entscheidungen des politischen Systems repräsentiert. Daher besitzt die zweite Generation möglicherweise weniger identifikative Orientierungen gegenüber dem politischen System als Deutsche ohne Migrationshintergrund und entfremdet sich zunehmend von diesem. Eine solche Entfremdung kann langfristig die Stabilität und Legitimität eines demokratischen Systems gefährden (Bird/Saalfeld/Wüst 2011: 4; Pickel/Pickel 2006: 66; van Deth 2009: 155).

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass das politische Gleichheitskonzept eine systematische und strukturelle Komponente aufweist. Da Angehörige der zweiten Generation weitgehend gleiche Partizipationsrechte besitzen wie Personen ohne Migrationshintergrund, wird dem Aspekt einer systematischen Exklusion in der folgenden Analyse jedoch nicht weiter nachgegangen. Stattdessen richtet sich das Forschungsinteresse auf die Frage, ob die zweite Generation infolge einer strukturellen Exklusion aus dem politischen Partizipationsprozess ausgeschlossen ist.

3. Das *Civic-Voluntarism-Modell* als Erklärungsmodell politischer Partizipation

Im folgenden Kapitel werden zunächst theoretische Grundlagen für die politische Komponente des politischen Integrationskonzeptes gelegt. Hierzu soll auf theoretische Ansätze der politischen Partizipationsforschung eingegangen werden. Wie in Kapitel 2 erläutert wurde, steht eine möglicherweise strukturell verursachte Exklusion der zweiten Generation aus dem politischen Partizipationsprozess im Forschungsinteresse der vorliegenden Arbeit. Um die Ursachen einer strukturell bedingten Exklusion zu identifizieren, wird das *Civic-Voluntarism-Modell (CVM)* von Verba, Schlozman und Brady als theoretische Grundlage herangezogen, das Unterschiede im Partizipationsverhalten zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen auf eine ungleiche Ausstattung mit partizipationsrelevanten Ressourcen zurückführt.

Bevor jedoch auf die Erklärungsfaktoren politischer Partizipation eingegangen werden kann, ist es im ersten Schritt unbedingt erforderlich, den politischen Partizipationsbegriff, wie er dieser Arbeit zugrunde liegt, zu definieren und ausgehend von dieser Definition den untersuchungsrelevanten Partizipationsraum einzugrenzen und zu systematisieren. Eine begriffliche Festlegung ist als Ausgangspunkt für die folgende Analyse unerlässlich, denn „the initial definition of participation employed may strongly determine one’s subsequent findings“ (Asher/Richardson/Weisberg 1984: 49).

3.1 Eine Bestimmung des politischen Partizipationsbegriffs

Im ersten Schritt der Analyse soll der politische Partizipationsbegriff definiert werden, der den untersuchungsrelevanten Partizipationsraum für die folgende Analyse festlegt. Zwar besteht in der Partizipationsforschung ein breiter Konsens im Hinblick auf den demokratietheoretischen Stellenwert einer Bürgerbeteiligung: „Wer Demokratie sagt, meint Partizipation“ (van Deth 2009: 141). Eine nähere Betrachtung der wissenschaftlichen Verwendung des Partizipationsbegriffs offenbart allerdings, dass sehr unterschiedliche Begriffsdefinitionen vorherrschen (Hoecker 2006: 3).¹⁵

Eine politische Mitwirkung der Bürger findet in einem gesellschaftlichen Handlungsbereich statt, in dem für die Allgemeinheit verbindliche Entscheidungen getroffen und durchgesetzt werden (Gabriel/Völkl 2008: 270). Es ist jedoch nicht zweckdienlich, jede geistige, gedankliche oder im Verhalten sichtbare Beschäftigung mit Politik bereits als politische Beteiligung zu verstehen, wie es bei Radtke (1976: 16) der Fall ist. Ein solch breites Begriffsverständnis zieht einen Verlust der definitorischen Trennschärfe nach sich – er ist deshalb wissenschaftlich unbrauchbar (Gabriel/Völkl 2005: 528; Westle 2001: 137). Umgekehrt ist es heutzutage aber ebenso wenig angebracht, politische Partizipation ausschließlich auf die Wahlbeteiligung zu beschränken, wie es in früheren Arbeiten der Fall war (siehe z.B. Schumpeter 1950). In Folge einer „partizipatorischen Revolution“¹⁶ (Kaase 1982: 177) ist

¹⁵ Einen allgemeinen Überblick über die verschiedenen Definitionen des politischen Partizipationsbegriffs geben Brady (1999: 737) und van Deth (2003: 170).

¹⁶ Als Erklärung für eine Ausweitung der Partizipationsmöglichkeiten wird das Wertewandelkonzept nach Ronald F. Inglehart (1977; 1990; 1997) angeführt (Kaase 1990: 23; Kevenhörster 2008: 95; van Deth 1997a: 294). Entwicklungen auf der Makroebene wie ein Wirtschaftswachstum, ein allgemeiner Anstieg des Bildungsniveaus und technischen Neuerungen wie die Verbreitung von Massenmedien führten zu einem Wandel der gesellschaftlichen Werteorientierungen von materialistischen zu postmaterialistischen Werten. Durch die Ausbreitung postmaterialistischer Werte sei es insbesondere in jüngeren Generationen zu einem veränderten Partizipationsverhalten gekommen: Die mit den etablierten Einflusskanälen unzufriedenen Postmaterialisten neigten stärker zu nicht-institutionalisierten Partizipationsformen wie Petitionen oder Demonstrationen. Inglehart (1990: 313-314) spricht in diesem Zusammenhang auch von einer Verschiebung von elitengelenkten zu elitelenkenden oder eliteherausfordernden Partizipationsformen.

es zu einer beträchtlichen Ausweitung der politischen Partizipationsmöglichkeiten gekommen (Gabriel/Völkl 2008: 279). Ein enges Begriffsverständnis wird der gegenwärtigen Beteiligungsvielfalt daher nicht mehr gerecht.

Dieser Arbeit liegt ein instrumentelles Partizipationsverständnis¹⁷ zugrunde: „Political participation refers to those activities by private citizens that are more or less directly aimed at influencing the selection of governmental personnel and/or the actions they take“ (Verba/Nie 1972: 2). Ausgehend von diesem Partizipationsverständnis wird sowohl die Auswahl der politischen Entscheidungsträger als auch die versuchte Beeinflussung ihrer politischen Entscheidungen als politische Partizipation aufgefasst. Im instrumentellen Partizipationsverständnis stellt die politische Partizipation ein intentionales und zielgerichtetes Handeln dar, das den Bürgern ermöglicht, Einfluss auf die allgemein-verbindlichen Entscheidungen der politischen Repräsentanten zu nehmen und ihre Interessen im politischen Entscheidungsprozess durchzusetzen – es ist in Abgrenzung zu einem normativen Begriffsverständnis in erster Linie *output*-orientiert (Kaase 1992: 339-340; Schultze 1995: 397-398; von Alemann 1978: 41-43).¹⁸ Die Vorzüge eines instrumentellen Partizipationsverständnisses bestehen darin, dass es der großen Vielfalt an politischen Beteiligungsmöglichkeiten gerecht wird, andererseits aber klare Definitionskriterien festlegt, die nicht alle politisch relevanten Handlungen als politische Partizipation werten – dies ist wichtig, da in modernen Gesellschaften nur wenige Handlungen vollkommen ohne politische Relevanz bleiben (Gabriel et al. 2002: 154; van Deth 2001: 203; Westle 1994: 140).¹⁹

Zwar unterscheiden sich die einzelnen Definitionen in ihrem exakten Wortlaut, die folgenden vier Definitionskriterien bilden jedoch einen festen Bestandteil in einem instrumentellen Partizipationsverständnis: Es handelt sich um (1) *freiwillige* (2) *Aktivitäten* von (3) *Bürgern*, die mit dem Ziel ausgeführt werden, (4) *politische Entscheidungen zu beeinflussen* (Brady 1999: 737; Schlozman 2002: 434-436; van Deth 2003: 170-171; Westle 1994: 140-141).

¹⁷ Ein instrumentelles Partizipationsverständnis findet sich auch bei Kaase (1996: 521; 2000: 473), Kaase/Marsh (1979b: 42), Parry/Moyser/Day (1992: 9), Schlozman (2002: 434), van Deth (2003: 171), Verba/Nie (1972: 2, 102), Verba/Schlozman/Brady (1995: 38), von Alemann (1978: 41-43) und Westle (1994: 140).

¹⁸ Im normativen Partizipationsverständnis wird politische Beteiligung als Ziel und Wert an sich verstanden, das der Selbstverwirklichung und Selbstbestimmung der Bürger dient (Schultze 1995: 398-399). Für eine Gegenüberstellung des normativen und instrumentellen Partizipationsverständnisses siehe Hoecker (2006: 9).

¹⁹ Jan Teorell, Mariano Torcal und José Ramon Montero (2007: 335-336) kritisieren diese Definition als zu eng, da sie als Adressaten ausschließlich das politische Personal und ihre Entscheidungen vorsieht. Den Autoren zufolge können auch Akteure aus dem privaten Sektor – etwa Unternehmen – Adressaten von politischen Einflussversuchen sein. Eine solch weite Begriffsdefinition zieht jedoch eine eingeschränkte wissenschaftliche Trennschärfe nach sich: Politische Partizipationsformen können nicht eindeutig von politisch relevanten Aktivitäten unterschieden werden, sodass der Untersuchungsgegenstand nur schwer eingegrenzt werden kann.

Erstens gelten nur solche Handlungen als politische Partizipation, die freiwillig zustande kommen (Schlozman 2002: 435; Uehlinger 1988: 32). Aktivitäten, die aufgrund von gesetzlichen Bestimmungen²⁰ oder Zwangsmaßnahmen durchgeführt werden, gelten ebenso wenig als politische Partizipation wie Handlungen, von denen sich Bürger berufliche oder finanzielle Vorteile erhoffen (Gabriel/Völkl 2005: 529; Hansen 2009: 10; Schlozman 2002: 435; Verba/Schlozman/Brady 1995: 38-39).²¹

Zweitens handelt es sich bei politischer Partizipation um Aktivitäten (Schlozman 2002: 435-436; Verba/Schlozman/Brady 1995: 39-40). Partizipationsrelevante Einstellungen wie ein politisches Interesse oder Parteiidentifikationen können eine spätere Beteiligung zwar begünstigen, stellen selbst aber noch keine Form politischer Partizipation da (Brady 1999: 737; Verba/Nie/Kim 1980: 9). Diese Anforderung steht mit dem ersten und vierten Definitionskriterium in Zusammenhang, wonach eine politische Partizipation auf die aktive Beeinflussung bestimmter *Policies* abzielt (Schlozman 2002: 435; Verba/Schlozman/Brady 1995: 38-40).

Bei den partizipierenden Subjekten handelt es sich drittens um Bürger, die sich nicht hauptberuflich für eine Entlohnung – etwa als Politiker oder Verbandsfunktionäre –, sondern als Privatpersonen politisch engagieren (Brady 1999: 737-738; Gabriel/Völkl 2008: 270-271).

Das vierte und bedeutendste Definitionskriterium politischer Partizipation stellt die intendierte Beeinflussung politischer, d.h. kollektiv verbindlicher Entscheidungen dar (Schlozman 2002: 434-435; Verba/Schlozman/Brady 1995: 38). Verba, Nie und Kim (1980: 46) präzisieren diese intendierte Beeinflussung als „selection of governmental personnel and/or the actions they take“. Im Falle von Wahlen können Bürger durch die Auswahl der politischen Entscheidungsträger einen indirekten Einfluss auf die später zu treffenden Entscheidungen nehmen (Hansen 2009: 9-10). Außerdem können sie die Entscheidungen der politischen Repräsentanten direkt beeinflussen, indem sie ihre Präferenzen und Positionen bezüglich eines zu entscheidenden Sachverhalts an die politischen Entscheidungsträger kommunizieren. Ausgehend von diesem Definitionskriterium gelten politische Handlungen nur dann als Form politischer Partizipation, wenn sie mit dem bewussten Ziel ausgeführt wer-

²⁰ Dieses Definitionsmerkmal erschwert die Einstufung einer Wahlbeteiligung in Ländern, in denen eine Wahlpflicht besteht. Im Kontext der vorliegenden Arbeit stellt dies jedoch keine Schwierigkeit dar, da in Deutschland keine Wahlpflicht besteht.

²¹ Eine klare Abgrenzung fällt in vielen Fällen schwer, da die Motive einer politischen Beteiligung oftmals sehr diffus sind. Insbesondere im Falle von Parteiaktivitäten fällt eine Abgrenzung schwer, da häufig nicht klar ist, ob diese aus beruflichen Karrieregründen oder aus privaten Motiven erfolgen (Verba/Schlozman/Brady 1995: 40-42).

den, Einfluss auf die politischen Entscheidungen zu nehmen.²² Besitzen Handlungen politische Konsequenzen, ohne dass diese von den Akteuren beabsichtigt waren, handelt es sich hingegen um keine Form politischer Partizipation (Hoecker 2006: 4; Westle 1994: 140). Auch kommunikative Handlungen – wenn Bürger beispielsweise politische Informationen aus den Medien beziehen oder politische Inhalte mit Freunden oder Bekannten diskutieren – stellen keine Form politischer Partizipation dar, weil hiervon weder direkte noch indirekte Versuche einer politischen Einflussnahme ausgehen (Brady 1999: 738; Schlozman 2002: 435; Uehlinger 1988: 32; Verba/Nie 1972: 2-3; Verba/Schlozman/Brady 1995: 39-40). Symbolische oder zeremonielle Handlungen wie das Singen einer Nationalhymne gelten ebenfalls nicht als Form politischer Partizipation, da sie keinen intendierten Entscheidungsbezug aufweisen (Kaase 1992: 340; Verba 1967: 55; Verba/Nie/Kim 1980: 1).

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass dieser Arbeit ein instrumentelles Partizipationsverständnis zugrunde liegt: Als politische Partizipation gelten freiwillige Aktivitäten von Bürgern, die mit dem Ziel ausgeführt werden, politische Entscheidungen zu beeinflussen. Diese Definition grenzt den untersuchungsrelevanten Partizipationsraum für die folgende Analyse ein.

3.2 Strukturierungsmerkmale politischer Partizipation

Eine Systematisierung des breiten Spektrums untersuchungsrelevanter Partizipationsformen ist unerlässlich, um einen klaren analytischen Rahmen für die folgende Analyse zu schaffen. In der Partizipationsforschung haben sich bislang die folgenden vier Systematisierungskriterien etabliert: 1) Verfasstheit, 2) Legalität, 3) Legitimität und 4) Konventionalität (Gabriel/Völkl 2005: 530-531; Hoecker 2006: 9-11; Niedermayer 2005: 192; Westle 1994: 141-143).

Partizipationsformen gelten als verfasst, wenn sie verfassungsmäßig verankert sind, wie es beispielsweise auf Wahlen zutrifft (Kaase 1997: 161; Niedermayer 2005: 192). Diesem Strukturierungsmerkmal kommt eine besondere Bedeutung zu, da in ihm der demokratische Einfluss der Bürger, wie er rechtlich festgelegt ist, explizit zum Ausdruck kommt (Westle 1994: 141). Verfasste Partizipationsformen bilden, da sie staatsrechtlich institutionalisiert sind, eine implizite Bindung an das politische System ab. Da verfasste Partizipationsformen

²² Einschränkung muss allerdings darauf hingewiesen werden, dass die Motive, die Bürger mit ihrer politischen Partizipation verfolgen, in der folgenden Analyse nicht erfasst werden können. Daher kann nicht ausgeschlossen werden, dass Bürger aus Karrieregründen oder aufgrund von sozialen Mobilisierungskontexten partizipieren statt aus politischen Motiven (Kornelius/Roth 2004: 27).

in einem institutionalisierten Rahmen stattfinden, sind ihre Beteiligungskosten für die Bürger besonders kalkulierbar. Im Unterschied hierzu zeichnen sich unverfasste Partizipationsformen durch „offene Rahmen- und Durchführungsbedingungen“ (Kaase 1997: 161) aus, die stärker von den Bürgern selbst gestaltet werden können. Daher sind sie in ihrem Verlauf, ihrem Aufwand und ihrer Zurechenbarkeit von Entscheidungsverantwortung deutlich unsicherer als verfasste Partizipationsformen (Niedermayer 2005: 192; Westle 1994: 141-142). Da für Verfassungsänderungen hohe institutionelle Hürden bestehen, bietet die Verfasstheit ein langfristig relativ stabiles und zuverlässiges Strukturierungskriterium.

Als legal gelten alle Partizipationsformen, die sich zu einem bestimmten Zeitpunkt mit den geltenden Rechtsnormen eines Staates im Einklang befinden. Im Unterschied hierzu werden alle Beteiligungsformen, die gegen das geltende Recht verstoßen, als illegal bezeichnet (Gabriel/Völkl 2005: 531; Kaase 1997: 161; Niedermayer 2005: 192; Westle 1994: 142). Die Legalitätsdimension weist deutliche Überschneidungen mit dem Verfasstheitskriterium auf: Alle verfassten Partizipationsformen gelten automatisch auch als legal, im Umkehrschluss können jedoch nicht alle legalen Partizipationsformen als verfasst bezeichnet werden. Die Wahlbeteiligung gilt beispielsweise als verfasst und legal, während das Kontaktieren von politischen Amtsträgern, handelt es sich nicht um Bestechung oder Androhung von Gewalt, zwar als legal, nicht aber als verfasst bezeichnet werden können (Gabriel/Völkl 2005: 531; Westle 1994: 142). Die Legalitätsdimension erweist sich jedoch aus mehreren Gründen als problematisch: Erstens folgen illegale Partizipationsformen einer völlig anderen Funktionslogik als legale Beteiligungsformen – dieser Umstand erschwert eine Vergleichbarkeit legaler und illegaler Partizipationsformen (Roller/Rudi 2008: 253). Zweitens stellt die Legalitätsdimension kein zeitlich stabiles Kriterium dar: In Folge von rechtlichen Reformen können sich massive Veränderungen hinsichtlich der Legalitätsgeltung politischer Beteiligungsformen ergeben (Hoecker 2006: 10). Drittens können Partizipationsformen, die als Form des zivilen Ungehorsams gelten wie beispielsweise Sitzblockaden, strafrechtlich nicht eindeutig bewertet werden und fallen in eine juristische Grauzone. Da sich die Legalitätsdimension als problematisch erwiesen hat, soll sie in der folgenden Analyse keine weitere Berücksichtigung finden.

Als legitim gelten solche Beteiligungsformen, die von der Mehrheit der Bürger als rechtmäßig erachtet werden (Gabriel/Völkl 2005: 531; Niedermayer 2002: 192; Westle 1994: 142-143). Dieses Strukturierungskriterium bezieht bei der Systematisierung politischer Partizipationsformen eine subjektive Komponente ein, „denn die Legitimitätsgeltung einer

Beteiligungsform ist der aggregierte Ausdruck der individuellen Einstellungen der einzelnen Bürger zu dieser spezifischen Form der politischen Partizipation“ (Kaase 1997: 162). Im Unterschied hierzu gelten alle politischen Handlungsformen, die den Wertvorstellungen und dem Rechtsempfinden einer Gesellschaft widersprechen, als illegitim – unabhängig von ihrer Legalitätsgeltung. Dieses Strukturierungsmerkmal ist zwar „analytisch elegant, empirisch jedoch nur schwer durchzuhalten“ (van Deth 2001: 203), weil es einem ständigen zeitlichen Wandel unterworfen ist, der Ausdruck eines gesellschaftlichen Wertewandels ist. Insofern können politische Aktivitäten, die zu einem bestimmten Zeitpunkt von der Mehrheit der Bürger als illegitim erachtet werden, zu einem anderen Zeitpunkt als angemessen und akzeptiert gelten (Gabriel/Völkl 2008: 274). Darüber hinaus vertreten die Bürger eines politischen Systems möglicherweise sehr unterschiedliche Ansichten, welche Partizipationsformen als rechtmäßig zu erachten sind. Daher lässt sich die Legitimität einzelner Partizipationsformen häufig nicht eindeutig bewerten (Brady 1999: 742). Nachdem sich auch dieses Strukturierungskriterium als problematisch erwiesen hat, wird es aus der folgenden Analyse ausgeschlossen.

Das vierte Strukturierungsmerkmal, die Konventionalität²³, geht auf die von Samuel H. Barnes und Max Kaase geleitete *Political Action-Studie*²⁴ zurück (siehe Barnes et al. 1979). Mit diesem Strukturierungskriterium verfolgten die Autoren das Ziel, die drei zuvor erläuterten Dimensionen miteinander zu verbinden. Kaase und Marsh (1979b: 41) bezeichnen solche Partizipationsformen als unkonventionell, „that does not correspond to the norms of law and customs that regulate political participation under a particular regime“. Als unkonventionell gelten folglich alle Beteiligungsformen, die auf eine nicht-institutionalisierte, unmittelbare Einflussnahme auf den politischen Entscheidungsprozess abstellen und aus Sicht der Bürger eine geringere Legitimität besitzen (Baum 1978: 17; Kaase 1997: 162; Niedermayer 2005: 193). Im Unterschied hierzu zählen alle Beteiligungsformen, die im rechtlich festgelegten Rahmen stattfinden und sich mit den vorherrschenden Wertevorstellungen

²³ In jüngeren Untersuchungen ist man dazu übergegangen, unkonventionelle Partizipationsformen als systemherausfordernd zu bezeichnen, da sie in Folge eines Normalisierungsprozesses mittlerweile zum gewöhnlichen Partizipationsrepertoire der Bürger zählen (Inglehart 1997: 313; van Deth 2003: 183-184).

²⁴ Die *Political-Action-Studie* (1979) gilt als erste Untersuchung, die sich mit den Ende der 1960er Jahre aufkommenden, neuen Beteiligungsformen auseinandersetzte. Durchgeführt wurde die Studie zwischen 1973 und 1976 in Deutschland, Finnland, Großbritannien, Italien, Österreich, den Niederlanden, der Schweiz und in den USA. Im Forschungsinteresse der Studie stand die Frage, ob sich konventionelle und unkonventionelle Beteiligungsformen gegenseitig ergänzen oder ausschließen. Die Autoren gelangten zu dem Schluss, dass es sich bei unkonventionellen Partizipationsformen nicht um ausschließlich systemfeindlichen Protest handele (Kaase/Marsh 1979a: 188). In der Bevölkerung habe sich vielmehr das Bedürfnis nach einer verstärkten politischen Partizipation herausgebildet, das durch die etablierten Einflusskanäle des politischen Systems nicht ausreichend befriedigt werden könne. Daher seien unkonventionelle Beteiligungsformen eher als Ergänzung statt als Konkurrenz des konventionellen Beteiligungsrepertoires zu verstehen.

lungen einer Gesellschaft in Einklang befinden, zum konventionellen Partizipationsrepertoire (Baum 1978: 16). Allerdings lässt auch dieses Strukturierungskriterium außer Acht, inwiefern unkonventionelle Partizipationsformen langfristig Eingang in das gewöhnliche Beteiligungsrepertoire der Bürger finden (Kaase 1997: 163; Topf 1995: 52). So galten die Teilnahme an Demonstrationen oder Unterschriftensammlungen in den 1970er Jahren noch als unkonventionelle Partizipationsformen, während sie heute zum gängigen Beteiligungsrepertoire der Bürger zählen. Da die Konventionalitätsdimension kein zeitlich stabiles Strukturierungskriterium darstellt, soll sie in der folgenden Analyse nicht weiter berücksichtigt werden.

Nachdem sich die Legalitäts-, Legitimitäts- und Konventionalitätsdimensionen als problematisch erwiesen haben, wird im folgenden Abschnitt ausschließlich die Verfasstheit herangezogen, um den untersuchungsrelevanten Partizipationsraum zu strukturieren.

3.3 Konzipierung des politischen Partizipationsraums

Ausgehend von der in Kapitel 3.1 festgelegten Definition politischer Partizipation werden sechs Beteiligungsformen als analyserelevant erachtet: Wählen, Mitarbeit in politischen Parteien, Kontaktieren von Politikern, Unterzeichnung von Petitionen, Teilnahme an Demonstrationen und Tragen von politischen Abzeichen. Bei diesen sechs Partizipationsformen handelt es sich um freiwillige Aktivitäten von Bürgern, die mit dem Ziel ausgeführt werden, politische Entscheidungen zu beeinflussen. Durch die Verbindung der Definition politischer Partizipation mit dem Verfasstheitskriterium, das sich in Kapitel 3.2 als geeignetes Strukturierungskriterium erwiesen hat, soll im folgenden Abschnitt der Partizipationsraum der vorliegenden Arbeit festgelegt und systematisiert werden.

Abweichend von Teorell, Torcal und Montero (2007: 341) werden politische Konsumhandlungen²⁵ aus der folgenden Analyse ausgeschlossen. Da die intendierte Einflussnahme auf den politischen Entscheidungsprozess ein zentrales Definitionskriterium politischer Partizipation darstellt, müssen die genauen Motive erfasst werden, die Konsumententscheidungen zugrunde liegen (Lamla 2006: 13). Die wahren Motive von Konsumhandlungen sind jedoch äußerst diffus und können daher nur schwer empirisch erfasst werden. Zudem setzen politi-

²⁵ Als politischer Konsument gilt eine Person, „who makes value considerations when buying or refraining from buying certain goods and products, in order to promote a political goal“ (Andersen/Tobiasen 2004: 203). Bei politischem Konsum handelt es sich um Konsumententscheidungen, bei denen politische Motive verfolgt werden wie etwa die Bekämpfung von Menschenrechtsverletzungen bei der Produktion (Barnett/Clarke/Malpass 2005: 47; Lamla 2006: 12-13; Neuner 2007: 342; Stolle/Hooghe/Micheletti 2003: 154). Für eine umfassende Darstellung politischen Konsums siehe Micheletti (2004).

sche Konsumenten in erster Linie Unternehmen unter Druck, bestimmte ethische, moralische oder ökologische Prinzipien zu befolgen (Neuner 2007: 344; Stolle/Hooghe/Micheletti 2003: 155). Da sie hierdurch keinen direkten Einfluss auf den politischen Entscheidungsprozess nehmen, kann angezweifelt werden, ob es sich bei politischem Konsum überhaupt um eine Form politischer Partizipation handelt.

Auch Geldspenden an Parteien werden aus der folgenden Analyse ausgeschlossen. Zwar signalisieren Bürger mit ihrer Geldspende eine politische Affinität. Allerdings nehmen sie hierdurch keinen Einfluss auf den politischen Entscheidungsprozess, indem sie ihre politische Haltung bezüglich einer zu entscheidenden Sachfrage äußern oder Einfluss auf die Auswahl der politischen Repräsentanten nehmen. Ferner finanzieren sich politische Parteien in Deutschland im Unterschied zu US-amerikanischen Parteien in erster Linie durch Mitgliedsbeiträge und staatliche Mittel, sodass Parteispenden im deutschen politischen System einen untergeordneten Stellenwert einnehmen.

Schließlich werden illegale Partizipationsformen wie politische Gewalt gegenüber Gegenständen und Personen oder ungenehmigte Demonstrationen aus der folgenden Analyse ausgeschlossen. Da illegale Partizipationsformen einer völlig anderen Funktionslogik folgen als legale Partizipationsformen, sollten sie gesondert untersucht werden (Roller/Rudi 2008: 253).

Obwohl eine Reihe von Partizipationsformen aus der Analyse ausgeschlossen wurden, erlauben die sechs untersuchungsrelevanten Beteiligungsformen, ein breites Spektrum von sehr heterogenen Aktivitäten abzudecken: Während die Stimmabgabe bei Wahlen, das Tragen von politischen Abzeichen, das Kontaktieren von Politikern und die Unterzeichnung von Petitionen individuell von einzelnen Bürgern durchgeführt werden können, handelt es sich bei der Mitarbeit in Parteien und der Teilnahme an Demonstrationen um kollektive Partizipationsformen, bei denen Bürger miteinander kooperieren müssen.

Einige der sechs genannten Partizipationsformen ziehen zudem einen deutlich höheren Aufwand nach sich als andere. Vor allem die Mitarbeit in Parteien, das Kontaktieren von Politikern und die Teilnahme an Demonstrationen sind mit einem erheblichen Ressourceneinsatz verbunden. Diese Partizipationsformen verursachen neben einem hohen zeitlichen Aufwand auch hohe Informations-, Handlungs-, und Opportunitätskosten (Hansen 2009: 12). Im Vergleich hierzu gehen die Unterzeichnung von Petitionen und das Tragen von politischen Abzeichen mit einem deutlich geringeren Aufwand einher. Auch im Falle

einer Wahlbeteiligung fällt der Ressourceneinsatz relativ gering aus. Wahlen finden in großen zeitlichen Abständen statt und dauern nur kurz an, sodass sie einen geringen zeitlichen Aufwand und wenige Opportunitätskosten verursachen. Zudem halten sich ihre Informationskosten in Grenzen, da sie durch eine umfassende Medienberichterstattung begleitet werden (Hansen 2009: 12-13).

Schließlich unterscheiden sich die sechs untersuchungsrelevanten Partizipationsformen hinsichtlich ihres Grads an transportierten Informationen. Während Bürger durch ihre Wahlbeteiligung nur wenige allgemeine Informationen über ihre politischen Präferenzen und Interessen an die politischen Repräsentanten vermitteln können, ermöglicht ihnen eine aktive Mitarbeit in Parteien oder die Kontaktaufnahme zu Politikern, differenzierte und umfangreiche Informationen zu kommunizieren (Verba 1967: 72; Verba/Nie/Kim 1980: 53; Verba/Schlozman/Brady 1995: 44-45).²⁶ Petitionen und Demonstrationen richten sich in der Regel an die Gesamtheit der relevanten politischen Entscheidungsträger, sodass die Bürger in diesen Fällen nur allgemeine Forderungen formulieren können. Dagegen werden beim Kontaktieren von politischen Amtsträgern gezielt einzelne Akteure angesprochen, weshalb die Bürger ihre persönlichen Anliegen in diesem Fall direkter und klarer kommunizieren können (Hansen 2009: 12; Verba/Schlozman/Brady 1995: 44-46). Im Rahmen von Demonstrationen und Petitionen können die Bürger zudem explizit inhaltliche Botschaften und Forderungen an die politischen Entscheidungsträger kommunizieren. Daher werden diese Partizipationsformen vor allem mit dem Ziel der direkten Beeinflussung politischer Entscheidungen eingesetzt (Hansen 2009: 12). Die Stimmabgabe bei Wahlen zielt im Unterschied hierzu auf die indirekte Beeinflussung politischer Entscheidungen über die Auswahl der politischen Repräsentanten ab. Sie transportiert keine inhaltlichen Ansichten zu einer bestimmten *Policy*-Entscheidung, sondern signalisiert vielmehr die allgemeine Unterstützung einer Partei sowie deren inhaltlicher Position.

Durch die Verbindung der Definition politischer Partizipation mit dem Verfasstheitskriterium ergibt sich ein bestimmter Partizipationsraum, der sich für die vorliegende Arbeit wie folgt darstellt: Während Wahlen sowie die Mitarbeit in Parteien im Grundgesetz veran-

²⁶ Partizipationsformen, die einen hohen Grad an Informationen an die politischen Repräsentanten transportieren, besitzen auch hohe ressourcenabhängige Voraussetzungen. Dieser Umstand trägt zu einer Vertiefung struktureller Ungleichheiten bei: Jene Bürger, die über mehr partizipationsrelevante Ressourcen verfügen, können in höherem Grad Informationen über ihre Interessen und Präferenzen an die politischen Entscheidungsträger transportieren, sodass ihre Interessen stärker und differenzierter im politischen Entscheidungsprozess berücksichtigt werden können als die Interessen jener Bürger, denen diese partizipationsrelevanten Ressourcen fehlen.

kert sind und zu den verfassten Partizipationsformen²⁷ zählen, gelten die vier übrigen Partizipationsformen als unverfasst.

Abbildung 1: Konzipierung des politischen Partizipationsraums

Verfasste Partizipationsformen		Unverfasste Partizipationsformen
- Wählen	Mitarbeit in einer politischen Partei	- Kontaktaufnahme zu Politikern - Unterzeichnung von Petitionen - Teilnahme an Demonstrationen - Tragen von politischen Abzeichen oder Aufklebern

Wie aus Abbildung 1 ersichtlich, nimmt die Wahlbeteiligung allerdings eine Sonderstellung ein (Kevenhörster 2008: 182; van Deth 2003: 178; Verba/Schlozman/Brady 1995: 23-24; von Alemann 1978: 53). Daher soll sie gesondert von der zweiten verfassten Partizipationsform, der Mitarbeit in politischen Parteien, untersucht werden. Ein Grund für ihre Sonderstellung ist, dass die Wahl durch ihre verfassungsrechtliche Stellung und ihren hohen Institutionalisierungsgrad eine „systemnormative[n] Prämierung“ (Westle 1994: 144) aufweist und daher von der Mehrheit der Bevölkerung als informelle Bürgerpflicht wahrgenommen wird. Zweitens stellt die Wahl das höchste Maß an politischer Gleichheit her: „Voting is less unequal than other forms of participation“ (Lijphart 1997: 1). Dies geht auf den Umstand zurück, dass die Wahlbeteiligung einen relativ geringen Ressourceneinsatz erfordert (Dalton 2008: 34; Hansen 2009: 12). Zudem stellt die Wahl durch das Prinzip ‚one man, one vote‘ ein Stimmgleichgewicht aller Bürger her (Dalton 2008: 123; Verba/Schlozman/Brady 1995: 46, 169). Diese Sonderstellung der Wahl spiegelt sich auch darin wider, dass sie im Unterschied zu anderen Partizipationsformen von einer deutlichen Mehrheit der Bürger genutzt wird (Verba/Schlozman/Brady 1995: 24).

3.4 Die Determinanten politischer Partizipation – das *Civic-Voluntarism Modell* als Erklärungsmodell politischer Partizipation

Um die Ursachen einer möglichen strukturellen Exklusion der zweiten Generation aus dem politischen Partizipationsprozess identifizieren zu können, wird das CVM nach Verba, Schlozman und Brady als theoretische Grundlage herangezogen. Dieses führt Unterschiede im Partizipationsverhalten zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen auf eine ungleiche Ausstattung mit partizipationsrelevanten Ressourcen zurück.

²⁷ Das Wahlrecht ist in Art 38 GG geregelt. Bestimmungen zu politischen Parteien finden sich in Art 21 GG.

3.4.1 Das Civic-Voluntarism-Modell in der politischen Partizipationsforschung

Den theoretischen Ursprung des CVMs bildet das *Sozioökonomische Standardmodell (SES-Modell)*²⁸, das Sidney Verba und Norman H. Nie im Rahmen ihrer Studie *Participation in America* (1972) entwickelten. Dem *SES-Modell* zufolge partizipieren Personen mit einem hohen sozioökonomischen Status – erfasst mithilfe der Bildung, des Einkommens und Erwerbsstatus – stärker als Personen mit einem niedrigen sozioökonomischen Status (Verba/Nie 1972: 13, 19). Zwar bestätigten zahlreiche Studien diesen positiven Zusammenhang zwischen dem sozioökonomischen Status einer Person und ihrer Partizipationswahrscheinlichkeit. Allerdings blieb im Rahmen des *SES-Modells* unklar, wie diese beiden Größen theoretisch miteinander verknüpft sind (Brady/Verba/Schlozman 1995: 272).

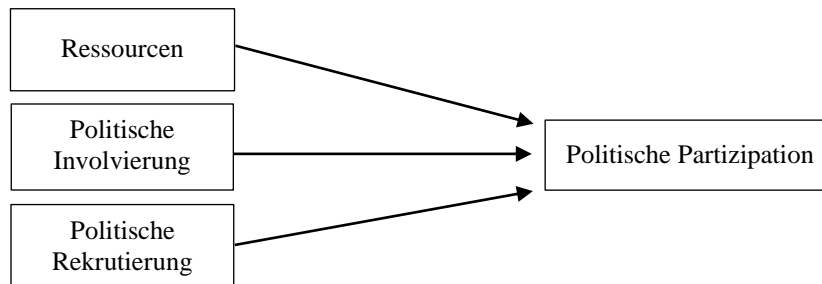
Erst Mitte der 1990er Jahre ist das theoretisch schwache *SES-Modell* kritisch überprüft und von Verba, Schlozman und Brady im Rahmen ihrer Studie *Voice and Equality* (1995) zu einem „Ressourcen-Sozialisations-Mobilisierungs-Modell“ (Steinbrecher 2009: 58), dem sogenannten CVM, weiterentwickelt worden. Der große Erfolg des CVMs geht vor allem darauf zurück, dass es Verba, Schlozman und Brady mit diesem Modell gelang, ein zentrales Dilemma in der Partizipationsforschung zu lösen: Das *SES-Modell* besaß zwar eine hohe empirische Erklärungskraft, lieferte jedoch keine theoretisch plausible Erklärung für den positiven Kausalzusammenhang zwischen dem sozioökonomischen Status einer Person und ihrer Partizipationswahrscheinlichkeit. Gegenteilig hierzu fiel die Bewertung der Rational-Choice-Theorie (siehe Downs 1986) aus. Diese konnte zwar theoretisch konsistente und überzeugende Erklärungen²⁹ vorlegen, warum sich Personen für oder gegen eine politische Partizipation entscheiden. Allerdings erbrachten sie in ihrer empirischen Anwendung eine nur unbefriedigende Erklärungsleistung. Im Rahmen des CVMs gelang es Verba, Schlozman und Brady (1995: 287), diese beiden Erklärungsansätze erfolgreich miteinander zu verbinden: „[T]he Civic Voluntarism Model links both rational choice theory and the socioeconomic approach to political activity“. Durch den Einbezug partizipationsrelevanter Ressourcen kann das CVM eine theoretisch plausible Erklärung für den positiven Zusammenhang zwischen dem sozioökonomischen Status einer Person und ihrer Partizipationswahrscheinlichkeit liefern: Folgt man der Argumentation des CVMs, verfügen Personen mit einem hohen sozioökonomischen Status in der Regel über eine bessere Ausstattung mit

²⁸ In Anlehnung an die in der englischsprachigen Literatur verwendete Abkürzung von „socioeconomic status“ als „SES“ wird dieses *Sozioökonomische Standardmodell* auch als *SES-Modell* bezeichnet (Verba/Nie 1972: 130).

²⁹ Der Rational-Choice-Theorie zufolge senken Ressourcen die Transaktions- und Informationskosten der Bürger, sodass Personen mit einem hohen sozioökonomischen Status auch mit höherer Wahrscheinlichkeit politisch partizipieren (Verba/Schlozman/Brady 1995: 287).

partizipationsrelevanten Ressourcen (Verba/Schlozman/Brady 1995: 19). Gleichzeitig erreicht das CVM eine gute Anpassung an die empirischen Daten – hierdurch entfaltet es nicht nur eine theoretische, sondern auch eine empirische Erklärungskraft (Hansen 2009: 16; Roller/Rudi 2008: 256; Verba/Schlozman/Brady 1995: 280-287).

Abbildung 2: Kausalpfade im Civic-Voluntarism-Modell



Quelle: Verba/Schlozman/Brady (1995: 269).

Bei der Identifizierung partizipationsrelevanter Ressourcen gehen Verba, Schlozman und Brady (1995: 15) von der umgekehrten Frage aus, warum Personen nicht partizipieren. Ihre Antwort umfasst drei zentrale Grundannahmen: „because they can’t; because they don’t want to; or because nobody asked“ (Brady/Verba/Schlozman 1995: 271; Verba/Schlozman/Brady 1995: 269). Aus diesen Grundannahmen leiten die Autoren drei Gruppen von Erklärungsfaktoren ab, die Eingang in das CVM finden (siehe Abbildung 2). Die individuell verfügbaren Ressourcen entscheiden darüber, ob eine Person überhaupt partizipieren *kann*. Das ursprüngliche *SES-Modell* findet in Form dieses Ressourcenkomplexes Eingang in das CVM, wobei der Ressourcenkomplex um eine völlig neue Komponente – die *Civic Skills* – ergänzt wird. Das CVM geht über dieses reine Ressourcenmodell jedoch deutlich hinaus, indem es die politische Involvierung und Rekrutierung als zusätzliche Erklärungsfaktoren politischer Partizipation einbezieht. Der Grad der politischen Involvierung beeinflusst, ob Bürger am politischen Entscheidungsprozess mitwirken *wollen*. Die Einbindung in soziale Netzwerke, in denen politische Rekrutierungsprozesse stattfinden, hat schließlich Einfluss darauf, ob Bürger zu einer politischen Beteiligung *aufgefordert werden*.

Ob und in welchem Ausmaß die Bürger Zugang zu den partizipationsrelevanten Ressourcen, Einstellungen und Netzwerken erhalten, hängt in erster Linie von ihrer Einbindung in die „major social institutions“ (Verba/Schlozman/Brady 1995: 271) ab. Mit diesen in der Regel nicht-politischen Institutionen wird das CVM um einen sozialisierenden Kontext erweitert, der den materiellen, psychologischen und sozialen Status eines Bürgers bestimmt und auf diese Weise einen indirekten Einfluss auf seine Partizipationswahrscheinlichkeit

besitzt. Unter diese sozialisierenden Institutionen spielt vor allem die Primärsozialisation durch das Elternhaus eine zentrale Rolle – in diesem Zusammenhang sprechen die Autoren auch von einer „parental legacy“ (Verba/Schlozman/Brady 1995: 437-438). In welchem Ausmaß das Elternhaus Zugang zu partizipationsrelevanten Ressourcen, Einstellungen und Netzwerken verschafft, hängt in erster Linie von der Einkommenshöhe und dem Bildungsgrad der Eltern, aber auch von dem Stellenwert politischer Inhalte im Elternhaus ab. Aber nicht nur das Elternhaus, sondern auch Institutionen der sekundären Sozialisation wie die Schule, der Arbeitsplatz, gesellschaftliche Organisationen oder religiöse Einrichtungen vermitteln Zugang zu partizipationsrelevanten Ressourcen und Einstellungen (Burns/Schlozman/Verba 2001: 34).³⁰

Das *CVM* bezieht sich ausschließlich auf Kausalzusammenhänge auf der Individualebene und führt die Partizipationsentscheidung der Bürger auf ihre individuellen Eigenschaften und Einstellungen zurück (Hansen 2009: 15-16). Relevante Einflussfaktoren auf der Makroebene (z.B. das Wahlsystem, die öffentliche Meinung oder das Institutionengefüge) bleiben im *CVM* unberücksichtigt, ohne dass ihr Einfluss jedoch abgestritten wird.³¹

3.4.2 Bestimmungsfaktoren politischer Partizipation

In den folgenden Abschnitten wird auf die einzelnen Bestimmungsfaktoren politischer Partizipation näher eingegangen. Wie in Kapitel 3.4.1 erläutert wurde, fallen hierunter Ressourcen, die politische Involvierung und Rekrutierung.

3.4.2.1 Ressourcen

Die Partizipation am politischen Entscheidungsprozess ist ein aufwändiger Akt, der den Einsatz verschiedenster Ressourcen erfordert: „There are real costs to participation“ (Verba/Schlozman/Brady 1995: 284).³² Verba, Schlozman und Brady (1995: 271) differenzieren die erforderlichen partizipationsrelevanten Ressourcen in drei Einzelfaktoren: Geld, Zeit und *Civic Skills*³³, wobei letztere kommunikative und organisatorische Fähigkeiten umfassen. Ohne ein Mindestmaß an partizipationsrelevanten Ressourcen sind die Bürger nicht in der Lage, politisch zu partizipieren: So kann ein Bürger ohne finanzielles Budget kein Geld an eine Partei spenden, ohne ein gewisses Maß an freier Zeit nicht an Demonstrationen teil-

³⁰ Die Bedeutung der sekundären Sozialisation für die Partizipationswahrscheinlichkeit wird in Kapitel 3.4.2.3 näher erläutert.

³¹ Makromodelle politischer Partizipation finden sich z.B. bei Franklin (2004) und Norris (2002).

³² Die verschiedenen Partizipationsformen unterscheiden sich in Art und Ausmaß des erforderlichen Ressourceneinsatzes (siehe Kapitel 3.3).

³³ Im Folgenden wird der englischsprachige Begriff beibehalten, da keine adäquate Übersetzung vorliegt.

nehmen und ohne ein Mindestmaß an *Civic Skills* keine Forderungen an die politischen Entscheidungsträger kommunizieren (Verba/Schlozman/Brady 1995: 270, 343). Die individuelle Ausstattung mit partizipationsrelevanten Ressourcen stellt daher die bedeutendste Determinante politischer Partizipation dar. Sie entscheidet über die grundlegende Fähigkeit zur politischen Teilhabe, während die übrigen Determinanten ohne ein gewisses Mindestmaß an Ressourcen keine Wirkung entfalten können (Verba/Schlozman/Brady 1995: 270). Auch aus methodischen und theoretischen Gründen legen die Autoren einen besonderen Schwerpunkt auf die Ressourcenausstattung: Sie begründen dies mit einer höheren Reliabilität und Validität der Ressourcenmessung, die leichter quantifiziert werden können als Einstellungsvariablen, sowie einer einfacheren Interpretierbarkeit eines theoretischen Modells, das auf Ressourcen basiert (Verba/Schlozman/Brady 1995: 270).

Um den positiven Zusammenhang zwischen der Ressourcenausstattung einer Person und ihrer Partizipationswahrscheinlichkeit zu erklären, entnimmt das *CVM* Elemente aus der Theorie des rationalen Handelns und rückt hiermit die Kosten einer politischen Beteiligung in den Fokus (Verba/Schlozman/Brady 1995: 283-287). Weil partizipationsrelevante Ressourcen auch für andere Tätigkeiten eingesetzt werden können und müssen, zieht eine politische Beteiligung umso höhere subjektive Kosten nach sich, je geringer die Ressourcenausstattung einer Person ist (Hansen 2009: 17): Beispielsweise bedeutet die Spende einer bestimmten Geldsumme für alle Personen den gleichen absoluten Verzicht. Allerdings stellt eine Geldspende für Personen mit einem geringen finanziellen Budget eine deutlich höhere Belastung dar als für Personen, die über eine hohe finanzielle Ausstattung verfügen. Die Autoren gehen hierbei von einem sinkenden Grenznutzen der Ressourcenausstattung aus: Je höher die individuelle Ressourcenausstattung einer Person ist, desto geringere Handlungs- und Opportunitätskosten verursacht ihre politische Beteiligung. Dieser sinkende Grenznutzen der Ressourcenausstattung manifestiert sich darin, dass ressourcenstarke Bevölkerungsgruppen in höherem Maße von ihren Partizipationsrechten Gebrauch machen als ressourcenschwache Bevölkerungsgruppen (Verba/Schlozman/Brady 1995: 283-287). Durch diese Argumentation können die Autoren eine theoretisch überzeugende Erklärung für den vielfach empirisch bestätigten, positiven Zusammenhang zwischen dem sozioökonomischen Status einer Person und ihrer Partizipationswahrscheinlichkeit liefern: Personen mit einem hohen sozioökonomischen Status verfügen in der Regel über eine bessere Ausstattung mit partizipationsrelevanten Ressourcen wie Geld und *Civic Skills*. Im Folgenden soll auf die einzelnen partizipationsrelevanten Ressourcen – Geld, Zeit und *Civic Skills* – näher eingegangen werden.

Geld

Die Ressource ‚Geld‘ erfassen Verba, Schlozman und Brady (1995: 289, 565) auf Grundlage des Netto-Haushaltseinkommens einer Person. Geld ist, da es in seiner Höhe keiner Begrenzung unterliegt, sehr ungleich zwischen den einzelnen Bevölkerungsgruppen einer Gesellschaft verteilt. Das Ausmaß des finanziellen Budgets, über das ein Bürger verfügt, wird in erster Linie von seinem formalen Bildungsgrad bestimmt: Je höher die Schulbildung einer Person ist, desto besser sind auch ihre Chancen, künftig ein hohes Einkommen zu erzielen.

Zeit

Alle Partizipationsformen erfordern ein gewisses Mindestmaß an zeitlichem Einsatz (Verba/Schlozman/Brady 1995: 48). Weil jeder Mensch jedoch ein begrenztes Zeitbudget besitzt, steht die politische Beteiligung in einem Konkurrenzverhältnis zu anderen Aktivitäten wie beispielsweise Freizeit- oder Erholungsaktivitäten (Steinbrecher 2009: 54). Folgt man der Argumentation des *CVMs*, partizipiert eine Person daher umso wahrscheinlicher, je mehr freie Zeit ihr nach Abzug der Arbeits-, Haushalts- und Schlafstunden zur Verfügung steht (Verba/Schlozman/Brady 1995: 289). Entgegen den Erwartungen zeigte sich im Rahmen empirischer Analysen, dass das Ausmaß an freier Zeit hierbei nicht mit dem sozioökonomischen Status einer Person variiert, sondern allen Personen unabhängig von ihrem sozioökonomischen Status ein ähnliches Zeitbudget zur Verfügung steht (Brady/Verba/Schlozman 1995: 274; Verba/Schlozman/Brady 1995: 291-292, 296).³⁴ Als Erklärung hierfür lässt sich anführen, dass das Ausmaß an verfügbarer Zeit im Gegensatz zu Geld und *Civic Skills* einer natürlichen Unter- und Obergrenze unterliegt. Jeder Mensch besitzt ein äquivalentes Zeitbudget, sodass keine Bevölkerungsgruppe über mehr als 24 Stunden pro Tag verfügt (Verba/Schlozman/Brady 1995: 289). Zeit lässt sich im Gegensatz zu Geld außerdem nicht sparen und für einen späteren Zeitpunkt konservieren. Das Ausmaß an freier Zeit hängt vor diesem Hintergrund nicht von dem sozioökonomischen Status einer Person, sondern vielmehr von ihren individuellen Lebensumständen ab (Brady/Verba/Schlozman 1995: 274; Burns/Schlozman/Verba 1997: 375). Hat eine Person beispielsweise Kinder im Vorschulalter, ist ihr Zeitbudget äußerst begrenzt.

³⁴ Eine signifikante Differenz besteht ausschließlich zwischen den Geschlechtern, was mit der traditionellen Rollenverteilung erklärt wird (Verba/Schlozman/Brady 1995: 302-303, 439). Frauen besitzen weniger Freizeit als Männer, da sie mit Haushaltspflichten und der Erziehung der Kinder betraut sind.

Civic Skills

Civic Skills umfassen die kommunikativen und organisatorischen Fähigkeiten einer Person, die durch ihre sprachliche Ausdrucksfähigkeit, ihren Wortschatz, ihre Erfahrungen mit der Vorbereitung und Durchführung von Reden sowie der Organisation von Treffen und durch ihren formalen Bildungsgrad erfasst werden können (Brady/Verba/Schlozman 1995: 273; Verba/Schlozman/Brady 1995: 304-305). Die Autoren verstehen hierunter keine subjektiven Einschätzungen der Bürger von ihren persönlichen Fähigkeiten, sondern objektiv messbare Kompetenzen (Verba/Schlozman/Brady 1995: 305-306, 561-562). Im Unterschied zu den beiden Ressourcen ‚Zeit‘ und ‚Geld‘ werden *Civic Skills* durch ihren Einsatz nicht verringert, sondern im Gegenteil sogar gestärkt.

Es wird angenommen, dass Personen, die sich schriftlich und mündlich gut artikulieren können, mit höherer Wahrscheinlichkeit partizipieren als Personen, denen solche kommunikativen und organisatorischen Fähigkeiten fehlen. Als Begründung für diese Annahme wird angeführt, dass *Civic Skills* die Kosten einer politischen Teilhabe reduzieren (Schlozman/Burns/Verba 1994: 974): Personen, die über eine hohe Ausstattung mit *Civic Skills* verfügen, partizipieren effizienter und zielgerichteter, da sie ihre Interessen klarer und präziser an die politischen Entscheidungsträger kommunizieren können. Die Erfolgswahrscheinlichkeit einer politischen Einflussnahme nimmt mit dem Ausmaß an verfügbaren *Civic Skills* daher zu (Verba/Schlozman/Brady 1995: 304). Außerdem sind Personen, die über eine hohe Ausstattung mit *Civic Skills* verfügen, aufgrund ihrer Kommunikationsfähigkeit deutlich besser politisch informiert als Personen, denen solche kommunikativen Fähigkeiten fehlen. Ihre Informationskosten im Vorfeld einer Partizipationsentscheidung fallen daher deutlich geringer aus. Weiterhin wird erwartet, dass mit einer zunehmenden Ausstattung mit *Civic Skills* der zeitliche Aufwand einer politischen Beteiligung sinkt, da politische Aktivitäten schneller organisiert und durchgeführt werden können (Hansen 2009: 17).

3.4.2.2 Politische Involvierung

In Abgrenzung zu den partizipationsrelevanten Ressourcen bestimmt die politische Involvierung³⁵ nicht die *Fähigkeit* zur politischen Teilhabe, sondern sie beeinflusst die *Motivation* eines Bürgers, sich politisch zu beteiligen (Verba/Schlozman/Brady 1995: 343). Ver-

³⁵ Verba, Schlozman und Brady (1995: 269) bezeichnen diesen Variablenkomplex als „engagement“. Da der Begriff ‚Engagement‘ in der deutschen Sprache eine andere Bedeutung besitzt, werden – um Unklarheiten zu vermeiden – diese politischen Prädispositionen als politische Involvierung bezeichnet.

fügt ein Bürger in ausreichendem Maße über Zeit, Geld und *Civic Skills*, bedeutet dies nicht zwangsläufig, dass er diese Ressourcen ausgerechnet für seine politische Teilhabe aufwenden will. Erst eine politische Involvierung fördert seine Bereitschaft, die verfügbaren Ressourcen in eine politische Mitwirkung zu investieren.³⁶

Verba, Schlozman und Brady (1995: 272) verstehen unter politischer Involvierung die psychologischen Prädispositionen eines Bürgers gegenüber dem politischen System – sie bezeichnet kein manifestes Verhalten, sondern politische Einstellungen. Die politische Involvierung umfasst jedoch ausschließlich generelle Einstellungen, welche die allgemeine psychologische Verbundenheit eines Bürgers mit dem politischen System beschreiben, nicht aber seine Einstellungen zu einem spezifischen *Policy*-Bereich. Die Autoren wählen aus der Vielfalt partizipationsrelevanter Prädispositionen vier Einstellungen aus, die nach ihrer Auffassung die wichtigsten Dimensionen politischer Involvierung abbilden: politisches Interesse, subjektive politische Kompetenz³⁷, politische Informiertheit und Parteiidentifikation (Verba/Schlozman/Brady 1995: 345-348).

Politisches Interesse

Politisches Interesse wird als „degree to which citizens are interested in and concerned about politics and public affairs“ (Milbrath/Goel 1977: 46) oder als „*degree to which politics arouses a citizen's curiosity*“ (van Deth 1990: 78, Hervorh. im Orig.) definiert, wobei sich *Politics* auf Personen, Prozesse, Entscheidungen oder aktuelle Vorgänge im politischen Handlungsbereich beziehen kann. Unter politischem Interesse verstehen die Autoren eine subjektive Selbsteinschätzung der Bürger, wie stark sie sich für politische Themen interessieren, in welchem Umfang sie politische Entwicklungen verfolgen und welche subjektive Bedeutung politische Vorgänge für sie besitzen (Verba/Schlozman/Brady 1995: 345-346).

Subjektive politische Kompetenz

Das Ausmaß der subjektiven politischen Kompetenz erfasst, wie hoch die Bürger ihre persönlichen Fähigkeiten beurteilen, politische Vorgänge verstehen und effektiv am politi-

³⁶ Die Annahme, dass die politische Involvierung einer Person positiv auf ihre Partizipationswahrscheinlichkeit wirkt, ist keineswegs unumstritten. Stattdessen drängt sich die Annahme eines reziproken Zusammenhangs auf: Die politische Beteiligung eines Bürgers stärkt umkehrt auch seine politischen Einstellungen. Die Autoren zeigen im Rahmen ihrer empirischen Analyse jedoch, dass politische Einstellungsmuster zumindest in einem gewissen Ausmaß einer politischen Partizipation vorgelagert sind – dennoch wird ein reziproker Zusammenhang im weiteren Wirkungsverlauf nicht ausgeschlossen (Verba/Schlozman/Brady 1995: 345, 350-355).

³⁷ Der Begriff „political efficacy“ (Verba/Schlozman/Brady 1995: 272) wird im Folgenden als „subjektive politische Kompetenz“ (Hansen 2009: 19; Uehlinger 1988: 179) übersetzt.

schen Entscheidungsprozess partizipieren zu können: „political efficacy [...] provides the subjective feeling that they can make a difference“ (Verba/Schlozman/Brady 1995: 272). Personen, die ihre politische Kompetenz als hoch einschätzen, partizipieren mit höherer Wahrscheinlichkeit als Personen, die ihre politischen Fähigkeiten als gering beurteilen (Milbrath/Goel 1977: 57; Verba/Schlozman/Brady 1995: 346-347, 556; Vetter 1997: 3).

Die subjektive politische Kompetenz (*Internal Efficacy*) muss nach Robert E. Lane (1964) von einer subjektiven Responsivität (*External Efficacy*) abgegrenzt werden. Unter letzterer werden Einschätzungen verstanden, wie responsiv sich die politischen Institutionen und Akteure gegenüber den allgemeinen Einflussversuchen der Bürger verhalten (Balch 1974: 24; Lippl 2007: 426).³⁸ Die Partizipationswahrscheinlichkeit eines Bürgers hängt folglich nicht nur davon ab, welche politischen Kompetenzen er sich selbst zuschreibt, sondern auch von seiner Einschätzung, wie responsiv sich das politische System und seine Akteure gegenüber den Einflussversuchen der Bürger verhalten. Verba, Schlozman und Brady (1995: 556) beziehen in ihr theoretisches Modell jedoch ausschließlich die subjektive politische Kompetenz ein.

Politische Informiertheit

Die politische Informiertheit beschreibt die individuellen Kenntnisse einer Person über politische Abläufe, Zusammenhänge sowie politische Themen, ihr Wissen über das Institutionengefüge und die politischen Amtsträger eines politischen Systems. Verba, Schlozman und Brady (1995: 347) verstehen politische Informiertheit in Anlehnung an John Zaller (2005: 42) aber nicht nur als ein abrufbares Wissen, sondern vielmehr als „cognitive engagement“, auf das die psychologische Involviertheit eines Bürgers in den politischen Bereich zurückgeführt werden kann. In diesem Sinne bewerten sie die politische Informiertheit als einen „powerful predictor of political attitude formation and of the connectedness of an individual to the political process“ (Verba/Schlozman/Brady 1995: 347).

³⁸ Angus Campbell, Gerald Gurin und Warren E. Miller (1971: 187) entwickelten 1954 erstmals das Konzept der *Political Efficacy*: „Sense of political efficacy may be defined as the feeling that individual political action does have, or can have, an impact upon the political process“. Bereits 1959 vermutete Lane jedoch, dass dieses Konzept zwei theoretische Dimensionen beinhaltet: Um politisch zu partizipieren, muss sich eine Person selbst bestimmte politische Fähigkeiten zuschreiben, andererseits muss sie aber auch überzeugt sein, dass das politische System auf Versuche der äußeren Einflussnahme durch die Bürger reagiert (Lane 1959: 149). George Balch (1974) bestätigte diese beiden Dimensionen politischer Kompetenz erstmals empirisch. Als *Internal Efficacy* definierte er „the individual’s belief that means of influence are available to him“ und als *External Efficacy* „the belief that the authorities or regime is responsive to influence attempts“ (Balch 1974: 24). Für eine detaillierte Darstellung der *Internal* und *External Efficacy* siehe Vetter (1997).

Bei der politischen Informiertheit handelt es sich im Gegensatz zu den drei anderen Involvierungsvariablen um keine subjektive Selbsteinschätzung der Bürger, sondern um ein objektiv messbares Merkmal (Verba/Schlozman/Brady 1995: 347). Während die politische Informiertheit den kognitiven Wissensstand eines Bürgers abbildet, erfassen die drei anderen Involvierungsvariablen seine affektive Verbundenheit mit dem politischen System.

Parteiidentifikation

Unter einer Parteiidentifikation³⁹ wird eine affektive Parteiorientierung verstanden (Verba/Schlozman/Brady 1995: 247-348). Ausgehend von diesem Verständnis ist die Parteiidentifikation eine „psychological identification, which can persist without legal recognition or evidence of formal membership and even without a consistent record of party support“ (Rattinger 2002: 317). In Abgrenzung zu den drei anderen Involvierungsvariablen bezieht sich die Parteiidentifikation nicht auf das gesamte politische System, sondern ausschließlich auf eine spezifische Gruppe politischer Akteure – nämlich Parteien. Im Rahmen des CVMs ist lediglich bedeutsam, ob eine Parteiidentifikation vorliegt, nicht aber ihre inhaltliche Ausrichtung (Verba/Schlozman/Brady 1995: 347-348).

3.4.2.3 Politische Rekrutierung

Als dritten Erklärungsfaktor politischer Partizipation führen Verba, Schlozman und Brady (1995: 269, 369) politische Rekrutierungsprozesse in nicht-politischen, sozialen Netzwerken an. Die politische Rekrutierung verläuft hierbei umso intensiver, je tiefer die Bürger in soziale Netzwerke eingebunden sind und je mehr Kontakte sie besitzen (Gabriel 2004: 327). Im Unterschied zu den beiden vorangehenden Variablenkomplexen handelt es sich bei der Einbindung in soziale Netzwerke nicht um ein individuelles, sondern um ein kontextbezogenes Merkmal.

Die soziale Einbindung in gesellschaftliche Netzwerke und die dort stattfindenden Interaktionen wirken Verba, Schlozman und Brady (1995: 369-370) zufolge über zwei zentrale Kausalpfade förderlich⁴⁰ auf die Partizipationswahrscheinlichkeit der Bürger (Gabriel 2004:

³⁹ Im Folgenden werden die Begriffe ‚Parteibindung‘ und ‚Parteiidentifikation‘ synonym verwendet.

⁴⁰ Es ist auch ein negativer Zusammenhang zwischen der sozialen Einbindung einer Person und ihrer politischen Partizipation denkbar: Wendet eine Person viel Zeit für ihr soziales Engagement auf – etwa in einem Verein –, steht ihr weniger Zeit für politische Aktivitäten zur Verfügung (Gabriel et al. 2002: 148; van Deth 2001: 198). Allerdings stützt die Mehrheit der empirischen Befunde die Annahme eines positiven Zusammenhangs zwischen der sozialen und politischen Partizipation (Gabriel et al. 2002: 149). Darüber hinaus ist denkbar, dass dieser positive Zusammenhang zwischen der sozialen und politischen Partizipation auf gemeinsame Hintergrundvariablen – etwa bestimmte politische Einstellungen oder Ressourcen – zurückgeht, sodass zwi-

326-327; Gabriel et al. 2002: 146; Hansen 2009: 20): Erstens erhalten Bürger durch ihre Mitgliedschaft in sozialen Netzwerken Zugang zu verschiedenen Kommunikationskanälen, in denen sie auch nach Abschluss ihrer formalen Ausbildungsphase ihre kommunikativen und organisatorischen Fähigkeiten weiter ausbilden können. Zwar eignen sich Personen das Gros ihrer *Civic Skills* im Rahmen der Primärsozialisation durch ihr Elternhaus an (Verba/Schlozman/Brady 1995: 438). Allerdings endet der Erwerb von *Civic Skills* nicht nach Abschluss der Primärsozialisation, sondern setzt sich auch im Erwachsenenalter durch die Einbindung in soziale, insbesondere nicht-politische Netzwerke fort (Burns/Schlozman/Verba 2001: 34). Durch die Interaktion und Kommunikation in nicht-politischen Kontexten wie beispielsweise am Arbeitsplatz⁴¹, in Vereinen, Gewerkschaften, Verbänden oder Kirchen eignen sich Bürger weitere *Civic Skills* an und können diese in Interaktion mit anderen Mitgliedern direkt praktisch erproben (Schlozman 2002: 439; Verba/Schlozman/Brady 1995: 309, 377-380). Obwohl *Civic Skills* mehrheitlich in nicht-politischen Kontexten erworben werden, können sie im politischen Handlungsbereich angewandt werden und senken, wie in Kapitel 3.4.2.1 erläutert, die Kosten einer politischen Beteiligung (Verba/Schlozman/Brady 1995: 271, 304). In diesem Sinne wirkt sich die Einbindung in soziale Netzwerke – vermittelt über die Förderung von kommunikativen und organisatorischen Fähigkeiten – positiv auf die Partizipationswahrscheinlichkeit einer Person aus.

Zweitens werden sozial eingebundene Bürger in deutlich höherem Maße mit politischen Stimuli konfrontiert als ihre gesellschaftlich isolierten Mitbürger. Die intensivste Form des politischen Stimulus bilden hierbei Rekrutierungsversuche, d.h. explizite Aufforderungen zu einer politischen Beteiligung. Im Rahmen des *CVMs* steht hierbei jedoch nicht die professionelle Rekrutierung durch die politischen Eliten – etwa in Form politischer Kampagnen – im Vordergrund. Stattdessen richtet sich der Fokus auf alltägliche und persönliche Rekrutierungsversuche aus dem sozialen Umfeld einer Person, die von Familienmitgliedern, Freunden, Nachbarn, Bekannten oder Arbeitskollegen ausgehen können (Schlozman 2002: 441, 450-451; Verba/Schlozman/Brady 1995: 272, 369). Eine politische Rekrutierung verläuft hierbei umso erfolgreicher, je enger und persönlicher die Beziehung zum Gegenüber ist. So sollten die Rekrutierungsversuche eines Verwandten oder langjährigen Freundes erfolgreicher verlaufen als die eines flüchtigen Bekannten (Brady/Schlozman/

schen ihnen möglicherweise lediglich eine Scheinkorrelation besteht (Armingeon 2007: 361, 368-369; Gabriel et al. 2002: 149; van Deth 1997b: 11-12; 2001: 200; Verba/Nie 1972: 183-184).

⁴¹ Inwiefern eine Erwerbstätigkeit die kommunikativen und organisatorischen Fähigkeiten einer Person fördert, hängt in erster Linie vom Bildungsgrad einer Person ab: Personen mit einem hohen Bildungsgrad erhalten in der Regel anspruchsvollere Berufe, in denen Kommunikations- und Organisationsfähigkeiten gefordert und gefördert werden (Verba/Schlozman/Brady 1995: 305).

Verba 1999: 156-157; Verba/Schlozman/Brady 1995: 139, 272-273). Bürger partizipieren mit einer umso höheren Wahrscheinlichkeit, je häufiger und intensiver sie von ihrem sozialen Umfeld hierzu aufgefordert werden. Die politische Rekrutierung wirkt in diesem Zusammenhang wie ein Katalysator, der die Wirkung der beiden anderen Variablenkomplexe zusätzlich verstärkt: „those who have the wherewithal and the desire to take part into politics are more likely to do so if they are asked“ (Schlozman 2002: 440-441).

Da Personen die Erfolgchancen ihrer politischen Rekrutierungsversuche maximieren wollen, wenden sie sich in erster Linie an Bürger, die ein ohnehin hohes Partizipationspotenzial aufweisen. Personen, die über eine hohe Ausstattung mit partizipationsrelevanten Ressourcen wie Bildung und Einkommen verfügen, sind daher häufiger Adressaten von politischen Rekrutierungsversuchen als Personen, denen solche Ressourcen fehlen (Brady/Schlozman/Verba 1999: 162; Verba/Schlozman/Brady 1995: 157, 375-376). Auf diese Weise wird die unterschiedliche Wahrnehmung politischer Partizipationsrechte durch die verschiedenen Bevölkerungsgruppen einer Gesellschaft, die aus einer ungleichen Ausstattung mit partizipationsrelevanten Ressourcen resultiert, durch gezielte Rekrutierungsversuche zusätzlich verstärkt: „The process of self-selection and selection by others reinforce each other“ (Brady/Schlozman/Verba 1999: 164).

Durch ihre soziale Einbindung erhalten Personen ferner Zugang zu neuen Kommunikationskanälen, die sie mit weiteren politischen Stimuli, insbesondere mit partizipationsrelevanten Informationen, versorgen (Verba/Schlozman/Brady 1995: 369-370, 388-390). Diskussionen und Gespräche über politische Themen vermitteln wichtige Informationen über anstehende politische Entscheidungen und bestehende Mitwirkungsmöglichkeiten. Durch diese Kommunikationskanäle sinken die Informationskosten, die im Vorfeld einer Partizipationsentscheidung entstehen, erheblich – dies wirkt sich positiv auf die Partizipationswahrscheinlichkeit einer Person aus (Hansen 2009: 39; Verba/Schlozman/Brady 1995: 370).

Für einen positiven Zusammenhang zwischen der sozialen Einbindung einer Person und ihrer Partizipationswahrscheinlichkeit werden in der Literatur noch weitere Argumente angeführt. So ist anzunehmen, dass Bürger durch ihre soziale Einbindung ein größeres Interesse an gemeinschaftsbezogenen und damit politischen Themen entwickeln als ihre gesellschaftlich isolierten Mitbürger (Hansen 2009: 20). Zudem fördert die Einbindung in soziale Netzwerke das gesellschaftliche Solidaritätsgefühl, das sich positiv auf die Entwicklung von kooperativen, demokratischen Werten und interpersonellem Vertrauen auswirkt

(Schlozman 2002: 435). Letzteres Argument hat durch das Sozialkapital-Konzept⁴² (siehe Putnam 1994, 2000) großen Zuspruch erhalten.

3.4.2.4 *Issue-Orientierung*

Im Rahmen des *CVMs* wird angenommen, dass die drei in den vorangehenden Abschnitten erläuterten Erklärungsfaktoren einen generellen und langfristigen Einfluss auf die Partizipationswahrscheinlichkeit einer Person besitzen. Neben diesen allgemeinen Determinanten politischer Partizipation bestimmt aber auch die *Issue-Orientierung*⁴³ einer Person, die sich explizit auf einen bestimmten *Policy*-Bereich bezieht, ihre Partizipationsbereitschaft (Verba/Schlozman/Brady 1995: 391). Verba, Schlozman und Brady subsumieren hierunter die inhaltlichen Orientierungen der Bürger gegenüber politischen Sachverhalten. Im Falle der *Issue-Orientierung* ist allerdings nicht die inhaltliche Position eines Bürgers theoretisch bedeutsam, sondern vielmehr die Stärke ihrer Meinung (Verba/Schlozman/Brady 1995: 402). Es wird erwartet, dass Bürger eine umso höhere Partizipationsbereitschaft besitzen, je stärker ihre *Issue-Orientierung* hinsichtlich eines zu entscheidenden Sachverhalts ausgeprägt ist. Themenorientierungen sind besonders stark ausgeprägt, wenn Bürger von politischen Entscheidungen in hohem Maße selbst betroffen sind – wie beispielsweise im Falle von Steuererhöhungen – oder wenn der zu entscheidende Sachverhalt eine moralische oder religiöse Komponente enthält, wie es auf die Themen ‚Abtreibung‘ oder ‚Krieg‘ zutrifft (Verba/Schlozman/Brady 1995: 392-393, 408). Im Unterschied zu den drei anderen Erklärungsfaktoren ist der Einfluss der *Issue-Orientierungen* allerdings auf solche Partizipationsakte begrenzt, in denen Sachverhalte entschieden werden, die in direktem Zusammenhang mit der *Issue-Orientierung* einer Person stehen. Besitzt ein Bürger beispielsweise stark ausgeprägte Einstellungen zum Thema ‚Atompolitik‘, sind diese für eine politische Beteiligung zum Thema ‚Schulpolitik‘ irrelevant.

Dass die *Issue-Orientierung* nicht aus den drei Grundannahmen des *CVMs* hervorgeht, deutet darauf hin, dass sie einen nur untergeordneten Stellenwert im *CVM* einnimmt. Da der

⁴² Das Sozialkapital-Konzept setzt sich aus einer strukturellen und zwei kulturellen Komponenten zusammen: Die strukturelle Komponente umfasst die Mitgliedschaft in sozialen Netzwerken, während sich die kulturellen Komponenten auf Reziprozitätsnormen und interpersonelles Vertrauen beziehen (Putnam 1994: 167). Insbesondere die kulturellen Komponenten von Sozialkapital erleichtern die Kooperation zwischen sich fremden Bürgern, wie sie bei den meisten Partizipationsformen erforderlich ist. In diesem Sinne wird angenommen, dass Sozialkapital eine partizipationsförderliche Wirkung entfaltet (Lippl 2007: 427). Zum Zusammenhang zwischen Sozialkapital und politischer Partizipation siehe Lippl (2007: 429-449) und Zmerli (2006: 253-302), zu Sozialkapital im Allgemeinen siehe Franzen/Freitag (2007), Gabriel et al. (2002), Klein et al. (2004) und Westle (2008).

⁴³ Der englischsprachige Begriff „issue engagement“ (Verba/Schlozman/Brady 1995: 391) wird im Folgenden als *Issue-Orientierung* oder Themenorientierung (Hansen 2009: 21) übersetzt.

Themenbezug eines Partizipationsaktes in der Regel empirisch nicht erfasst wird, findet diese Determinante in der folgenden Analyse keine weitere Berücksichtigung. Dennoch muss davon ausgegangen werden, dass die *Issue*-Orientierungen der Bürger in hohem Maße ihre Partizipationsbereitschaft bestimmen.

3.4.3 Das *Civic-Voluntarism-Modell* in der Kritik

Das CVM wird in der Partizipationsforschung ausgesprochen positiv bewertet (Aldrich 1997: 421; Hochschild 1997: 425; Mansbridge 1997: 423). Dennoch gibt es auch kritische Stimmen, die auf Schwachstellen des CVMs verweisen. Diese Schwächen müssen bei der Interpretation der empirischen Befunde Berücksichtigung finden.

Ein Kritikpunkt bezieht sich auf das bereits angedeutete Problem einer möglichen Wechselwirkung zwischen der politischen Involvierung und Rekrutierung einerseits sowie der politischen Partizipation andererseits. Es erscheint ebenso plausibel, dass Bürger durch ihre politische Partizipation ein höheres Interesse an politischen Sachverhalten, ein höheres Vertrauen in die Wirksamkeit ihres politischen Handelns und eine höhere politische Informiertheit entwickeln (Verba/Schlozman/Brady 1995: 276, 344). Auch im Hinblick auf die politische Rekrutierung stellt sich ein Kausalitätsproblem: Politische Rekrutierungsversuche richten sich gezielt an Personen, die in der Vergangenheit bereits politisch aktiv waren und sich daher mit höherer Wahrscheinlichkeit zu einer erneuten politischen Beteiligung mobilisieren lassen (Abramson/Claggett 2001: 907; Brady/Schlozman/Verba 1999: 154-155). Verba, Schlozman und Brady (1995: 276-279, 350-355, 370-372) räumen zwar ein, dass ein sich gegenseitig verstärkender, reziproker Zusammenhang zwischen der politischen Involvierung und Rekrutierung einer Person sowie ihrer politischen Partizipation besteht. Dennoch betonen sie, dass die Involvierungs- und Rekrutierungsvariablen einer politischen Partizipation mehrheitlich vorgelagert sind. Da diese Kausalitätsproblematik nicht im Fokus der vorliegenden Arbeit steht, wird sich in der folgenden Analyse auf den von den Autoren postulierten, dominanten Kausalzusammenhang berufen. Dennoch sollte ein mögliches Kausalitätsproblem bei der Interpretation der empirischen Befunde bedacht werden.

Doch nicht nur die Annahme eines einseitigen Kausalzusammenhangs zwischen den unabhängigen und abhängigen Variablen wird kritisch bewertet. Es wird außerdem bemängelt, dass sich Verba, Schlozman und Brady im Rahmen ihrer Untersuchung ausschließlich auf die Identifikation von Erklärungsfaktoren politischer Partizipation beschränken, ohne ihre

gegenseitige Abhängigkeit und Interaktion zu berücksichtigen. Sie gehen von der Annahme aus, dass alle Erklärungsfaktoren einen voneinander unabhängigen und homogenen Einfluss auf die Partizipationswahrscheinlichkeit einer Person besitzen (Hansen 2009: 23-24). Diese Annahme spiegelt sich auch deutlich in ihrem empirischen Vorgehen wider: Die verwendeten linear-additiven Regressionsanalysen modellieren einen unabhängigen und homogenen Einfluss aller Regressoren, ohne mögliche konditionale Effekte zu berücksichtigen. Mit dieser Annahme ignorieren die Autoren, dass eine Determinante möglicherweise die Wirkung einer anderen moderiert und der Einfluss einer Determinante somit vom Niveau einer anderen Determinante abhängig ist. Diesen Kritikpunkt greift Emanuel Hansen (2009: 27-48) auf, indem er ein erweitertes Erklärungsmodell entwickelt, das mögliche konditionale Effekte, d.h. die Abhängigkeit des Einflussgrads einer Determinante vom Niveau eines anderen Erklärungsfaktors berücksichtigt. Zu diesem Zweck berechnet Hansen linear-interaktive Regressionsmodelle, die mögliche Wechselwirkungen zwischen den unabhängigen Variablen kontrollieren können (Hansen 2009: 63-66). Wie die empirischen Befunde zeigen, besitzt das erweiterte Erklärungsmodell eine höhere empirische Erklärungskraft als das Basismodell (Hansen 2009: 91).

Ein dritter Kritikpunkt betrifft die Reichweite des *CVMs*. John H. Aldrich (1997: 421-423) kritisiert, dass die politische Partizipation ein zu heterogenes und komplexes Phänomen sei, als dass sie mithilfe einer allgemeinen Theorie erklärt werden könne – das *CVM* sei daher zwangsläufig unvollständig. Aldrich zufolge sind nur spezifische Erklärungsmodelle, die sich auf bestimmte Partizipationsformen konzentrieren, in der Lage, das politische Partizipationsverhalten befriedigend zu erklären. Verba, Schlozman und Brady (1995: 362-364, 368) weisen selbst darauf hin, dass für verschiedene Partizipationsformen möglicherweise unterschiedliche Erklärungsfaktoren bedeutsam sind. Allerdings geben sie zu bedenken, dass keine Erklärung menschlichen Verhaltens vollständig sein könne (Verba/Schlozman/Brady 1995: 273-274). Vor diesem Hintergrund sei das primäre Ziel der Partizipationsforschung, ein allgemeines Erklärungsmodell mit einer begrenzten Anzahl von Variablen zu konzipieren, das dennoch möglichst viel erklären könne: „an explanation that is simultaneously powerful and parsimonious“ (Verba/Schlozman/Brady 1995: 274).

Abschließend kann kritisiert werden, dass das *CVM* Erklärungsfaktoren auf der Makroebene wie das politische Institutionengefüge und die politische Kultur vollkommen ausblendet. Um auch relevante Makrovariablen in die Erklärung politischer Partizipation einzubeziehen, ohne Erklärungsfaktoren auf der Individualebene vernachlässigen zu müssen, werden

zunehmend Mehr-Ebenen-Modelle konzipiert, die in der Lage sind, Mikro- und Makrodaten miteinander zu kombinieren (siehe z.B. Roller/Rudi 2008).

4. Der politische Integrationsstand der zweiten Migrantengeneration – theoretische Auseinandersetzung

Nachdem die theoretischen Grundlagen zur politischen Partizipation und ihren Bestimmungsfaktoren als politische Komponente des politischen Integrationsbegriffs gelegt wurden, steht in Kapitel 4 das Integrationskonzept im Vordergrund, das die zweite Komponente politischer Integration bildet. Diese beiden Komponenten fließen in einer Definition politischer Integration, wie sie in Kapitel 4.2.2 entwickelt wird, zusammen. Im Anschluss wird auf die Annahmen und Argumente der Integrationsforschung eingegangen, wie Integrationsprozesse im Generationenwechsel verlaufen. Möglicherweise geben diese Hinweise auf den politischen Integrationsstand der zweiten Generation und tragen somit zur Formulierung forschungsleitender Hypothesen für die folgende empirische Analyse bei. Bevor jedoch auf ihren politischen Integrationsstand eingegangen werden kann, ist unbedingt erforderlich, die zweite Generation zu definieren.

4.1 Eine Definition der zweiten Migrantengeneration

In der Vergangenheit kursierten in der öffentlichen Integrationsdebatte in erster Linie die Begriffe ‚Ausländer‘ und ‚Migranten‘. Da ein hoher Anteil dieser Personengruppe mittlerweile aber eine deutsche Staatsbürgerschaft besitzt, ist der Begriff ‚Ausländer‘⁴⁴ längst obsolet geworden – er erfasst lediglich einen kleinen Ausschnitt des untersuchungsrelevanten Personenkreises. Dieser Umstand wird sich durch die im Jahr 2000 vorgenommene Erweiterung des Staatsangehörigkeitsrechts um das Geburtenprinzip (*ius soli*) weiter zuspitzen. Danach erhalten auch in Deutschland geborene Kinder ausländischer Personen bei ihrer Geburt unter bestimmten Voraussetzungen die deutsche Staatsbürgerschaft.⁴⁵ Diese Reform des Staatsangehörigkeitsrechts wird in Zukunft dazu führen, dass die Anzahl der in

⁴⁴ Im Gesetz über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und Integration von Ausländern im Bundesgebiet heißt es in § 2: ‚Ausländer ist jeder, der nicht Deutscher im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des GGs ist‘. Als Deutscher im Sinne des GG gilt jeder, der die deutsche Staatsbürgerschaft besitzt (Caballero 2009: 22). Insofern gilt als Ausländer, wer eine nicht-deutsche, d.h. eine ausländische Staatsbürgerschaft besitzt.

⁴⁵ Vor 2000 galt im deutschen Staatsangehörigkeitsrecht das Abstammungsprinzip (*ius sanguinis*), wonach nur Deutscher sein konnte, wer von mindestens einem deutschen Elternteil abstammt. Im Jahr 2000 wurde das Abstammungsprinzip um das Geburtenprinzip erweitert (Yeshurun/Nell 2008: 148-149). Ein Kind ausländischer Eltern, das in Deutschland geboren wird, erhält neben der Staatsangehörigkeit seiner Eltern nun automatisch auch die deutsche Staatsbürgerschaft, sofern ein Elternteil seit mindestens acht Jahren rechtmäßig seinen gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland hat und eine Niederlassungserlaubnis oder ein unbefristetes Aufenthaltsrecht besitzt. Zwischen dem 18. und 23. Lebensjahr sind Personen mit einer doppelten Staatsbürgerschaft gemäß § 29 StAG verpflichtet, sich für eine Staatsbürgerschaft zu entscheiden.

Deutschland geborenen Kinder mit ausländischen Staatsbürgerschaften weiter sinkt. Vor diesem Hintergrund verliert das Merkmal ‚Staatsbürgerschaft‘ zunehmend an Aussagekraft: „Der Ausländerbegriff ist ein **Auslaufmodell**, dem die soziale Wirklichkeit davonläuft“ (Geißler 2008: 233, Hervorh. im Orig.).

Auch die Bezeichnung ‚Migrant‘ erweist sich als problematisch (Caballero 2009: 22; Diefenbach 2007: 20; Schulte/Treichler 2010: 17). Als Migranten gelten ausschließlich jene Personen, die eigene unmittelbare Migrationserfahrungen besitzen. Mittlerweile weist ein großer Teil des untersuchungsrelevanten Personenkreises jedoch einen lediglich familiär vermittelten Migrationshintergrund auf, da dieser bereits in Deutschland geboren wurde (Caballero 2009: 22-23; Glatzer 2004: 28).

Seit der Aufnahme des Themenkomplexes ‚Migration und Integration‘ in das Erhebungsprogramm des *Mikrozensus* im Jahr 2005 setzt sich in der Integrationsforschung anstelle der Bezeichnungen ‚Ausländer‘ und ‚Migranten‘ zunehmend das Begriffskonstrukt ‚Personen mit Migrationshintergrund‘⁴⁶ durch. Es stellt die umfassendste Bezeichnung dar und trägt dem Faktum Rechnung, dass nicht alle Personen mit Migrationshintergrund notwendigerweise eine ausländische Staatsbürgerschaft besitzen oder in die Bundesrepublik migriert sind, wie es die Begriffe ‚Ausländer‘ und ‚Migranten‘ implizieren. Laut Definition des Statistischen Bundesamtes (2011: 6) besitzen „alle nach 1949⁴⁷ auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderten, sowie alle in Deutschland geborenen Ausländer und alle in Deutschland als Deutsche Geborenen mit zumindest einem nach 1949 zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil“ einen Migrationshintergrund.

Wie die Definition des *Mikrozensus* deutlich macht, hat sich in der Integrationsforschung die Annahme durchgesetzt, dass ein Migrationshintergrund bis in die dritte Folgegeneration vererbt wird (Schulte/Treichler 2010: 30; Statistisches Bundesamt 2011: 5). Zur Identifikation von Personen mit Migrationshintergrund führte das Statistische Bundesamt daher nicht nur Fragen zu unmittelbaren Migrationserfahrungen – erfasst über das Geburtsland, die Staatsbürgerschaft und das Einwanderungsjahr – ein, sondern nahm zusätzlich auch Fragen zu möglichen Migrationserfahrungen der Eltern und Großeltern auf. Während Personen, die bereits in der Bundesrepublik geboren wurden und eine deutsche Staatsbürgerschaft besit-

⁴⁶ Diese Bezeichnung wird in den folgenden Abbildungen als ‚MH‘ abgekürzt.

⁴⁷ Mit der zeitlichen Eingrenzung sollen Flüchtlingsströme, die in Folge des Zweiten Weltkriegs stattfanden, ausgeschlossen werden. Der implizite Fokus dieser Definition richtet sich daher auf Migrationsprozesse, die mit der sogenannten Gastarbeiterphase in Zusammenhang stehen.

zen, ihren Migrationshintergrund jedoch nicht an ihre Nachkommen vererben können, geben zugewanderte Personen und in Deutschland geborene Ausländer ihren Migrationshintergrund automatisch auch an ihre Nachkommen weiter. Der Generationenbegriff⁴⁸ wird in der Integrationsforschung völlig unabhängig von der Alterskohorte verwendet. Stattdessen wird das ursprüngliche Migrationsereignis als einschneidendes Erlebnis verstanden, das die einzelnen Migrantengenerationen voneinander unterscheidet (Fincke 2009: 14). Eine saubere Differenzierung der einzelnen Migrantengenerationen ist sinnvoll, da Integration ein intergenerationaler Prozess ist: Die einzelnen Migrantengenerationen besitzen verschiedene Bezüge zum ursprünglichen Migrationsereignis und unterscheiden sich infolgedessen in ihrem Integrationsstand. Erst eine gesonderte Betrachtung der einzelnen Migrantengenerationen erlaubt es, Erkenntnisse über den Integrationsverlauf im Generationenwechsel zu gewinnen (Fincke 2009: 17).

Abbildung 3: Definitionskriterien der untersuchungsrelevanten Personenkreise

Mit MH	Erste Generation	<ul style="list-style-type: none"> - Geburtsland: Ausland (Migration in BRD nach 1949) - Staatsangehörigkeit: ausländisch oder deutsch (durch Einbürgerung)
	Zweite Generation	<ul style="list-style-type: none"> - Geburtsland: Deutschland - zugewanderte Elternteile: Vater <i>und/oder</i> Mutter - Staatsbürgerschaft: deutsch oder ausländisch
	Dritte Generation	<ul style="list-style-type: none"> - Geburtsland: Deutschland - zugewanderte Elternteile: keines, aber mindestens ein als Ausländer in Deutschland geborenes Elternteil - Staatsbürgerschaft: deutsch oder ausländisch
Ohne MH		<ul style="list-style-type: none"> - Geburtsland: Deutschland - zugewanderte Elternteile: keines - Staatsangehörigkeit: deutsch

Wie aus Abbildung 3 ersichtlich, wird jene Personengruppe als erste Migrantengeneration bezeichnet, die im Ausland geboren wurde und nach 1949 in die Bundesrepublik zugewandert ist – sie besitzt eigene unmittelbare Migrationserfahrungen. Ihre bereits in Deutschland geborenen Kinder werden als zweite Migrantengeneration bezeichnet.⁴⁹ Personen der zweiten Generation besitzen mindestens ein Elternteil, das der ersten Migrantengeneration angehört. In Abgrenzung zur ersten Migrantengeneration hat die zweite Generation ihre gesamte formale Schulbildung und prägende Sozialisation in Deutschland erhalten. Personen der zweiten Generation können eine deutsche oder ausländische Staatsbürgerschaft besit-

⁴⁸ Der Generationenbegriff geht in der Integrationsforschung auf Robert E. Parks (1996) [1928] Modell der *race-relation-cycles* zurück. Nach Park ist Integration ein unumkehrbarer Prozess, der sich im Verlauf mehrerer Migrantengenerationen zwangsläufig vollzieht.

⁴⁹ In der Integrationsforschung existiert neben dieser engen Definition der zweiten Generation auch eine weite Definition. Danach muss eine Person der zweiten Generation nicht notwendigerweise in Deutschland geboren worden sein. Stattdessen muss sie vor ihrer Einschulung – d.h. vor ihrem sechsten Lebensjahr – nach Deutschland eingewandert sein, um ihre prägende Sozialisation in Deutschland erhalten zu haben (Fincke 2009: 14; Weiss 2007: 25; Worbs 2003: 1011). Im Rahmen der vorliegenden Arbeit wird bewusst eine enge Definition verwendet, da hiermit Sonderfälle ausgeschlossen werden, die mit den spezifischen Problemen einer unterbrochenen Sozialisation konfrontiert sind.

zen. Wie bereits erläutert, geben im Falle der zweiten Generation ausschließlich in Deutschland geborene Ausländer ihren Migrationshintergrund auch an ihre Nachkommen weiter. Personen der dritten Migrantengeneration besitzen folglich mindestens ein Elternteil, das als Ausländer in Deutschland geboren wurde und der zweiten Generation angehört. Da die dritte Generation mehrheitlich allerdings noch nicht das Alter der Volljährigkeit erreicht hat und daher nicht in vollem Umfang partizipationsberechtigt ist, steht ausschließlich die zweite Generation im Fokus der vorliegenden Arbeit. In Abgrenzung zu den drei Personengruppen mit Migrationshintergrund wurden Personen ohne Migrationshintergrund in Deutschland geboren, sie besitzen kein zugewandertes Elternteil und sind seit ihrer Geburt deutsche Staatsbürger.

An der Bezeichnung ‚zweite Migrantengeneration‘ lässt sich Kritik anbringen: Sie erweckt den Eindruck, es handele sich hierbei um eine homogene Personengruppe mit einem gemeinsamen Kollektivbewusstsein. Tatsächlich unterscheiden sich Personen der zweiten Generation jedoch in Bezug auf ihre Staatsbürgerschaften, ihre elterlichen Herkunftsländer, ihren Integrationsverlauf und ihren Bildungsstand (Hämmig 2000: 13; Juhasz/Mey 2003: 18). Was eine zusammenfassende Untersuchung der zweiten Generation dennoch legitimiert, ist die Annahme, dass ihre Angehörigen einen familiär vermittelten Migrationshintergrund miteinander teilen, der ihre soziale Lebenswirklichkeit prägt – beispielsweise im Hinblick auf ihre bilinguale Sozialisation, ihre bikulturelle Sozialisation, ihre kulturelle Empathie und Flexibilität, ihren möglicherweise erschwerten Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen und ihren Umgang mit Diskriminierung und Vorurteilen (Hämmig 2000: 13).

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass Personen der zweiten Generation in Deutschland geboren wurden und mindestens ein zugewandertes Elternteil besitzen. Um die Frage nach ihrer politischen Integration zu klären, müssen im nächsten Schritt theoretische Grundlagen zum Integrationskonzept geschaffen werden.

4.2 Der Integrationsbegriff im sozialwissenschaftlichen Diskurs

Im folgenden Kapitel steht der Integrationsbegriff im Fokus, der die zweite Komponente des politischen Integrationskonzeptes bildet. Im sozialwissenschaftlichen Diskurs findet der Integrationsbegriff eine vielseitige Verwendung – er wird auf psychische, soziale, politische und pädagogische Phänomene angewandt. Grund für diese breite Verwendung des Integrationsbegriffs ist seine sehr umfassende Definition als „Frage nach der Einheit in der Vielfalt“ (Esser 2000: 262). Im Kontext der vorliegenden Arbeit sind jedoch ausschließlich

soziologische Integrationstheorien von Belang. Als umfassendste soziologische Integrationstheorie in der deutschsprachigen Integrationsforschung gilt das handlungstheoretisch-individualistische Integrationskonzept von Hartmut Esser (Caballero 2009: 53), auf das im folgenden Abschnitt näher eingegangen wird. Im Anschluss werden das Partizipations- und Integrationskonzept in einer Definition politischer Integration miteinander verknüpft.

4.2.1 Das Integrationsverständnis in der deutschen Diskussion – Die Integrationstheorie nach Hartmut Esser

Da die deutsche Gesellschaft Einwanderungsprozesse lange Zeit als lediglich vorübergehendes Phänomen betrachtete und ihre Rolle als Einwanderungsland nicht anerkannte, besitzt die Integrationsforschung in Deutschland eine noch relativ junge Forschungstradition (Siminovskaia 2008: 49). Vor diesem Hintergrund konnte sich auch bis heute keine einheitliche Verwendung des Integrationsbegriffs durchsetzen. Stattdessen werden unterschiedliche Begriffe zur Beschreibung gleicher Abläufe verwendet und umgekehrt unterschiedliche Abläufe mit gleichen Begrifflichkeiten bezeichnet (Caballero 2009: 37-38; Esser 1980: 19). Der Mannheimer Soziologe Hartmut Esser (1980: 13) zielte mit seinem Werk *Aspekte der Wanderungssoziologie* darauf ab, für die Eingliederung von Migranten⁵⁰ „wenigstens ansatzweise eine allgemeine Konzeption zu finden“ und eine begriffliche Klarheit zu schaffen. Esser knüpft hiermit vor allem an die anglo-amerikanischen Assimilationstheorien von Shmuel N. Eisenstadt (1954)⁵¹ und Milton M. Gordon (1964)⁵² an. Es wird darauf verzichtet, Essers Integrationstheorie im folgenden Abschnitt vollständig darzustellen. Stattdessen werden jene Komponenten seines Integrationskonzepts fokussiert, die für die im Anschluss vorzunehmende Definition politischer Integration von Relevanz sind.⁵³

⁵⁰ Esser verwendet in seiner Eingliederungstheorie die Begriffe ‚Migranten‘ und ‚Aufnahmegesellschaft‘. Bei der Darstellung des Integrationskonzepts nach Esser werden seine originalen Begrifflichkeiten beibehalten. Im Folgenden wird jedoch die umfassendere Bezeichnung ‚Personen mit Migrationshintergrund‘ bevorzugt. Außerdem wird anstelle von Aufnahmegesellschaft die Bezeichnung ‚Mehrheitsgesellschaft‘ verwendet, da die zweite Generation bereits in Deutschland geboren wurde und im Unterschied zu ersten Generation nicht in Deutschland aufgenommen wurde.

⁵¹ Eisenstadt untersuchte Assimilationsprozesse anhand der jüdischen Migration nach Israel und entwickelte ein dreistufiges Konzept der Migration: 1) die Migrationsentscheidung, 2) der Migrationsprozess an sich und 3) die Absorption durch die Mehrheitsgesellschaft. Eine Absorption im Sinne einer absoluten Angleichung an die Mehrheitsgesellschaft kann nach Eisenstadt (1954: 5-6, 169) nur gelingen, wenn sich Migranten von ihren alten Werten abwenden und sich vollkommen mit den Werten der Aufnahmegesellschaft identifizieren.

⁵² Den Bezugsrahmen von Gordons Eingliederungstheorie bilden die US-amerikanische Gesellschaft und ihre ethnischen Minderheiten. Er gliederte den Assimilationsprozess in sieben Stufen (Gordon 1964: 71). Das Hauptaugenmerk richtet Gordon hierbei auf die strukturelle Assimilation, also die Eingliederung der Migranten in die Institutionen der Mehrheitsgesellschaft.

⁵³ Für eine vollständige Darstellung siehe Esser (1980; 2000; 2001; 2010).

Im Allgemeinen wird Integration als „*Zusammenhalt* von Teilen in einem „systematischen Ganzen“ (Esser 2000: 261, Hervorh. im Orig.) verstanden, die wechselseitig voneinander abhängig sind und sich hierdurch von ihrer unstrukturierten Umgebung abgrenzen (Mammey 2005: 40). Den Gegenbegriff hierzu bildet die Segmentation, bei der die verschiedenen Teile beziehungslos nebeneinander stehen und nicht in der Lage sind, ein gemeinsames System zu bilden (Esser 2000: 262). Da sich diese sehr allgemeine Definition von Integration jedoch auf alle möglichen Arten von Systemen (z.B. Verwandtschafts-, Markt- oder Institutionensysteme) beziehen kann, grenzt Esser sie in Anlehnung an den britischen Soziologen David Lockwood (1969) ein. Lockwood (1969: 245) unterschied erstmals eine Systemintegration von einer Sozialintegration. Während Systemintegration die Integration verschiedener Teilsysteme einer Gesellschaft (z.B. Ökonomie, Medien und Staaten) bezeichnet, bezieht sich Sozialintegration auf die Integration einzelner Akteure oder Akteursgruppen in ein bestehendes soziales System (Esser 2000: 268-271; 2001: 1, 16; 2010: 65-66).⁵⁴ Esser bezieht sich im Rahmen seiner Integrationstheorie ausschließlich auf die Sozialintegration.⁵⁵

Esser (2000: 286-289; 2001: 19) stellt drei unterschiedliche Sozialsysteme gegenüber, in die sich eine Integration von Migranten vollziehen kann: die Aufnahmegesellschaft, die Herkunftsgesellschaft und die ethnischen Gemeinden in der Aufnahmegesellschaft. Fasst man die beiden letzteren zu einem gemeinsamen Sozialsystem zusammen, ergeben sich aus der Kombination erfolgter und nicht-erfolgter Integration vier mögliche Integrationstypen: Mehrfachintegration, Segmentation, Marginalität und Assimilation (siehe Abbildung 4).

Abbildung 4: Die vier Typen der (Sozial-)Integration von Migranten

		Integration in Aufnahmegesellschaft	
		Ja	Nein
Integration in Herkunftsgesellschaft/ in ethnische Gemeinde	Ja	Mehrfachintegration	Segmentation
	Nein	Assimilation	Marginalität

Quelle: Esser (2000: 287; 2001: 19).

Die Mehrfachintegration beschreibt die gleichzeitige Integration in die Herkunfts- und die Aufnahmegesellschaft. Auch wenn Migranten und ihre Nachkommen an ihrer Herkunftsgesellschaft festhalten, knüpfen sie interethnische Kontakte zu Mitgliedern der Aufnahmegesellschaft. Diese Form der Sozialintegration manifestiert sich in einer Mehrsprachigkeit, einer ethnischen Durchmischung sozialer Netzwerke und einer gleichzeitigen Identifikation

⁵⁴ Die Systemintegration und die Sozialintegration sind jedoch nicht unabhängig voneinander, da die systemische Integration das aggregierte Ergebnis des Handelns von Einzelakteuren ist (Esser 2000: 278).

⁵⁵ Im Folgenden wird ausschließlich auf die Sozialintegration Bezug genommen – aus sprachlichen Gründen wird jedoch von Integration anstatt von Sozialintegration gesprochen.

mit der Herkunfts- und der Aufnahmegesellschaft. Zwar ist dieser Typ der Sozialintegration wünschenswert, allerdings bezeichnet Esser (2000: 288) ihn als empirisch äußerst unwahrscheinlich. Ausschließlich intellektuelle Eliten wie Akademiker, die über die erforderlichen kognitiven Kompetenzen verfügen, sich in beide Sozialsysteme integrieren zu können, seien zu einer Mehrfachintegration fähig (Esser 2000: 288; 2001: 19-21).⁵⁶

Im Falle einer ethnischen Segmentation liegt eine Integration in das binnenethnische Bezugssystem, nicht aber in die Aufnahmegesellschaft vor. Migranten besitzen ausschließlich Bindungen zu ihrer Herkunftsgesellschaft bzw. zu ihrer ethnischen Gemeinde in der Aufnahmegesellschaft, sodass keinerlei interethnische Kontakte zu Personen der Aufnahmegesellschaft entstehen können.⁵⁷ Im Falle einer Segmentation etablieren sich ethnische Gemeinden als exklusive Einheiten, die sich bewusst von der Aufnahmegesellschaft abgrenzen – etwa durch eine räumliche Trennung (Esser 2001: 39-40). Hierdurch verfestigen sich systematische Unterschiede zwischen den migrantischen Bevölkerungsgruppen und der Aufnahmegesellschaft.

Ist ein Migrant marginalisiert, liegt eine Totalexklusion aus jeglichen sozialintegrativen Bezügen vor. Marginalisierte Migranten halten weder an der Kultur ihrer Herkunftsgesellschaft fest noch bauen sie Beziehungen zu Mitgliedern der Aufnahmegesellschaft auf. Sie gehören keinem gesellschaftlichen Sozialsystem an, sondern sind vollkommen aus der Gesellschaft ausgeschlossen. Ein marginalisierter Migrant kann daher als „ausgestoßener, einsamer und heimatloser Fremder“ (Esser 2001: 19) beschrieben werden, was in erster Linie auf Personen der ersten Generation zutrifft. Esser (2000: 277-278; 2001: 15) hält auch diesen Integrationstyp für empirisch selten, da Menschen aufgrund ihres sozialen Wesens danach streben, einem gesellschaftlichen Sozialsystem anzugehören.

Den vierten Typ der Sozialintegration bildet die Assimilation. Essers Assimilationsverständnis bedarf, da er in seiner Begriffsverwendung von den gängigen Begriffsdefinitionen abweicht, einer ausführlichen Erläuterung.⁵⁸ Esser (2000: 288) zufolge bezeichnet Assimi-

⁵⁶ Außerdem neigen Menschen, so Esser (2001: 19-21), zu bipolaren Ingroup-Outgroup-Schemen – diese psychologischen Prädispositionen behindern eine Mehrfachintegration.

⁵⁷ Ethnische Gemeinden fungieren für Migranten der ersten Generation als wichtige Unterstützung in der fremden Aufnahmegesellschaft – in diesem Sinne besitzen ethnische Gemeinden auch eine sozialintegrative Funktion. Andererseits erschweren sie jedoch eine Integration in die Aufnahmegesellschaft und fördern eine ethnische Segmentation (Esser 2001: 20).

⁵⁸ Assimilation wird in Abgrenzung zu Integration in der Regel als einseitige Anpassung von Migranten an die Mehrheitsgesellschaft verstanden. Der Begriff ‚Integration‘ bezeichnet in Abgrenzung hierzu eine gegenseitige Anpassung (Oswald 2007: 94). Esser verwendet den Integrationsbegriff für Eingliederungsprozesse von Migranten, die, wie erläutert, zu vier Ergebnissen führen können. Die Assimilation bezeichnet hierbei das Ergebnis einer erfolgreichen Eingliederung. Bei der Darstellung von Essers Integrationstheorie werden seine

lation die „Angleichung der verschiedenen Gruppen [einer Gesellschaft] in bestimmten Eigenschaften [...], etwa im Sprachverhalten oder in einer Einnahme beruflicher Positionen“, wie sie üblicherweise als Integration bezeichnet wird. Unter Assimilation versteht Esser hierbei nicht die Gleichheit aller Individuen, sondern vielmehr die Auflösung strukturell bedingter, ethnienpezifischer Ungleichheiten zwischen Migranten und Personen der Aufnahmegesellschaft – beispielsweise im Bildungssystem oder auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt. Individuelle Ungleichheiten können hingegen auch im Falle einer Assimilation bestehen bleiben: „Es geht bei [...] der Assimilation also um die Auflösung systematischer Unterschiede zwischen den verschiedenen Gruppen und Kategorien, nicht aber um die Gleichheit der ‚Individuen‘ in allen Belangen“ (Esser 2001: 21-22). Eine Assimilation erfolgt hierbei nicht unmittelbar, sondern erstreckt sich in der Regel über mehrere Generationen (Esser 2001: 39; Hill/Schnell 1990: 36). Obwohl Esser den Assimilationsbegriff zunächst im Sinne einer Integration als Angleichung verschiedener Gesellschaftsgruppen definiert, hält er eine Angleichung der zahlenmäßig überlegenen Aufnahmegesellschaft nur in bestimmten Randbereichen wie beispielsweise Essgewohnheiten für praktisch möglich. Eine Angleichung erfolgt Esser (2001: 21) zufolge in erster Linie auf Seiten der Migranten: „[W]enigstens grosso modo und über gewisse Zeiträume hinweg [ist] die Assimilation in die jeweils aufnehmende Gesellschaft der empirische Regelfall“. Insofern vertritt Esser ein assimilativ geprägtes Integrationsverständnis.

Da Esser (1980: 40; 1990: 75) eine Marginalität und eine Mehrfachintegration für empirisch äußerst unwahrscheinlich hält, richtet sich das Hauptaugenmerk seiner Integrations-
theorie auf die beiden Integrationstypen ‚Assimilation‘ und ‚Segmentation‘. Durch eine Ausdifferenzierung von Integration in zwei mögliche Formen macht Esser deutlich, dass sich Eingliederungsprozesse keineswegs automatisch im Generationenwechsel vollziehen. Stattdessen würde das Ergebnis des Integrationsprozesses von verschiedenen Faktoren bestimmt: Erstens hänge dieses von den mitgebrachten Eigenschaften, Ressourcen und Kompetenzen eines Migranten, insbesondere von seinem Humankapital⁵⁹ in Form von verwertbaren Bildungsabschlüssen und Sprachfertigkeiten ab. Zweitens hänge der Integrationsverlauf eines Migranten von den sozialen Rahmenbedingungen der Aufnahmegesellschaft ab

originalen Begrifflichkeiten beibehalten. Da Integration in der vorliegenden Arbeit als gegenseitige Angleichung verstanden wird (siehe Kapitel 4.2.2), wird im Folgenden jedoch ausschließlich der Integrationsbegriff verwendet.

⁵⁹ Humankapital bezeichnet die Summe der wirtschaftlich nutzbaren Fähigkeiten, Kenntnisse und Verhaltensweisen der Erwerbsbevölkerung einer Volkswirtschaft (Diefenbach 2007: 101; 2010: 230). In der Bildungsökonomie bezeichnet dieser Begriff alle Investitionen, die in einen Menschen im Verlauf seiner Erziehung und Ausbildung vorgenommen werden. Das Humankapital kann empirisch nur indirekt anhand sozialer Indikatoren (z.B. Schulabschluss) erfasst werden (Diefenbach 2005: 135).

(Esser 1980: 211; 1990: 99-100). Eine ethnische Segmentation dürfe vor diesem Hintergrund nicht als Folge von ethnisch-kulturellen Merkmalen wie Sprache, Religion oder Lebensgewohnheiten aufgefasst werden. Sie erkläre sich vielmehr aus den sozialen Rahmenbedingungen der Aufnahmegesellschaft, die über die strukturelle Assimilation eines Migranten – d.h. über seine gleichberechtigte Partizipation an den gesellschaftlichen Rechten, Positionen und Ressourcen der Aufnahmegesellschaft – entscheiden (Esser 1989: 442; 2000: 306). Ermöglicht die Aufnahmegesellschaft Migranten eine gleichberechtigte Partizipation an ihren sozialen, kulturellen und ökonomischen Ressourcen – etwa im Bildungssystem oder auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt –, setzen sich zunehmend assimilative Tendenzen durch (Esser 1989: 427; 2000: 288; 2001: 21, 23, 72; 2010: 66-67; Hill/Schnell 1990: 36). Sind Migranten in ihrem Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen hingegen systematisch benachteiligt, vollziehen sich laut Esser zunehmend ethnische Schließungsprozesse im Sinne einer Segmentation.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass Esser zufolge die beiden Integrationstypen ‚Assimilation‘ und ‚Segmentation‘ zwei mögliche Ergebnisse des Integrationsprozesses darstellen. Sie beschreiben den Fall einer gelungenen bzw. einer gescheiterten Integration. Diese gegensätzlichen Ergebnisse des Integrationsprozesses spiegeln sich auch in den divergierenden Annahmen der Integrationsforschung hinsichtlich des Integrationsstands der zweiten Generation wider, wie sie in Kapitel 4.3 erläutert werden.

4.2.2 Bestimmung des politischen Integrationsbegriffs

Das Forschungsinteresse der vorliegenden Arbeit richtet sich auf eine bestimmte Unterform der Integration: die politische Integration (Cyrus/Vogel 2008: 7). Hierbei handelt es sich um ein relativ junges Konzept nach Marco Martiniello (2005: 2-3), das in seinem weiten Begriffsverständnis vier Dimensionen umfasst: Die erste Dimension bezieht sich auf das Ausmaß an politischen Rechten, das die Mehrheitsgesellschaft Personen mit Migrationshintergrund einräumt. Die zweite Dimension erfasst, wie stark sich Personen mit Migrationshintergrund mit der Mehrheitsgesellschaft identifizieren. Die dritte Dimension bezieht sich auf das Ausmaß, in dem sich Personen mit Migrationshintergrund die Werte und Normen der Mehrheitsgesellschaft aneignen. Als vierte Dimension wird die politische Partizipation und Repräsentation von Personen mit Migrationshintergrund angeführt.

Der Fokus der folgenden Analyse richtet sich ausschließlich auf die vierte Dimension politischer Integration. Folglich liegt ihr ein enges, partizipationsorientiertes Verständnis politi-

scher Integration zugrunde (Cyrus/Vogel 2008: 6). Da bislang keine Definition eines partizipationsorientierten Integrationsbegriffs vorliegt, wird diese im folgenden Abschnitt aus einer Verbindung des politischen Partizipationskonzeptes, wie es in Kapitel 2 und 3 vorgestellt wurde, mit dem soziologischen Integrationskonzept nach Esser selbst entwickelt.

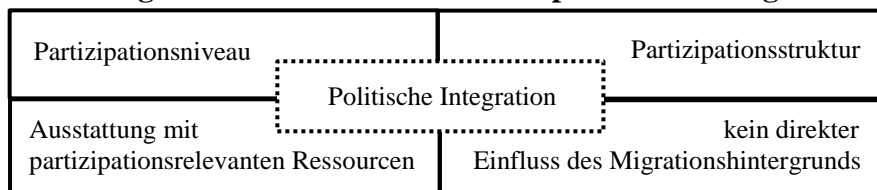
Ausgehend von einem partizipationsorientierten Integrationsverständnis lässt sich der Erfolg politischer Integration an zwei zentralen Indikatoren bemessen: Erstens gilt eine politische Integration als erfolgreich, wenn Personen der zweiten Generation die gleichen Partizipationsrechte besitzen wie Personen ohne Migrationshintergrund – in Falle dieses rechtlichen Kriteriums spricht Norbert Cyrus (2008: 9) auch von einem formellen Aspekt politischer Integration. Zweitens wird der Erfolg politischer Integration daran bemessen, ob Personen der zweiten Generation die ihnen eingeräumten Partizipationsrechte auch in gleichem Ausmaß nutzen wie Personen ohne Migrationshintergrund – diesen Aspekt bezeichnet Cyrus (2008: 9) als substantielles Kriterium politischer Integration. Diese beiden zu differenzierenden Dimensionen politischer Integration werden in der Partizipationsforschung, wie in Kapitel 2 erläutert wurde, als systematische und strukturelle Inklusion bezeichnet. Wie bereits darlegt wurde, besitzen Personen der zweiten Generation weitgehend gleiche Partizipationsrechte wie Personen ohne Migrationshintergrund. Eine Ausnahme stellen Wahlen dar, die eine deutsche Staatsbürgerschaft voraussetzen. Da die Mehrheit der zweiten Generation eine deutsche Staatsbürgerschaft besitzt, wird in der folgenden Analyse ausschließlich dem substantiellen Aspekt politischer Integration nachgegangen.

In Anlehnung an Esser (2000: 288; 2001: 21), der Assimilation als eine Auflösung von strukturell bedingten Unterschieden zwischen Migranten und Personen der Aufnahmegesellschaft versteht, und das substantielle Kriterium politischer Integration wird politische Integration in der vorliegenden Arbeit als eine *Angleichung des Partizipationsverhaltens zwischen der zweiten Migrantengeneration und Personen ohne Migrationshintergrund* definiert.⁶⁰ Personen ohne Migrationshintergrund bilden vor diesem Hintergrund die Referenzgruppe der zweiten Generation.

⁶⁰ Es wird bewusst von einer Angleichung des Partizipationsverhaltens zwischen der zweiten Generation und Personen ohne Migrationshintergrund gesprochen statt von einer Angleichung der zweiten Generation an die deutsche Mehrheitsgesellschaft. Integration wird in der vorliegenden Arbeit als zweiseitiger Prozess verstanden, in dem sich auch die Mehrheitsgesellschaft verändert. Außerdem liegen für die empirische Analyse keine Längsschnittdaten vor, sodass die Richtung des Angleichungsprozesses nicht kontrolliert werden kann. Entscheidend ist daher nicht die Richtung des Integrationsprozesses (wobei alleine aufgrund der numerischen Überlegenheit der Personen ohne Migrationshintergrund die Annahme naheliegt, dass sich ein Angleichungsprozess überwiegend auf Seiten der zweiten Generation vollzieht), sondern das Ergebnis.

Bislang wurden in der Integrationsforschung keine Indikatoren entwickelt, die sich zur Messung einer politischen Integration eignen. Daher werden im folgenden Abschnitt in Anknüpfung an die in Kapitel 2 und 3 erläuterten theoretischen Grundlagen zur politischen Partizipation eigene Kriterien entwickelt, die eine Angleichung des Partizipationsverhaltens zwischen der zweiten Generation und Personen ohne Migrationshintergrund messen. Eine politische Integration wird in der vorliegenden Arbeit konstatiert, wenn vier Kriterien erfüllt sind (siehe Abbildung 5):

Abbildung 5: Die vier Dimensionen der politischen Integration



Wie in Kapitel 2 erläutert, liegt dieser Arbeit ein *input*-orientiertes Gleichheitsverständnis zugrunde. Ausgehend von diesem Gleichheitsverständnis wird angenommen, dass ein gleiches Ausmaß politischer Partizipation der zweiten Generation im Vergleich zu Deutschen ohne Migrationshintergrund auch zu einer entsprechenden politischen Repräsentation führt. In Anknüpfung an die demokratiegefährdenden Folgen einer ungleichen politischen Repräsentation dürfen daher keine signifikanten Unterschiede im Hinblick auf das (1) *Partizipationsniveau* zwischen der zweiten Generation und Personen ohne Migrationshintergrund bestehen.

Nachdem sich die Legalitäts-, Legitimitäts- und Konventionalitätsdimensionen in Kapitel 3.2 als ungeeignet für die Systematisierung politischer Partizipationsformen erwiesen haben, wird ausschließlich das Verfasstheitskriterium herangezogen. Es wird angenommen, dass verfasste Partizipationsformen, da sie staatsrechtlich institutionalisiert sind, eine implizite Bindung zum politischen System abbilden. Um sicherzustellen, dass die zweite Generation ähnliche Bindungen an das deutsche politische System aufweist wie Personen ohne Migrationshintergrund, dürfen sich die beiden Untersuchungsgruppen in ihrer (2) *Partizipationsstruktur*, wie sie in Kapitel 3.3 auf Grundlage des Verfasstheitskriteriums festgelegt wurde, nicht voneinander unterscheiden.

Sollte die zweite Generation in Folge ihrer geringeren Ausstattung mit partizipationsrelevanten Ressourcen, wie sie in Kapitel 3.4 dargestellt wurden, aus dem politischen Partizipationsprozess ausgeschlossen sein, drohen ihre Interessen im politischen Entscheidungsprozess unterzugehen. Als Folge entfremden sich Personen der zweiten Generation zunehmend

vom politischen System, was die Legitimität und Stabilität des politischen Systems gefährden würde. In Anknüpfung an diese demokratiegefährdenden Folgen einer strukturell bedingten ungleichen Wahrnehmung politischer Partizipationsrechte dürfen zwischen den beiden Untersuchungsgruppen keine Unterschiede hinsichtlich ihrer (3) *Ausstattung mit partizipationsrelevanten Ressourcen* im Sinne des CVMs bestehen.

Schließlich darf der (4) *Migrationshintergrund unter Kontrolle der Variablen des CVMs keinen eigenständigen Einfluss auf die politische Partizipation der zweiten Generation besitzen*. Mithilfe dieses Kriteriums politischer Integration soll ausgeschlossen werden, dass migrationsspezifische Faktoren, die keinen Einfluss auf die politische Partizipation von Personen ohne Migrationshintergrund besitzen, auf die politische Beteiligung der zweiten Generation wirken. Solche migrationsspezifischen Faktoren können folgende Komponenten umfassen: ein Konflikt des kulturellen Werte- und Normensystems, ein subjektives Gefühl der Fremdheit gegenüber der deutschen Gesellschaft, eine größere kulturelle Flexibilität und Empathie aufgrund der bikulturellen und bilingualen Sozialisation sowie Diskriminierungserfahrungen aufgrund eines nicht-deutschen Aussehens oder Namens. Zudem können sich die Migrationserfahrungen der eingewanderten Elternteile auf die politischen Einstellungen der zweiten Generation auswirken: Eine Fremdheit und Distanz der eingewanderten Elternteile gegenüber dem deutschen politischen System wirken sich, vermittelt durch den Sozialisationsprozess, möglicherweise auf die politischen Einstellungen der zweiten Generation aus und können zu einer geringeren Identifikation dieser mit dem deutschen politischen System führen.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass politische Integration in der vorliegenden Arbeit als eine Angleichung des Partizipationsverhaltens zwischen der zweiten Generation und Personen ohne Migrationshintergrund definiert wird. Aus den in Kapitel 2 und 3 erläuterten theoretischen Grundlagen politischer Partizipation wurden vier Kriterien politischer Integration entwickelt. Sind nicht alle vier Kriterien erfüllt, muss ein politisches Integrationsdefizit der zweiten Generation konstatiert werden.

4.3 Annahmen über den politischen Integrationsstand der zweiten Migrantengeneration

In den folgenden beiden Kapiteln wird auf die Annahmen und Argumente der Integrationsforschung hinsichtlich des Integrationsverlaufs im Generationenwechsel eingegangen, die möglicherweise Hinweise auf den politischen Integrationsstand der zweiten Generation geben und somit zu einer Formulierung forschungsleitender Hypothesen für die anschlie-

Bende empirische Analyse beitragen.⁶¹ Esser zufolge stellen die Assimilation und Segmentation zwei mögliche Ergebnisse des Integrationsprozesses dar. In Anlehnung an diese beiden Integrationstypen herrschen in der Integrationsforschung zwei völlig gegensätzliche Annahmen hinsichtlich des Integrationsverlaufs im Generationenwechsel vor: Während die Argumente des Assimilationsmodells eine Integration nahelegen, sprechen die Argumente des Segmentationsmodells für eine Segmentation. Da sich die Argumente des Assimilations- und Segmentationsmodells⁶² jedoch auf den allgemeinen Integrationsverlauf im Generationenwechsel beziehen, soll in den folgenden Abschnitten versucht werden, diese Argumente auf die politische Integration der zweiten Generation zu übertragen.

4.3.1 Das Assimilationsmodell – Argumente für eine politische Integration der zweiten Migrantengeneration

Vertreter des Assimilationsmodells – exemplarisch sei hier Esser (1980: 231) genannt, der auf die besonderen Assimilationsvorteile der zweiten Generation verweist – argumentieren für eine Integration im Generationenwechsel. Da Personen der zweiten Generation bereits in Deutschland geboren und in das deutsche Gesellschaftssystem sozialisiert wurden, liegt dem Assimilationsmodell zufolge die Annahme nahe, dass sie sich in erster Linie als Deutsche fühlen und sich an dem Werte- und Normensystem der deutschen Gesellschaft orientieren. Auch wenn sich der Sozialisationsprozess im Elternhaus nach den Erziehungsvorstellungen der Eltern richte, die sich hierbei in erster Linie an den erlernten Werten und Normen ihrer Herkunftskultur orientieren⁶³, würden außerhalb des Elternhauses – beispielsweise in der Schule, am Arbeitsplatz, im Freundeskreis und in der Nachbarschaft – die Werte- und Normenvorstellungen der deutschen Gesellschaft dominieren. Zudem knüpften Personen der zweiten Generation außerhalb ihres Elternhauses zahlreiche interethnische Kontakte, sodass ihre binnenethnischen Orientierungen stark abnehmen. Der Argumentation des Assimilationsmodells zufolge besitzen Personen der zweiten Generation kaum emotionale Bindungen an die Herkunftsgesellschaft ihrer Eltern, da sie niemals dau-

⁶¹ Im Folgenden soll nicht auf einzelne theoretische Integrationsansätze eingegangen werden, da diese für die vorliegende Arbeit nicht relevant sind. Stattdessen wird der Blick auf die Argumente gerichtet, die für bzw. gegen eine politische Integration der zweiten Generation sprechen. Für eine detaillierte Darstellung der Migrations- und Integrationstheorien siehe Han (2010) und Oswald (2007).

⁶² Bei diesen beiden Modellen handelt es sich nicht um ausformulierte Theorien. Vielmehr werden im Rahmen dieser Modelle, die von Esser (1980: 40; 1989: 426; 1990: 74-75) eingeführt wurden, Argumente gesammelt, die für bzw. gegen eine Integration im Generationenwechsel sprechen. In einem strengen Sinne handelt es sich hierbei nicht um Modelle, sondern lediglich um Argumentbündel, die einer gemeinsamen Argumentationslinie folgen und daher unter einer gemeinsamen Bezeichnung gesammelt werden.

⁶³ Dies ist nur in Familien der Fall, in denen beide Eltern nach Deutschland zugewandert sind. In Fällen, in denen lediglich ein Elternteil zugewandert ist, liegt vermutlich ein kulturell gemischter Erziehungsstil oder aber eine Erziehung auf Grundlage deutscher Normen und Werte vor, da sich das zugewanderte Elternteil in seinen kulturellen Erziehungsvorstellungen seinem deutschen Partner angepasst hat.

erhaft im elterlichen Herkunftsland gelebt haben. Im Gegensatz zu ihren Eltern, die häufig auf eine Rückkehr in ihr Heimatland hofften, schlossen Personen der zweiten Generation eine Rückkehr in das elterliche Herkunftsland mehrheitlich aus – nicht zuletzt auch aufgrund mangelnder Kenntnisse der dortigen Landessprache (Fincke 2009: 15; Glatzer 2004: 13). Stattdessen richteten sie ihre Wünsche, Lebensplanung und Ziele auf ihre Lebenssituation in der deutschen Gesellschaft aus.

Ob sich eine Person mit der deutschen Gesellschaft, ihren Werten und Normen identifiziert, hängt Esser (1980: 211; 2001: 28) zufolge in erster Linie von den sozialen Rahmenbedingungen der deutschen Gesellschaft ab. Verfügen Personen der zweiten Generation über einen gleichberechtigten Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen wie Personen ohne Migrationshintergrund, verlören ethnische Orientierungen zunehmend an Bedeutung. Sind Personen der zweiten Generation in ihrem Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen jedoch strukturell benachteiligt, vollzögen sich zunehmend ethnische Schließungsprozesse im Sinne einer Segmentation. Hierbei komme dem Bildungssystem eine besondere Bedeutung zu, da das Bildungskapital einer Person ihre künftige soziostrukturelle Position in der deutschen Gesellschaft maßgeblich bestimme – z.B. den beruflichen Aufstieg, die Bedrohung durch Arbeitslosigkeit, die Qualität des Arbeitsplatzes und die Höhe des Erwerbseinkommens (Diefenbach/Nauck 2000: 43; Geißler 2008: 244; Gesemann 2009: 451; Schulte/Treichler 2010: 35).

In diesem Zusammenhang verweist Esser (1980: 231) auf die besonderen Assimilationsvorteile der zweiten Generation (Hämmig 2000: 56). Der Umstand, dass die zweite Generation ihre gesamte formale Schulbildung in Deutschland erhalten habe, verschafft ihr laut Argumentation des Assimilationsmodells im Vergleich zur ersten Generation, deren ausländische Bildungsabschlüsse häufig nicht anerkannt werden, deutliche Vorteile im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt – sie müsse nicht um die Anerkennung ihrer Bildungsabschlüsse bangen (Fincke 2009: 15). Zudem beherrschten Personen der zweiten Generation mehrheitlich die deutsche Sprache, da sie bereits in Deutschland geboren wurden, eine deutsche Schule besucht haben und außerhalb ihres Elternhauses zahlreiche interethnische Kontakte knüpfen können. Aus Sichtweise des Assimilationsmodells wird daher erwartet, dass Personen der zweiten Generation kaum strukturellen Benachteiligungen im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt ausgesetzt sind und infolgedessen über eine vergleichbare Ressourcenausstattung verfügen wie Personen ohne Migrationshintergrund – dies fördere

die Identifikation der zweiten Generation mit der deutschen Gesellschaft, ihren Werten und Normen.

Folgt man der Argumentation des Assimilationsmodells, ist anzunehmen, dass sich Personen der zweiten Generation in gleicher Weise mit den Werten und Normen der deutschen Gesellschaft identifizieren wie Deutsche ohne Migrationshintergrund. Diese Identifikation mit der deutschen Gesellschaft manifestiert sich möglicherweise darin, dass Personen der zweiten Generation ebenso am politischen Entscheidungsprozess teilhaben wie Personen ohne Migrationshintergrund. Treffen die Annahme des Assimilationsmodells zu, sollte die zweite Generation politisch integriert sein. In diesem Fall ist in Anlehnung an die vier Kriterien politischer Integration anzunehmen, dass Personen der zweiten Generation in gleichem Ausmaß am politischen Entscheidungsprozess partizipieren wie Personen ohne Migrationshintergrund, eine ähnliche Partizipationsstruktur aufweisen, in ihrer Ausstattung mit partizipationsrelevanten Ressourcen nicht benachteiligt sind und ihr Migrationshintergrund keinen Einfluss auf ihre Partizipationswahrscheinlichkeit besitzt.

4.3.2 Das Segmentationsmodell – Argumente gegen eine politische Integration der zweiten Migrantengeneration

Im Gegensatz hierzu argumentieren Vertreter der Kulturkonfliktthese – exemplarisch seien hier Wilhelm Heitmeyer, Joachim Müller und Helmut Schröder (1997) genannt – gegen eine Integration im Generationenwechsel und weisen auf eine ethnische Segmentation in der zweiten Generation hin.⁶⁴ Als Erklärung hierfür führen sie die besondere Lebenssituation der zweiten Generation an, die sich im Spannungsfeld zweier Gesellschaften befindet: der elterlichen Herkunftsgesellschaft und der deutschen Mehrheitsgesellschaft (Hämmig 2000: 14; Heitmeyer/Müller/Schröder 1997: 24, 155; Polat 1997: 10, 12-14).⁶⁵ Im Elternhaus richte sich der Sozialisationsprozess nach den Erziehungsvorstellungen der Eltern, die

⁶⁴ Einschränkung muss jedoch bemerkt werden, dass sich die Befunde von Heitmeyer, Müller und Schröder aufgrund ihrer Konzentration auf türkische Jugendliche nicht für die zweite Generation verallgemeinern lassen. Zudem stellen sie den Umgang mit Versagensängsten, Gewalt und Diskriminierung unter deutschen Jugendlichen nicht vergleichend gegenüber (Heitmeyer/Müller/Schröder 1997: 43, 92). Schließlich verfolgen die Autoren eine ausschließlich defizitorientierte Argumentation: Sie arbeiten lediglich heraus, was Jugendlichen türkischer Herkunft fehlt, lassen mögliche kulturelle Ressourcen jedoch völlig außer Acht – etwa eine Zweisprachigkeit.

⁶⁵ Die Kulturkonfliktthese geht von einer fragwürdigen Unvereinbarkeit der elterlichen Herkunftskultur und der Kultur der Mehrheitsgesellschaft aus (Juhász/Mey 2003: 32-33; Keim 2003: 41). In jüngster Zeit wird vermehrt darauf hingewiesen, dass sich die zweite Generation nicht zwischen zwei divergierenden Kulturen entscheiden müsse. Vielmehr produziere sie völlig neue, hybride Identitäten, in denen Elemente aus beiden Kulturen enthalten seien (Glatzer 2004: 15; Polat 2000: 20-22; Riegel 2004: 339-340). Entsprechend konstatiert die Bertelsmann-Stiftung, dass sich 41 Prozent der Personen mit Migrationshintergrund mit Deutschland und ihrem Heimatland bzw. ihrem elterlichen Heimatland gleichermaßen verbunden fühlen (Bertelsmann-Stiftung 2009b: 14).

sich hierbei in erster Linie an den Werten und Normen ihrer Herkunftskultur orientieren. Außerhalb ihres Elternhauses müsse sich die zweite Generation dagegen mit den Werte- und Normenvorstellungen der deutschen Mehrheitsgesellschaft auseinandersetzen. Dies sei insbesondere in der Schule, im Freundes- und Kollegenkreis der Fall, wo zahlreiche interethnische Kontakte entstehen (Keim 2003: 40). Die zweite Generation bewege sich in unterschiedlichen soziokulturellen Milieus und werde hierdurch – zumindest teilweise – mit widersprüchlichen Wertevorstellungen, Verhaltenserwartungen und Lebensgewohnheiten konfrontiert, die zu einem kulturellen Zwiespalt führen können (Hämmig 2000: 49).⁶⁶

Folgt man den Annahmen der Kulturkonfliktthese, ist die zweite Generation aufgrund ihrer widersprüchlichen Sozialisation von einer großen Unsicherheit über ihre gesellschaftliche und kulturelle Zugehörigkeit geprägt (Hämmig 2000: 37; Keim 2003: 40; Polat 2000: 12-14, 24). Im elterlichen Herkunftsland gelte sie als fremd, da sie niemals dauerhaft in diesem gelebt habe und die dortige Landessprache häufig nur unzureichend beherrsche. In der deutschen Gesellschaft würde sie oftmals als nicht-zugehörig wahrgenommen und ausgegrenzt, obwohl sie bereits in Deutschland geboren wurde und mehrheitlich sogar die deutsche Staatsbürgerschaft besitze (Frey 2010: 23-24; Hämmig 2000: 35). Das hieraus resultierende Problem der zweiten Generation bestehe „zum einen in der Entfremdung von der Herkunftskultur und im Sinnverlust bzw. Sinnloswerden traditioneller heimatlicher Werte und Normen, zum anderen in der Erfahrung des Ausgeschlossenenseins, der Randständigkeit“ (Hämmig 2000: 34) in der deutschen Gesellschaft. Vor diesem Hintergrund wird die zweite Generation häufig auch als „verlorene Generation“ (Han 2010: 224) oder als „entwurzelte Generation“ (Hämmig 2000: 32; Lajos 1991: 52) bezeichnet.

Der Kulturkonfliktthese zufolge kann eine solche Identitätskrise nur durch die eindeutige Identifikation mit einer der beiden Bezugsgesellschaften gelöst werden. Andernfalls verfestige sich ein dauerhafter Zustand von innerer Orientierungs- und Normlosigkeit, der auch als Anomie bezeichnet wird (Hämmig 2000: 15, 128-129; Weiss 2007: 22). Folgt man den Annahmen des Segmentationsmodells, grenzt sich die zweite Generation als Reaktion auf eine strukturelle Benachteiligung zunehmend von der deutschen Gesellschaft ab (Griese 2002: 110; Groenemeyer 2003: 26; Heitmeyer/Müller/Schröder 1997: 162). Stattdessen

⁶⁶ Das Ausmaß eines Kulturkonflikts hängt von der kulturellen Distanz zwischen der elterlichen Herkunftsgesellschaft und der Mehrheitsgesellschaft ab: Je unähnlicher sich die kulturellen Kontexte der beiden Gesellschaften sind, desto höher sind die Wahrscheinlichkeit und das Ausmaß eines Kulturkonflikts. Eine solche Differenzierung nimmt die Kulturkonfliktthese allerdings nicht vor. Des Weiteren muss differenziert werden, ob beide Elternteile oder lediglich ein Elternteil zugewandert sind: Erwartungsgemäß sind Personen, die zwei zugewanderte Elternteile besitzen, in höherem Maße einem Kulturkonflikt ausgesetzt als Personen mit nur einem zugewanderten Elternteil.

entwickle sie starke emotionale und identifikative Bindungen an ihre elterliche Herkunftsgesellschaft (Caballero 2009: 18-19; Esser 1990: 75). Da die zweite Generation die elterliche Herkunftsgesellschaft aber in der Regel nicht aus persönlichen Alltagserfahrungen kennt, erfinde und konstruiere sie im Rückgriff auf traditionelle, teilweise auch fundamentalistische Muster der elterlichen Herkunftskultur eigene kulturelle Identitäten. Diese Entwicklung wird in der Literatur auch als Reethnisierung⁶⁷ bezeichnet (Hämmig 2000: 128). Indem sich die zweite Generation mit ihrer elterlichen Herkunftsgesellschaft identifiziere, diese gegenüber der deutschen Gesellschaft idealisiere und sich von der deutschen Gesellschaft abgrenze, löse sie ihren Identitätskonflikt, wie er in Folge einer widersprüchlichen kulturellen Sozialisation entstehe (Foroutan/Schäfer 2009: 14; Groenemeyer 2003: 30-31; Heitmeyer/Müller/Schröder 1997: 26, 146, 179-183).

Segmentationstendenzen stellen, wie Esser (1980: 211; 2001: 28) deutlich macht, in erster Linie Reaktionen auf eine strukturelle Benachteiligung dar.⁶⁸ Wie bereits erläutert, kommt in diesem Zusammenhang vor allem dem Bildungssystem eine besondere Bedeutung zu, weil der Bildungsgrad einer Person ihre künftige soziostrukturelle Position maßgeblich bestimmt (Diefenbach/Nauck 2000: 43; Geißler 2008: 244; Gesemann 2009: 451; Schulte/Treichler 2010: 35). In der Erklärung der Bundesregierung zum *Nationalen Integrationsplan* wird die Zunahme von Integrationsproblemen in Teilen der zweiten und dritten Generation daher als Resultat einer Bildungsbenachteiligung gewertet (Die Bundesregierung 2007: 12). Eine Bildungsbenachteiligung liegt vor, wenn Kinder aus Migrantenfamilien über systematisch geringere Chancen verfügen, hohe formale Bildungsabschlüsse zu erlangen als Kinder aus Familien ohne Migrationshintergrund (Alba/Handl/Müller 1994: 211). Die empirischen Befunde des *Programme for International Student Assessment (PISA)*⁶⁹ aus dem Jahr 2009 bestätigen, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund im deutschen Schulsystem einer Bildungsbenachteiligung ausgesetzt sind: Sie verfügen in den überprüf-

⁶⁷ Ethnizität stellt in diesem Verständnis kein angeborenes Merkmal dar. Es ist vielmehr ein soziales Konstrukt, das erst durch gesellschaftliche Zuschreibungs- und Definitionsprozesse geschaffen wird und zur sozialen Abgrenzung dient (Groenemeyer 2003: 26; Oswald 2007: 100; Riegel 2004: 94-97; Treibel 2008: 186).

⁶⁸ Für Untersuchungen zur ethnischen Ungleichheit auf dem Arbeitsmarkt siehe z.B. Bartelheimer/Pagels (2009), Bender/Seifert (2000), Granato (2003), Granato/Kalter (2001), Haug (2005), Kaas/Manger (2010), Kalter (2008); für Untersuchungen zur ethnischen Ungleichheit bei der beruflichen Ausbildung siehe z.B. von Below (2003; 2005a); für Untersuchungen zu einer Bildungsbenachteiligung siehe z.B. Alba/Handl/Müller (1994), Butterwegge (2010), Diefenbach (2007), Fereidooni (2011), Gesemann (2009), Gomolla (2001), Haug (2005), Unterwurzacher (2007), von Below (2005b).

⁶⁹ Bei der *PISA*-Studie handelt es sich um eine international durchgeführte Schulleistungsstudie. Sie besitzt einen jeweils wechselnden Schwerpunkt (2000: Lesekompetenz, 2003: mathematische Grundbildung, 2006: naturwissenschaftliche Grundbildung, 2009: Lesekompetenz). *PISA* basiert auf einer altersbezogenen Stichprobe von 15-jährigen Schülern, die zum Untersuchungszeitpunkt das Schulsystem durchlaufen. Insgesamt gingen die Daten von 4.979 Schülern in die deutsche Stichprobe ein (Jude/Klieme 2010: 17). Der Migrationshintergrund wird hierbei anhand des Geburtsorts der Eltern bestimmt (Stanat/Rauch/Segeritz 2010: 203-204).

ten Bereichen Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften über deutlich geringere Kompetenzen als ihre deutschen Mitschüler (Stanat/Rauch/Segeritz 2010: 201, 225). Darüber hinaus sind Jugendliche mit Migrationshintergrund an Hauptschulen im Vergleich zu ihren deutschen Mitschülern deutlich überrepräsentiert und besuchen seltener Schulen, die einen weiterführenden Abschluss anbieten (Gesemann 2009: 452). Besonders benachteiligt sind Jugendliche mit zwei zugewanderten Elternteilen, die aus einem Elternhaus mit einem niedrigen sozioökonomischen Status stammen und in ihrer Familie überwiegend eine andere Sprache als Deutsch sprechen (Gesemann 2009: 453; Haug 2005: 60-62; Stanat/Rauch/Segeritz 2010: 211).

Als zentrale Erklärung für die Vererbung von strukturellen Bildungsnachteilen in Migrantenfamilien, die möglicherweise Segmentationstendenzen in der zweiten Generation hervorrufen, werden humankapitalistische Theorien angeführt (Diefenbach 2005: 134-135; 2007: 101; Unterwurzacher 2007: 75). Je mehr Humankapital die Eltern besitzen, desto mehr geben sie hiervon im Rahmen einer intergenerationalen Transmission auch an ihre Nachkommen weiter (Verba/Schlozman/Brady 1995: 418-419). Als Indikatoren des elterlichen Humankapitals werden die Bildungsabschlüsse der Eltern sowie ihr Haushaltseinkommen herangezogen (Diefenbach 2005: 135). Da Migranten über ein durchschnittlich geringeres Bildungs- und Einkommensniveau verfügen als Personen ohne Migrationshintergrund, stehen Kindern aus Migrantenfamilien für die Akkumulation von Humankapital deutlich weniger Ressourcen zur Verfügung, als dies in Familien ohne Migrationshintergrund der Fall ist. Dies führt zu einem durchschnittlich geringeren Bildungserfolg von Kindern aus Migrantenfamilien (Diefenbach 2010: 230; Geißler 2008: 245; Seifert 2007: 18-19).

Die durchschnittlich geringere Humankapitalausstattung von Migrantenfamilien geht erstens darauf zurück, dass Migranten ihr im Herkunftsland erworbenes Humankapital nicht in vollem Umfang in das Aufnahmeland transportieren können. Bestimmte Fähigkeiten und Kenntnisse, die sie im Herkunftsland erworben haben, erweisen sich im Aufnahmeland als unbrauchbar – etwa die im Herkunftsland erworbenen Bildungszertifikate, Sprachkenntnisse oder aber auch kulturspezifisches Wissen (Esser 2010: 68; Kalter 2008: 306). Zweitens richtete sich der deutsche Anwerbeprozess in erster Linie an niedrig qualifizierte Personen, die Vakanzen im unteren Bereich des Arbeitsmarktes – insbesondere im produzierenden Gewerbe – füllen sollten (Beger 2000: 27; Kalter 2008: 319-320; Reißlandt 2007: 98-99; Seifert 2001: 210-211; 2007: 12). Es lohnte sich für die Arbeitgeber nicht, in die Aus- und Weiterbildung ihrer ausländischen Arbeitskräfte zu investieren. Ihre Beschäftigung war

aufgrund eines Rotationsprinzips ohnehin zeitlich beschränkt und sollte nur der vorübergehenden Überbrückung des Arbeitskräftemangels während der wirtschaftlichen Hochkonjunktur dienen.⁷⁰

Folgt man der Argumentation des Segmentationsmodells, ist anzunehmen, dass die zweite Generation als Reaktion auf ihre strukturelle Bildungsbenachteiligung im Rückgriff auf ihre elterlichen Herkunftskulturen ethnische Gegenidentitäten entwickelt, die zu einer Abgrenzung von der deutschen Gesellschaft und ihren Institutionen dienen. Diese Abgrenzung gegenüber der deutschen Gesellschaft manifestiert sich möglicherweise auch darin, dass die zweite Generation in geringerem Maße am politischen Entscheidungsprozess teilhat als Personen ohne Migrationshintergrund. Treffen die Annahmen des Segmentationsmodells zu, ist die zweite Generation politisch nicht integriert. In diesem Fall ist in Anlehnung an die vier Kriterien politischer Integration anzunehmen, dass Personen der zweiten Generation in geringerem Maße politisch partizipieren als Personen ohne Migrationshintergrund, eine völlig andere Partizipationsstruktur aufweisen, in ihrer Ausstattung mit partizipationsrelevanten Ressourcen benachteiligt sind und ihr Migrationshintergrund, der ethnisch-kulturelle Merkmale der elterlichen Herkunftskultur enthält, in Folge von Reethnisierungstendenzen einen Einfluss auf ihre Partizipationswahrscheinlichkeit besitzt.

5. Forschungsstand zur politischen Integration der zweiten Migrantengeneration in Deutschland

Die divergierenden Annahmen der Integrationsforschung hinsichtlich des Integrationsstands der zweiten Generation gehen auf einen äußerst defizitären Forschungsstand zurück, der in erster Linie aus datentechnischen Mängeln resultiert. Um im Rahmen der empirischen Analyse ein theoretisch und methodisch fundiertes Vorgehen zu ermöglichen, das eine Verbesserung im Vergleich zu bisherigen Studien darstellt, sollen in den folgenden Abschnitten die Schwächen bisheriger Forschungsarbeiten analysiert werden.

5.1 Schwächen der politischen Integrationsforschung

Ein Blick auf den Forschungsstand zeigt, dass bislang keine Untersuchungen vorliegen, die sich explizit mit der politischen Integration der zweiten Generation beschäftigen.⁷¹ Eine

⁷⁰ Ausländische Arbeitskräfte waren durch die wirtschaftliche Entwicklung nach der Ölkrise im Jahr 1973 außerdem in besonderem Maße von Arbeitslosigkeit betroffen. Zahlreiche Arbeitsplätze im unqualifizierten Fertigungssektor wurden abgebaut, da der Einsatz von Mikroelektronik manuelle Arbeitskräfte ersetzte. Außerdem wurden Teile der industriellen Massenproduktion, die nicht standortgebunden waren, in Länder mit einem niedrigeren Lohnniveau verlagert (Seifert 2001: 208).

Ursache dieses defizitären Forschungsstandes ist, dass erst im Jahr 2005 im Rahmen des *Mikrozensus* Fragen zu möglichen Migrationserfahrungen der Eltern eingeführt wurden, die sich zur Erfassung eines familiär vermittelten Migrationshintergrunds eignen. Untersuchungen vor diesem Zeitpunkt operierten vor allem mit dem formal-rechtlichen Kriterium ‚Staatsbürgerschaft‘, sodass ausschließlich jene Personen der zweiten Generation identifiziert werden konnten, die eine ausländische Staatsbürgerschaft besaßen (Fincke 2010: 20). Daher schlossen bis zu diesem Zeitpunkt veröffentlichte Untersuchungen jenen Personenkreis der zweiten Generation aus, der eine deutsche Staatsangehörigkeit besaß – die Datengrundlage dieser Untersuchungen war somit unvollständig (siehe z.B. Heß-Meining 2000).

Eine weitere Ursache ist, dass bislang nur wenige Befragungen verfügbar sind, auf deren Grundlage die Bevölkerung mit Migrationshintergrund sauber in ihre einzelnen Generationen differenziert werden kann. So hat die Bertelsmann-Stiftung (2009a) im Rahmen einer Telefonbefragung rund 2.000 zufällig ausgewählte Bürger ab 18 Jahren mit und ohne Migrationshintergrund zum Thema ‚Politische Führung und Partizipation‘ befragen lassen. Allerdings enthält ihre Stichprobe Personen der ersten, zweiten und dritten Generation, ohne diese gesondert auszuweisen. Auch im *Mikrozensus* wird bis dato lediglich zwischen der ersten Generation und den in Deutschland geborenen Personen mit Migrationshintergrund (zweite und dritte Generation) unterschieden (Statistisches Bundesamt 2011: 5-6).⁷² Dieses methodisch unsaubere Vorgehen ist äußerst kritisch zu bewerten, da sich die einzelnen Migrantengenerationen in Folge ihrer unterschiedlichen Bezüge zum ursprünglichen Migrationsereignis in ihrem Integrationsstand erheblich voneinander unterscheiden (Fincke 2009: 17). Während die erste Generation noch in ein anderes gesellschaftliches Bezugssystem sozialisiert wurde und eigene unmittelbare Migrationserfahrungen besitzt, sind Personen der zweiten und dritten Generation bereits in Deutschland geboren und sozialisiert worden. Aus Forschungsarbeiten, die mehrere Migrantengenerationen einschließen, können daher keine Erkenntnisse über den politischen Integrationsstand der zweiten Generation gewonnen werden.

⁷¹ Als Grund für diesen defizitären Forschungsstand zur zweiten Generation lässt sich der späte Beginn der Integrationsforschung in Deutschland anführen, der in erster Linie aus der deutschen Migrationsgeschichte resultiert (Diefenbach/Nauck 2000: 37; Glatzer 2004: 13). Das soziologische Interesse an der zweiten Generation erwachte erst Mitte der 1970er Jahre, als ein Anwerbestopp dazu führte, dass der Aufenthalt der Arbeitsmigranten und ihrer Angehörigen dauerhaft wurde (Beger 2000: 28, 39; Caballero 2009: 32-33; Dickel 2002: 231-232; Diefenbach/Nauck 2000: 43; Frey 2010: 12; Schulte/Treichler 2010: 22; Vogel 2010: 44; Yeshurun/Neil 2008: 145).

⁷² Die Landesämter verzichteten darauf, die dritte Generation statistisch von der zweiten Generation zu unterscheiden. Grund hierfür sind Sorgen um eine mögliche Stigmatisierung und Ausgrenzung von Personen, deren Großeltern zugewandert sind.

Des Weiteren konnten sich in der Integrationsforschung bislang keine einheitlichen, standardisierten Kriterien zur Erfassung der zweiten Generation durchsetzen. Wolfgang Glatzer (2004: 102) definiert Angehörige der zweiten Generation beispielsweise als Personen, deren Eltern nach Deutschland migriert sind – unabhängig davon, in welchem Alter die Befragten selbst nach Deutschland zugewandert sind. Im Unterschied hierzu fasst der *Mikrozensus* unter die Bezeichnung ‚zweite Generation‘ Personen, die bereits in Deutschland geboren wurden und mindestens ein zugewandertes Elternteil besitzen (Statistisches Bundesamt 2011: 6). Je nachdem, welche Kriterien zur Erfassung der zweiten Generation verwendet werden, resultieren sehr unterschiedliche empirische Befunde. Da die bisher vorliegenden Untersuchungen im Hinblick auf die Definitionskriterien der zweiten Generation keiner gemeinsamen Forschungslinie folgen, können ihre empirischen Befunde auch nur in eingeschränktem Maße miteinander verglichen werden.

Eine weitere Schwäche bisher vorliegender Studien ist, dass ihre Stichproben häufig ausschließlich Befragte bestimmter Nationalitäten einschließt. Dennoch erheben sie den Anspruch, allgemeine Aussagen zum politischen Partizipationsverhalten der zweiten Generation treffen zu können (siehe z.B. Glatzer 2004). Durch eine ethnische Konzentration ist die Generalisierbarkeit der empirischen Befunde jedoch stark eingeschränkt, da der Integrationsstand in hohem Maße vom Herkunftsland abhängt.⁷³ Zudem gehen sie rein deskriptiv vor und untersuchen in erster Linie Unterschiede im Partizipationsniveau. Weitere Aspekte politischer Integration wie etwa den Einfluss des Migrationshintergrunds auf die Partizipationswahrscheinlichkeit migrantischer Untersuchungsgruppen blenden sie hingegen vollkommen aus. Schließlich kann den bisher vorliegenden Untersuchungen eine gewisse Theorielosigkeit vorgeworfen werden. In der Regel wird kein theoretischer Rahmen entwickelt, der die empirischen Analysen anleitet. Heß-Meining (2000) beispielsweise definiert den Partizipationsbegriff, der ihrer Untersuchung zugrunde liegt, nicht eindeutig.

Ausgehend von diesen identifizierten Schwächen differenziert die vorliegende Arbeit einzelne Migrantengenerationen und bezieht sich ausschließlich auf die zweite Generation, um aus den empirischen Befunden eindeutige Aussagen über ihren politischen Integrationsstand ableiten zu können. Die Definition der zweiten Generation richtet sich in dieser Arbeit nach der Definition des *Mikrozensus*, die sich zunehmend als Standard in der Integrationsforschung durchsetzt. Zudem liegt ihr im Unterschied zu bisherigen Forschungsarbeiten ein klares Theoriegerüst zugrunde, das theoretische Elemente aus der politischen Parti-

⁷³ Beispielsweise scheinen polnisch- und italienischstämmige Personen in deutlich höherem Maße integriert zu sein als türkischstämmige (BAMF 2010: 214-229).

zipations- und der soziologischen Integrationsforschung entnimmt. Ein weiterer Vorzug dieser Arbeit besteht darin, dass sie sich im Rahmen ihrer empirischen Analyse nicht auf einzelne Nationalitäten konzentriert, um so generalisierbare Befunde zu erzielen. Schließlich geht sie im Unterschied zu bisherigen Untersuchungen über den deskriptiven Forschungsbereich hinaus und untersucht den Einfluss des Migrationshintergrunds auf die politische Partizipation der zweiten Generation.

5.2 Bisherige Untersuchungen zur politischen Integration der zweiten Migrantengeneration

Diese Schwächen spiegeln sich auch deutlich in den im folgenden Abschnitt vorgestellten Forschungsarbeiten wider.⁷⁴ Ein Blick auf den Forschungsstand zeigt, dass bislang keine Untersuchungen vorliegen, die sich explizit mit der politischen Integration der zweiten Generation beschäftigen. Die Darstellung des Forschungsstandes wird daher auf Forschungsarbeiten ausgeweitet, die sich mit der politischen Partizipation von Untersuchungsgruppen mit Migrationshintergrund beschäftigen und Personen der zweiten Generation einschließen.

Ulrike Heß-Meining (2000) wertet die empirischen Befunde der bundesweit durchgeführten Studie *Jugendliche aus Migrantenfamilien an der Schwelle zur politischen Partizipation* des Deutschen Jugendinstituts, auch als *Ausländersurvey* bezeichnet, im Hinblick auf die politisch-gesellschaftliche Beteiligung⁷⁵ von jungen Ausländern aus. Im Rahmen des *Ausländersurveys* wurden rund 3.300 Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 14 und 25 Jahren aus den Bevölkerungsgruppen der Türken, Griechen und Italiener befragt.⁷⁶ Der Erhebungszeitraum erstreckte sich von Oktober 1996 bis Februar 1997.

Heß-Meinings Untersuchung erweist sich insofern als problematisch, als dass nicht unterschieden wird, welche Personen selbst nach Deutschland zugewandert sind und welche bereits in Deutschland geboren wurden. Die Stichprobe enthält daher Personen der ersten und zweiten Generation, ohne diese jedoch explizit zu unterscheiden. Durch dieses metho-

⁷⁴ Eine tabellarische Übersicht über den Forschungsstand zur politischen Integration der zweiten Generation wird in Anhang D ausgewiesen.

⁷⁵ Erfasst wurden hierbei folgende Partizipationsformen: Briefe an Politiker schreiben, sich in öffentlichen Versammlungen und Diskussionen beteiligen, ein politisches Amt übernehmen, in einem Mitbestimmungsgremium (im Betrieb, in der Schule, in der Ausbildungsstätte) mitarbeiten, Briefe zu politischen oder gesellschaftlichen Themen an Medien schreiben, Mitarbeit in einer Bürgerinitiative, Mitarbeit in einer anderen politischen Gruppierung, Geldspende an Parteien, Mitarbeit in Bürgerinitiativen, Teilnahme an Unterschriftensammlungen, Teilnahme an genehmigten Demonstrationen, Teilnahme an nicht-genehmigten Demonstrationen, Teilnahme an gewerkschaftlich beschlossenen Streiks, Teilnahme an sonstigen Streikaktionen und Beteiligung an Boykotts (Heß-Meining 2000: 193).

⁷⁶ Die Fragebögen waren in der jeweiligen Landessprache verfügbar.

disch unsaubere Vorgehen können keine eindeutigen Aussagen getroffen werden, auf welche Personengruppe sich die empirischen Befunde beziehen und wie sich die Geburt und Sozialisation in Deutschland auf den politischen Integrationsstand einer Person auswirkt. Zudem ist die Generalisierbarkeit der empirischen Befunde durch die Konzentration des *Ausländersurveys* auf drei ethnische Bevölkerungsgruppen stark eingeschränkt. Schließlich kann kritisiert werden, dass dieser Untersuchung kein klar definierter Partizipationsbegriff zugrunde liegt: Heß-Meinung (2000: 193) wertet beispielsweise die Beteiligung an öffentlichen Diskussionen als Form politischer Partizipation, obwohl diese keinen intendierten Entscheidungsbezug aufweist.

Wie Heß-Meinings (2000: 196) empirische Befunde zeigen, weisen Jugendliche aus Migrantenfamilien eine deutlich geringere Bereitschaft auf, sich im Rahmen konventioneller Partizipationsformen zu beteiligen, als dies unter Deutschen ohne Migrationshintergrund der Fall ist. Eine mögliche Ursache hierfür ist, dass ausländische Jugendliche in ihren konventionellen Partizipationsmöglichkeiten – etwa in ihrem Wahlrecht – stark eingeschränkt sind. Aber auch im Rahmen unkonventioneller Beteiligungsformen weisen die ausländischen Untersuchungsgruppen eine deutlich geringere Partizipationsbereitschaft auf als ihre deutsche Vergleichsgruppe (Heß-Meinung 2000: 196-197). Heß-Meinung führt diese Unterschiede im Partizipationsniveau auf einen durchschnittlich geringeren Bildungsgrad der ausländischen Untersuchungsgruppen zurück. Heß-Meinung (2000: 204) zufolge bevorzugen ausländische und deutsche Jugendliche jedoch grundsätzlich ähnliche Partizipationsformen – sie wertet dies als Hinweis auf eine kontinuierliche Annäherung des politischen Partizipationsverhaltens ausländischer Jugendlicher an ihre deutsche Vergleichsgruppe.

Im Rahmen einer Sekundäranalyse wertet Wolfgang Glatzer (2004) die empirischen Befunde des *Integrationssurveys* des *Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BiB)* im Hinblick auf die politische Partizipation⁷⁷ von jungen italienisch- und türkischstämmigen Personen aus. Die bundesweite Befragung wurde im Juli 2000 durchgeführt. Bei der mehrstufigen Stichprobenziehung wurde ein Namenserkennungsverfahren auf Basis der örtlichen Telefonregister angewandt. Im Rahmen des *Integrationssurveys* wurden italienisch- und türkischstämmige Personen im Alter von 18 bis 30 Jahren sowie eine deutsche Kontrollgruppe befragt (Diehl 2005a: 17). Der Migrationshintergrund wurde hierbei auf Grundlage des Geburtslands der Eltern erfasst, sodass sich ein Migrationshintergrund unabhängig

⁷⁷ Zur Messung von politischer Partizipation stehen im *Integrationssurvey* folgende Aktivitäten zur Verfügung: Briefe an Politiker schreiben, politisches Amt übernehmen, Mitgliedschaft in Partei, Mitarbeit in Bürgerinitiative und Teilnahme an Demonstration (Diehl 2005b: 302).

von der Staatsbürgerschaft des Befragten ableiten ließ (Diehl 2004: 235). Aufgrund einer disproportionalen Stichprobenziehung umfasste jede Teilgruppe rund 1.200 Befragte.

Die Stichprobe des *Integrationssurveys* enthält in erster Linie Personen der zweiten Generation. Kritisch anzumerken ist allerdings, dass auch Befragte enthalten sind, die der ersten und dritten Generation zuzuordnen sind – die einzelnen Migrantengenerationen werden jedoch nicht sauber voneinander unterschieden (Glatzer 2004: 34). Problematisch ist auch, dass Glatzers Untersuchung eine sehr breite und diffuse Definition der zweiten Generation zugrunde liegt: Er fasst hierunter Personen, deren Eltern nach Deutschland migriert sind – unabhängig davon, in welchem Alter die Befragten selbst nach Deutschland zugewandert sind (Glatzer 2004: 102). Wie bereits erläutert, ist eine solch breite Definition problematisch, da erwartet wird, dass der Einwanderungszeitpunkt einen entscheidenden Einfluss auf den politischen Integrationsstand einer Person besitzt. Durch diese unpräzise Definition der Untersuchungsgruppe und eine unsaubere Datenbasis können keine eindeutigen Aussagen getroffen werden, auf welche Personengruppe sich die empirischen Befunde beziehen. Erschwerend kommt hinzu, dass im Rahmen des *Integrationssurveys* ausschließlich italienisch- und türkischstämmige Personen befragt wurden. Diese ethnische Konzentration schränkt die Generalisierbarkeit der empirischen Befunde stark ein. Dieses Problem verschärft sich durch die Auswahl der Untersuchungsgruppen noch zusätzlich: Bei türkischstämmigen Personen handelt es sich um eine besondere Problemgruppe, die starke Integrationsdefizite in Bezug auf ihre Sprachkenntnisse, ihr Bildungs- und Einkommensniveau aufweist (Geißler 2008: 249; von Gostomski 2010: 220-223).

Glatzer zufolge lassen sich deutliche Unterschiede im Partizipationsverhalten zwischen den türkisch- und italienischstämmigen Personen sowie ihrer deutschen Vergleichsgruppe konstatieren: So gehören türkisch- und italienischstämmige Personen seltener einer Partei an als ihre deutsche Vergleichsgruppe. Als mögliche Erklärung für diesen Befund weist Glatzer (2004: 61) darauf hin, dass Ausländer in ihrem Wahlrecht stark eingeschränkt sind. Dies wirkt sich möglicherweise negativ auf ihre politische Beteiligung im Rahmen anderer Partizipationsformen aus. Liegt jedoch eine doppelte Staatsbürgerschaft oder eine Einbürgerung vor, zeichnet sich eine deutliche Annäherung des Partizipationsverhaltens der türkisch- und italienischstämmigen Personen an ihre deutsche Vergleichsgruppe ab (Glatzer 2004: 63).

Die Bertelsmann-Stiftung (2009a) hat im Rahmen einer Telefonbefragung, die von November bis Dezember 2008 von der Forschungsgruppe *Wahlen Telefonfeld GmbH* durchge-

führt wurde, rund 2.000 zufällig ausgewählte Bürger ab 18 Jahren mit und ohne Migrationshintergrund zum Thema ‚Politische Führung und Partizipation‘ befragen lassen. Zwar wird ein Migrationshintergrund hierbei in Anlehnung an den Mikrozensus definiert, allerdings wird keine Unterscheidung der einzelnen Migrantengenerationen vorgenommen. Wie bereits festgestellt wurde, können durch ein solch methodisch unsauberes Vorgehen keine eindeutigen Aussagen zum Integrationsstand einzelner Migrantengenerationen getroffen werden. Ferner werden die Begriffe ‚Migrant‘ für Bürger mit Migrationshintergrund und ‚Einheimische‘ für Bürger ohne Migrationshintergrund verwendet (Kober 2009: 132). Diese Begriffswahl trägt zu einer terminologischen Ungenauigkeit bei, da Personen der zweiten Generation im strengen Sinne nicht als Migranten bezeichnet werden können. Zudem drückt diese Begriffswahl die implizite Annahme aus, dass Personen mit Migrationshintergrund nicht in Deutschland einheimisch sind – dies ist insbesondere im Falle der zweiten und dritten Generation als kritisch zu bewerten, die in Deutschland geboren wurden.

Den empirischen Befunden zufolge schätzen Personen mit Migrationshintergrund ihre Beteiligungschancen deutlich geringer ein als Deutsche ohne Migrationshintergrund. Ulrich Kober (2009: 136) zufolge deutet dieser Befund möglicherweise auf eine Enttäuschung in den praktischen Erfahrungen mit der Demokratie in Deutschland hin. Infolgedessen nehmen Personen mit Migrationshintergrund die bestehenden Partizipationsmöglichkeiten auch in geringerem Maße wahr als Personen ohne Migrationshintergrund. Dieser Zusammenhang ist in Bezug auf unkonventionelle Beteiligungsformen stärker ausgeprägt als bei konventionellen Beteiligungsformen (Kober 2009: 137). Von diesem empirischen Befund ausgehend resümiert Kober (2009: 139), es beständen deutliche Integrationsdefizite im Hinblick auf die politische Partizipation von Personen mit Migrationshintergrund.

Neben diesen drei vorgestellten Untersuchungen liegen Studien vor, die sich mit dem politischen Partizipationsverhalten weiterer Subgruppen mit Migrationshintergrund beschäftigen. So untersucht Wüst (2000; 2002; 2003; 2006) das Wahlverhalten und die Wahlbeteiligung eingebürgerter Personen. Da sich diese Untersuchungen nicht auf Personen der zweiten Generation beziehen und sich ihre empirischen Befunde daher auch nicht ohne Weiteres auf diese übertragen lassen, sollen sie an dieser Stelle nicht näher ausgeführt werden.

Ferner liegen Untersuchungen vor, die zwar im Forschungsfeld der politischen Integration angesiedelt sind, deren Forschungsgegenstände sich jedoch nicht auf die politische Partizipation beziehen. Stattdessen beschäftigen sie sich beispielsweise mit Abgeordneten mit

Migrationshintergrund im Deutschen Bundestag (siehe Claro da Fonseca 2011; Wüst 2011; Wüst/Schmitz 2010; für einen Vergleich zwischen Deutschland, Schweden, Frankreich und Großbritannien siehe Wüst/Saalfeld 2010), mit der politischen Unterstützung (siehe Caballero 2009) und den politischen Orientierungen von Ausländern (siehe Weidacher 2000) sowie dem Einfluss von ethnischem Sozialkapital auf die politische Partizipation von Migranten (siehe Berger/Galonska/Koopman 2004; Diehl 2004; 2005b). Wie in Kapitel 3.1 erläutert, handelt es sich bei den partizipierenden Subjekten jedoch um Privatpersonen, nicht um politische Amtsträger (Brady 1999: 737-738). Vor diesem Hintergrund stehen Untersuchungen zu Abgeordneten mit Migrationshintergrund nicht im Forschungsinteresse der vorliegenden Arbeit. Da es sich bei politischer Unterstützung und politischen Orientierungen um keine politischen Aktivitäten handelt, fallen auch solche Untersuchungen nicht in das Forschungsfeld der vorliegenden Arbeit. Forschungsarbeiten, die sich mit dem Zusammenhang zwischen ethnischem Sozialkapital und politischem Partizipationsverhalten beschäftigen, sind in erster Linie der Sozialkapital-Forschung zuzuordnen – sie legen einen anderen theoretischen Schwerpunkt als die vorliegende Arbeit.

Wie ein Überblick über den Forschungsstand gezeigt hat, deutet die Mehrheit der empirischen Befunde auf ein politisches Integrationsdefizit der zweiten Generation hin. Einschränkung muss allerdings darauf hingewiesen werden, dass sich die bisher vorliegenden Untersuchungen nicht explizit auf Personen der zweiten Generation beziehen. Daher können hieraus keine eindeutigen und verlässlichen Aussagen über den politischen Integrationsstand der zweiten Generation abgeleitet werden. Aufgrund dieses defizitären Forschungsstands konnte bislang kein Konsens in Bezug auf den Integrationsstand der zweiten Generation gefunden werden – dies spiegelt sich deutlich in den Annahmen des Assimilations- und Segmentationsmodells wider. Diese Lücke soll mit der folgenden empirischen Analyse geschlossen werden.

6. Zusammenfassung der theoretischen Annahmen und Hypothesenbildung

In den vorangehenden Kapiteln wurden neben den theoretischen Grundlagen zur politischen Partizipation und Integration, die in der Definition politischer Integration zusammengeführt wurden, auch die Annahmen und Argumente der Integrationsforschung hinsichtlich des Integrationsstands der zweiten Generation erläutert. Auf dieser Grundlage sollen im folgenden Abschnitt forschungsleitende Hypothesen für die empirische Analyse formuliert werden.

Ausgangspunkt der vorliegenden Arbeit bildet die Frage, ob die zweite Generation in Deutschland als politisch integriert gelten kann. Politische Integration wurde hierbei als eine *Angleichung des Partizipationsverhaltens zwischen der zweiten Generation und Personen ohne Migrationshintergrund* definiert. Ausgehend von den in Kapitel 2 und 3 erläuterten theoretischen Grundlagen zur politischen Partizipation wurden vier Kriterien politischer Integration entwickelt: Es dürfen keine strukturellen Unterschiede zwischen den beiden Untersuchungsgruppen hinsichtlich ihres (1) *Niveaus* und ihrer (2) *Struktur politischer Partizipation* sowie ihrer (3) *Ausstattung mit partizipationsrelevanten Ressourcen* im Sinne des CVMs bestehen. Schließlich darf unter Kontrolle der Variablen des CVMs (4) *kein eigenständiger Einfluss des Migrationshintergrunds* auf die politische Partizipation der zweiten Generation feststellbar sein. Aus diesen vier Indikatoren politischer Integration werden im folgenden Abschnitt Untersuchungshypothesen abgeleitet, die im Rahmen der empirischen Analyse überprüft werden sollen. Die divergierenden Annahmen des Assimilations- und Segmentationsmodells finden hierbei in Form von konkurrierenden Untersuchungshypothesen Eingang in die empirische Analyse: Während die a-Hypothesen eine politische Integration der zweiten Generation annehmen, gehen die b-Hypothesen von ihrer politischen Segmentation aus.

(1) Partizipationsniveau:

H_{1a}: Personen der zweiten Migrantengeneration partizipieren in gleichem Ausmaß wie Deutsche ohne Migrationshintergrund.

H_{1b}: Personen der zweiten Migrantengeneration partizipieren in geringerem Ausmaß als Deutsche ohne Migrationshintergrund.

(2) Partizipationsstruktur:

H_{2a}: Personen der zweiten Migrantengeneration nutzen in gleichem Ausmaß wie Deutsche ohne Migrationshintergrund verfasste und unverfasste Partizipationsformen.

H_{2b}: Personen der zweiten Migrantengeneration nutzen stärker unverfasste anstelle von verfassten Partizipationsformen als Deutsche ohne Migrationshintergrund.

H_{2b} leitet sich aus der Annahme ab, dass Personen, die sich im Sinne des Segmentationsmodells von der deutschen Gesellschaft und ihren staatlichen Institutionen abgrenzen, möglicherweise stärker unverfasste Partizipationsformen nutzen, da diese weniger staatlich institutionalisiert sind als verfasste Partizipationsformen. Eine verstärkte Nutzung von unverfassten Beteiligungsformen wird als Ausdruck einer Abgrenzung der zweiten Generation von der deutschen Gesellschaft und ihren politischen Institutionen interpretiert.

(3) Ausstattung mit partizipationsrelevanten Ressourcen:

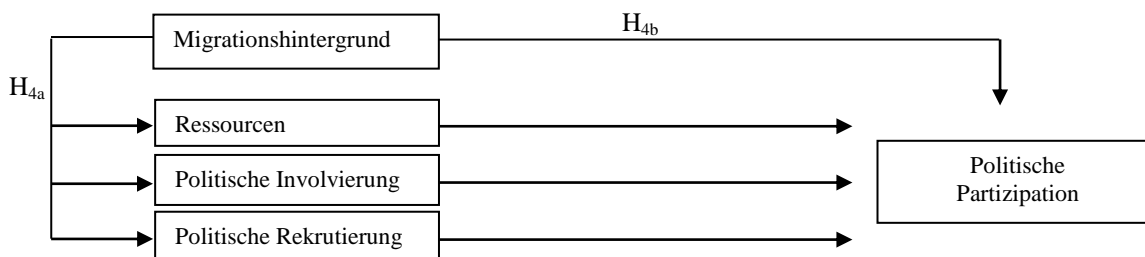
H_{3a}: Zwischen Personen der zweiten Migrantengeneration und Deutschen ohne Migrationshintergrund bestehen hinsichtlich ihrer Ausstattung mit partizipationsrelevanten Ressourcen keine signifikanten Unterschiede.

H_{3b}: Personen der zweiten Migrantengeneration sind im Vergleich zu Deutschen ohne Migrationshintergrund in ihrer Ausstattung mit partizipationsrelevanten Ressourcen signifikant benachteiligt.

(4) Einfluss des Migrationshintergrunds:

H_{4a}: Unter Kontrolle partizipationsrelevanter Ressourcen besteht kein eigenständiger Einfluss des Migrationshintergrunds auf die politische Partizipation der zweiten Migrantengeneration.

H_{4b}: Auch unter Kontrolle partizipationsrelevanter Ressourcen bleibt ein eigenständiger Einfluss des Migrationshintergrunds auf die politische Partizipation der zweiten Migrantengeneration bestehen.

Abbildung 6: Mögliche Wirkungszusammenhänge zwischen einem Migrationshintergrund und der politischen Partizipation der zweiten Migrantengeneration

Folgt man den Annahmen des Assimilationsmodells, besitzt der Migrationshintergrund keinen eigenständigen Einfluss auf die politische Partizipation der zweiten Generation. Stattdessen kann sein Einfluss, wie in H_{4a} angenommen, durch die Variablen des CVMs erklärt werden (siehe Abbildung 6). In diesem Fall sollte sich der Einfluss des Migrationshintergrunds unter Kontrolle der Variablen des CVMs deutlich verringern und insignifikant werden. Bestätigt sich H_{4a}, gehen Unterschiede im Partizipationsverhalten zwischen der zweiten Generation und Personen ohne Migrationshintergrund nicht auf ethnisch-kulturelle Merkmale, sondern auf Unterschiede in ihrer Ausstattung mit partizipationsrelevanten Ressourcen zurück. Folgt man hingegen den Annahmen des Segmentationsmodells, bleibt ein eigenständiger Einfluss des Migrationshintergrunds, der ethnisch-kulturelle Merkmale der elterlichen Herkunftskultur enthält, in Folge von Reethnisierungsprozessen auch unter Kontrolle der Variablen des CVMs bestehen (H_{4b}).

Die zweite Generation kann auf Grundlage der beiden Merkmale ‚Staatsbürgerschaft‘ und ‚Anzahl zugewanderter Elternteile‘ in vier theoretisch relevante Subgruppen unterschieden werden: 1) Personen mit einer deutschen Staatsbürgerschaft 2) Personen mit einer ausländi-

schen Staatsbürgerschaft, 3) Personen mit einem zugewanderten Elternteil und 4) Personen mit zwei zugewanderten Elternteilen.⁷⁸ Da erwartet wird, dass diese Subgruppen einen unterschiedlichen Integrationsstand aufweisen, soll die zweite Generation in der folgenden Analyse in ihre Subgruppen differenziert werden. Von einer entsprechenden Differenzierung im Rahmen der Hypothesenbildung wird allerdings abgesehen, da dies die Hypothesenformulierung unnötig verkomplizieren würde. Stattdessen werden im folgenden Abschnitt allgemeine Erwartungen formuliert, wie es um die politische Integration dieser Subgruppen steht – diese werden exemplarisch anhand von H₁ ausformuliert.

Erstens wird angenommen, dass Personen der zweiten Generation, die eine deutsche Staatsbürgerschaft besitzen, stärker politisch integriert sind als Personen mit einer ausländischen Staatsbürgerschaft (BAMF 2010: 38). Ausgehend von dieser Annahme sollte der in den a-Hypothesen formulierte Zusammenhang, der eine politische Integration der zweiten Generation nahelegt, in höherem Maße auf Personen der zweiten Generation mit einer deutschen Staatsbürgerschaft zutreffen als auf ausländische Personen. Im Umkehrschluss wird erwartet, dass der in den b-Hypothesen formulierte Zusammenhang, der gegen eine politische Integration der zweiten Generation spricht, in höherem Maße auf ausländische Personen zutrifft. So wird im Hinblick auf H₁ erwartet, dass Personen der zweiten Generation mit einer deutschen Staatsbürgerschaft auf gleichem Niveau partizipieren wie Deutsche ohne Migrationshintergrund, während sich ausländische Personen in geringerem Ausmaß politisch beteiligen.

Eine mögliche Erklärung für diese Annahme ist, dass die Wahl der deutschen Staatsbürgerschaft möglicherweise eine Identifikation mit dem Werte- und Normensystem der deutschen Gesellschaft widerspiegelt. In diesem Sinne wird eine deutsche Staatsbürgerschaft als manifester Ausdruck einer identifikativen Integration verstanden.⁷⁹ Diese Annahme wird

⁷⁸ Darüber hinaus kann die zweite Generation nach ihrem elterlichen Herkunftsland unterschieden werden. Je unähnlicher sich die politischen Kontexte des elterlichen Herkunftslands und der deutschen Gesellschaft sind, desto schwieriger ist eine politische Integration. Trotz ihrer Relevanz kann eine Differenzierung der elterlichen Herkunftsländer nach ihrem Demokratisierungsgrad aufgrund der geringen nationalen Fallzahl nicht vorgenommen werden. Die Verteilung der elterlichen Herkunftsländer ist in den Abbildungen C2 und C3 im Anhang ausgewiesen.

Ferner besitzt möglicherweise der Umstand, ob die Eltern aus einem gemeinsamen oder zwei unterschiedlichen Herkunftsländern stammen, einen Einfluss auf die politische Integration ihrer Nachkommen. Einerseits sind Personen, deren Eltern aus zwei unterschiedlichen Ländern stammen, in höherem Maße einem Kulturkonflikt ausgesetzt, sodass sie möglicherweise höhere Segmentierungstendenzen aufweisen. Andererseits ist aber auch denkbar, dass sich Personen, die aus zwei unterschiedlichen Herkunftsländern stammen, stärker der deutschen Gesellschaft anpassen, da sie keine gemeinsame sprachliche und kulturelle Basis besitzen – ihre Nachkommen wären in diesem Fall stärker integriert. Eine solche Unterscheidung kann aufgrund der geringen Fallzahl der zweiten Generation bedauerlicherweise nicht berücksichtigt werden.

⁷⁹ Darüber hinaus sind weitere Faktoren denkbar, welche die Wahl der Staatsbürgerschaft beeinflussen: Erstens sind bestimmte Nationalitäten, insbesondere jene, die mit der sogenannten Gastarbeiterphase in Zusam-

durch eine Untersuchung von Diehl (2005c) gestützt, die sich mit den Bestimmungsfaktoren der Einbürgerungsentscheidung beschäftigt: Wie die empirischen Befunde zeigen, lassen sich vor allem jene Personen einbürgern, die sich in erster Linie als Deutsche fühlen und sich in hohem Maße mit der deutschen Gesellschaft identifizieren (Diehl 2005c: 322-324, 328). Vor diesem Hintergrund wird angenommen, dass Personen der zweiten Generation mit einer deutschen Staatsbürgerschaft, die sich in erster Linie als Deutsche fühlen und sich mit der deutschen Gesellschaft identifizieren, politisch integriert sind.

Ferner sind ausländische Personen von Wahlen auf Bundes- und Landesebene ausgeschlossen. Besitzen sie keine EU-Staatsbürgerschaft, dürfen sie auch nicht an Kommunal- und EU-Wahlen partizipieren. Da Wählen als einfachste und grundsätzlichste Partizipationsform häufig als Einstieg in eine politische Beteiligung dient, führt ein fehlendes Wahlrecht möglicherweise dazu, dass sich ausländische Personen auch an den übrigen Partizipationsformen in geringerem Maße beteiligen. Darüber hinaus fühlen sich Personen, die in Deutschland nicht wahlberechtigt sind, möglicherweise nicht als vollwertige Bürger anerkannt. Dieses Gefühl einer fehlenden Anerkennung kann zu einer Abwendung vom politischen System führen, die in einer geringeren politischen Integration Ausdruck findet.

Zweitens wird angenommen, dass Personen der zweiten Generation, die lediglich ein zugewandertes Elternteil besitzen, stärker politisch integriert sind als Personen mit zwei zugewanderten Elternteilen. Ausgehend von dieser Annahme sollte der in den a-Hypothesen formulierte Zusammenhang, der eine politische Integration der zweiten Generation nahelegt, in höherem Maße auf Personen mit nur einem zugewanderten Elternteil zutreffen als auf Personen mit zwei zugewanderten Elternteilen. Im Umkehrschluss wird erwartet, dass der in den b-Hypothesen formulierte Zusammenhang in höherem Maße auf Personen mit zwei zugewanderten Elternteilen zutrifft. So wird im Hinblick auf H_1 erwartet, dass sich Personen mit nur einem zugewanderten Elternteil auf gleichem Niveau am politischen Entscheidungsprozess beteiligen wie Personen ohne Migrationshintergrund, während Personen mit zwei zugewanderten Elternteilen auf niedrigerem Niveau partizipieren.

Eine mögliche Erklärung für diese Annahme ist, dass Personen mit zwei zugewanderten Elternteilen in der Regel über eine durchschnittlich geringere Humankapitalausstattung

menhang stehen, negativ behaftet. Zweitens gelten bestimmte Staatsbürgerschaften wie die US-amerikanische oder kanadische als besonders vorteilhaft, da sie erleichterte Einreisebedingungen und einen besonderen diplomatischen Schutz versprechen. Drittens stellt der Zwang zur Aufgabe der Staatsbürgerschaft des elterlichen Herkunftslandes eine hohe Einbürgerungshürde dar, da sie die gefühlsmäßige doppelte Identität untergräbt (Angenendt 2011: 42). Für Näheres zu den Bestimmungsfaktoren der Einbürgerung siehe Diehl (2005c).

verfügen als Personen aus Familien ohne Migrationshintergrund (siehe Kapitel 4.3.2). Die Unzufriedenheit und Enttäuschung, die vor allem aus einer strukturellen Bildungsbenachteiligung hervorgehen können, führen – wie das Segmentationsmodell nahelegt – zu einer Abwendung von der deutschen Gesellschaft. Diese Abwendung manifestiert sich möglicherweise in einer geringeren politischen Integration von Personen mit zwei zugewanderten Elternteilen.

Zudem fühlen sich Personen mit zwei zugewanderten Elternteilen möglicherweise in geringerem Maße der deutschen Gesellschaft zugehörig als Personen mit nur einem zugewanderten Elternteil. In Folge eines fehlenden Zugehörigkeitsgefühls zur deutschen Gesellschaft besitzen Personen mit zwei zugewanderten Elternteilen ein geringeres Interesse an gemeinschaftsbezogenen Themen und partizipieren in geringerem Ausmaß am politischen Entscheidungsprozess als Personen mit nur einem zugewanderten Elternteil.

Eine weitere Erklärung für diese Annahme ist, dass in Migrantenfamilien beide Elternteile in ein anderes, teilweise sogar in ein nicht-demokratisches politisches System sozialisiert wurden. Vor diesem Hintergrund ist ihnen das deutsche politische System weitgehend fremd – sie besitzen möglicherweise keine oder nur wenige identifikative Orientierungen gegenüber dem deutschen politischen System. Solche fehlenden identifikativen Orientierungen gegenüber dem deutschen politischen System geben Personen der ersten Generation im Rahmen des Sozialisationsprozesses auch an ihre Nachkommen weiter. Möglicherweise finden sie in einer geringeren politischen Integration von Personen mit zwei zugewanderten Elternteilen Ausdruck. Zudem besitzen Personen, die in ein anderes politisches System sozialisiert wurden, einen geringeren Wissensstand über das deutsche politische System als Personen, die in Deutschland geboren und sozialisiert wurden. Migranten können daher nur in eingeschränktem Maße Wissen über das deutsche politische System an ihre Nachkommen vermitteln. Eine politische Informiertheit bildet, wie das *CVM* deutlich macht, jedoch eine notwendige Voraussetzung für eine politische Beteiligung.

Als vierte Erklärung lässt sich anführen, dass in Familien, in denen beide Elternteile nach Deutschland zugewandert sind, in der Regel seltener Deutsch gesprochen wird als in Familien mit nur einem zugewanderten Elternteil – dies kann sich negativ auf die Deutschkenntnisse von Kindern aus Migrantenfamilien auswirken (Stanat/Rauch/Segeiritz 2010: 209, 216; Worbs 2003: 1024). In Folge mangelnder Sprachkenntnisse sind Kinder aus Migrantenfamilien häufig nicht in der Lage, in vollem Umfang an den Institutionen der deutschen Gesellschaft zu partizipieren – z.B. in Vereinen oder Parteien. Diese eingeschränkten Parti-

zipationsmöglichkeiten aufgrund von sprachlichen Defiziten führen möglicherweise dazu, dass sich Personen mit zwei zugewanderten Elternteilen nicht in gleichem Ausmaß der deutschen Gesellschaft zugehörig fühlen wie Personen mit nur einem zugewanderten Elternteil (Kober 2011: 13). Darüber hinaus können Personen, die über mangelnde Deutschkenntnisse verfügen, nur in eingeschränktem Maße politische Informationen rezipieren. Diese sind für eine politische Beteiligung, wie das *CVM* deutlich macht, jedoch unbedingt erforderlich.

Um die in Kapitel 5 aufgezeigten Forschungslücken hinsichtlich des politischen Integrationsstands der zweiten Generation zu schließen, werden die forschungsleitenden Hypothesen, wie sie in diesem Kapitel in Anlehnung an die vier Kriterien politischer Integration entwickelt wurden, im Folgenden empirisch überprüft.

7. Datengrundlage und Operationalisierung

Um die im vorangehenden Kapitel aufgestellten Forschungshypothesen überprüfen zu können, wird im folgenden Abschnitt die Datengrundlage der empirischen Analyse vorgestellt. Zudem muss eine Operationalisierung der untersuchungsrelevanten theoretischen Konstrukte politischer Integration vorgenommen werden.

7.1 Datengrundlage

Bei der vorliegenden Arbeit handelt es sich um eine Sekundäranalyse. Daher muss auf eine Datengrundlage zurückgegriffen werden, die Items zur Identifikation der zweiten Generation enthält. Da in der deutschen Teilstudie des *European Social Survey (ESS)* nicht nur der Geburtsort und die Staatsbürgerschaft der Befragten, sondern darüber hinaus auch der Geburtsort der Eltern erfasst wurde, eignet sich diese als Datengrundlage zur Identifikation der zweiten Generation. Allerdings wurde im *ESS* keine disproportionale Stichprobe gezogen, in der Personen der zweiten Generation überrepräsentiert sind. Um eine dennoch repräsentative Fallzahl zu erzielen, die allgemeingültige Aussagen zur politischen Integration der zweiten Generation erlaubt, wird in der folgenden Analyse auf die kumulierten Umfragedaten der deutschen *ESS*-Teilstudie aus den Jahren 2002/2003, 2004/2005, 2006/2007 und 2008/2009 zurückgegriffen.

Der *ESS* ist eine europaweit durchgeführte, repräsentative Bevölkerungsumfrage, die im Zweijahresrhythmus wiederholt wird.⁸⁰ Die längsschnittliche Ausrichtung des *ESS* ermöglicht es, langfristige Wechselwirkungen zwischen den sich wandelnden politischen und ökonomischen Institutionen einerseits und den Einstellungen, Verhaltensmustern und Überzeugungen der Bevölkerung andererseits analysieren und erklären zu können (Neller 2003: 1; 2004b: 259). Um eine optimale Vergleichbarkeit der Erhebungsergebnisse in den verschiedenen Untersuchungsländern zu gewährleisten, wurden alle Teilschritte des *ESS* – von der Stichprobenziehung bis zur Übersetzung des englischen Ausgangsfragebogens in die jeweilige Landessprache der Teilnehmerländer – standardisiert sowie von einer zentralen Steuerungsinstanz, dem *Central Coordinating Team (CCT)*, gegengeprüft und umfassend dokumentiert (Neller 2004a: 373).

Das Untersuchungsgebiet der deutschen Teilstudie umfasst die gesamte Bundesrepublik Deutschland. Befragt wurden Personen ab 15 Jahren – unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft, Sprache oder Rechtsstellung (Keil 2009: 2). Die Stichprobenziehung erfolgte in Form einer zweistufigen, disproportional geschichteten Zufallsauswahl⁸¹, wobei ein bewusstes Oversampling der ostdeutschen Bevölkerung vorgenommen wurde. Der ausdrücklichen Empfehlung des *CCT* folgend werden die Umfragedaten in der folgenden Analyse auf Grundlage eines länderspezifischen Faktors (*Design weight*) gewichtet. Dieser Gewichtungsfaktor stellt sicher, dass trotz einer Überrepräsentation der ostdeutschen Bevölkerung eine für die gesamte Bundesrepublik repräsentative Auswertung durchgeführt werden kann.

Die Befragung erfolgte in Form mündlicher *Face-to-Face*-Interviews, die durchschnittlich eine Stunde dauerten. An der ersten deutschen Befragungswelle beteiligten sich insgesamt 2.919 Personen, an der zweiten 2.870 Personen, an der dritten 2.916 Personen und an der vierten 2.756 Personen (Keil 2005: 3; 2007: 2; 2009: 2; Neller 2003: 2).⁸² Die Aufbereitung

⁸⁰ Die Europäische Kommission und die *European Science Foundation* tragen die Kosten für die internationale Koordinierung des *ESS*. Die Kosten für die nationalen Erhebungen müssen die einzelnen Teilnehmerländer jedoch selbst tragen – im Falle von Deutschland finanziert die *Deutsche Forschungsgemeinschaft* die Durchführung der Befragung.

⁸¹ Im ersten Schritt der Stichprobenziehung wurde eine Zufallsauswahl von Gemeinden in Deutschland getroffen. Auf der zweiten Auswahlstufe wurden Personenadressen aus örtlichen Melderegistern ermittelt.

⁸² An dieser Stelle wird die Anzahl der gültigen Interviews wiedergegeben. Die Ausschöpfungsquote auf Grundlage der gültigen Fälle beträgt für die erste Befragung rund 58 Prozent, für die zweite 46 Prozent, für die dritte 49 Prozent und für die vierte 47 Prozent (Keil 2005: 2; 2007: 2; 2009: 2; Neller 2003: 2).

des Datenmaterials erfolgte im norwegischen Datenarchiv *Norwegian Social Science Data Services*.⁸³

7.2 Operationalisierung

Ausgehend von den in Kapitel 6 entwickelten Forschungshypothesen und der oben vorgestellten Datengrundlage werden in den folgenden Abschnitten die relevanten theoretischen Konstrukte, wie sie in Kapitel 3 und 4 dargestellt wurden, operationalisiert, um eine theoretisch und methodisch fundierte Überprüfung der Forschungshypothesen durchführen zu können.

7.2.1 Operationalisierung der Untersuchungsgruppen

Zunächst sollen die zweite Generation sowie ihre Subgruppen und Deutsche ohne Migrationshintergrund operationalisiert werden. Da Wählen ein Kernelement im politischen Beteiligungsrepertoire der Bürger darstellt, das auf Bundesebene erst ab 18 Jahren möglich ist, werden Befragte unter 18 Jahren aus der folgenden Analyse ausgeschlossen.

In der deutschen Teilstudie des *ESS* steht keine Variable zur Verfügung, auf deren Grundlage Angehörige der zweiten Generation und Deutsche ohne Migrationshintergrund voneinander unterschieden werden können. Stattdessen muss auf einzelne Items⁸⁴ zurückgegriffen werden, die sich zur Generierung einer solchen Variablen eignen. Die Variable zur Unterscheidung der beiden Untersuchungsgruppen wurde dichotom kodiert. Zur Personengruppe ohne Migrationshintergrund zählen hierbei alle Personen, die in Deutschland geboren wurden, deutsche Staatsbürger sind und deren beiden Elternteile in Deutschland geboren wurden. Dagegen zählen Personen, die zwar in Deutschland geboren wurden⁸⁵, aber mindestens ein zugewandertes Elternteil besitzen, zur zweiten Generation.⁸⁶ Personen der

⁸³ Auf der internationalen Projekthomepage <http://ess.nsd.uib.no/> können alle Länderdaten als Paket heruntergeladen oder Teildatensätze individuell nach den jeweiligen Nutzerwünschen zusammengestellt werden. Die Daten stehen hierbei in Form verschiedener Formate zur Verfügung (*SPSS, SAS, STATA, DBASE*).

⁸⁴ Zur exakten Frageformulierung der in den folgenden Abschnitten vorgestellten Variablen siehe Anhang A.

⁸⁵ Im Rahmen der vorliegenden Arbeit wird eine enge Definition der zweiten Generation verwendet. Personen, die vor ihrem sechsten Lebensjahr nach Deutschland migriert sind, werden nicht in die Analyse eingeschlossen, da Sonderfälle mit einer unterbrochenen Sozialisation als eigene Untersuchungsgruppe behandelt werden sollten. Zudem wird im Rahmen des *ESS* der Einwanderungszeitpunkt einer Person lediglich in groben Zeitabständen erfasst, sodass eine weite Definition der zweiten Generation empirisch nicht umsetzbar ist. Allerdings kann nicht ausgeschlossen werden, dass Personen, die in Deutschland geboren wurden, nach ihrer Geburt zeitweise im Ausland aufgewachsen sind – auch solche Sonderfälle besitzen eine unterbrochene Sozialisation.

⁸⁶ Im Rahmen der empirischen Analyse wird davon ausgegangen, dass die Zugehörigkeit zur zweiten Generation mit einem Migrationshintergrund gleichzusetzen ist. Zwar kann nicht ausgeschlossen werden, dass dieser Personenkreis über seinen Migrationshintergrund hinaus weitere gemeinsame Merkmale besitzt, dies ist aber äußerst unwahrscheinlich.

zweiten Generation besitzen folglich ein zugewandertes Elternteil (Mutter *oder* Vater) oder zwei zugewanderte Elternteile (Mutter *und* Vater). Die Staatsbürgerschaft spielt für die Zugehörigkeit zur zweiten Generation keine Rolle. Die Variable zur Erfassung des Geburtslandes ist dichotom kodiert. Hierbei wurden die Befragten gebeten, anzugeben, ob sie in Deutschland oder im Ausland geboren wurden. Zur Erfassung der elterlichen Herkunftsländer wurden die Befragten gebeten, anzugeben, ob ihr Vater bzw. ihre Mutter in Deutschland oder im Ausland geboren wurde.⁸⁷ Auch die Staatsbürgerschaft wurde in dichotomer Form erhoben und ist in eine deutsche bzw. nicht-deutsche Staatsbürgerschaft kodiert.

Um Personen der zweiten Generation nach ihrer Staatsbürgerschaft zu unterscheiden, wird zusätzlich die Frage nach ihrer Staatsangehörigkeit herangezogen.⁸⁸ Um die zweite Generation nach der Anzahl ihrer zugewanderten Elternteile zu unterscheiden, wird auf Grundlage einer dichotomen Variablen die genaue Anzahl der im Ausland geborenen Elternteile erfasst.

Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass bei der Stichprobenziehung des *ESS* eine Positivselektion stattgefunden hat: Personen mit einem hohen Bildungsgrad und guten Deutschkenntnissen erklären sich mit höherer Wahrscheinlichkeit bereit, an Befragungen teilzunehmen als niedrig gebildete Personen mit einem großen Sprachdefizit. Da erwartet wird, dass sowohl der formale Bildungsgrad als auch die Deutschkenntnisse einer Person einen starken Einfluss auf ihren politischen Integrationsstand besitzen, stellt eine Positivselektion im Kontext der vorliegenden Arbeit ein ernstzunehmendes Problem dar. Im Falle einer Positivselektion lassen sich aus den empirischen Befunden keine repräsentativen Aussagen ableiten. Falls tatsächlich eine Positivselektion bei der Stichprobenziehung stattgefunden hat, sollte diese jedoch auf beide Untersuchungsgruppen gleichermaßen zutreffen. Von dieser Annahme ausgehend lässt sich die relative Wertedifferenz zwischen den beiden Untersuchungsgruppen problemlos interpretieren. Um sicherzustellen, dass die Personenanteile und die Verteilung des formalen Bildungsgrads im *ESS* als repräsentativ für die deutsche Gesamtbevölkerung gelten können, erfolgt ein kurzer Abgleich mit den empirischen Befunden des *Mikrozensus* (siehe Tabelle 1).

⁸⁷ Mit Deutschland ist das Gebiet des heutigen Deutschlands seit der Wiedervereinigung 1990 und Gebiete, die zum Zeitpunkt der Geburt der Mutter oder des Vaters zum Staatsgebiet Deutschlands gehörten, gemeint.

⁸⁸ Die Verteilung der Staatsbürgerschaften unter ausländischen Personen der zweiten Generation ist in Abbildung C1 im Anhang ausgewiesen.

Tabelle 1: Vergleich der Personenanteile zwischen *ESS* und *Mikrozensus* (in Prozent)

	Deutsche ohne MH	Zweite Generation	Zweite Generation nach zugewanderten Elternteilen		Zweite Generation nach Staatsbürgerschaft	
			ein Elternteil	zwei Elternteile	deutsch	ausländisch
<i>ESS</i>	79,4 (9.079)	6,7 (764)	4,7 (538)	2 (226)	6 (692)	0,7 (72)
<i>Mikrozensus</i>	80,7 (65.970)	6,4 (5.155)	–	–	4,4 (3.585)	2 (1.570)

Anmerkungen: in Klammern ist die absolute Fallzahl angegeben; Daten im *ESS* gewichtet nach Untersuchungsdesign; $N_{ESS}=9.843$, $N_{Mikrozensus}=71.125$; Quellen: *ESS* 1/2/3/4, *Mikrozensus* 2010

Der *Mikrozensus* stellt eine auskunftspflichtige Befragung dar, sodass seine Befunde der realen Verteilung weitgehend entsprechen sollten. Laut *Mikrozensus* zählen 80,7 Prozent der in Deutschland lebenden Personen zur Personengruppe ohne Migrationshintergrund (Statistisches Bundesamt 2011: 32). Dieser Personenanteil stimmt mit dem im *ESS* überein, wonach 79,4 Prozent der Befragten keinen Migrationshintergrund aufweisen. Dem *Mikrozensus* zufolge besitzen 6,4 Prozent der in Deutschland lebenden Personen einen familiär vermittelten Migrationshintergrund. Von diesen 6,4 Prozent besitzen rund zwei Prozent eine ausländische und 4,4 Prozent eine deutsche Staatsbürgerschaft. Auch dieser Personenanteil stimmt mit dem im *ESS* überein, wonach 6,7 Prozent der Befragten der zweiten Generation angehören. Allerdings scheinen Personen mit einer ausländischen Staatsbürgerschaft im *ESS* mit einer Differenz von 1,3 Prozentpunkten unterrepräsentiert zu sein, während Personen mit einer deutschen Staatsbürgerschaft mit einer Differenz von 1,6 Prozentpunkten überrepräsentiert sind. Eine mögliche Erklärung für diese Abweichung zwischen *Mikrozensus* und *ESS* ist, dass der *Mikrozensus* nicht zwischen Personen der zweiten und dritten Generation unterscheidet, während in die vorliegende Analyse ausschließlich Personen der zweiten Generation einbezogen werden. Zudem handelt es sich beim *Mikrozensus* um eine Haushaltsbefragung, in der alle Personen eines Haushalts unabhängig von ihrem Alter erfasst werden, während in der vorliegenden Arbeit ausschließlich Personen ab 18 Jahren berücksichtigt werden. Wie der Vergleich zwischen *ESS* und *Mikrozensus* gezeigt hat, können sie Personenanteile im *ESS* als weitgehend repräsentativ gelten – lediglich im Falle einer Unterscheidung der zweiten Generation nach ihrer Staatsbürgerschaft tritt eine Verzerrung auf.

Tabelle 2: Vergleich der formalen Bildungsabschlüsse zwischen *Mikrozensus* und *ESS* (in Prozent)

	<i>Mikrozensus</i>		<i>ESS</i>	
	Deutsche ohne MH (n=56.639)	Zweite/Dritte Generation (n=1.613)	Deutsche ohne MH (n=9.082)	Zweite Generation (n=762)
Ohne Abschluss	2	7,6	1,2	1,2
Hauptschulabschluss	39,5	34,5	10	13
Polytechnische Oberschule	8,8	–	–	–
Realschulabschluss	22,9	29,8	55,8	53,1
Fachhochschulreife	6,6	7,7	6,9	8,4
Abitur	19,9	19,9	26,1	24,3

Anmerkungen: in Klammern ist die absolute Fallzahl angegeben; Daten im *ESS* gewichtet nach Untersuchungsdesign; $N_{ESS}=1.613$, $N_{Mikrozensus}=56.639$; Quellen: *ESS 1/2/3/4*, *Mikrozensus 2010*

Wie aus Tabelle 2 ersichtlich, lassen sich im Hinblick auf den formalen Bildungsgrad deutliche Abweichungen zwischen dem *ESS* und *Mikrozensus* konstatieren. Niedriggebildete ohne Abschluss oder mit Hauptschulabschluss scheinen im *ESS* deutlich unterrepräsentiert zu sein, Personen mit hohen Bildungsabschlüssen scheinen dagegen überrepräsentiert zu sein (Statistisches Bundesamt 2011: 149, 155). Eine mögliche Erklärung hierfür ist, dass Personen mit einem hohen Bildungsgrad und einem wissenschaftlichen Interesse eher bereit sind, an freiwilligen Befragungen wie dem *ESS* teilzunehmen. Die Teilnahme am *Mikrozensus* ist hingegen verpflichtend, sodass seine Befunde die reale Verteilung weitgehend abbilden sollten. Hinsichtlich des Bildungsniveaus hat eine Positivselektion bei der Stichprobenziehung stattgefunden, welche die Bilanz des politischen Integrationsstands der zweiten Generation positiv verzerrt und die Generalisierbarkeit der folgenden empirischen Befunde massiv einschränkt.

7.2.2 Operationalisierung der abhängigen Variablen

Sechs Partizipationsformen, die mit den in Kapitel 3.1 festgelegten Definitionskriterien politischer Partizipation in Einklang stehen, fließen als abhängige Variablen in die folgende empirische Analyse ein: Wählen⁸⁹, Mitarbeit in politischen Parteien, Kontaktieren von Politikern, Unterzeichnung von Petitionen, Teilnahme an Demonstrationen und Tragen von politischen Abzeichen.

⁸⁹ Da die deutsche Staatsbürgerschaft eine Voraussetzung für die Teilnahme an nationalen Wahlen darstellt, werden ausländische Personen aus der Analyse der Wahlbeteiligung ausgeschlossen.

Die Frage zur Erhebung der Wahlbeteiligung wurde mit folgendem Satz eingeleitet: „Manche Menschen gehen heutzutage aus verschiedenen Gründen nicht zur Wahl“. Dieser einleitende Satz soll einer Verzerrung durch soziale Erwünschtheit (Schnell/Hill/Esser 2011: 348; Schumann 2011: 56-57) vorbeugen, die im Hinblick auf die Wahlbeteiligung besonders stark ausgeprägt ist. Befragte nehmen Wählen als ihre Bürgerpflicht wahr und geben daher deutlich häufiger an, gewählt zu haben, als dies real zutrifft.⁹⁰ Im Anschluss an diesen einleitenden Satz wurden die Befragten gebeten, anzugeben, ob sie bei der vergangenen Bundestagswahl gewählt haben oder nicht. Diese Variable ist dichotom in eine politische Aktivität und Inaktivität kodiert.⁹¹

Neben der Wahlbeteiligung wurden den Befragten fünf weitere Partizipationsformen vorgestellt: Kontaktaufnahme zu einem Politiker oder einer Amtsperson auf Bundes-, Landes- oder Kommunalebene, Mitarbeit in einer politischen Partei oder Gruppierung⁹², Tragen oder Befestigen eines Abzeichens oder eines Aufklebers einer politischen Kampagne, Beteiligung an einer Unterschriftensammlung und Teilnahme an einer genehmigten öffentlichen Demonstration. Die Befragten wurden gebeten, jeweils anzugeben, ob sie sich in den vergangenen zwölf Monaten an einer dieser fünf genannten Partizipationsformen beteiligt haben oder nicht. Auch diese Variablen sind dichotom in eine politische Aktivität und Inaktivität kodiert.⁹³

Die verwendeten Items erweisen sich insofern als problematisch, als dass die politische Beteiligung lediglich in Form dichotomer Variablen erhoben wird. Die Intensität, mit der sich Befragte politisch engagieren, kann auf Grundlage dichotomer Fragen nicht erfasst werden – dies ist nur mithilfe von Rating-Skalen möglich. Folglich fallen Personen, die sich an unterschiedlichen Partizipationsformen beteiligen, stärker ins Gewicht als Personen, die sich regelmäßig und intensiv an einer Partizipationsform beteiligen – dies ist aus inhaltlicher Sicht höchst problematisch (Topf 1995: 68).

⁹⁰ Untersuchungen zur Wählervalidierung zeigen, dass bis zu einem Drittel der Nicht-Wähler in Befragungen angaben, bei der letzten Wahl gewählt zu haben (Brady 1999: 774, 792-793).

⁹¹ Neben den Antwortmöglichkeiten „Ja“ und „Nein“ standen den Befragten die beiden Antwortkategorien „weiß nicht“ und „nicht berechtigt zum Wählen“ zur Verfügung. Allerdings wurden diese beiden Antwortkategorien aus der Analyse ausgeschlossen.

⁹² Im Rahmen des *ESS* wurde auch das Vorliegen einer Parteimitgliedschaft abgefragt. Im Unterschied zu einer Parteimitgliedschaft enthält die Mitarbeit in einer politischen Partei ein aktives Element – sie stellt daher eine strengere und aussagekräftigere Variable dar als die formale Parteimitgliedschaft.

⁹³ Neben den beiden Antwortmöglichkeiten „Ja“ und „Nein“ stand den Befragten die Antwortkategorie „weiß nicht“ zur Verfügung. Diese wurde jedoch aus der Analyse ausgeschlossen.

7.2.3 Operationalisierung der unabhängigen Variablen

Ressourcen

Neben den abhängigen Variablen müssen auch die unabhängigen Variablen operationalisiert werden. Da für den Faktor ‚Zeit‘, den Verba, Schlozman und Brady im Rahmen des *CVMs* anführen, kein adäquates Item im *ESS* enthalten ist, kann dieser in der folgenden Analyse nicht berücksichtigt werden.

Der Faktor ‚Geld‘ wird in Anlehnung an Verba, Schlozman und Brady (1995: 289) auf Grundlage des Nettohaushaltseinkommens operationalisiert. Die Befragten wurden hierzu gebeten, die Höhe ihres ungefähren Nettohaushaltseinkommens auf einer Skala zu schätzen. Die Skala reicht von 1 (weniger als 150 Euro/Monat) bis 12 (mehr als 10.000 Euro/Monat).

Die *Civic Skills* werden in Anlehnung an Verba, Schlozman und Brady (1995: 526-563) auf Grundlage des formalen Bildungsgrads und der Deutschkenntnisse einer Person erfasst.⁹⁴ Zur Erhebung des formalen Bildungsgrads wurde den Befragten eine fünfstufige Skala vorgelegt, auf deren Grundlage sie ihren höchsten Bildungsabschluss angeben sollten. Diese Skala orientiert sich am *International Standard Classification of Education (ISCED)* (für die Anwendung des *ISCED* auf Deutschland siehe Schneider 2008) und reicht von „Schule beendet ohne Abschluss einer weiterführenden Schule“ bis zu „Abitur bzw. Erweiterte Oberschule mit Abschluss der 12. Klasse (Hochschulreife)“.⁹⁵

Zur Erhebung der Deutschkenntnisse sollten die Befragten angeben, welche Sprache bzw. welche beiden Sprachen sie zu Hause (in Deutschland) am häufigsten sprechen.⁹⁶ Diese Variable wurde dichotomisiert: Gab eine Person an, Deutsch am häufigsten oder zweithäufigsten zu sprechen, gilt dies als hohe Deutschkenntnis. Gab eine Person hingegen an, überwiegend zwei andere Sprachen als Deutsch zu sprechen, gilt dies als geringe Deutschkenntnis.⁹⁷ Diese Variable eignet sich zur Abbildung der Deutschkenntnisse jedoch nur in

⁹⁴ Kritisch anzumerken ist, dass diese Variablen die zweite Komponente der *Civic Skills*, die organisatorischen Fähigkeiten, nicht erfassen. Verba, Schlozman und Brady (1995: 559-561) messen diese Komponente durch folgende Variablen: Schreiben von Briefen, Teilnahme an Sitzungen, Planung von Treffen, Halten von Präsentationen oder Reden im Beruf, im Verein oder in der Kirche. Im *ESS* stehen bedauerlicherweise keine vergleichbaren Items zur Verfügung.

⁹⁵ Die Befragten konnten zudem angeben, zum Zeitpunkt der Befragung noch Schüler zu sein bzw. einen anderen Schulabschluss zu besitzen. Diese Antwortkategorien wurden aus der Analyse ausgeschlossen, da sie keine genauen Aussagen über den Bildungsgrad einer Person erlauben. Auch die Antwortkategorie „Grundschule nicht beendet“ wurde aus der Analyse ausgeschlossen, da dies auf keinen Untersuchungsfall zutrif.

⁹⁶ Hierbei handelt es sich um eine String-Variable, die in eine numerische Variable transformiert wurde.

⁹⁷ Im Vorfeld wurde erwogen, die Deutschkenntnisse strenger zu messen, indem nur Personen eine hohe Deutschkenntnis erhalten, die Deutsch als meist gesprochene Sprache angeben. Eine solch strenge Messung

eingeschränktem Maße. Sie erfasst ausschließlich die quantitative Verwendung der deutschen Sprache, nicht aber die sprachliche Qualität – ob ein Befragter beispielsweise einen großen Wortschatz besitzt oder eine korrekte Grammatik verwendet.⁹⁸

Politische Involvierung

Im *ESS* stehen zu beinahe allen Faktoren politischer Involvierung Items zur Verfügung – einzig die politische Informiertheit als Maß für das objektive Wissen eines Bürgers über das politische System kann nicht erfasst werden. Zur Erhebung des politischen Interesses wurden die Befragten gebeten, anhand einer vierstufigen Skala, die von „überhaupt nicht interessiert“ bis „sehr interessiert“ reicht, ihr Interesse an Politik einzuschätzen.⁹⁹ Als problematisch ist zu bewerten, dass es sich hierbei um eine subjektive Selbsteinschätzung der Befragten handelt, die möglicherweise stark von einer sozialen Erwünschtheit verzerrt ist. Ein weiteres Problem stellt die Unschärfe des Begriffs ‚Politik‘ dar, mit dem die Befragten sehr unterschiedliche Vorstellungen assoziieren, sodass die Vergleichbarkeit der Antworten möglicherweise stark eingeschränkt ist (Neller 2002: 491).

Zur Erhebung der Parteiidentifikation wurden die Befragten gebeten, anzugeben, ob sie sich mit einer bestimmten Partei stärker identifizieren als mit anderen. Hierbei handelt es sich um eine dichotome Variable.

Die subjektive politische Kompetenz wird auf Grundlage von zwei Items¹⁰⁰ erhoben: Erstens wurden die Befragten gebeten, auf einer fünfstufigen Skala zu schätzen, wie oft ihnen Politik so kompliziert erscheint, dass sie gar nicht richtig verstehen, worum es geht. Die Skala reicht von „häufig“ bis „nie“. Zweitens wurden die Befragten gebeten, auf einer fünfstufigen Skala einzuschätzen, wie schwer oder leicht es ihnen fällt, sich über politische Themen eine Meinung zu bilden. Diese Skala reicht von „sehr schwer“ bis „leicht“. Diese beiden Variablen wurden in einem fünfstufigen Index zusammengefasst.

produziert jedoch künstliche Ergebnisse, da in Familien mit zwei zugewanderten Elternteilen häufig die Herkunftssprache gesprochen wird, obwohl diese auch die deutsche Sprache beherrschen. Letztlich ist die Art der Messung jedoch als nachrangig zu bewerten, da sich zwischen den beiden Messvarianten keine signifikanten Unterschiede in den empirischen Ergebnissen gezeigt haben.

⁹⁸ Verba, Schlozman und Brady (1995: 561-562) verwenden daher zusätzlich einen Vokabeltest, der zehn Wörter umfasst und die Qualität der Sprachkenntnisse abbilden soll. Ein solches Item steht im *ESS* nicht zur Verfügung.

⁹⁹ Als alternative Methode zur Erhebung des politischen Interesses wird in der Literatur die Messung der persönlichen Bedeutung von Politik im Vergleich zu anderen Lebensbereichen angeführt (Neller 2002: 490-491; Niedermayer 2005: 20). Allerdings steht im *ESS* keine vergleichbare Variable zur Verfügung.

¹⁰⁰ Im *ESS* steht eine weitere Frage zur Erhebung der subjektiven politischen Kompetenz zur Verfügung: Es wurde gefragt, ob eine Person glaubt, in einer Gruppe, die sich mit politischen Themen beschäftigt, eine aktive Rolle übernehmen zu können. Diese Frage wurde jedoch nicht durchgängig in allen vier Befragungswellen gestellt und kann daher nicht verwendet werden.

Rekrutierung

Zur Erhebung der politischen Rekrutierung wurden die Befragten gebeten, anzugeben, ob sie in den vergangenen zwölf Monaten in einer Organisation oder einem Verein mitgearbeitet haben. Hierbei handelt es sich um eine dichotome Variable. Diese Variable erweist sich insofern als problematisch, als dass sie nicht erfasst, in welcher Intensität die Befragten sozial eingebunden sind. Entsprechend gelten Personen, die sporadisch an Vereinssitzungen teilnehmen, als gleichermaßen sozial eingebunden wie Personen, die sich regelmäßig im Rahmen des Vereinsvorstands engagieren. Ein weiteres Problem besteht darin, dass keine näheren Informationen über die Ziele und Aktivitäten der jeweiligen Organisation vorliegen. Dies stellt im Kontext der vorliegenden Arbeit in zweierlei Hinsicht ein ernstzunehmendes Problem dar: Erstens wird erwartet, dass Organisationen wie beispielsweise Menschenrechtsvereinen, die politische Ziele verfolgen, ihre Mitglieder in höherem Maße zu einer politischen Partizipation mobilisieren, als dies bei nicht-politischen Organisationen wie beispielsweise Sportvereinen der Fall ist. Zweitens stellt sich im Kontext der vorliegenden Arbeit die Frage, ob auch ethnisch ausgerichtete Organisationen – etwa religiöse Gruppierungen oder Kulturvereine – die politische Partizipation ihrer Mitglieder fördern oder ob diese nicht vielmehr im Sinne eines *bonding social capitals*¹⁰¹ eine ethnische Segmentation ihrer Mitglieder begünstigen und somit ihre politische Partizipation schwächen (Diehl 2004: 242; 2005b: 300; Fijalkowski 2004: 206).

Kontrollvariablen

Da erwartet wird, dass auch das Geschlecht (weiblich: 0, männlich: 1) einer Person Einfluss auf ihre Partizipationswahrscheinlichkeit besitzt, wird dieses als Kontrollvariable in die folgende Analyse einbezogen. Bisherige Forschungsbefunde deuten darauf hin, dass sich Frauen in geringerem Maße politisch beteiligen als Männer (Burns/Schlozman/Verba 2001: 7-8; Schlozman/Burns/Verba 1994: 965; Verba/Burns/Schlozman 1997: 1051-1052; Verba/Schlozman/Brady 1995: 254-256; Westle 2001: 131).¹⁰²

¹⁰¹ Soziales Kapital, das durch enge Beziehungen in exklusiven Gemeinschaften (*bonding social capital*) wie Familien oder Sekten gebildet wird, wird als nicht demokratieförderlich bewertet. Im Unterschied hierzu wird erwartet, dass soziales Kapital, das in heterogenen, offenen, freiwilligen und inklusiven Assoziationen (*bridging social capital*) gebildet wird, eine demokratieförderliche Wirkung entfaltet (Putnam 2000: 22-24; Roth 2004: 46-48).

¹⁰² Für ein niedrigeres Partizipationsniveau von Frauen werden in der Literatur folgende Erklärungen angeführt: 1) Frauen seien durch das traditionelle patriarchale Erziehungsbild in die Rolle einer unpolitischen Hausfrau und Mutter sozialisiert, 2) Frauen seien so stark in Haushalts- und Familienangelegenheiten eingebunden, dass ihnen die Zeit und Energie zur politischen Partizipation fehle, 3) Frauen fehlten aufgrund ihres geringeren Bildungs- und Ausbildungsniveaus die nötigen partizipationsrelevanten Ressourcen, 4) da Politik

Schließlich soll auch das Alter in der folgenden Analyse kontrolliert werden, da zwischen dem Alter einer Person und dem Ausmaß ihrer politischen Partizipation ein umgekehrter u-förmiger Zusammenhang vermutet wird (Goerres 2009: 14; Kleinhenz 1995: 27; Milbrath/Goel 1977: 115; Nie/Verba/Kim 1974: 326; Norris 2002: 89-90; Parry/Moyser/Day 1992: 153).¹⁰³ Das Alter steht in Form einer metrischen Variablen zur Verfügung.

8. Die politische Integration der zweiten Migrantengeneration in Deutschland – eine empirische Analyse der politischen Partizipation

Wie ein Blick auf die Annahmen der Integrationsforschung gezeigt hat, konnte bislang kein Konsens hinsichtlich des politischen Integrationsstands der zweiten Generation gefunden werden. Diese divergierenden Annahmen resultieren aus einem äußerst defizitären Forschungsstand, wie er in Kapitel 5 skizziert wurde. Diese Forschungslücke soll mit der folgenden empirischen Analyse geschlossen werden. Hierzu werden die vier Kriterien politischer Integration nacheinander überprüft, die in Form konkurrierender Forschungshypothesen Eingang in die empirische Analyse finden.

8.1 Unterschiede im Partizipationsniveau zwischen der zweiten Migrantengeneration und Deutschen ohne Migrationshintergrund

In Anlehnung an das erste Kriterium politischer Integration soll überprüft werden, ob sich die zweite Generation und die Untersuchungsgruppe ohne Migrationshintergrund in ihrem Partizipationsniveau signifikant voneinander unterscheiden. Hierzu wird im ersten Schritt der Analyse ein binärer Partizipationsindex¹⁰⁴ gebildet, in den alle sechs untersuchungsrelevanten Partizipationsformen einfließen. Gab eine Person an, sich an mindestens einer der sechs genannten Partizipationsformen beteiligt zu haben, gilt sie als politisch aktiv. Andernfalls gilt sie als politisch inaktiv. Da ausländische Personen nicht wahlberechtigt sind, fließt die Wahl nicht in den binären Partizipationsindex der ausländischen Untersuchungsgruppe ein.

noch immer eine Männerdomäne sei, beständen strukturelle Zugangsbarrieren für Frauen in die Politik (Burns/Schlozman/Verba 2001: 7-8; Hoecker 1995: 24-25; Meyer 1992: 5-6; Schlozman/Burns/Verba 1994: 965; Westle 2001: 131-133).

¹⁰³ Neben diesem in der Partizipationsforschung dominierenden Lebenszyklusmodell existiert ein Generationenmodell (Goerres 2009: 8-12). Letzterem zufolge sind die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Alterskohorte und die hiermit verbundenen Sozialisationsumstände entscheidend für das Ausmaß der politischen Beteiligung.

¹⁰⁴ Ein binärer Partizipationsindex lässt sich in Anlehnung an Aldrich (1997: 421-423) insofern kritisieren, als dass er politische Partizipation trotz ihrer Heterogenität als homogenes Phänomen behandelt. Für die Überprüfung von H_1 , die sich auf das Gesamtniveau politischer Partizipation bezieht, ist es jedoch irrelevant, in welchem Ausmaß sich die Befragten an einzelnen Partizipationsformen beteiligt haben. Daher wird eine fälschliche Homogenisierung politischer Partizipation zugunsten einer vereinfachten Darstellung des Partizipationsniveaus in Kauf genommen.

Tabelle 3: Unterschiede im Partizipationsniveau (binärer Index)

	Deutsche ohne MH (n=8.934)	Zweite Generation (n=715)	Zweite Generation nach zugewanderten Elternteilen		Zweite Generation nach Staatsbürgerschaft	
			ein Elternteil (n=526)	zwei Elternteile (n=189)	deutsch (n=677)	ausländisch (n=71)
Partizipationsniveau (in Prozent)	88,6	88,3	88,8	86,8	89,1 ^{††}	34,7

Anmerkungen: N: Spalte 1+2=9.649, Spalte 1+3+4=9.649, Spalte 1+5+6=9.682;

* $p \leq 0.05$, ** $p \leq 0.01$, *** $p \leq 0.001$ im Vergleich zur Referenzgruppe Deutsche ohne MH;

[†] $p \leq 0.05$, ^{††} $p \leq 0.01$, ^{†††} $p \leq 0.001$ innerhalb der jeweiligen Subgruppe;

Daten gewichtet nach Untersuchungsdesign;

Quelle: ESS 1/2/3/4

Wie aus Tabelle 2 ersichtlich, stimmt das Partizipationsniveau der zweiten Generation, das bei 88,3 Prozent liegt, mit dem von Deutschen ohne Migrationshintergrund überein, deren Partizipationsniveau bei 88,6 Prozent liegt. Dieser erste empirische Befund deutet darauf hin, dass Angehörige der zweiten Generation, wie in H_{1a} angenommen, auf gleichem Niveau partizipieren wie Personen ohne Migrationshintergrund.

Differenziert man die zweite Generation in ihre Subgruppen, treten entgegen den Erwartungen ebenfalls keine signifikanten Unterschiede auf. Eine Ausnahme bildet allerdings die ausländische Personengruppe, die auf deutlich niedrigerem Niveau partizipiert als Deutsche ohne Migrationshintergrund. Überraschenderweise erweist sich diese hoch ausgeprägte Differenz von rund 53 Prozentpunkten jedoch als nicht signifikant. Dies steht vermutlich mit der geringen Fallzahl ausländischer Personen in Zusammenhang, die einen erheblichen Einfluss auf die Signifikanz der empirischen Befunde hat. Da diese Differenz sehr hoch ausgeprägt ist, zeichnet sich dennoch ein klarer Trend ab, wonach ausländische Personen der zweiten Generation auf deutlich niedrigerem Niveau partizipieren als die übrigen Untersuchungsgruppen.

Allerdings ist anzunehmen, dass der binäre Partizipationsindex in erster Linie von der Wahlbeteiligung dominiert wird, da diese aufgrund ihres geringen Aufwands und ihres Rufs als staatsbürgerliche Pflicht zu den meist genutzten Partizipationsformen in Deutschland zählt (siehe Kapitel 3.3).¹⁰⁵ Dieser hohe Niveauunterschied geht daher vermutlich auf den Umstand zurück, dass die ausländische Untersuchungsgruppe nicht wahlberechtigt ist, während das hohe Partizipationsniveau der übrigen Untersuchungsgruppen vor allem auf ihre Wahlbeteiligung zurückgeht.

¹⁰⁵ Diese Annahme bestätigt sich, wenn die Wahl nicht in den binären Partizipationsindex eingeschlossen wird. In diesem Fall liegen die Partizipationsquoten aller Untersuchungsgruppen deutlich niedriger (siehe Tabelle B1 im Anhang). Dennoch liegt auch unter Ausschluss der Wahl die Partizipationsquote der ausländischen Untersuchungsgruppe niedriger als die der übrigen Untersuchungsgruppen.

Da der binäre Partizipationsindex vermutlich von der Wahlbeteiligung dominiert wird, wird ergänzend ein additiver Partizipationsindex gebildet. Dieser erfasst für jeden Befragten die Summe der von ihm durchgeführten Beteiligungsakte, sodass sein Wertebereich von 0 bis 6 und für die ausländische Untersuchungsgruppe von 0 bis 5 reicht (Hansen 2009: 59).

Tabelle 4: Unterschiede im Partizipationsniveau (additiver Index) (Angaben in Prozent)

Anzahl der genannten Partizipationsformen	Deutsche ohne MH (n=9.097)	Zweite Generation (n=763)	Zweite Generation nach zugewanderten Elternteilen		Zweite Generation nach Staatsbürgerschaft	
			ein Elternteil (n=536)	zwei Elternteile (n=226)	deutsch (n=691)	ausländisch (n=72)
0	13	17,4	13,2 ^{†††}	27,4 ^{***}	12,9 ^{†††}	66,2 ^{***}
1	48,9	43,6	44,8	41,2	46,2	23,9
2	24,2	23,5	24,3	21,7	24,2	8,5
3	9,4	9,2	10,6	5,3	10,1	1,4
4	3,2	4,1	4,5	3,1	4,3	0
5	1	1,7	1,9	1,3	1,9	0
6	0,3	0,5	0,7	0	0,4	–

Anmerkungen: N: Spalte 1+2=9.860, Spalte 1+3+4=9.859, Spalte 1+5+6=9.860;

*p≤0.05, **p≤0.01, ***p≤0.001 im Vergleich zur Referenzgruppe Deutsche ohne MH;

†p≤0.05, ††p≤0.01, †††p≤0.001 innerhalb der jeweiligen Subgruppe;

Daten gewichtet nach Untersuchungsdesign;

Quelle: ESS 1/2/3/4

Wie Tabelle 3 zeigt, gab sowohl unter Deutschen ohne Migrationshintergrund als auch unter Personen der zweiten Generation rund die Hälfte der Befragten mit 48,9 bzw. 43,6 Prozent an, sich nur an einer der sechs genannten Partizipationsformen beteiligt zu haben. Während ein noch relativ hoher Anteil der Befragten mit 24,2 bzw. 23,5 Prozent angab, zumindest zwei Partizipationsformen genutzt zu haben, hat sich lediglich eine kleine Minderheit an drei oder mehr Partizipationsformen beteiligt. In beiden Untersuchungsgruppen gab ein Sechstel der Befragten sogar an, politisch völlig inaktiv zu sein. Ein Vergleich zwischen den beiden Untersuchungsgruppen zeigt, dass Deutsche ohne Migrationshintergrund und Angehörige der zweiten Generation auf ähnlichem Niveau partizipieren. Die Differenzen zwischen den beiden Untersuchungsgruppen sind relativ gering ausgeprägt und erweisen sich daher auch als nicht signifikant. Auch im Hinblick auf den additiven Partizipationsindex lässt sich somit konstatieren, dass Personen der zweiten Generation, wie in H_{1a} angenommen, auf gleichem Niveau partizipieren wie Deutsche ohne Migrationshintergrund.

Richtet man den Blick allerdings auf die Untersuchungsgruppe mit zwei zugewanderten Elternteilen, stellt man im Unterschied zum binären Partizipationsindex fest, dass diese auf niedrigerem Niveau partizipiert. So sind in dieser Untersuchungsgruppe mit einer Differenz von 14,4 bzw. 14,2 Prozentpunkten deutlich mehr Personen politisch inaktiv, als dies unter

Deutschen ohne Migrationshintergrund bzw. unter Personen mit nur einem zugewanderten Elternteil der Fall ist – diese Differenzen erweisen sich als hochsignifikant.

Ausländische Personen der zweiten Generation partizipieren in deutlich geringerem Ausmaß am politischen Entscheidungsprozess als Deutsche ohne Migrationshintergrund. Im Unterschied zum binären Partizipationsindex erweisen sich die Niveaudifferenzen zwischen den beiden Untersuchungsgruppen als hochsignifikant. Der additive Partizipationsindex zeigt zudem, dass diese Niveauunterschiede nicht nur im Hinblick auf eine genutzte Partizipationsform bestehen, wie sie möglicherweise durch die Wahlbeteiligung verursacht werden. Stattdessen gaben unter den ausländischen Befragten auch deutlich weniger Personen an, zwei oder mehr Partizipationsformen genutzt zu haben, als dies auf Deutsche ohne Migrationshintergrund zutrifft. Folglich weisen ausländische Personen über die Wahlbeteiligung hinaus ein geringeres Partizipationsniveau auf als Deutsche ohne Migrationshintergrund. Dies bestätigt sich auch, wenn man die Wahlbeteiligung für alle Untersuchungsgruppen aus dem binären Partizipationsindex ausschließt. Die Unterschiede im Partizipationsniveau zwischen der ausländischen Personengruppe und den übrigen Untersuchungsgruppen bleiben auch in diesem Fall bestehen (siehe Tabelle B1 im Anhang). Eine mögliche Erklärung hierfür ist, dass Wählen als einfachste und grundsätzlichste Partizipationsform häufig als Einstieg in eine politische Beteiligung dient. Ein fehlendes Wahlrecht ausländischer Personen führt möglicherweise dazu, dass sich diese Personengruppe auch an den übrigen Partizipationsformen in geringerem Maße beteiligt. Zudem fühlen sich Personen, die nicht wahlberechtigt sind, möglicherweise nicht als vollwertige Bürger anerkannt. Dieses Gefühl einer fehlenden Anerkennung kann zu einer Abwendung vom politischen System führen, die in einer geringeren Beteiligung am politischen Entscheidungsprozess Ausdruck findet.

Abschließend kann resümiert werden, dass zwischen dem Partizipationsniveau der zweiten Generation und Personen ohne Migrationshintergrund, wie in H_{1a} angenommen, keine signifikanten Unterschiede bestehen. Eine Ausnahme stellt jedoch die Personengruppe mit zwei zugewanderten Elternteilen und die ausländische Subgruppe der zweiten Generation dar: Während erstere auf etwas niedrigerem Niveau partizipiert, beteiligt sich letztere, wie in H_{1b} angenommen, auf deutlich niedrigerem Niveau politisch.

8.2 Unterschiede in der Partizipationsstruktur zwischen der zweiten Migrantengeneration und Deutschen ohne Migrationshintergrund

In Anlehnung an das zweite Kriterium politischer Integration soll im nächsten Schritt überprüft werden, ob sich die zweite Generation und die Untersuchungsgruppe ohne Migrationshintergrund in ihrer Partizipationsstruktur signifikant unterscheiden. Zu diesem Zweck werden verfasste und unverfasste Partizipationsformen gesondert voneinander untersucht.¹⁰⁶ Vor dem Hintergrund theoretischer Vorüberlegungen nimmt die Wahlbeteiligung jedoch eine Sonderstellung ein (siehe Kapitel 3.3). Daher erscheint es nicht sinnvoll, diese mit der zweiten verfassten Partizipationsform – der Mitarbeit in politischen Parteien – in einem gemeinsamen Partizipationsindex zusammenzufassen.¹⁰⁷ Stattdessen werden die Beteiligungsquoten für die beiden verfassten Partizipationsformen separat ausgewiesen. Die vier unverfassten Partizipationsformen werden dagegen in einem gemeinsamen Partizipationsindex zusammengefasst. Zwar kann auch hier der Einwand hervorgebracht werden, dass diese in ihrer Nutzungshäufigkeit, ihrem zeitlichen Aufwand und ihrem Informationsgehalt variieren. Allerdings ist nicht anzunehmen, dass sich die vier unverfassten Partizipationsformen in ihren grundlegenden Erklärungszusammenhängen unterscheiden (Hansen 2009: 58). Der unverfasste Partizipationsindex ist dichotom in eine politische Aktivität sowie eine politische Inaktivität kodiert. Er erfasst, ob sich ein Befragter an mindestens einer der vier genannten unverfassten Partizipationsformen beteiligt hat oder nicht.¹⁰⁸

Tabelle 5: Unterschiede in der Partizipationsstruktur (in Prozent)

	Deutsche ohne MH	Zweite Generation	Zweite Generation nach zugewanderten Elternteilen		Zweite Generation nach Staatsbürgerschaft	
			ein Elternteil	zwei Elternteile	deutsch	ausländisch
Wählen	84,7	81,2*	82,9	76,3*	82,7	–
Mitarbeit in Partei	3,9	4,7	5,2	4	5,2 ^{†††}	0 ^{***}
Unverfasster Index	41,2	46,2**	47,8**	42,7	47,4**	34,7

Anmerkungen: N_{Wahlbeteiligung}: Spalte 1+2=9.520, Spalte 1+3+4=9.521, Spalte 1+5+6=9.519;

N_{Mitarbeit in Partei}: Spalte 1+2=9.857, Spalte 1+3+4=9.859, Spalte 1+5+6=9.849;

N_{Unverfasster Index}: Spalte 1+2=9.837, Spalte 1+3+4=9.838, Spalte 1+5+6=9.829;

*p≤0.05, **p≤0.01, ***p≤0.001 im Vergleich zur Referenzgruppe Deutsche ohne MH;

[†]p≤0.05, ^{††}p≤0.01, ^{†††}p≤0.001 innerhalb der jeweiligen Subgruppe;

Daten gewichtet nach Untersuchungsdesign;

Quelle: ESS 1/2/3/4

¹⁰⁶ Nachdem sich die Legalitäts-, Legitimitäts- und Konventionalitätsdimensionen in Kapitel 3.2 als ungeeignet erwiesen haben, wird lediglich die Verfasstheit als Strukturierungskriterium herangezogen.

¹⁰⁷ In Vorberechnungen hat sich zudem gezeigt, dass der verfasste Index nahezu deckungsgleich mit den Beteiligungsquoten der Wahlbeteiligung ist. Dieser Befund deutet darauf hin, dass Wählen von einer Mehrheit der Bürger ausgeübt wird und den verfassten Partizipationsindex daher deutlich dominiert. Der verfasste Partizipationsindex wird in Tabelle B2 im Anhang ausgewiesen.

¹⁰⁸ Die unverfassten Partizipationsformen werden in Tabelle B2 im Anhang separat ausgewiesen.

Wie aus Tabelle 4 ersichtlich, sind Bundestagswahlen mit einer durchschnittlichen Beteiligungsquote von über 80 Prozent die am häufigsten genutzte Partizipationsform in Deutschland.¹⁰⁹ Die zweite Generation beteiligt sich hieran mit einer Differenz von 3,5 Prozentpunkten allerdings in etwas geringerem Maße, als dies unter Deutschen ohne Migrationshintergrund der Fall ist.

Personen der zweiten Generation mit nur einem zugewanderten Elternteil beteiligen sich in einem vergleichbaren Ausmaß an Bundestagswahlen wie Deutsche ohne Migrationshintergrund – die äußerst geringe Differenz von 1,8 Prozentpunkten zwischen den beiden Untersuchungsgruppen erweist sich als nicht signifikant. Im Vergleich hierzu liegt die Wahlbeteiligung von Personen mit zwei zugewanderten Elternteilen deutlich niedriger: Während lediglich 76,3 Prozent der Personen mit zwei zugewanderten Elternteilen angaben, bei der letzten Bundestagswahl gewählt zu haben, liegt dieser Anteil unter Personen ohne Migrationshintergrund bei immerhin 84,7 Prozent – diese hoch ausgeprägte Differenz von 8,4 Prozentpunkten erweist sich dementsprechend auch als signifikant.

Wie erwartet, beteiligen sich Personen der zweiten Generation mit einer deutschen Staatsbürgerschaft in vergleichbarem Ausmaß an Bundestagswahlen wie Deutsche ohne Migrationshintergrund. Die geringe Differenz von nur zwei Prozentpunkten erweist sich als nicht signifikant. Die Wahlbeteiligungsquote ausländischer Personen kann an dieser Stelle nicht ausgewiesen werden, da diese Personengruppe nicht wahlberechtigt ist.

Richtet man den Blick auf die zweite verfasste Partizipationsform – die Mitarbeit in politischen Parteien –, stellt man zunächst fest, dass hieran insgesamt deutlich weniger Personen partizipieren als im Falle von Bundestagswahlen. Dies ist mit dem hohen zeitlichen Aufwand zu erklären, der mit einem parteilichen Engagement einhergeht. Im Vergleich hierzu fällt der zeitliche Aufwand einer Wahlbeteiligung relativ gering aus: Die Stimmabgabe erfolgt in festen zeitlichen Abständen und dauert nur sehr kurz an (Hansen 2009: 12-13).

Wie aus Tabelle 4 ersichtlich, engagieren sich Personen der zweiten Generation in weitgehend gleichem Ausmaß in politischen Parteien wie Personen ohne Migrationshintergrund – die geringe Differenz von nur 0,8 Prozentpunkten erweist sich als nicht signifikant. Entge-

¹⁰⁹ Allerdings wurde festgestellt, dass die tatsächliche Wahlbeteiligung im Jahr 2005 bei 77,8 Prozent und im Jahr 2009 bei sogar nur 70,8 Prozent lag (Forschungsgruppe Wahlen e.V. 2009: 1). Vor diesem Hintergrund scheint die berichtete Wahlbeteiligung im *ESS* nach oben hin leicht verzerrt zu sein. Eine Erklärung für diese Verzerrung ist, dass Befragte dazu neigen, sozial erwünscht zu antworten. Da Wählen von vielen Bürgern als ihre staatsbürgerliche Pflicht wahrgenommen wird, geben sie häufiger an, gewählt zu haben, als dies real zutrifft (de Nève 2009: 27-29).

gen den Erwartungen arbeiten auch Personen mit zwei zugewanderten Elternteilen in vergleichbarem Ausmaß in Parteien mit wie Personen ohne Migrationshintergrund.

Deutliche Differenzen kristallisieren sich allerdings heraus, wenn die zweite Generation nach ihrer Staatsbürgerschaft unterschieden wird. Ausländische Personen gaben deutlich seltener an, in einer Partei mitgearbeitet zu haben, als dies unter deutschen Personen der zweiten Generation und Deutschen ohne Migrationshintergrund der Fall ist. Wie die empirischen Befunde zeigen, gab kein einziger ausländischer Befragter an, sich in den vergangenen zwölf Monaten in einer Partei engagiert zu haben. Eine mögliche Erklärung hierfür ist, dass die Mitgliedschaft in einigen Parteien, die einer aktiven Mitarbeit in der Regel vorausgeht, für Ausländer an bestimmte Bedingungen geknüpft ist – diese wirken möglicherweise abschreckend.¹¹⁰ Zudem spielt die Staatsbürgerschaft eine entscheidende Rolle für die parteiliche Rekrutierungsarbeit. Da ausschließlich deutsche Staatsbürger in vollem Umfang wahlberechtigt sind, richtet sich die parteiliche Rekrutierungsarbeit möglicherweise in erster Linie an Bürger mit einer deutschen Staatsbürgerschaft.

Ein Blick auf den unverfassten Partizipationsindex zeigt, dass Angehörige der zweiten Generation, wie in H_{2b} angenommen, mit einer hochsignifikanten Differenz von fünf Prozentpunkten etwas häufiger unverfasste Partizipationsformen nutzen, als dies auf Deutsche ohne Migrationshintergrund zutrifft. Die Annahme, dass Personen mit zwei zugewanderten Elternteilen stärker unverfasste Partizipationsformen nutzen als Personen mit nur einem zugewanderten Elternteil, bestätigt sich allerdings nicht. Im Gegenteil beteiligen sich Personen mit nur einem zugewanderten Elternteil mit einer hochsignifikanten Differenz von 6,6 bzw. 5,1 Prozentpunkten sogar deutlich häufiger an unverfassten Partizipationsformen, als dies auf Personen ohne Migrationshintergrund bzw. auf Personen mit zwei zugewanderten Elternteilen zutrifft. Dieser empirische Befund deutet darauf hin, dass die in H_2 formulierte Annahme, unverfasste Partizipationsformen bildeten eine implizite Distanz zur deutschen Gesellschaft und ihren staatlichen Institutionen ab, nicht zutrifft.¹¹¹ Stattdessen sind

¹¹⁰ Während Ausländer nach geltender Rechtslage keine eigene Partei gründen dürfen – eine Ausnahme sind anerkannte Minderheiten wie die Dänen in Schleswig-Holstein –, entscheiden Parteien nach § 10 des Parteiengesetzes eigenständig darüber, welche Personen ihnen beitreten können (Wiedemann 2006: 274-275). Während in der SPD und bei den Grünen Ausländer ohne Vorbehalt eine Parteimitgliedschaft beantragen können, formulieren CDU und FDP bestimmte Bedingungen: In der CDU können Personen, die Staatsbürger eines EU-Mitgliedsstaates sind und in Deutschland wohnen, CDU-Mitglied werden. Wer keine EU-Staatsangehörigkeit besitzt, kann zunächst als Gast in der Partei mitarbeiten. Er kann in die Partei aufgenommen werden, wenn er nachweisbar seit mindestens drei Jahren ununterbrochen in Deutschland lebt. In der FDP werden ausländische Personen nur dann als Parteimitglied akzeptiert, wenn sie sich seit zwei Jahren rechtmäßig in Deutschland aufhalten.

¹¹¹ Zudem können die untersuchten unverfassten Partizipationsformen teilweise auch eine Bindung an verfasste Institutionen abbilden: So können Personen beispielsweise Abzeichen einer Partei tragen.

Personen, die sich an verfassten Partizipationsformen beteiligen, stärker politisch involviert und nutzen daher auch in höherem Maße unverfasste Partizipationsformen. Verfasste und unverfasste Partizipationsformen stehen folglich in keinem Konkurrenzverhältnis zueinander, sondern ergänzen sich gegenseitig.

Auch die zweite Annahme, wonach ausländische Personen der zweiten Generation stärker unverfasste Partizipationsformen nutzen als Personen mit einer deutschen Staatsbürgerschaft, bestätigt sich daher nicht. Im Gegenteil nutzen Personen mit einer deutschen Staatsbürgerschaft, die sich in höherem Maße an verfassten Partizipationsformen beteiligen, auch deutlich häufiger unverfasste Beteiligungsformen, als dies unter ausländischen Personen der Fall ist. Überraschenderweise erweist sich die hoch ausgeprägte Differenz von 12,7 Prozentpunkten zwischen den beiden Untersuchungsgruppen jedoch als nicht signifikant. Dies steht vermutlich erneut mit der geringen Fallanzahl ausländischer Befragter in Zusammenhang.

Abschließend kann resümiert werden, dass Personen der zweiten Generation, wie in H_{2b} angenommen, insgesamt etwas häufiger unverfasste anstelle von verfassten Partizipationsformen nutzen als Deutsche ohne Migrationshintergrund. Einschränkend muss allerdings darauf hingewiesen werden, dass sich die Annahme, die zweite Generation beteilige sich in geringerem Maße an verfassten Partizipationsformen, ausschließlich im Hinblick auf die Wahlbeteiligung bestätigt. Dagegen gaben Angehörige der zweiten Generation in vergleichbarem Ausmaß wie Deutsche ohne Migrationshintergrund an, in einer Partei mitgearbeitet zu haben. Aufgrund dieses nicht eindeutigen Befundes kann in Bezug auf die Partizipationsstruktur kein abschließendes Urteil getroffen werden. Zudem steht dieser empirische Befund nicht zwangsläufig mit einer Segmentationstendenz, wie sie in H_{2b} angenommen wird, in Zusammenhang. Eine alternative Erklärung ist, dass Angehörige der zweiten Generation, wie sich in Kapitel 8.3 zeigen wird, durchschnittlich deutlich jünger sind als die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Jüngere Personen nutzen in höherem Maße unverfasste Partizipationsformen (Gaiser/Gille/de Rijke 2006: 222-225). Einschränkend muss außerdem darauf hingewiesen werden, dass sich die in H_2 formulierte Annahme, die unverfassten Partizipationsformen bildeten eine implizite Distanz zur deutschen Gesellschaft ab, nicht bestätigt. Stattdessen nutzen Personen, die politisch involviert sind und sich daher an verfassten Partizipationsformen beteiligen, auch stärker unverfasste Partizipationsformen. Folglich stehen verfasste und unverfasste Partizipationsformen in keinem Konkurrenzverhältnis zueinander, sondern ergänzen sich gegenseitig.

8.3 Unterschiede in der Ausstattung mit partizipationsrelevanten Ressourcen zwischen der zweiten Migrantengeneration und Deutschen ohne Migrationshintergrund

In Anlehnung an das dritte Kriterium politischer Integration soll im folgenden Abschnitt überprüft werden, ob sich die zweite Generation und die Personengruppe ohne Migrationshintergrund in ihrer Ausstattung mit partizipationsrelevanten Ressourcen, wie sie im *CVM* angeführt werden, signifikant unterscheiden. Die Ressourcenausstattung einer Person wird mithilfe des ihr zur Verfügung stehenden Nettohaushaltseinkommens und ihrem Ausmaß an *Civic Skills* erfasst. Das Ausmaß an *Civic Skills* wird in Anlehnung an Verba, Schlozman und Brady (1995: 305-307) auf Grundlage des formalen Bildungsgrads und der Deutschkenntnisse eines Befragten erhoben.

Tabelle 6: Mittelwertvergleich des Nettohaushaltseinkommens

	Deutsche ohne MH (n=5.360)	Zweite Generation (n=448)	Zweite Generation nach zugewanderten Elternteilen		Zweite Generation nach Staatsbürgerschaft	
			ein Elternteil (n=305)	zwei Elternteile (n=143)	deutsch (n=404)	ausländisch (n=44)
Nettohaushaltseinkommen 12 Stufen (1=weniger als 150 €/Monat; 12=mehr als 10.000 €/Monat)	6,88	6,82	6,78	6,93	6,86	6,51

Anmerkungen: N: Spalte 1+2=5.808, Spalte 1+3+4=5.808, Spalte 1+5+6=5.808;

*p<0.05, **p<0.01, ***p<0.001 im Vergleich zur Referenzgruppe Deutsche ohne MH;

†p<0.05, ††p<0.01, †††p<0.001 innerhalb der jeweiligen Subgruppe;

Daten gewichtet nach Untersuchungsdesign;

Quelle: ESS 1/2/3/4

Wie aus Tabelle 5 ersichtlich, unterscheiden sich die zweite Generation und die Bevölkerungsgruppe ohne Migrationshintergrund in ihrem durchschnittlichen Nettohaushaltseinkommen nicht signifikant voneinander.¹¹² Beide Untersuchungsgruppen beziehen ein durchschnittliches Nettohaushaltseinkommen von 2.000 bis 2.500 Euro pro Monat. Eine Ausnahme bildet die ausländische Untersuchungsgruppe, die über ein etwas geringeres Einkommensniveau verfügt. Die Differenz erweist sich jedoch als nicht signifikant – dies steht vermutlich mit der geringen Fallzahl dieser Untersuchungsgruppe in Zusammenhang.

¹¹² Diese Variable ist ordinalskaliert. Allerdings sind die Differenzen zwischen ihren einzelnen Ausprägungsgraden nicht äquidistant, sodass ein Mittelwertvergleich problematisch ist. In Vorberechnungen konnten durch einen Vergleich der Einkommensverteilung zwischen den Untersuchungsgruppen jedoch keine signifikanten Unterschiede festgestellt werden, sodass eine vereinfachte Darstellung der Einkommensverteilung als Mittelwertvergleich bevorzugt wird.

Tabelle 7: Verteilung des formalen Bildungsgrads (in Prozent)

	Deutsche ohne MH (n=9.082)	Zweite Generation (n=762)	Zweite Generation nach zugewanderten Elternteilen		Zweite Generation nach Staatsbürgerschaft	
			ein Elternteil (n=536)	zwei Elternteile (n=226)	deutsch (n=690)	ausländisch (n=72)
Ohne Abschluss	1,2	1,2	1,1 ^{†††}	0,9 ^{***}	0,9 ^{††}	4,1 ^{***}
Hauptschulabschluss	10	13	9,3	21,6	11,4	27,4
Realschulabschluss	55,8	53,1	54,8	49,3	54,2	42,5
Fachhochschulreife	6,9	8,4	7,3	11	7,7	15,1
Abitur	26,1	24,3	27,5	17,2	25,8	11

Anmerkungen: N: Spalte 1+2=9.844, Spalte 1+3+4=5.844, Spalte 1+5+6=9.844;

*p<0.05, **p<0.01, ***p<0.001 im Vergleich zur Referenzgruppe Deutsche ohne MH;

†p<0.05, ††p<0.01, †††p<0.001 innerhalb der jeweiligen Subgruppe;

Daten gewichtet nach Untersuchungsdesign;

Quelle: ESS 1/2/3/4

Wie Tabelle 6 zeigt, besitzen Angehörige der zweiten Generation über vergleichbare formale Bildungsabschlüsse wie Deutsche ohne Migrationshintergrund – die Differenzen zwischen diesen beiden Untersuchungsgruppen erweisen sich dementsprechend auch als nicht signifikant. Auch Personen mit nur einem zugewanderten Elternteil besitzen vergleichbare Bildungsabschlüsse wie Deutsche ohne Migrationshintergrund. Deutliche Differenzen kristallisieren sich allerdings heraus, wenn man den Blick auf die Personengruppe mit zwei zugewanderten Elternteilen richtet: Diese ist im Vergleich zu Deutschen ohne Migrationshintergrund mit einer Differenz von 11,6 Prozentpunkten an Hauptschulen deutlich überrepräsentiert und besitzt deutlich seltener Abitur. Eine mögliche Erklärung hierfür ist, dass Migrantenfamilien über eine durchschnittlich geringere Humankapitalausstattung verfügen als deutsche oder halb-deutsche Familien (Diefenbach 2010: 230; Seifert 2007: 18-19). Eine geringere Humankapitalausstattung von Migrantenfamilien wirkt sich negativ auf den Bildungserfolg ihrer Nachkommen aus.

Unterscheidet man die zweite Generation nach ihrer Staatsbürgerschaft, kristallisieren sich sogar noch deutlichere Differenzen heraus: Während deutsche Personen der zweiten Generation einen vergleichbaren formalen Bildungsgrad aufweisen wie Deutsche ohne Migrationshintergrund, sind ausländische Personen deutlich häufiger ohne Abschluss oder besitzen lediglich einen Hauptschulabschluss. Mit einer Differenz von 15,1 Prozentpunkten haben ausländische Personen auch deutlich seltener Abitur als Deutsche ohne Migrationshintergrund.

Tabelle 8: Verteilung der Deutschkenntnis (in Prozent)

	Deutsche ohne MH (n=9.097)	Zweite Generation (n=765)	Zweite Generation nach zugewanderten Elternteilen		Zweite Generation nach Staatsbürgerschaft	
			ein Elternteil (n=538)	zwei Elternteile (n=226)	deutsch (n=692)	ausländisch (n=72)
Deutschkenntnis	100	98,4	98,3	98,2	98,4	98,6

Anmerkungen: N: Spalte 1+2=9.862, Spalte 1+3+4=9.861, Spalte 1+5+6=9.853;

*p≤0.05, **p≤0.01, ***p≤0.001 im Vergleich zur Referenzgruppe Deutsche ohne MH;

†p≤0.05, ††p≤0.01, †††p≤0.001 innerhalb der jeweiligen Subgruppe;

Daten gewichtet nach Untersuchungsdesign;

Quelle: ESS 1/2/3/4

Wie Tabelle 7 zeigt, lassen sich im Hinblick auf die Deutschkenntnisse keine signifikanten Unterschiede zwischen den einzelnen Untersuchungsgruppen feststellen. Nahezu alle Befragten gaben an, zu Hause Deutsch als häufigste oder zweithäufigste Sprache zu sprechen. Möglicherweise geht dieser Befund auf eine Positivselektion bei der Stichprobenziehung zurück: Personen, die über gute Deutschkenntnisse verfügen, erklären sich mit höherer Wahrscheinlichkeit bereit, an Befragungen teilzunehmen als Personen mit eingeschränkten Deutschkenntnissen.¹¹³

Den zweiten Variablenkomplex des CVMs bildet die politische Involvierung. Dieser Variablenkomplex umfasst das politische Interesse, die Parteiidentifikation, die subjektive politische Kompetenz sowie die politische Informiertheit. Im ESS stehen beinahe zu allen Dimensionen der politischen Involvierung Variablen zur Verfügung – einzig die politische Informiertheit als Maß für das objektive Wissen eines Bürgers über das politische System kann nicht abgebildet werden.

Tabelle 9: Mittelwertvergleich des politischen Interesses

	Deutsche ohne MH (n=9.087)	Zweite Generation (n=763)	Zweite Generation nach zugewanderten Elternteilen		Zweite Generation nach Staatsbürgerschaft	
			ein Elternteil (n=538)	zwei Elternteile (n=225)	deutsch (n=691)	ausländisch (n=72)
Politisches Interesse (1=gering; 4=hoch)	2,74	2,75	2,81 ^{††}	2,59*	2,78 ^{††}	2,41**

Anmerkungen: N: Spalte 1+2=9.850, Spalte 1+3+4=9.850, Spalte 1+5+6=9.850;

*p≤0.05, **p≤0.01, ***p≤0.001 im Vergleich zur Referenzgruppe Deutsche ohne MH;

†p≤0.05, ††p≤0.01, †††p≤0.001 innerhalb der jeweiligen Subgruppe;

Daten gewichtet nach Untersuchungsdesign;

Quelle: ESS 1/2/3/4

Wie aus Tabelle 8 ersichtlich, schätzen Angehörige der zweiten Generation ihr politisches Interesse mit einem Mittelwert von 2,75 vergleichbar hoch ein wie Deutsche ohne Migrationshintergrund. Auch Personen mit nur einem zugewanderten Elternteil weisen mit einem

¹¹³ Im Rahmen der deutschen Teilstudie des ESS wurden die Fragebögen nicht in die Landessprachen der in Deutschland dominierenden Migrantengruppen übersetzt. Daher erscheint es naheliegend, dass sich Personen mit schlechten Deutschkenntnissen nicht an der Befragung beteiligt haben.

Mittelwert von 2,81 ein ähnlich hohes Interesse an Politik auf wie Deutsche ohne Migrationshintergrund. Im Unterschied hierzu bekunden Personen mit zwei zugewanderten Elternteilen mit einer Differenz von 0,15 ein etwas geringeres politisches Interesse. Auch Personen der zweiten Generation mit einer deutschen Staatsbürgerschaft schätzen ihr politisches Interesse mit einem Mittelwert von 2,78 ähnlich hoch ein wie Deutsche ohne Migrationshintergrund. Betrachtet man jedoch die ausländische Personengruppe, treten deutliche Unterschiede auf: Die bekundet mit einem Mittelwert von 2,41 ein deutlich geringeres Interesse an Politik als Personen ohne Migrationshintergrund – die stark ausgeprägte Differenz von 0,33 erweist sich dementsprechend auch als hochsignifikant. Ein fehlendes Wahlrecht ausländischer Bürger führt möglicherweise dazu, dass sie sich in geringerem Maße mit politischen Sachverhalten auseinandersetzen und daher ein geringeres Interesse an Politik entwickeln. Zudem identifizieren sich ausländische Personen möglicherweise in geringerem Maße mit der deutschen Gesellschaft. Infolgedessen entwickeln sie ein geringeres Interesse an gemeinschaftsbezogenen und damit auch politischen Themen.

Tabelle 10: Verteilung der Parteiidentifikation (in Prozent)

	Deutsche ohne MH (n=8.964)	Zweite Generation (n=747)	Zweite Generation nach zugewanderten Elternteilen		Zweite Generation nach Staatsbürgerschaft	
			ein Elternteil (n=526)	zwei Elternteile (n=221)	deutsch (n=676)	ausländisch (n=71)
Partei-identifikation	50,2	46,7	47,3	45,2	48,7 ^{††}	28,2 ^{***}

Anmerkungen: N: Spalte 1+2=9.711, Spalte 1+3+4=9.711, Spalte 1+5+6=9.711;

*p<0.05, **p<0.01, ***p<0.001 im Vergleich zur Referenzgruppe Deutsche ohne MH;

[†]p<0.05, ^{††}p<0.01, ^{†††}p<0.001 innerhalb der jeweiligen Subgruppe;

Daten gewichtet nach Untersuchungsdesign;

Quelle: ESS 1/2/3/4

Wie Tabelle 9 zeigt, weisen Angehörige der zweiten Generation ebenso häufig eine Parteiidentifikation auf wie Deutsche ohne Migrationshintergrund. In beiden Untersuchungsgruppen identifiziert sich rund die Hälfte der Befragten mit einer bestimmten Partei. Entgegen den Erwartungen treten keine signifikanten Differenzen auf, wenn die zweite Generation nach der Anzahl ihrer zugewanderten Elternteile unterschieden wird. Zieht man allerdings die Staatsbürgerschaft als Unterscheidungskriterium heran, kristallisieren sich deutliche Differenzen heraus: Lediglich ein Viertel der ausländischen Personen stehen einer bestimmten Partei nahe. Eine mögliche Erklärung hierfür ist, dass sich ausländische Personen in Folge ihrer fehlenden Wahlberechtigung in geringerem Maße mit deutschen Parteien und ihren inhaltlichen Positionen auseinandersetzen. Zudem richtet sich der parteiliche Rekrutierungsprozess in erster Linie an wahlberechtigte Bürger, die eine deutsche Staatsbürgerschaft besitzen. Da ausländische Personen keine primären Adressaten der parteilichen

Rekrutierungsarbeit darstellen, identifizieren sie sich möglicherweise in geringerem Ausmaß mit einer bestimmten Partei.

Tabelle 11: Mittelwertvergleich der subjektiven politischen Kompetenz

	Deutsche ohne MH (n=9.020)	Zweite Generation (n=757)	Zweite Generation nach zugewanderten Elternteilen		Zweite Generation nach Staatsbürgerschaft	
			ein Elternteil (n=536)	zwei Elternteile (n=221)	deutsch (n=685)	ausländisch (n=72)
Subjektive politische Kompetenz 5 Stufen (0=gering; 4=hoch)	2,17	2,10	2,16 [†]	1,98 ^{**}	2,11	2,06

Anmerkungen: N: Spalte 1+2=9.777, Spalte 1+3+4=9.777, Spalte 1+5+6=9.777;

*p≤0.05, **p≤0.01, ***p≤0.001 im Vergleich zur Referenzgruppe Deutsche ohne MH;

[†]p≤0.05, ^{††}p≤0.01, ^{†††}p≤0.001 innerhalb der jeweiligen Subgruppe;

Daten gewichtet nach Untersuchungsdesign;

Quelle: ESS 1/2/3/4

Wie aus Tabelle 10 ersichtlich, unterscheiden sich die zweite Generation und die Untersuchungsgruppe ohne Migrationshintergrund im Hinblick auf ihre subjektive politische Kompetenz nicht signifikant voneinander. Beide Untersuchungsgruppen schätzen ihre politische Kompetenz mit einem Mittelwert von 2,17 bzw. 2,10 auf ein durchschnittlich mittleres Niveau. Im Vergleich hierzu bewerten Personen mit zwei zugewanderten Elternteilen ihre politische Kompetenz mit einem Mittelwert von 1,98 als etwas geringer. Dieser Befund geht möglicherweise darauf zurück, dass in Migrantenfamilien beide Elternteile in ein anderes politisches System sozialisiert wurden. Sie können ihren Kindern daher weniger Wissen über das deutsche politische System vermitteln als bereits in Deutschland geborene Personen, die in das deutsche politische System sozialisiert wurden und ihre politische Bildung in einer deutschen Schule erhalten haben. In Folge eines geringeren Wissensstands über das deutsche politische System schätzen Personen mit zwei zugewanderten Elternteilen ihre politische Kompetenz möglicherweise im Vergleich zu Deutschen ohne Migrationshintergrund als etwas geringer ein. Unterscheidet man die zweite Generation nach ihrer Staatsbürgerschaft, treten überraschenderweise keine signifikanten Differenzen auf: Personen mit einer deutschen und ausländischen Staatsbürgerschaft schätzen ihre politische Kompetenz mit einem Mittelwert von 2,11 bzw. 2,06 ähnlich hoch ein wie Deutsche ohne Migrationshintergrund, deren Mittelwert bei 2,17 liegt.

Tabelle 12: Verteilung der Mitarbeit in Organisationen und Vereinen (in Prozent)

	Deutsche ohne MH (n=9.092)	Zweite Generation (n=765)	Zweite Generation nach zugewanderten Elternteilen		Zweite Generation nach Staatsbürgerschaft	
			ein Elternteil (n=538)	zwei Elternteile (n=226)	deutsch (n=692)	ausländisch (n=72)
Mitarbeit	22,2	23,4	26,3 ^{††}	16,7	24,9	11

Anmerkungen: N: Spalte 1+2=9.857, Spalte 1+3+4=9.856, Spalte 1+5+6=9.856;

*p<0.05, **p<0.01, ***p<0.001 im Vergleich zur Referenzgruppe Deutsche ohne MH;

†p<0.05, ††p<0.01, †††p<0.001 innerhalb der jeweiligen Subgruppe;

Daten gewichtet nach Untersuchungsdesign;

Quelle: ESS 1/2/3/4

Wie Tabelle 11 zeigt, ist die zweite Generation in weitgehend gleichem Ausmaß sozial eingebunden wie Deutsche ohne Migrationshintergrund. In beiden Untersuchungsgruppen gab rund ein Viertel der Befragten an, in einer Organisation oder einem Verein mitgearbeitet zu haben. Hochsignifikante Differenzen treten allerdings auf, wenn man die zweite Generation nach der Anzahl ihrer zugewanderten Elternteile unterscheidet: Während Personen mit nur einem zugewanderten Elternteil in gleichem Ausmaß sozial eingebunden sind wie Deutsche ohne Migrationshintergrund, arbeiten Personen mit zwei zugewanderten Elternteilen mit einem Anteil von 5,5 Prozentpunkten etwas seltener in Organisationen oder Vereinen mit. Entgegen den Erwartungen treten keinerlei signifikante Unterschiede auf, wenn die zweite Generation nach ihrer Staatsbürgerschaft differenziert wird. Dieser Befund erscheint überraschend, da ausländische Personen der zweiten Generation mit einer hoch ausgeprägten Differenz von 11,2 Prozentpunkten in deutlich geringerem Maße sozial eingebunden sind als Deutsche ohne Migrationshintergrund – dies steht möglicherweise mit der geringen Fallzahl ausländischer Personen in Zusammenhang.

Abschließend erfolgt in Ergänzung zu den Variablen des *CVMs* ein kurzer Blick auf die Geschlechter- und Altersverteilung in den einzelnen Untersuchungsgruppen, da erwartet wird, dass das Geschlecht und Alter einer Person Einfluss auf ihre Partizipationswahrscheinlichkeit besitzen.

Tabelle 13: Geschlechterverteilung (in Prozent)

	Deutsche ohne MH (n=9.097)	Zweite Generation (n=765)	Zweite Generation nach zugewanderten Elternteilen		Zweite Generation nach Staatsbürgerschaft	
			ein Elternteil (n=539)	zwei Elternteile (n=226)	deutsch (n=692)	ausländisch (n=73)
Männlich	49,4	51,2	50,5	53,1	50,3	60,3
Weiblich	50,6	48,8	49,5	46,9	49,7	39,7

Anmerkungen: N: Spalte 1+2=9.862, Spalte 1+3+4=9.862, Spalte 1+5+6=9.862;

*p<0.05, **p<0.01, ***p<0.001 im Vergleich zur Referenzgruppe Deutsche ohne MH;

†p<0.05, ††p<0.01, †††p<0.001 innerhalb der jeweiligen Subgruppe;

Daten gewichtet nach Untersuchungsdesign;

Quelle: ESS 1/2/3/4

Wie aus Tabelle 12 ersichtlich, stimmt die Geschlechterverteilung zwischen der zweiten Generation und der Personengruppe ohne Migrationshintergrund weitgehend überein. In beiden Untersuchungsgruppen ist rund der Hälfte der Befragten männlich.¹¹⁴ Unterscheidet man die zweite Generation nach ihrer Staatsbürgerschaft, treten jedoch deutliche Differenzen auf: In der ausländischen Untersuchungsgruppe liegt der Frauenanteil mit einer Differenz von 10,9 Prozentpunkten deutlich niedriger, als dies unter Personen ohne Migrationshintergrund der Fall ist. Überraschenderweise erweist sich diese hochausgeprägte Differenz jedoch als nicht signifikant – dies muss erneut auf die geringe Fallzahl ausländischer Personen zurückgeführt werden.

Tabelle 14: Mittelwertvergleich des Alters

	Deutsche ohne MH (n=9.097)	Zweite Generation (n=765)	Zweite Generation nach zugewanderten Elternteilen		Zweite Generation nach Staatsbürgerschaft	
			ein Elternteil (n=538)	zwei Elternteile (n=226)	deutsch (n=692)	ausländisch (n=72)
Alter (in Jahren)	49,59	43,89***	45,30***†††	40,53***	45,44***†††	29,04***

Anmerkungen: N: Spalte 1+2= 9.862, Spalte 1+3+4=9.861, Spalte 1+5+6=9.861;

*p<0.05, **p<0.01, ***p<0.001 im Vergleich zur Referenzgruppe Deutsche ohne MH;

†p<0.05, ††p<0.01, †††p<0.001 innerhalb der jeweiligen Subgruppe;

Daten gewichtet nach Untersuchungsdesign;

Quelle: ESS 1/2/3/4

Vergleicht man die Altersstruktur der Untersuchungsgruppen, fällt auf, dass die zweite Generation mit einer hochsignifikanten Differenz von 5,7 Jahren durchschnittlich deutlich jünger ist als die Personengruppe ohne Migrationshintergrund (siehe Tabelle 13).¹¹⁵ Unter-

¹¹⁴ Auch im *Mikrozensus* wurde festgestellt, dass der Anteil von Männern in der zweiten und dritten Migrantengeneration mit einem Anteil von 52,7 Prozent weitgehend deckungsgleich mit dem in der Bevölkerungsgruppe ohne Migrationshintergrund ist, der bei 48,7 Prozent liegt (Statistisches Bundesamt 2011: 78). Damit bildet der ESS die Geschlechterverteilung weitgehend unverzerrt ab.

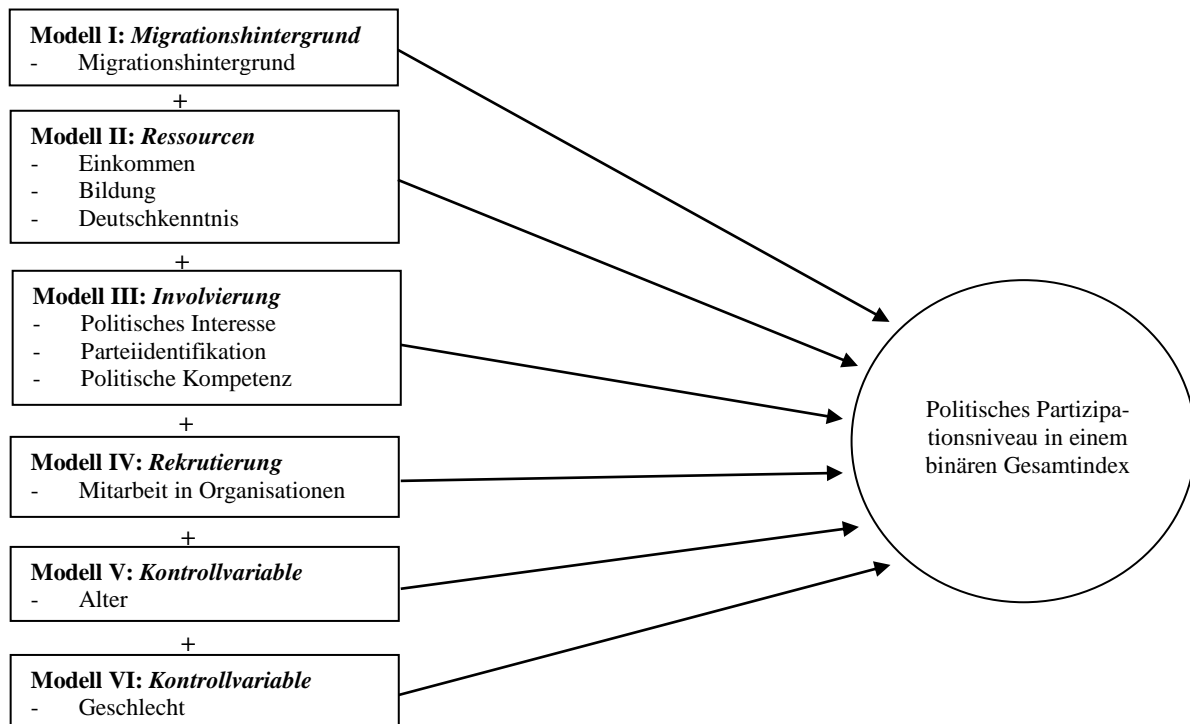
¹¹⁵ Im *Mikrozensus* besitzt die Personengruppe mit einem familiär vermittelten Migrationshintergrund ein durchschnittliches Alter von 15,2 Jahren, während Personen ohne Migrationshintergrund durchschnittlich 45,9 Jahre alt sind (Statistisches Bundesamt 2011: 65). Ein Grund für die starke Abweichung zwischen ESS und *Mikrozensus* ist, dass sich unter Personen mit einem familiär vermittelten Migrationshintergrund auch Personen der dritten Generation befinden, die zum gegenwärtigen Zeitpunkt mehrheitlich minderjährig sind. Ein weiterer Grund ist, dass in der vorliegenden Arbeit nur Personen ab 18 Jahren einbezogen werden, während der *Mikrozensus* das Alter von allen Personen eines Haushalts – unabhängig von ihrem Alter – erfasst.

scheidet man die zweite Generation nach der Anzahl ihrer zugewanderten Elternteile, spitzt sich diese Altersdifferenz sogar noch weiter zu: Unter Personen mit zwei zugewanderten Elternteilen liegt der Altersdurchschnitt bei nur 40,53 Jahren – sie unterscheiden sich somit um eine hochsignifikante Differenz von 9,06 bzw. 4,77 Jahren von Deutschen ohne Migrationshintergrund bzw. von Personen mit nur einem zugewanderten Elternteil. Am stärksten sind diese Altersunterschiede jedoch ausgeprägt, wenn man die zweite Generation nach ihrer Staatsbürgerschaft unterscheidet: Die ausländische Personengruppe weist einen Altersdurchschnitt von nur 29,04 Jahren auf. Dieser empirische Befund, wonach Personen der zweiten Generation durchschnittlich jünger sind als Deutsche ohne Migrationshintergrund, lässt sich in erster Linie auf die höhere Geburtenrate von Frauen mit Migrationshintergrund zurückführen (Schmid/Kohls 2011: 5-7, 112).

8.4 Der Einfluss des Migrationshintergrunds auf die politische Partizipation der zweiten Migrantengeneration

In Anlehnung an das vierte Kriterium politischer Integration soll im folgenden Abschnitt untersucht werden, ob der Migrationshintergrund einen eigenständigen Einfluss auf die politische Partizipation der zweiten Generation besitzt, der auch unter Kontrolle der partizipationsrelevanten Ressourcen, wie sie im *CVM* angeführt werden, bestehen bleibt.

Abbildung 7: Darstellung der einzelnen Regressionsmodelle



Um dies zu überprüfen, werden in der folgenden Analyse binär logistische Regressionen¹¹⁶ berechnet. Die abhängige Variable bildet hierbei der bereits verwendete binäre Partizipationsindex, der das Gesamtniveau politischer Partizipation abbildet.¹¹⁷ Im Rahmen der Regressionsanalysen werden, wie in Abbildung 7 dargestellt, sechs unterschiedliche Modelle berechnet. Mithilfe eines schrittweisen Vorgehens, bei dem die einzelnen Variablenkomplexe nacheinander in die Regressionsanalysen einbezogen werden, kann im Falle einer Gültigkeit von H_{4a} identifiziert werden, welche Variablenkomplexe den Einfluss des Migrationshintergrunds maßgeblich erklären können. In Modell I wird ausschließlich der Migrationshintergrund als unabhängige Variable in die Regressionsanalysen einbezogen. In Modell II werden zusätzlich die Ressourcenvariablen des *CVMs* – Einkommen, Bildung und Deutschkenntnisse – hinzugezogen. In Modell III werden die Involvierungsvariablen des *CVMs*, die das politische Interesse, die Parteiidentifikation und die subjektive politische Kompetenz einer Person umfassen, einbezogen. In Modell IV wird schließlich die letzte Determinante des *CVMs*, die politische Rekrutierung, hinzugezogen. Modell V und VI dienen dazu, ergänzend die beiden Kontrollvariablen Alter und Geschlecht einzubeziehen.

Tabelle 15: Determinanten politischer Partizipation der zweiten Migrantengeneration

	Modell I	Modell II	Modell III	Modell IV	Modell V	Modell VI
<i>Migrationshintergrund</i>						
Zweite Generation	,949 (,161)	,943 (,167)	,929 (,177)	,933 (,178)	,935 (,179)	,945 (,180)
Deutsche ohne MH	Ref.	Ref.	Ref.	Ref.	Ref.	Ref.
<i>Ressourcen</i>						
Einkommen		1,251*** (,023)	1,196*** (,025)	1,189*** (,025)	1,189*** (,025)	1,189*** (,025)
Bildung		1,862*** (,055)	1,453*** (,061)	1,413*** (,061)	1,415*** (,063)	1,466*** (,064)
Deutschkenntnis		1,093	1,032	,985	,983	1,014

¹¹⁶ Eine binär logistische Regression wird verwendet, wenn die abhängige Variable dichotom kodiert ist (Backhaus et al. 2011: 250-256; Best/Wolf 2010: 827-830). Es können ausschließlich die beiden Ereignisse ‚eine Person partizipiert politisch‘ – kodiert mit 1 – und ‚eine Person partizipiert nicht politisch‘ – kodiert mit 0 – eintreten. Die dabei ausgewiesenen Chancenverhältnisse (‚Odds Ratios‘), die von 0 bis ∞ reichen, beschreiben das Wahrscheinlichkeitsverhältnis des Ereignisses zum Gegenereignis. Treten beide Kategorien gleich häufig auf, sodass kein Zusammenhang besteht, beträgt das Odds Ratio 1. Ein Wert von unter 1 deutet auf einen negativen, ein Odds Ratio von über 1 weist auf einen positiven Zusammenhang hin (Gehring/Weins 2009: 146-148). Odds Ratios können jedoch nur in eingeschränktem Maße interpretiert werden: Sie geben zwar über die Richtung und Signifikanz des Zusammenhangs Aufschluss, nicht jedoch über seine Stärke (Andreß/Hagenaars/Kühnel 1997: 267; Gehring/Weins 2009: 148). Ein Odds Ratio weist zudem einen Zusammenhang, nicht aber eine Kausalität nach – diese muss theoretisch begründet werden.

¹¹⁷ Es ist anzunehmen, dass für die einzelnen Partizipationsformen unterschiedliche Determinanten bedeutsam sind. So ist zu vermuten, dass für die Mitarbeit in einer Partei die Parteiidentifikation eine größere Rolle spielt, als dies bei Demonstrationen der Fall ist. Da in der vorliegenden Arbeit aber nicht die Determinanten politischer Partizipation von Interesse sind, sondern diese herangezogen werden, um zu überprüfen, ob der Migrationshintergrund einen eigenständigen Einfluss auf die politische Partizipation der zweiten Generation besitzt, genügt es an dieser Stelle, den binären Partizipationsindex als abhängige Variable in die Regressionsanalyse einzubeziehen. Zusätzlich wurden auch Regressionen auf Grundlage einzelner Partizipationsformen berechnet. Es zeigte sich, dass keine signifikanten Unterschiede zu den Ergebnissen des binären Partizipationsindex bestehen.

Fortsetzung von Tabelle 15

	(,415)	(,453)	(,454)	(,455)	(,455)	
Politische Involvierung						
Politisches Interesse		2,304*** (,066)	2,256*** (,066)	2,249*** (,067)	2,288*** (,067)	
Subjektive Kompetenz		1,138 (,071)	1,134 (,071)	1,137 (,071)	1,205 (,072)	
Parteiidentifikation		3,897*** (,120)	3,783*** (,120)	3,774*** (,121)	3,774*** (,121)	
Rekrutierung						
Mitarbeit in Organisation			2,571*** (,180)	2,567*** (,180)	2,639*** (,181)	
Kontrollvariablen						
Alter						
18-22 Jahre				,954 (,208)	1,024 (,209)	
23-30 Jahre				,948 (,168)	,971 (,168)	
31-40 Jahre				,899 (,142)	,923 (,142)	
41-50 Jahre				1,072 (,143)	1,097 (,144)	
51-60 Jahre				1,027 (,155)	1,037 (,155)	
61+ Jahre	Ref.	Ref.	Ref.	Ref.	Ref.	
Geschlecht						
weiblich					1,614*** (,099)	
männlich	Ref.	Ref.	Ref.	Ref.	Ref.	
Konstante	8,252*** (,044)	,449 (,444)	,086*** (,494)	,094*** (,496)	,095*** (,500)	,060*** (,511)
Nagelkerkes R²	,000	,114	,269	,279	,280	,287

Anmerkungen: Abgebildet sind die Ergebnisse einer binär logistischen Regression mit unstandardisierten Odds Ratios; N=5849; *p≤0.05, **p≤0.01, ***p≤0.001; listenweiser Fallausschluss; Daten gewichtet nach Untersuchungsdesign; Standardfehler ist in Klammern angegeben; Referenzgruppe: Deutsche ohne Migrationshintergrund, über 61 Jahre, männlich; Quelle: ESS 1/2/3/4

Wie aus Tabelle 14 ersichtlich, liegt Nagelkerkes R² bei 0,000. Dies deutet darauf hin, dass der Migrationshintergrund keinen Erklärungswert für die politische Partizipation der zweiten Generation zu besitzen scheint.¹¹⁸ Entsprechend erweist sich das Odds Ratio auch als nicht signifikant. Die Partizipationswahrscheinlichkeit erhöht oder verringert sich folglich nicht, wenn eine Person nicht der Personengruppe ohne Migrationshintergrund, sondern der zweiten Generation angehört. Dies deckt sich mit dem empirischen Befund in Kapitel 8.1, wonach sich die zweite Generation und die Bevölkerungsgruppe ohne Migrationshintergrund in ihrem Partizipationsniveau nicht signifikant voneinander unterscheiden. Folglich konnte, wie in H_{4a} angenommen, kein Einfluss des Migrationshintergrunds auf die politische Partizipation der zweiten Generation nachgewiesen werden.

¹¹⁸ Nagelkerkes R² kann einen Maximalwert von 1 erreichen (Backhaus et al. 2011: 270). Nach Backhaus et al. (2011: 276) handelt es sich bei Werten ab 0,2 um eine akzeptable, bei Werten ab 0,4 um eine gute und bei Werten ab 0,5 um eine sehr gute Modellanpassung.

In Modell II werden die Ressourcenvariablen – Einkommen, Bildung und Deutschkenntnisse – in die Regressionsanalyse einbezogen. Im Unterschied zu Modell I steigt die Modellgüte durch die zusätzliche Berücksichtigung dieser Variablen deutlich auf nun 11,4 Prozent. Damit besitzt Modell II eine wesentlich höhere Erklärungskraft als Modell I, was alleine auf die Ressourcenvariablen zurückgeführt werden kann. Die Einkommenshöhe und der Bildungsgrad stehen in einem hochsignifikant positiven Zusammenhang mit der Partizipationswahrscheinlichkeit einer Person, während die Deutschkenntnisse keinen Einfluss zu besitzen scheinen.¹¹⁹ Das Odds Ratio der Variablen ‚Migrationshintergrund‘ bleibt dagegen auch weiterhin insignifikant.

In Modell III werden die Involvierungsvariablen, die mithilfe des politischen Interesses, der subjektiven politischen Kompetenz und der Parteiidentifikation abgebildet werden, in die Regressionsanalyse einbezogen. Durch die zusätzliche Berücksichtigung der Involvierungsvariablen erhöht sich der Wert von Nagelkerkes R^2 nochmals deutlich auf nun 26,9 Prozent. Folglich bestätigt sich die Annahme des *CVMs*, wonach vor allem die Dimensionen des *Könnens* und *Wollens* bestimmen, ob eine Person partizipiert. Nach Einbezug der Ressourcen- und Involvierungsvariablen verändern sich die Beträge der Odds Ratios nur geringfügig, sodass robuste Ergebnisse über alle sechs Modelle hinweg konstatiert werden können. Vor allem das politische Interesse und die Parteiidentifikation stehen mit hochsignifikanten Odds Ratios in einem positiven Zusammenhang mit der Partizipationswahrscheinlichkeit einer Person. Die subjektive politische Kompetenz besitzt entgegen den Annahmen des *CVMs* keinen signifikanten Einfluss auf die Partizipationswahrscheinlichkeit einer Person. Ein Einfluss des Migrationshintergrunds kann auch in Modell III nicht nachgewiesen werden.

In Modell IV wird die Rekrutierungsdimension des *CVMs*, abgebildet über die Mitarbeit in Organisationen, Vereinen und Verbänden, in die Regressionsanalyse einbezogen. Der Wert von Nagelkerkes R^2 steigt hierdurch allerdings nur unwesentlich. Trotz ihrer geringen Erklärungsleistung für das Gesamtmodell steht die soziale Einbindung in positivem Zusammenhang mit der Partizipationswahrscheinlichkeit einer Person. Auch in diesem Modell kann kein Einfluss des Migrationshintergrunds auf die Partizipationswahrscheinlichkeit der zweiten Generation nachgewiesen werden.

¹¹⁹ Dies kann auf die geringe Varianz dieser Variablen zurückgeführt werden. Nahezu alle Befragten gaben an, Deutsch als häufigste oder zweithäufigste Sprache zu sprechen.

In Modell V wird die Kontrollvariable ‚Alter‘ in die Regressionsanalyse einbezogen. Die Modellgüte steigt durch die zusätzliche Berücksichtigung der Altersvariablen aber nur in geringem Maße auf nun 28 Prozent. Dementsprechend geht von der Altersvariablen auch kein signifikanter Einfluss auf die Partizipationswahrscheinlichkeit einer Person aus. Das Odds Ratio der Variablen ‚Migrationshintergrund‘ erweist sich auch weiterhin als nicht signifikant.

Abschließend wird in Modell VI die Kontrollvariable ‚Geschlecht‘ in die Regressionsanalyse einbezogen. Trotz seiner geringen Erklärungsleistung für das Gesamtmodell steht das Geschlecht in einem hochsignifikant positiven Zusammenhang mit der Partizipationswahrscheinlichkeit einer Person. Frauen partizipieren den empirischen Befunden zufolge überraschenderweise mit höherer Wahrscheinlichkeit als Männer. Das Odds Ratio des Migrationshintergrunds bleibt, wie bereits in den Vormodellen festgestellt, weiterhin insignifikant.

Die empirischen Befunde stützen H_{4a} , wonach der Migrationshintergrund keinen eigenständigen Einfluss auf die politische Partizipation der zweiten Generation besitzt. Entgegen den theoretischen Annahmen kann der Einfluss des Migrationshintergrunds allerdings nicht durch die Variablen des *CVMs* erklärt werden. Stattdessen besitzt der Migrationshintergrund bereits in Modell I, in dem noch kein einziger partizipationsrelevanter Faktor kontrolliert wurde, keinen signifikanten Einfluss auf die Partizipationswahrscheinlichkeit der zweiten Generation. Dies deckt sich mit dem Befund in Kapitel 8.1, wonach keine signifikanten Unterschiede zwischen dem Partizipationsniveau der zweiten Generation und Personen ohne Migrationshintergrund bestehen, die durch die Variablen des *CVMs* erklärt werden können. Mit einer akzeptablen Modellgüte von 28,7 Prozent bestätigen die empirischen Befunde, dass die Erklärungsfaktoren des *CVMs* die Partizipationswahrscheinlichkeit einer Person zu rund einem Viertel erklären können.¹²⁰

Tabelle 16: Determinanten politischer Partizipation der zweiten Migrantengeneration – unterschieden nach der Anzahl zugewanderter Elternteile

	Modell I	Modell II	Modell III	Modell IV	Modell V	Modell VI
<i>Migrationshintergrund</i>						
ein zugewandertes Elternteil	1,064 (,197)	1,050 (,204)	1,022 (,215)	1,014 (,217)	1,014 (,217)	1,001 (,217)
zwei zugewanderte Elternteile	,738 (,268)	,749 (,279)	,758 (,299)	,783 (,300)	,788 (,302)	,838 (,306)
Deutsche ohne MH	Ref.	Ref.	Ref.	Ref.	Ref.	Ref.
<i>Ressourcen</i>						

¹²⁰ Die Erklärungsleistung des *CVMs* ist im Falle verfasster Partizipationsformen höher als im Falle unverfasster Partizipationsformen (siehe Tabellen B3, B4 und B5 im Anhang).

Fortsetzung von Tabelle 16

Einkommen	1,252*** (,023)	1,197*** (,025)	1,190*** (,025)	1,190*** (,025)	1,190*** (,025)	
Bildung	1,859*** (,055)	1,451*** (,061)	1,411*** (,061)	1,414*** (,063)	1,465*** (,064)	
Deutschkenntnis	1,099 (,414)	1,041 (,453)	,993 (,454)	,990 (,455)	1,018 (,455)	
Politische Involvierung						
Politisches Interesse		2,300*** (,066)	2,253*** (,066)	2,247*** (,067)	2,286*** (,067)	
Subjektive Kompetenz		1,139 (,071)	1,135 (,071)	1,138 (,071)	1,206** (,072)	
Parteiidentifikation		3,905*** (,120)	3,789*** (,120)	3,782*** (,121)	3,780*** (,121)	
Rekrutierung						
Mitarbeit in Organisation			2,566*** (,180)	2,562*** (,180)	2,635*** (,181)	
Kontrollvariablen						
Alter						
18-22 Jahre				,961 (,208)	1,029 (,210)	
23-30 Jahre				,952 (,168)	,974 (,168)	
31-40 Jahre				,898 (,142)	,923 (,142)	
41-50 Jahre				1,071 (,143)	1,096 (,144)	
51-60 Jahre				1,028 (,155)	1,038 (,155)	
61+ Jahre	Ref.	Ref.	Ref.	Ref.	Ref.	
Geschlecht						
weiblich					1,611*** (,099)	
männlich	Ref.	Ref.	Ref.	Ref.	Ref.	
Konstante	8,252*** (,044)	,445 (,444)	,085*** (,495)	,093*** (,496)	,095*** (,501)	,060*** (,511)
Nagelkerkes R²	,000	,115	,269	,279	,280	,287

Anmerkungen: Abgebildet sind die Ergebnisse einer binär logistischen Regression mit unstandardisierten Odds Ratios; N=5849; *p≤0.05, **p≤0.01, ***p≤0.001; listenweiser Fallausschluss; Daten gewichtet nach Untersuchungsdesign; Standardfehler ist in Klammern angegeben; Referenzgruppe: Deutsche ohne Migrationshintergrund, über 61 Jahre, männlich; Quelle: ESS 1/2/3/4

Im Rahmen der zweiten Regressionsanalyse wird die zweite Generation zusätzlich nach der Anzahl ihrer zugewanderten Elternteile unterschieden. Wie aus Tabelle 15 ersichtlich, steht der Migrationshintergrund bereits in Modell I in keinem signifikanten Zusammenhang mit der Partizipationswahrscheinlichkeit der zweiten Generation. Überraschenderweise gilt dieser empirische Befund sowohl für Personen mit nur einem zugewanderten Elternteil als auch für Personen mit zwei zugewanderten Elternteilen. Entgegen den Erwartungen scheinen sich die beiden Subgruppen im Hinblick auf den Einfluss des Migrationshintergrunds auf ihre Partizipationswahrscheinlichkeit nicht zu unterscheiden. Die Partizipationswahrscheinlichkeit erhöht oder verringert sich folglich nicht, wenn eine Person nicht der Personengruppe ohne Migrationshintergrund angehört, sondern ein oder zwei zugewanderte Elternteile besitzt. Auch in den Folgemodellen, in denen nacheinander alle partizipationsrele-

vanten Faktoren kontrolliert werden, steht der Migrationshintergrund in keinem signifikanten Zusammenhang mit der Partizipationswahrscheinlichkeit der zweiten Generation. Dies deckt sich mit dem empirischen Befund in Kapitel 8.1, wonach Personen mit einem bzw. zwei zugewanderten Elternteilen auf gleichem Niveau partizipieren wie Deutsche ohne Migrationshintergrund.

Auch wenn sich die Odds Ratios des Migrationshintergrunds als nicht signifikant erwiesen haben, deuten sie dennoch in die erwartete Richtung: Während der Migrationshintergrund keinen Einfluss auf die Partizipationswahrscheinlichkeit der Personengruppe mit nur einem zugewanderten Elternteil zu besitzen scheint, geht vom Migrationshintergrund der Personengruppe mit zwei zugewanderten Elternteilen ein eher negativer Einfluss auf ihre Partizipationswahrscheinlichkeit aus. Zudem kann festgehalten werden, dass sich der Einfluss des Migrationshintergrunds unter Kontrolle der Variablen des CVMs kontinuierlich verringert und sich die Odds Ratios dem neutralen Wert 1 annähern: Während das Odds Ratio des Migrationshintergrunds in der Personengruppe mit nur einem zugewanderten Elternteil in Modell I bei 1,064 liegt, sinkt dieses in Modell VI auf 1,001. Das Odds Ratio des Migrationshintergrunds in der Personengruppe mit zwei zugewanderten Elternteilen liegt in Modell I bei 0,738 und steigt in Modell VI unter Kontrolle aller partizipationsrelevanten Faktoren auf 0,838.

Tabelle 17: Determinanten politischer Partizipation der zweiten Migrantengeneration – unterschieden nach der Staatsbürgerschaft

	Modell I	Modell II	Modell III	Modell IV	Modell V	Modell VI
Migrationshintergrund						
deutsch	1,042 (,172)	1,034 (,177)	1,018 (,188)	1,019 (,196)	1,018 (,190)	1,027 (,190)
ausländisch	,340* (,469)	,346* (,498)	,373 (,526)	,389 (,586)	,402 (,534)	,422 (,534)
Deutsche ohne MH	Ref.	Ref.	Ref.	Ref.	Ref.	Ref.
Ressourcen						
Einkommen		1,251*** (,023)	1,197*** (,025)	1,190*** (,026)	1,190*** (,025)	1,190*** (,025)
Bildung		1,863*** (,055)	1,454*** (,061)	1,414*** (,064)	1,416*** (,063)	1,467*** (,064)
Deutschkenntnis		1,102 (,415)	1,038 (,453)	,992 (,468)	,991 (,455)	1,021 (,455)
Politische Involvierung						
Politisches Interesse			2,293*** (,066)	2,245*** (,068)	2,240*** (,067)	2,279*** (,067)
Subjektive Kompetenz			1,152* (,071)	1,148* (,073)	1,150* (,071)	1,218** (,073)
Parteiidentifikation			3,902*** (,120)	3,789*** (,122)	3,786*** (,121)	3,785*** (,121)
Rekrutierung						
Mitarbeit in Organisation				2,565*** (,187)	2,560*** (,180)	2,632*** (,181)
Kontrollvariablen						

Fortsetzung von Tabelle 17

Alter	18-22 Jahre					,975 (,208)	1,042 (,210)
	23-30 Jahre					,966 (,168)	,991 (,169)
	31-40 Jahre					,906 (,142)	,930 (,142)
	41-50 Jahre					1,072 (,143)	1,096 (,144)
	51-60 Jahre					1,028 (,155)	1,038 (,155)
	61+ Jahre	Ref.	Ref.	Ref.	Ref.	Ref.	Ref.
	Geschlecht						
	weiblich						1,609*** (,099)
	männlich	Ref.	Ref.	Ref.	Ref.	Ref.	Ref.
Konstante		8,248*** (,044)	,444 (,444)	,085*** (,495)	,093*** (,511)	,094*** (,501)	,060*** (,511)
Nagelkerkes R²		,002	,116	,270	,280	,281	,288

Anmerkungen: Abgebildet sind die Ergebnisse einer binär logistischen Regression mit unstandardisierten Odds Ratios; N=5849; *p≤0.05, **p≤0.01, ***p≤0.001; listenweiser Fallausschluss; Daten gewichtet nach Untersuchungsdesign; Standardfehler ist in Klammern angegeben; Referenzgruppe: Deutsche ohne Migrationshintergrund, über 61 Jahre, männlich; Quelle: ESS 1/2/3/4

Abschließend wird die zweite Generation nach ihrer Staatsbürgerschaft unterschieden (siehe Tabelle 16). Da ausländische Personen von Wahlen de jure ausgeschlossen sind, fließt die Wahlbeteiligung in diesem Fall nicht in den binären Partizipationsindex ein. In Kapitel 8.1 wurde eine hoch ausgeprägte Differenz zwischen dem Partizipationsniveau von Deutschen ohne Migrationshintergrund sowie ausländischen Personen festgestellt, auch wenn sich diese aufgrund der geringen Fallzahl ausländischer Personen als nicht signifikant erwies. Im Unterschied zu den beiden vorangehenden Regressionsanalysen lässt sich in Modell I daher ein negativer Zusammenhang zwischen dem Migrationshintergrund und der Partizipationswahrscheinlichkeit ausländischer Personen der zweiten Generation konstatieren. Die Partizipationswahrscheinlichkeit verringert sich folglich, wenn eine Person nicht der Personengruppe ohne Migrationshintergrund, sondern der ausländischen Subgruppe der zweiten Generation angehört. Im Unterschied hierzu steht der Migrationshintergrund in keinem signifikanten Zusammenhang mit der Partizipationswahrscheinlichkeit von Personen der zweiten Generation mit einer deutschen Staatsbürgerschaft. Wie erwartet, trifft der in H_{4a} formulierte Zusammenhang somit in höherem Maße auf Personen der zweiten Generation mit einer deutschen Staatsbürgerschaft zu als auf ausländische Personen. Während sich unter Personen mit einer deutschen Staatsbürgerschaft bereits in Modell I kein signifikanter Einfluss des Migrationshintergrunds feststellen lässt, steht der Migrationshintergrund in einem signifikant negativen Zusammenhang mit der Partizipationswahrscheinlichkeit ausländischer Personen. Einschränkend muss allerdings darauf hingewiesen werden, dass der Migrationshintergrund, wie ein äußerst geringes Nagelkerkes R² von 0,2 Prozent

verdeutlicht, die Partizipationswahrscheinlichkeit der zweiten Generation nur in äußerst geringem Maße erklären kann.

In Modell II werden die Ressourcenvariablen in die Regressionsanalyse einbezogen. Wie bereits in den beiden vorangehenden Regressionsanalysen festgestellt wurde, steigt der Wert von Nagelkerkes R^2 durch die zusätzliche Berücksichtigung der Ressourcenvariablen deutlich auf nun 11,6 Prozent. Auch unter Kontrolle der Ressourcenvariablen bleibt der negative Zusammenhang zwischen dem Migrationshintergrund sowie der Partizipationswahrscheinlichkeit der ausländischen Personengruppe bestehen. Allerdings nähert sich das Odds Ratio der Variablen ‚Migrationshintergrund‘ unter Kontrolle der Ressourcenvariablen dem neutralen Wert 1 an – wenn auch nur in äußerst geringem Maße.

In Modell III steigt der Wert von Nagelkerkes R^2 durch die zusätzliche Berücksichtigung der Involvierungsvariablen auf nun 27 Prozent. Vor allem das politische Interesse und die Parteiidentifikation stehen in hochsignifikant positivem Zusammenhang mit der Partizipationswahrscheinlichkeit einer Person. Im Unterschied zu den beiden vorangehenden Regressionsanalysen steht nun auch die subjektive politische Kompetenz in signifikant positivem Zusammenhang mit der Partizipationswahrscheinlichkeit einer Person. Durch die zusätzliche Kontrolle der Involvierungsvariablen wird der negative Zusammenhang zwischen dem Migrationshintergrund sowie der Partizipationswahrscheinlichkeit der ausländischen Untersuchungsgruppe insignifikant. Dieser Zusammenhang erweist sich auch in den Folgemodellen als insignifikant.

Dieser empirische Befund bestätigt, dass der Migrationshintergrund, wie in H_{4a} angenommen, keinen eigenständigen Einfluss auf die Partizipationswahrscheinlichkeit der zweiten Generation besitzt. Folglich können Unterschiede im Partizipationsniveau zwischen ausländischen Personen der zweiten Generation und Deutschen ohne Migrationshintergrund auf Unterschiede in der Ausstattung mit partizipationsrelevanten Ressourcen und auf Unterschiede im Grad der politischen Involvierung zurückgeführt werden. Als mögliche Ursache für die geringere Ressourcenausstattung kann die durchschnittlich geringere Humankapitalausstattung von Migrantenfamilien angeführt werden, wie sie in Kapitel 4.3.2 erläutert wurde. Eine mögliche Ursache für die geringere politische Involvierung ausländischer Bürger ist, dass diese nicht wahlberechtigt sind. Ein fehlendes Wahlrecht wirkt sich, wie in Kapitel 8.3 gezeigt wurde, negativ auf die politische Involvierung ausländischer Bürger, insbesondere auf ihr politisches Interesse und ihre Parteiidentifikation, aus.

8.5 Zusammenfassung der empirischen Befunde

Wie Abbildung 8 zeigt, kann der politische Integrationsstand der zweiten Generation nicht eindeutig beurteilt werden. Die empirischen Befunde lassen im Hinblick auf die vier Kriterien politischer Integration einen unterschiedlichen Integrationsstand der vier Subgruppen der zweiten Generation vermuten.

Abbildung 8: Zusammenfassung des politischen Integrationsstands der zweiten Migrantengeneration

	Zweite Generation	Zweite Generation nach zugewanderten Elternteilen		Zweite Generation nach Staatsbürgerschaft	
		ein Elternteil	zwei Elternteile	deutsch	ausländisch
Partizipationsniveau	X	X	x	X	O
Partizipationsstruktur	–	–	–	–	–
Ressourcenausstattung	X	X	x	X	O
Einfluss des Migrationshintergrunds	X	X	X	X	X

Anmerkungen: X=Integration, x=leichtes Integrationsdefizit, O=hohes Integrationsdefizit, –=kein eindeutiger Befund

In Anlehnung an das erste Kriterium politischer Integration wurde in Kapitel 8.1 auf Grundlage eines binären und additiven Partizipationsindizes überprüft, ob sich die zweite Generation und die Untersuchungsgruppe ohne Migrationshintergrund hinsichtlich ihres Partizipationsniveaus voneinander unterscheiden. Im Rahmen der empirischen Analyse ließen sich keine signifikanten Unterschiede zwischen dem Partizipationsniveau der beiden Untersuchungsgruppen nachweisen. Die empirischen Befunde bestätigen somit H_{1a} , wonach Personen der zweiten Generation auf weitgehend gleichem Niveau partizipieren wie Personen ohne Migrationshintergrund. Differenziert man die zweite Generation in ihre Subgruppen, traten allerdings deutliche Unterschiede auf: Personen mit zwei zugewanderten Elternteilen partizipieren auf etwas niedrigerem Niveau und Personen mit einer ausländischen Staatsbürgerschaft partizipieren auf deutlich niedrigerem Niveau als Deutsche ohne Migrationshintergrund.

In Anlehnung an das zweite Kriterium politischer Integration wurde in Kapitel 8.2 anhand von verfassten und unverfassten Partizipationsformen überprüft, ob sich die zweite Generation und die Untersuchungsgruppe ohne Migrationshintergrund in ihrer Partizipationsstruktur voneinander unterscheiden. Allerdings kann in Bezug auf die verfassten Partizipationsformen kein eindeutiges Urteil getroffen werden: Zwar beteiligt sich die zweite Generation in etwas geringerem Maße an Wahlen, als dies auf Deutsche ohne Migrationshintergrund zutrifft. Im Hinblick auf die Mitarbeit in politischen Parteien konnte jedoch keine signifikanten Unterschiede festgestellt werden. Darüber hinaus zeigte sich, dass Personen mit

zwei zugewanderten Elternteilen in etwas geringerem Maße an Wahlen partizipieren als Personen ohne Migrationshintergrund. Zudem arbeiten ausländische Personen deutlich seltener in Parteien mit, als dies unter Deutschen ohne Migrationshintergrund bzw. unter deutschen Personen der zweiten Generation der Fall ist.

In Bezug auf die unverfassten Partizipationsformen bestätigte sich die in H_{2b} formulierte Annahme, wonach Personen der zweiten Generation in höherem Maße unverfasste Partizipationsformen nutzen als Personen ohne Migrationshintergrund. Entgegen den Erwartungen beteiligen sich Personen mit nur einem zugewanderten Elternteil bzw. mit einer deutschen Staatsbürgerschaft allerdings in höherem Maße an unverfassten Partizipationsformen, als dies auf Personen mit zwei zugewanderten Elternteilen bzw. auf ausländische Personen der zweiten Generation zutrifft. Einschränkend muss allerdings darauf hingewiesen werden, dass sich H_{2b} , wonach die zweite Generation in geringerem Maße verfasste Partizipationsformen nutzt, ausschließlich hinsichtlich der Wahlbeteiligung bestätigte – daher kann in Bezug auf die Partizipationsstruktur kein abschließendes Urteil getroffen werden. Zudem deuten die empirischen Befunde darauf hin, dass die in H_2 formulierte Annahme, die unverfassten Partizipationsformen bildeten im Sinne einer Segmentation eine implizite Distanz zur deutschen Gesellschaft ab, nicht zutrifft. Stattdessen partizipieren Personen, die sich an verfassten Partizipationsformen beteiligen, auch stärker an unverfassten Partizipationsformen. Verfasste und unverfasste Partizipationsformen stehen folglich nicht, wie in H_2 angenommen, in einem Konkurrenzverhältnis zueinander, sondern ergänzen sich gegenseitig.

In Anlehnung an das dritte Kriterium politischer Integration wurde in Kapitel 8.3 überprüft, ob sich die zweite Generation hinsichtlich ihrer Ausstattung mit partizipationsrelevanten Ressourcen von Personen ohne Migrationshintergrund unterscheidet. Mehrheitlich ließen sich, wie in H_{3a} angenommen, keine signifikanten Differenzen zwischen den beiden Untersuchungsgruppen feststellen. Allerdings zeigte sich, dass die Personengruppe mit zwei zugewanderten Elternteilen über durchschnittlich etwas weniger und die ausländische Personengruppe deutlich weniger partizipationsrelevante Ressourcen und eine geringere politische Involvierung verfügt als die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund – dies bestätigte sich insbesondere im Hinblick auf das Bildungsniveau sowie das politische Interesse und die Parteiidentifikation.

In Anlehnung an das vierte Kriterium politischer Integration wurde in Kapitel 8.4 auf Grundlage von logistischen Regressionsanalysen überprüft, ob der Migrationshintergrund einen eigenständigen Einfluss auf die politische Partizipation der zweiten Migrantengenera-

tion besitzt. Die empirischen Befunde bestätigen H_{4a} , wonach der Migrationshintergrund keinen eigenständigen Einfluss auf die Partizipationswahrscheinlichkeit der zweiten Generation besitzt. Entgegen den Erwartungen konnte der Einfluss des Migrationshintergrunds hierbei allerdings nicht durch die Variablen des *CVMs* erklärt werden. Stattdessen besaß der Migrationshintergrund bereits in Modell I, in dem noch keine einzige partizipationsrelevante Ressource kontrolliert wurde, keinen signifikanten Einfluss auf die Partizipationswahrscheinlichkeit der zweiten Generation. Eine Ausnahme bildet die ausländische Subgruppe der zweiten Generation, deren Migrationshintergrund in einem signifikant negativen Zusammenhang mit ihrer Partizipationswahrscheinlichkeit stand. Unter Kontrolle der Ressourcenausstattung und der politischen Involvierung erwies sich dieser Zusammenhang jedoch als insignifikant. Unterschiede im Partizipationsniveau zwischen ausländischen Personen der zweiten Generation und Deutschen ohne Migrationshintergrund, wie sie in Kapitel 8.1 festgestellt wurden, können folglich auf Unterschiede in der Ressourcenausstattung und der politischen Involvierung zurückgeführt werden. Kapitel 8.3 hat in diesem Zusammenhang gezeigt, dass ausländische Personen insbesondere in ihrem Einkommens- und Bildungsniveau benachteiligt sind sowie ein geringeres politisches Interesse und eine geringere Parteidentifikationen besitzen.

Im Rahmen der empirischen Analyse ist deutlich geworden, dass die Subgruppen der zweiten Generation als weitgehend politisch integriert gelten können – lediglich die Personen-
gruppe mit zwei zugewanderten Elternteilen weist leichte Integrationsdefizite auf. Somit wurde das Assimilationsmodell bestätigt, wonach die Geburt und Sozialisation in Deutschland als entscheidende Faktoren einer politischen Integration betrachtet werden können. Eine Ausnahme bildet jedoch die ausländische Subgruppe, die aus verschiedenen Gründen, wie sie auch in Kapitel 6 diskutiert wurden, in geringerem Maße politisch integriert zu sein scheint als die übrigen Subgruppen. Die Differenzen zwischen ausländischen Personen der zweiten Generation und Deutschen ohne Migrationshintergrund sind relativ hoch ausgeprägt, erwiesen sie sich aufgrund der geringen Fallzahl von ausländischen Personen allerdings teilweise als nicht signifikant.

9. Fazit und Ausblick

Den Ausgangspunkt der vorliegenden Arbeit bildete die Frage, ob Personen der zweiten Generation politisch integriert sind, d.h. ob sie ein ähnliches Partizipationsverhalten aufweisen wie Deutsche ohne Migrationshintergrund. Als Angehörige der zweiten Generation galten hierbei Personen, die in Deutschland geboren wurden und mindestens ein zugewan-

deres Elternteil besitzen. Um die Frage nach ihrer politischen Integration zu beantworten, wurden unter Verwendung der theoretischen Grundlagen zur politischen Partizipation und Integration eigene Kriterien zur Messung einer politischen Integration der zweiten Generation entwickelt. Die Relevanz der Fragestellung leitet aus den demokratiegefährdenden Folgen einer strukturell bedingten Ungleichheit politischer Partizipation ab. Bislang herrschen in der Integrationsforschung widersprüchliche Annahmen hinsichtlich des Integrationsstands der zweiten Generation vor: Während die Argumente des Assimilationsmodells eine Integration der zweiten Generation nahelegen, sprechen die Argumente des Segmentationsmodells gegen ihre Integration. Diese widersprüchlichen Annahmen resultieren aus einem äußerst defizitären Forschungsstand, wie er in Kapitel 5 skizziert wurde. Die vorliegende Arbeit verfolgte daher das Ziel, diese Forschungslücke zu schließen.

Wie ein Überblick über den Forschungsstand gezeigt hat, deutet die Mehrheit der bisher vorliegenden Untersuchungen auf ein Integrationsdefizit der zweiten Generation hin. Allerdings wurde auch festgestellt, dass diesen Forschungsarbeiten eine unsaubere Datenbasis zugrunde liegt, die nicht ausschließlich Personen der zweiten Generation, sondern auch Personen anderer Migrantengenerationen einschließt. Daher lassen sie keine eindeutigen Aussagen über den politischen Integrationsstand der zweiten Generation zu. Dagegen konnte die vorliegende Arbeit, deren Forschungsinteresse sich ausschließlich auf Personen der zweiten Generation richtet, zeigen, dass die zweite Generation und ihre Subgruppen als weitgehend politisch integriert gelten können – die Differenzen zwischen der zweiten Generation und ihren Subgruppen sowie Deutschen ohne Migrationshintergrund erwiesen sich als relativ gering und mehrheitlich sogar als nicht signifikant. Die eingangs formulierte Befürchtung, dass Personen der zweiten Generation strukturell bedingt aus dem Partizipationsprozess ausgeschlossen sind, konnte durch die vorliegende Arbeit entkräftet werden. Allerdings sollten die gewonnenen Erkenntnisse nicht überbewertet werden, da eine Positivselektion bei der Stichprobenziehung des *ESS* die Aussagekraft der Daten und Ergebnisse einschränkt – darauf deutet ein Vergleich des Bildungsstands der zweiten Generation zwischen *Mikrozensus* und *ESS* hin. Die Gefahr einer Positivselektion spitzt sich vor allem durch den Umstand zu, dass die Fragebögen des *ESS* nicht in die Landessprachen der in Deutschland dominierenden Migrantengruppen übersetzt wurden. Vor diesem Hintergrund liegt die Annahme nahe, dass Personen, die nicht integriert sind und daher auch nur eingeschränkte Deutschkenntnisse aufweisen, nicht an einer auf Deutsch geführten Befragung teilnehmen können und wollen. Da keine weitere Datengrundlage zur Verfügung steht, die

sich zur Identifizierung der zweiten Generation eignet, können die empirischen Befunde der vorliegenden Arbeit bedauerlicherweise nicht gegengeprüft werden.

Im Rahmen der empirischen Analyse bestätigten sich die Annahmen des Assimilationsmodells, wonach die zweite Generation ihre Subgruppen politisch integriert sind. Folglich können die Geburt und Sozialisation in Deutschland als entscheidende Faktoren einer erfolgreichen politischen Integration bewertet werden. Eine Ausnahme bildet jedoch die ausländische Untersuchungsgruppe, die aus verschiedenen Gründen in deutlich geringerem Maße politisch integriert zu sein scheint als die übrigen Subgruppen. Wie sich in Kapitel 8.4 zeigte, geht das geringere Partizipationsniveau ausländischer Bürger vor allem auf ihre geringere Ausstattung mit partizipationsrelevanten Ressourcen und ihre geringere politische Involvierung zurück. Ausländische Personen sind vor allem in ihrem Bildungsgrad und Einkommensniveau benachteiligt. Eine Erklärung für die Vererbung struktureller Bildungsnachteile in Migrantenfamilien, die sich auch negativ auf ihre Einkommenssituation auswirken, ist die durchschnittlich geringere Humankapitalausstattung von Migrantenfamilien. Um zu verhindern, dass sich in der ausländischen Personengruppe der zweiten Generation ethnische Segmentierungstendenzen verfestigen, muss in Zukunft von Seiten der Politik die Beseitigung struktureller Bildungs- und Einkommensnachteile stärker forciert werden.

Eine mögliche Ursache für die geringere politische Involvierung ausländischer Personen ist, dass diese nicht wahlberechtigt sind. Ein fehlendes Wahlrecht wirkt sich, wie in Kapitel 8.3 festgestellt wurde, negativ auf die politische Involvierung ausländischer Personen, insbesondere auf ihr politisches Interesse und ihre Parteiidentifikation, aus. Sie setzen sich in geringerem Maße mit politischen Sachverhalten und parteilichen Positionen auseinander. Zudem dient Wählen als einfachste und grundsätzlichste Partizipationsform häufig als Einstieg in eine politische Beteiligung. Infolgedessen führt ein fehlendes Wahlrecht möglicherweise dazu, dass sich ausländische Personen auch an den übrigen Partizipationsformen in geringerem Maße beteiligen. Darüber hinaus fühlen sich Personen, die nicht wahlberechtigt sind, in Deutschland möglicherweise nicht als vollwertige Bürger anerkannt. Dieses Gefühl einer fehlenden Anerkennung kann zu einer Abwendung vom politischen System führen, die sich in einer geringeren politischen Integration manifestiert. Ausgehend von diesen empirischen Befunden ist anzuraten, in Zukunft die Einführung eines aktiven Wahlrechts für dauerhaft in Deutschland lebende Ausländer zu diskutieren. Aufgrund der geringen Fallzahl ausländischer Personen kann jedoch kein abschließendes Urteil über den Integrationsstand dieser Personengruppe getroffen werden. Obwohl sich zwischen der ausländischen Unter-

suchungsgruppe und der Personengruppe ohne Migrationshintergrund hoch ausgeprägte Differenzen feststellen ließen, erwiesen sich diese in vielen Fällen als nicht signifikant.

Vor diesem Hintergrund besteht die dringende Notwendigkeit, sich in Zukunft intensiver mit der politischen Integration der zweiten Generation zu beschäftigen. Bisher bestehende datentechnische Mängel, die verhindern, dass eindeutige Erkenntnisse über den politischen Integrationsstand der zweiten Generation gewonnen werden können, müssen schnellstmöglich behoben werden. So sollten in Befragungen verstärkt Fragen aufgenommen werden, auf deren Grundlage einzelne Migrantengenerationen identifiziert und sauber voneinander differenziert werden können. Des Weiteren müssen einheitliche Kriterien zur Erfassung der zweiten Generation – etwa in Anlehnung an den *Mikrozensus* – festgelegt werden. Nur so ist es möglich, die empirischen Befunde bisher vorliegender Untersuchungen problemlos aufeinander zu beziehen und miteinander zu vergleichen.

Stichproben, die sich auf Deutschland beziehen, müssen außerdem in einer ausreichend großen Fallzahl Personen der zweiten Generation enthalten. Erst eine breite Datenbasis erlaubt, repräsentative Untersuchungen durchzuführen, deren empirische Befunde aussagekräftig und generalisierbar sind. So konnte in der vorliegenden Arbeit aufgrund der geringen Fallzahl ausländischer Personen kein abschließendes Urteil über ihren politischen Integrationsstand getroffen werden. Zudem kann die zweite Generation erst bei einer ausreichend großen Fallzahl nach Merkmalen differenziert werden, die möglicherweise Einfluss auf ihren politischen Integrationsstand besitzen – etwa nach dem elterlichen Herkunftsland. Möglicherweise besitzt der Demokratisierungsgrad des elterlichen Herkunftslands Einfluss auf den politischen Integrationsstand einer Person. So ist anzunehmen, dass Personen, die aus einem undemokratischen Land geflüchtet sind und vor allem negative politische Erfahrungen besitzen, ihre negativen politischen Einstellungen auch an ihre Kinder weitergeben – dies kann sich negativ auf die politische Integration ihrer Nachkommen auswirken. Umgekehrt ist es aber ebenso plausibel, dass Personen, die aus einem undemokratischen Land geflüchtet sind, besonders positive Einstellungen gegenüber dem deutschen demokratischen System entwickeln und diese auch an ihre Kinder weitergeben – dies kann sich positiv auf die politische Integration ihrer Nachkommen auswirken. Aufgrund der geringen Fallzahl von Personen der zweiten Generation im *ESS* konnte dieser Zusammenhang bedauerlicherweise nicht näher untersucht werden.

Das Forschungsinteresse der vorliegenden Arbeit konzentrierte sich ausschließlich auf eine Dimension politischer Integration: die politische Partizipation. Um sich ein umfassendes

und vollständiges Bild von der politischen Integration der zweiten Generation verschaffen zu können, müssen in Zukunft alle Dimensionen politischer Integration, wie Martiniello (2005: 2-3) sie anführt, untersucht und systematisch miteinander verknüpft werden.

Es scheint, als stünde die Beschäftigung mit der politischen Integration der zweiten Generation erst an ihrem Anfang. Die vorliegende Arbeit hat einen ersten Beitrag geleistet, diesem vernachlässigten Forschungsbereich vermehrte wissenschaftliche Aufmerksamkeit zukommen zu lassen. Wie sich gezeigt hat, bestehen bisweilen gravierende datentechnische Mängel, die erschweren, dass umfassende und differenzierte Erkenntnisse über den politischen Integrationsstand der zweiten Generation gewonnen werden können. Für eine schnellstmögliche Überwindung dieser datentechnischen Mängel spricht vor allem die zentrale demokratietheoretische Bedeutung, die einer politischen Bürgerbeteiligung zukommt. Diese Bedeutung wird auch durch das einleitende Zitat von Schlozman (2002: 443) deutlich: „Citizen participation goes to the heart of democracy“. In Zukunft muss die Integrationsforschung ein besonderes Augenmerk auf die politische Integration der zweiten Generation und ihrer Subgruppen richten. Andernfalls riskiert sie, die demokratiegefährdenden Folgen einer strukturell bedingten, ungleichen Wahrnehmung der politischen Partizipationsrechte zu übersehen.

Literaturverzeichnis

- Abramson, Paul R./Claggett, William (2001): Recruitment and Political Participation. In: Political Research Quarterly, 54 (4), S. 905-916.
- Alba, Richard D./Handl, Johann/Müller, Walter (1994): Ethnische Ungleichheit im deutschen Bildungssystem. In: Politische Vierteljahresschrift, 46 (2), S. 209-237.
- Aldrich, John H. (1997): Positive Theory and Voice and Equality. In: The American Political Science Review, 91 (2), S. 421-423.
- Alemann, Ulrich von (1978): Partizipation, Demokratisierung, Mitbestimmung. Problemstellung und Literatur in Politik, Wirtschaft, Bildung und Wissenschaft. Eine Einführung, 2. Auflage, Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Andersen, Jørgen Goul/Tobiasen, Mette (2004): Who Are These Political Consumers Anyway? Survey Evidence from Denmark. In: Micheletti, Michele (Hrsg.): Politics, Products, and Markets. Exploring Political Consumerism Past and Present, New Brunswick: Transaction Publications, S. 203-221.
- Andreß, Hans-Jürgen/Hagenaars, Jacques A./Kühnel, Steffen (1997): Analysen von Tabellen und kategorialen Daten. Log-lineare Modelle, latente Klassenanalyse, logistische Regression und GSK-Ansatz, Berlin/Heidelberg: Springer.
- Angenendt, Steffen (2011): Staatsbürgerschaft, Teilhabe und Zugehörigkeit: Auf der Suche nach einem neuen Konsens für Deutschland. In: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Wer gehört dazu? Zugehörigkeit als Voraussetzung für Integration, Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung, S. 29-50.
- Armingeon, Klaus (2007): Political Participation and Associational Involvement. In: Deth, Jan W. van/Montero, José Ramón/Westholm, Anders (Hrsg.): Citizenship and Involvement in European Democracies. A Comparative Analysis, London/New York: Routledge, S. 358-383.
- Asher, Herbert A./Richardson, Bradley M./Weisberg, Herbert F. (1984): Political Participation. An ISSC Workbook in Comparative Analysis, Frankfurt am Main/New York: Campus Verlag.
- Backhaus, Klaus/Erichson, Bernd/Plinke, Wulff/Weiber, Rolf (2011): Multivariate Analysemethoden. Eine anwendungsorientierte Einführung, 13., überarbeitete Auflage, Berlin/Heidelberg: Springer Verlag.

- Balch, George I. (1974): Multiple Indicators in Survey Research. The Concept 'Sense of Political Efficacy'. In: *Political Methodology*, 1 (2), S. 1-43.
- Barnes, Samuel H./Kaase, Max/Allerbeck, Klaus R./Farah, Barbara/Heunks, Felix/Inglehart, Ronald/Jennings, M. Kent/Klingemann, Hans D./Marsh, Allan/Rosenmayr, Leopold (Hrsg.) (1979): *Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies*, Beverly Hills: Sage Publications.
- Barnett, Clive/Clarke, Nick/Malpass, Alice (2005): The Political Ethics on Consumerism. In: *Consumer Policy Review*, 15 (2), S. 45-51.
- Bartelheimer, Peter/Pagels, Nils (2009): Kommunale Integrationspolitik und lokaler Arbeitsmarkt. In: Gesemann, Frank/Roth, Roland (Hrsg.): *Lokale Integrationspolitik in der Einwanderungsgesellschaft. Migration und Integration als Herausforderung von Kommunen*, Wiesbaden: VS Verlag, S. 469-495.
- Baum, Detlef (1978): *Relative Deprivation und politische Partizipation. Sozialstrukturelle Bedingungen politischer Beteiligung*, Frankfurt am Main: Peter Lang Verlag.
- Beger, Kai-Uwe (2000): *Migration und Integration. Eine Einführung in das Wandlungsgeschehen und die Integration der Zugewanderten in Deutschland*, Opladen: Leske + Budrich.
- Below, Susanne von (2003): *Schulische Bildung, berufliche Ausbildung und Erwerbstätigkeit junger Migranten. Ergebnisse des Integrationssurveys des BiB. Bericht zum Projekt „Determinanten und Indikatoren der Integration und Segregation der ausländischen Bevölkerung“*, Wiesbaden: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung.
- Below, Susanne von (2005a): Die berufliche Bildung ausländischer Jugendlicher. In: Haug, Sonja/Diehl, Claudia (Hrsg.): *Aspekte der Integration. Eingliederungsmuster und Lebenssituation italienisch- und türkischstämmiger junger Erwachsener in Deutschland*, Wiesbaden: VS Verlag, S. 179-194.
- Below, Susanne von (2005b): Die schulische Bildung von Migranten. Zum Einfluss von sozialstrukturellen, regionalen und subjektiven Merkmalen. In: Haug, Sonja/Diehl, Claudia (Hrsg.): *Aspekte der Integration. Eingliederungsmuster und Lebenssituation italienisch- und türkischstämmiger junger Erwachsener in Deutschland*, Wiesbaden: VS Verlag, S. 97-131.

- Bender, Stefan/Seifert, Wolfgang (2000): Zur beruflichen und sozialen Integration der in Deutschland lebenden Ausländer. In: Alba, Richard/Schmidt, Peter/Wasmer, Martina (Hrsg.): Deutsche und Ausländer. Freunde, Fremde oder Feinde? Empirische Befunde und theoretische Erklärungen, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 55-91.
- Berger, Maria/Galonska Christian/Koopmans, Ruud (2004): Integration durch die Hintertür. Ethnisches Sozialkapital und politische Partizipation von Migranten in Berlin. In: Klein, Ansgar/Kern, Kristina/Geißel, Brigitte/Berger, Maria (Hrsg.): Zivilgesellschaft und Sozialkapital. Herausforderungen politischer und sozialer Integration, Wiesbaden: VS Verlag, S. 251-272.
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2009a): Demokratie und Integration in Deutschland. Politische Führung und Partizipation aus Sicht von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung.
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2009b): Zuwanderer in Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Befragung von Menschen mit Migrationshintergrund. Durchgeführt durch das Institut für Demoskopie Allensbach, www.ifd-allensbach.de/uploads/tx_studies/7405_Zuwanderer.pdf (31.03.2012).
- Best, Henning/Wolf, Christof (2010): Logistische Regression. In: Wolf, Christof/Best, Henning (Hrsg.): Handbuch der sozialwissenschaftlichen Datenanalyse, Wiesbaden: VS Verlag. S. 827-854.
- Bird, Karen/Saalfeld, Thomas/Wüst, Andreas M. (2011): Ethnic Diversity, Political Participation and Representation. A Theoretical Framework. In: Bird, Karen/Saalfeld, Thomas/Wüst, Andreas M. (Hrsg.): The Political Representation of Immigrants and Minorities. Voters, Parties and Parliaments in Liberal Democracies, London: Routledge, S. 1-21.
- Brady, Henry E. (1999): Political Participation. In: Robinson, John P. (Hrsg.): Measures of Political Attitudes, San Diego: Academic Press, S. 737-801.
- Brady, Henry E./Schlozman, Kay Lehman/Verba, Sidney (1999): Prospecting for Participants: Rational Expectations and the Recruitment of Political Activists. In: The American Political Science Review, 93 (1), S. 153-168.
- Brady, Henry E./Verba, Sidney/Schlozman, Kay Lehman (1995): Beyond SES: A Resource Model of Political Participation. In: American Political Science Review, 89 (2), S. 271-294.

- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2010): Fortschritte der Integration. Zur Situation der fünf größten in Deutschland lebenden Ausländergruppen, Forschungsbericht 8, Nürnberg.
- Burns, Nancy/Schlozman, Kay Lehman/Verba, Sidney (1997): The Public Consequences of Private Inequality: Family Life and Citizen Participation. In: The American Political Science Review, 91 (2), S. 373-389.
- Burns, Nancy/Schlozman, Kay Lehman/Verba, Sidney (2001): The Private Roots of Public Action. Gender, Equality, and Political Participation, Cambridge: Harvard University Press.
- Butterwegge, Carolin (2010): Armut von Kindern mit Migrationshintergrund. Ausmaß, Erscheinungsformen und Ursachen, Wiesbaden: VS Verlag.
- Caballero, Claudio (2009): Integration und politische Unterstützung. Eine empirische Untersuchung unter Ausländern, Wiesbaden: VS Verlag.
- Campbell, Angus/Gurin, Gerald/Miller, Warren E. (1971) [1954]: The Voter Decides, Westport: Greenwood Press.
- Claro da Fonseca, Sara (2011): New Citizens – New Candidates? Candidate Selection and the Mobilization of Immigrant Voters in German Elections. In: Bird, Karen/Saalfeld, Thomas/Wüst, Andreas M. (Hrsg.): The Political Representation of Immigrants and Minorities. Voters, Parties and Parliaments in Liberal Democracies, London/New York: Routledge, S. 109-127.
- Cyrus, Norbert (2008): Politische Integration von Einwanderinnen und Einwanderern, http://www.migration-boell.de/web/integration/47_1778.asp (16.02.2012).
- Cyrus, Norbert/Vogel, Dita (2008): Förderung politischer Integration von Migrantinnen und Migranten. Begründungszusammenhänge und Handlungsmöglichkeiten. POLITIS-Working Paper Nr. 13, Oldenburg: Carl-von-Ossietzky-Universität.
- Dahl, Robert A. (2000): On Democracy, New Haven: Yale University Press.
- Dahl, Robert A. (2006): On Political Equality, New Haven: Yale University Press.
- Dalton, Russell J. (2008): Citizen Politics. Public Opinion and Political Parties in Advanced Industrial Democracies, 5. Auflage, Washington, D.C.: CQ Press.

- D'Amato, Gianni (2001): Vom Ausländer zum Bürger. Der Streit um die politische Integration von Einwanderern in Deutschland, Frankreich und der Schweiz, Münster: LIT Verlag.
- Deth, Jan W. van (1990): Interest in Politics. In: Jennings, Myron Kent (Hrsg.): Continuities in Political Action. A Longitudinal Study of Political Orientations in Three Western Democracies, Berlin/New York: de Gruyter, S. 275-312.
- Deth, Jan W. van (1997a): Formen konventioneller politischer Partizipation. Ein neues Leben alter Dinosaurier? In: Gabriel, Oscar W. (Hrsg.): Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland, Opladen: Leske + Budrich, S. 292-319.
- Deth, Jan W. van (1997b): Introduction. Social Involvement and Democratic Politics. In: Deth, Jan W. van (Hrsg.): Private Groups and Public Life. Social Participation, Voluntary Associations and Political Involvement in Representative Democracies, New York: Routledge, S. 1-23.
- Deth, Jan W. van (2001): Soziale und politische Beteiligung. Alternativen, Ergänzungen oder Zwillinge? In: Koch, Achim/Wasmer, Martina/Schmidt, Peter (Hrsg.): Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland. Empirische Befunde und theoretische Erklärungen, Opladen: Leske + Budrich, S. 195-219.
- Deth, Jan W. van (2003): Vergleichende politische Partizipationsforschung. In: Berg-Schlosser, Dirk/Müller-Rommel, Ferdinand (Hrsg.): Vergleichende Politikwissenschaft, 4., überarbeitete und erweiterte Auflage, Opladen: Leske + Budrich, S. 167-187.
- Deth, Jan W. van (2009): Politische Partizipation. In: Kaina, Viktoria/Römmele, Andrea (Hrsg.): Politische Soziologie. Ein Studienbuch, Wiesbaden: VS Verlag, S. 141-161.
- Dickel, Doris (2002): Einwanderungs- und Asylpolitik der Vereinigten Staaten von Amerika, Frankreichs und der Bundesrepublik Deutschland. Eine vergleichende Studie der 1980er und 1990er Jahre, Opladen: Leske + Budrich.
- Die Bundesregierung (2007): Der Nationale Integrationsplan. Neue Wege – Neue Chancen. Berlin.

- Diefenbach, Heike (2005): Determinanten des Bildungserfolgs unter besonderer Berücksichtigung intergenerationaler Transmission. In: Haug, Sonja/Diehl, Claudia (Hrsg.): Aspekte der Integration. Eingliederungsmuster und Lebenssituation italienisch- und türkischstämmiger junger Erwachsener in Deutschland, Wiesbaden: VS Verlag, S. 133-157.
- Diefenbach, Heike (2007): Kinder und Jugendliche aus Migrantenfamilien im deutschen Bildungssystem. Erklärungen und empirische Befunde, Wiesbaden: VS Verlag.
- Diefenbach, Heike (2010): Bildungschancen und Bildungs(miss)erfolg von ausländischen Schülern oder Schülern aus Migrantenfamilien im System schulischer Bildung. In: Becker, Rolf/Lauterbach, Wolfgang (Hrsg.): Bildung als Privileg. Erklärungen und Befunde zu den Ursachen der Bildungsungleichheit, 4., aktualisierte Auflage, Wiesbaden: VS Verlag, S. 221-245.
- Diefenbach, Heike/Nauck, Bernhard (2000): Der Beitrag der Migrations- und Integrationsforschung zur Entwicklung der Sozialwissenschaften. In: Gogolin, Ingrid/Nauck, Bernhard (Hrsg.): Migration, gesellschaftliche Differenzierung und Bildung. Resultate des Forschungsschwerpunktprogramms FABER, Opladen: Leske + Budrich, S. 37-52.
- Diehl, Claudia (2000): Erscheinungsformen der Partizipation von Zuwanderern in der Bundesrepublik Deutschland. In: Serio, Antonella (Hrsg.): Der unsichtbare Mitbürger. Soziale und gesellschaftliche Aspekte der Integration der Italienerinnen und Italiener in Deutschland, Freiburg: Lambertus-Verlag, S. 85-102.
- Diehl, Claudia (2002): Die Partizipation von Migranten in Deutschland. Rückzug oder Mobilisierung? Opladen: Leske + Budrich.
- Diehl, Claudia (2004): Fördert die Partizipation in ethnischen Vereinen die politische Integration im Aufnahmeland? Theoretische Perspektiven und empirische Evidenzen. In: Klein, Ansgar/Kern, Kristine/Geißel, Brigitte/Berger, Maria (Hrsg.): Zivilgesellschaft und Sozialkapital. Herausforderungen politischer und sozialer Integration, Wiesbaden: VS Verlag, S. 231-250.
- Diehl, Claudia (2005a): Der Integrationssurvey des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung. In: Haug, Sonja/Diehl, Claudia (Hrsg.): Aspekte der Integration. Eingliederungsmuster und Lebenssituation italienisch- und türkischstämmiger junger Erwachsener in Deutschland, Wiesbaden: VS Verlag, S. 11-22.

- Diehl, Claudia (2005b): Fördert die Partizipation in ethnischen Vereinen die politische Integration im Aufnahmeland? Theoretische Perspektiven und empirische Evidenzen. In: Haug, Sonja/Diehl, Claudia (Hrsg.): Aspekte der Integration. Eingliederungsmuster und Lebenssituation italienisch- und türkischstämmiger junger Erwachsener in Deutschland, Wiesbaden: VS Verlag, S. 291-308.
- Diehl, Claudia (2005c): Wer wird Deutsche/r und warum? Bestimmungsfaktoren der Einbürgerung türkisch- und italienischstämmiger junger Erwachsener. In: Haug, Sonja/Diehl, Claudia (Hrsg.): Aspekte der Integration. Eingliederungsmuster und Lebenssituation italienisch- und türkischstämmiger junger Erwachsener in Deutschland, Wiesbaden: VS Verlag, S. 309-335.
- Downs, Anthony (1986) [1957]: *An Economic Theory of Democracy*, New York: Harper & Row.
- Edathy, Sebastian (2011): „Was alle betrifft, muss von allen beschlossen werden“ – Warum die Einführung des allgemeinen kommunalen Ausländerwahlrechts verfassungsrechtlich machbar und integrationspolitisch notwendig ist. In: Oppong, Marvin (Hrsg.): *Migranten in der deutschen Politik*, Wiesbaden: VS Verlag, S. 25-31.
- Eisenstadt, Shemuel N. (1954): *The Absorption of Immigrants. A Comparative Study Based Mainly on the Jewish Community in Palestine and the State of Israel*, London: Routledge & Kegan Paul.
- Engelen, Bart (2007): Why Compulsory Voting Can Enhance Democracy. In: *Acta Politica*, 42 (1), 23-39.
- Esser, Hartmut (1980): *Aspekte der Wanderungssoziologie. Assimilation und Integration von Wanderern, ethnischen Gruppen und Minderheiten. Eine handlungstheoretische Analyse*, Darmstadt/Neuwied: Luchterhand.
- Esser, Hartmut (1989): Die Eingliederung der zweiten Generation. Zur Erklärung „kultureller“ Differenzen. In: *Zeitschrift für Soziologie*, 18 (6), S. 426-443.
- Esser, Hartmut (1990): Nur eine Frage der Zeit? In: Esser, Hartmut/Friedrichs, Jürgen (Hrsg.): *Generation und Identität. Theoretische und empirische Beiträge zur Migrationssoziologie*, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 73-100.
- Esser, Hartmut (2000): *Soziologie. Spezielle Grundlagen, Band 2: Die Konstruktion der Gesellschaft*, Frankfurt am Main: Campus Verlag.

- Esser, Hartmut (2001): Integration und ethnische Schichtung. Arbeitspapiere des Mannheimer Zentrums für Europäische Sozialforschung Nr. 40, Mannheim.
- Esser, Hartmut (2010): Integration und ethnische Vielfalt. In: Weißeno, Georg (Hrsg.): Bürgerrolle heute: Migrationshintergrund und politisches Lernen, Opladen: Leske + Budrich, S. 65-81.
- Fereidooni, Karim (2011): Schule – Migration – Diskriminierung. Ursachen der Benachteiligung von Kindern mit Migrationshintergrund im deutschen Schulwesen, Wiesbaden: VS Verlag.
- Fijalkowski, Jürgen (2004): Zur Funktion ethnischer Vereinigungen. Die Resonanz ethnischer Vereinigungen mit Integrations- oder Segregationszielen: Reflexionen zur Hypothesenbildung. In: Klein, Ansgar/Kern, Kristine/Geißel, Brigitte/Berger, Maria (Hrsg.): Zivilgesellschaft und Sozialkapital. Herausforderungen politischer und sozialer Integration, Wiesbaden: VS Verlag, S. 193-209.
- Fincke, Gunilla (2009): Abgehängt, chancenlos, unwillig? Eine empirische Reorientierung von Integrationstheorien zu MigrantInnen der zweiten Generation in Deutschland, Wiesbaden: VS Verlag.
- Foroutan, Naika/Schäfer, Isabel (2009): Hybride Identitäten – muslimische Migrantinnen und Migranten in Deutschland und Europa. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 5, S. 11-18.
- Forschungsgruppe Wahlen e.V. (2009): Bundestagswahl 27. September 2009, www.forschungsgruppe.de/Wahlen/Wahlanalysen/News1_BTW09.pdf (16.02.2012).
- Franklin, Mark (2004): Voter Turnout and the Dynamics of Electoral Competition in Established Democracies Since 1945, Cambridge: Cambridge University Press.
- Franzen, Axel/Freitag, Markus (Hrsg.) (2007): Sozialkapital. Grundlagen und Anwendungen. Sonderheft der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 47, Wiesbaden: VS Verlag.
- Frey, Laura Vera (2010): Integration aus Sicht türkischer Jugendlicher. Im Zwiespalt zwischen türkischer Tradition und westlicher Moderne, Marburg: Tectum Verlag.

- Gabriel, Oscar W. (2004): Politische Partizipation. In: Deth, Jan W. van (Hrsg.): Deutschland in Europa. Ergebnisse des European Social Survey 2002-2003, Wiesbaden: VS Verlag, S. 317-338.
- Gabriel, Oscar W./Kunz, Volker/Roßteutscher, Sigrid/Deth, Jan W. van (2002): Sozialkapital und Demokratie. Zivilgesellschaftliche Ressourcen im Vergleich, Wien: WUV-Universitäts-Verlag.
- Gabriel, Oscar W./Völkl, Kerstin (2005): Politische und soziale Partizipation. In: Gabriel, Oscar W./Holtmann, Everhard (Hrsg.): Handbuch Politisches System der Bundesrepublik Deutschland, 3., völlig überarbeitete und erweiterte Auflage, München: Oldenbourg Verlag, S. 523-573.
- Gabriel, Oscar W./Völkl, Kerstin (2008): Politische und soziale Partizipation. In: Gabriel, Oscar W./Kropp, Sabine (Hrsg.): Die EU-Staaten im Vergleich. Strukturen, Prozesse, Politikinhalt, 3., aktualisierte und erweiterte Auflage, Wiesbaden: VS Verlag, S. 270-298.
- Gaiser, Wolfgang/Gille, Martina/de Rijke, Johann (2006): Politische Beteiligung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen. In: Hoecker, Beate (Hrsg.): Politische Partizipation zwischen Konvention und Protest. Eine studienorientierte Einführung, Opladen: Verlag Barbara Budrich, S. 211-234.
- Gehring, Uwe W./Weins, Cornelia (2009): Grundkurs Statistik für Politologen und Soziologen, 5., überarbeitete Auflage, Wiesbaden: VS Verlag.
- Geisen, Thomas (2007): Der Blick der Forschung auf Jugendliche mit Migrationshintergrund. In: Riegel, Christine/Geisen, Thomas (Hrsg.): Jugend, Zugehörigkeit und Migration. Subjektpositionierung im Kontext von Jugendkultur, Ethnizitäts- und Geschlechterkonstruktionen, Wiesbaden: VS Verlag, S. 27-59.
- Geißler, Rainer (2008): Die Sozialstruktur Deutschlands. Zur gesellschaftlichen Entwicklung mit einer Bilanz zur Vereinigung, 5., durchgesehene Auflage, Wiesbaden: VS Verlag.
- Gesemann, Frank (2009): Kommunale Bildungspolitik – Schlüssel zur Integration von Migranten? In: Gesemann, Frank (Hrsg.): Lokale Integrationspolitik in der Einwanderungsgesellschaft. Migration und Integration als Herausforderung von Kommunen, Wiesbaden: VS Verlag, S. 449-468.

- Glatzer, Wolfgang (2004): Integration und Partizipation junger Ausländer vor dem Hintergrund ethnischer und kultureller Identifikation. Ergebnisse des Integrations surveys des BiB, Wiesbaden: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung.
- Goerres, Achim (2009): The Political Participation of Older People in Europe. The Greying of Our Democracies, New York: Palgrave MacMillan.
- Gomolla, Mechthild (2000): Ethnisch-kulturelle Zuschreibungen und Mechanismen institutionalisierter Diskriminierung in der Schule. In: Attia, Iman/Marburger, Helga (Hrsg.): Alltag und Lebenswelten von Migrant*innenjugendlichen, Frankfurt am Main: Verlag für Interkulturelle Kommunikation, S. 49-70.
- Gordon, Milton M. (1964): Assimilation in American Life. The Role of Race, Religion and National Origins, New York: Oxford University Press.
- Gostomski, Christian Babka von (2010): Fortschritte der Integration. Zur Situation der fünf größten in Deutschland lebenden Ausländergruppen, Forschungsbericht 8, Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.
- Granato, Nadia (2003): Ethnische Ungleichheit auf dem deutschen Arbeitsmarkt, Opladen: Leske + Budrich.
- Granato, Nadia/Kalter, Frank (2001): Die Persistenz ethnischer Ungleichheit auf dem deutschen Arbeitsmarkt: Diskriminierung oder Unterinvestition in Humankapital? In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 53 (3), S. 497-520.
- Griese, Hartmut M. (2002): Die Ethnisierung von (sozialen) Konflikten. In: Griese, Hartmut M. (Hrsg.): Was ist eigentlich das Problem am „Ausländerproblem“? Über die soziale Durchschlagskraft ideologischer Konstrukte, Frankfurt am Main: Verlag für Interkulturelle Kommunikation, S. 99-130.
- Griffin, John David/Newman, Brian (2008): Minority Report. Evaluating Political Equality in America, Chicago: University of Chicago Press.
- Groenemeyer, Axel (2003): Kulturelle Differenz, ethnische Identität und die Ethnisierung von Alltagskonflikten. Ein Überblick sozialwissenschaftlicher Thematisierungen. In: Groenemeyer, Axel/Mansel, Jürgen (Hrsg.): Die Ethnisierung von Alltagskonflikten, Opladen: Leske + Budrich, S. 11-46.
- Hämmig, Oliver (2000): Zwischen zwei Kulturen. Spannungen, Konflikte und ihre Bewältigung bei der zweiten Ausländergeneration, Opladen: Leske + Budrich.

- Han, Petrus (2010): *Soziologie der Migration. Erklärungsmodelle, Fakten, politische Konsequenzen, Perspektiven*, 3. überarbeitete und aktualisierte Auflage, Stuttgart: Lucius & Lucius.
- Hansen, Emanuel (2009): *Politische Partizipation in Europa. Erklärungsfaktoren und ihr Zusammenwirken*, Marburg: Tectum Verlag.
- Haug, Sonja (2005): *Familienstand, Schulbildung und Erwerbstätigkeit. Eine Analyse der ethnischen und geschlechtsspezifischen Ungleichheiten*. In: Haug, Sonja/Diehl, Claudia (Hrsg.): *Aspekte der Integration. Eingliederungsmuster und Lebenssituation italienisch- und türkischstämmiger junger Erwachsener in Deutschland*, Wiesbaden: VS Verlag, S. 51-75.
- Heitmeyer, Wilhelm/Müller, Joachim/Schröder, Helmut (1997): *Verlockender Fundamentalismus: Türkische Jugendliche in Deutschland*, Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Herbert, Ulrich (2003): *Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Heß-Meining, Ulrike (2000): *Interesse am politischen Engagement und Formen politisch-gesellschaftlicher Beteiligung*. In: Weidacher, Alois (Hrsg.): *In Deutschland zu Hause. Politische Orientierungen griechischer, italienischer, türkischer und deutscher junger Erwachsener im Vergleich*, Opladen: Leske + Budrich, S. 191-224.
- Hierath, Bettina (2001): *Repräsentation und Gleichheit. Neue Aspekte in der politikwissenschaftlichen Repräsentationsforschung*, Opladen: Leske + Budrich.
- Hill, Paul/Schnell, Rainer (1990): *Was ist Identität?* In: Esser, Hartmut/Friedrichs, Jürgen (Hrsg.): *Generation und Identität. Theoretische und empirische Beiträge zur Migrationssoziologie*, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 25-42.
- Hochschild, Jennifer L. (1997): *Practical Politics and Voice and Equality*. In: *The American Political Science Review*, 91 (2), S. 425-427.
- Hoecker, Beate (1995): *Politische Partizipation von Frauen. Kontinuität und Wandel des Geschlechterverhältnisses in der Politik. Ein einführendes Studienbuch*, Opladen: Leske + Budrich.

- Hoecker, Beate (2006): Politische Partizipation: Systematische Einführung. In: Hoecker, Beate (Hrsg.): Politische Partizipation zwischen Konvention und Protest. Eine studienorientierte Einführung, Opladen: Verlag Barbara Budrich, S. 3-20.
- Inglehart, Ronald (1977): The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles Among Western Publics, Princeton: Princeton University Press.
- Inglehart, Ronald (1990): Culture Shift in Advanced Industrial Society, Princeton: Princeton University Press.
- Inglehart, Ronald (1997): Modernization and Postmodernization. Cultural, Economic and Political Change in 43 Societies, Princeton: Princeton University Press.
- Jude, Nina/Klieme, Eckhart (2010): Das Programme for International Student Assessment (PISA). In: Klieme, Eckhard/Artelt, Cordula/Hartig, Johannes/Jude, Nina (Hrsg.): PISA 2009. Bilanz nach einem Jahrzehnt, Münster: Waxmann, S. 11-21.
- Juhasz, Anne/Mey, Eva (2003): Die zweite Generation: Etablierte oder Außenseiter? Biographien von Jugendlichen ausländischer Herkunft, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Kaas, Leo/Manger, Christian (2010): Ethnic Discrimination in Germany's Labour Market: A Field Experiment, IZA Discussion Paper 4741, Bonn.
- Kaase, Max (1982): Partizipatorische Revolution – Ende der Parteien? In: Raschke, Joachim (Hrsg.): Bürger und Parteien. Ansichten und Analysen einer schwierigen Beziehung, Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung, S. 173-189.
- Kaase, Max (1990): Mass Participation. In: Jennings, Myron Kent (Hrsg.): Continuities in Political Action. A Longitudinal Study of Political Orientations in Three Western Democracies, Berlin/New York: de Gruyter, S. 23-64.
- Kaase, Max (1992): Politische Beteiligung. In: Nohlen, Dieter (Hrsg.): Lexikon der Politik. Die westlichen Länder, München: Verlag C. H. Beck, S. 339-346.
- Kaase, Max (1996): Partizipation. In: Nohlen, Dieter (Hrsg.): Wörterbuch Staat und Politik, 4. Auflage, München: Piper, S. 521-527.
- Kaase, Max (1997): Vergleichende Politische Partizipationsforschung. In: Berg-Schlosser, Dirk/ Müller-Rommel, Ferdinand (Hrsg.): Vergleichende Politikwissenschaft. Ein einführendes Studienhandbuch, 3. überarbeitete und ergänzte Auflage. Opladen: Leske + Budrich, S. 159-174.

- Kaase, Max (2000): Politische Beteiligung/Politische Partizipation. In: Andersen, Uwe/Woyke, Wichard (Hrsg.): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, 4., überarbeitete Auflage, Opladen: Leske + Budrich, S. 473-478.
- Kaase, Max/Marsh, Alan (1979a): Distribution of Political Action. In: Barnes, Samuel H./Kaase, Max/Allerbeck, Klaus R./Farah, Barbara/Heunks, Felix/Inglehart, Ronald/Jennings, M. Kent/Klingemann, Hans D./Marsh, Allan/Rosenmayr, Leopold (Hrsg.): Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies, Beverly Hills: Sage Publications, S. 167-202.
- Kaase, Max/Marsh Alan (1979b): Political Action. A Theoretical Perspective. In: Barnes, Samuel H./Kaase, Max/Allerbeck, Klaus R./Farah, Barbara/Heunks, Felix/Inglehart, Ronald/Jennings, M. Kent/Klingemann, Hans D./Marsh, Allan/Rosenmayr, Leopold (Hrsg.): Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies, Beverly Hills: Sage Publications, S. 27-56.
- Kalter, Frank (2008): Ethnische Ungleichheit auf dem Arbeitsmarkt. In: Abraham, Martin/Hinz, Thomas (Hrsg.): Arbeitsmarktsoziologie. Probleme, Theorien, empirische Befunde, Wiesbaden: VS Verlag, S. 303-332.
- Keil, Silke I. (2005): European Social Survey: Informationen zur zweiten Welle der deutschen Teilstudie, Stuttgart: Universität Stuttgart – Institut für Sozialwissenschaften.
- Keil, Silke I. (2007): European Social Survey: Informationen zur dritten Welle der deutschen Teilstudie, Stuttgart: Universität Stuttgart – Institut für Sozialwissenschaften.
- Keil, Silke I. (2009): European Social Survey: Informationen zur vierten Welle der deutschen Teilstudie, Stuttgart: Universität Stuttgart – Institut für Sozialwissenschaften.
- Keim, Sylvia (2003): „So richtig deutsch wird man nie sein...“. Frankfurt am Main: Verlag für Interkulturelle Kommunikation.
- Kevenhörster, Paul (2008): Politikwissenschaft, 3. Auflage, Wiesbaden: VS Verlag.
- Klein, Ansgar/Kern, Kristine/Geißel, Brigitte/Berger, Maria (Hrsg.): Zivilgesellschaft und Sozialkapital. Herausforderungen politischer und sozialer Integration, Wiesbaden: VS Verlag.

- Kleinhenz, Thomas (1995): Die Nichtwähler. Ursachen der sinkenden Wahlbeteiligung in Deutschland, Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Kober, Ulrich (2009): Demokratieorientierung und Partizipationspotenziale von Zuwanderern. In: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Demokratie und Integration in Deutschland. Politische Führung und Partizipation aus Sicht von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung, S. 131-140.
- Kober, Ulrich (2011): Zugehörigkeit als Schlüssel zur Integration. In: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Wer gehört dazu? Zugehörigkeit als Voraussetzung für Integration, Gütersloh: Verlag Bertelsmann-Stiftung, S. 11-16.
- Kornelius, Bernhard/Roth, Dieter (2004): Politische Partizipation in Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage, Gütersloh: Bertelsmann-Stiftung.
- Lajios, Konstantin (1991): Familiäre Sozialisations-, soziale Integrations- und Identitätsprobleme ausländischer Kinder und Jugendlicher in der Bundesrepublik Deutschland. In: Lajios, Konstantin (Hrsg.): Die zweite und dritte Ausländergeneration: Ihre Situation und Zukunft in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen: Leske + Budrich, S. 43-54.
- Lamla, Jörn (2006): Politisierter Konsum – Konsumierte Politik. Kritikmuster und Engagementformen im kulturellen Kapitalismus. In: Lamla, Jörn (Hrsg.): Politisierter Konsum – konsumierte Politik, Wiesbaden: VS Verlag, S. 9-40.
- Lane, Robert E. (1964) [1959]: Political Life. Why People Get Involved in Politics, New York: Free Press.
- Lijphart, Arend (1997): Unequal Participation: Democracy's Unresolved Dilemma. In: The American Political Science Review, 91 (1), S. 1-14.
- Linden, Markus (2007): Interessensymmetrie trotz Vielfalt? Modi gleichwertiger Inklusion in pluralistischen Demokratietheorien. In: Thaa, Winfried (Hrsg.): Inklusion durch Repräsentation, Baden-Baden: Nomos, S. 61-81.
- Lippl, Bodo (2007): Soziales Engagement und politische Partizipation in Europa. In: Franzen, Axel/Freitag, Markus (Hrsg.): Sozialkapital. Grundlagen und Anwendungen, Sonderheft der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 47. Wiesbaden: VS Verlag, S. 420-449.

- Lockwood, David (1969): Soziale Integration und Systemintegration. In: Zapf, Wolfgang (Hrsg.): Theorien des sozialen Wandels, Köln: Kiepenheuer & Witsch, S. 245-273.
- Mammey, Ulrich (2005): Der Integrationsbegriff in der deutschsprachigen Sozial- und Politikwissenschaft. In: Haug, Sonja/Diehl, Claudia (Hrsg.): Aspekte der Integration. Eingliederungsmuster und Lebenssituation italienisch- und türkischstämmiger junger Erwachsener in Deutschland, Wiesbaden: VS Verlag, S. 23-49.
- Mansbridge, Jane (1997): Normative Theory and Voice and Equality. In: The American Political Science Review, 91 (2), S. 423-425.
- Martiniello, Marco (2005): Political Participation, Mobilisation and Representation of Immigrants and Their Offsprings in Europe, Willy Brandt Series of Working Papers in International Migration and Ethnic Relations Nr. 1, Malmö: Malmö University.
- Meyer, Birgit (1992): Die „unpolitische“ Frau. Politische Partizipation von Frauen oder: Haben Frauen ein anderes Verständnis von Politik? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 25/26, S. 3-18.
- Micheletti, Michele (2004) (Hrsg.): Politics, Products, and Markets. Exploring Political Consumerism Past and Present, New Brunswick: Transaction Publications.
- Milbrath, Lester W./Goel, Madan Lal (1977): Political Participation. How and Why Do People Get Involved in Politics, 2. Auflage, Washington, D.C.: University Press of America.
- Neller, Katja (2002): Politisches Interesse. In: Greiffenhagen, Martin/Greiffenhagen, Sylvia (Hrsg.): Handwörterbuch zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland, 2., völlig überarbeitete und aktualisierte Auflage, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 489-494.
- Neller, Katja (2003): European Social Survey: Informationen zur ersten Welle der deutschen Teilstudie, Stuttgart: Universität Stuttgart – Institut für Sozialwissenschaften.
- Neller, Katja (2004a): Der European Social Survey (ESS) 2002-2003. In: Deth, Jan W. van (Hrsg.): Deutschland in Europa, Wiesbaden: VS Verlag, S. 373-382.
- Neller, Katja (2004b): Der European Social Survey (ESS). Neue Analysemöglichkeiten für die international vergleichende empirische Sozialforschung. In: Politische Vierteljahresschrift, 45 (2), 259-261.

- Neller, Katja (2006): Die zweite Welle des European Social Survey (ESS) 2004/2005. In: ZA-Information, 58, 92-102.
- Neuner, Michael (2007): Politischer Konsum. Wesen, Erscheinungsformen und Bedeutung. In: Wirtschaftswissenschaftliches Studium, 7, S. 342-347.
- Nève, Dorothee de (2009): NichtwählerInnen – eine Gefahr für die Demokratie? Opladen: Verlag Barbara Budrich.
- Nie, Norman H./Verba, Sidney/Kim, Jae-on (1974): Political Participation and The Life Cycle. In: Comparative Politics, 6 (3), S. 319-340.
- Niedermayer, Oskar (2005): Bürger und Politik. Politische Orientierungen und Verhaltensweisen der Deutschen, 2., aktualisierte und erweiterte Auflage, Wiesbaden: VS Verlag.
- Norris, Pippa (2002): Democratic Phoenix. Reinventing Political Activism, Cambridge: Cambridge University Press.
- Oswald, Ingrid (2007): Migrationssoziologie, Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft.
- Park, Robert Ezra (1996) [1928]: Human Migration and the Marginal Man. In: Sollors, Werner M. (Hrsg.): Theories of Ethnicity. A Classical Reader, New York: New York University Press, S. 156-167.
- Parry, Geraint/Moyser, George/Day, Neil (1992): Political Participation and Democracy in Britain, Cambridge: Cambridge University Press.
- Pickel, Susanne/Pickel, Gert (2006): Politische Kultur- und Demokratieforschung: Grundbegriffe, Theorien, Methoden. Eine Einführung, Wiesbaden: VS Verlag.
- Polat, Ülger (1997): Soziale und kulturelle Identität türkischer Migranten der zweiten Generation in Deutschland, Hamburg: Verlag Dr. Kovac.
- Polat, Ülger (2000): Zwischen Integration und Desintegration. Positionen türkischstämmiger Jugendlicher in Deutschland. In: Attia, Iman/Marburger, Helga (Hrsg.): Alltag und Lebenswelten von Migrantenjugendlichen, Frankfurt am Main: Verlag für Interkulturelle Kommunikation, S. 11-25.
- Putnam, Robert D. unter Mitarbeit von Robert Leonardi und Raffaella Y. Nanetti (1994) [1993]: Making Democracy Work. Civic Traditions in Modern Italy, Princeton: Princeton University Press.

- Putnam, Robert D. (2000): *Bowling Alone. The Collapse and Revival of American Community*, New York: Simon & Schuster.
- Radtke, Günter D. (1976): *Teilnahme an der Politik. Bestimmungsgründe der Bereitschaft zur politischen Partizipation. Ein empirischer Beitrag*, Leverkusen: Heggen.
- Rattinger, Hans (2002): *Parteiidentifikation*. In: Greiffenhagen, Martin/Greiffenhagen, Sylvia (Hrsg.): *Handwörterbuch zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland*, 2., völlig überarbeitete und aktualisierte Auflage, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 316-324.
- Reinprecht, Christoph/Weiss, Hilde (2011): *Migration und Integration: Soziologische Perspektiven und Erklärungsansätze*. In: Fassmann, Heinz/Dahlvik, Julia (Hrsg.): *Migrations- und Integrationsforschung – multidisziplinäre Perspektiven. Ein Reader*, Göttingen: V&R Unipress, S. 13-31.
- Reißlandt, Carolin (2007): *Armut bei Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund*. In: Geisen, Thomas/Riegel, Christine (Hrsg.): *Jugend, Partizipation und Migration. Orientierungen im Kontext von Integration und Ausgrenzung*, Wiesbaden: VS Verlag, S. 89-106.
- Riegel, Christine (2004): *Im Kampf um Zugehörigkeit und Anerkennung. Orientierungen und Handlungsformen von jungen Migrantinnen. Eine soziobiografische Untersuchung*, Frankfurt am Main: Verlag für Interkulturelle Kommunikation.
- Roller, Edeltraud/Rudi, Tatjana (2008): *Explaining Level and Equality of Political Participation. The Role of Social Capital, Socioeconomic Modernity, and Political Institutions*. In: Meulemann, Heiner (Hrsg.): *Social Capital in Europe: Similarity of Countries and Diversity of People? Multi-level Analyses of the European Social Survey 2002*, Leiden/Boston: Brill, S. 251-283.
- Roth, Roland (2004): *Die dunkle Seite der Zivilgesellschaft. Grenzen einer zivilgesellschaftlichen Fundierung von Demokratie*. In: Klein, Ansgar/Kern, Kristine/Geißel, Brigitte/Berger, Maria (Hrsg.): *Zivilgesellschaft und Sozialkapital. Herausforderungen politischer und sozialer Integration*, Wiesbaden: VS Verlag, S. 41-64.
- Schlozman, Kay Lehmann (2002): *Citizen Participation in America: What Do We Know? Why Do We Care?* In: Katznelson, Ira/Milner, Helen V. (Hrsg.): *Political Science. The State of the Discipline*, Washington, D.C.: American Political Science Association, S. 433-461.

- Schlozman, Kay Lehmann/Burns, Nancy/Verba, Sidney (1994): Gender and the Pathways to Participation. The Role of Resources. In: *The Journal of Politics*, 56 (4), S. 963-990.
- Schlozman, Kay Lehmann/Page, Benjamin I./Verba, Sidney/Fiorina, Morris P. (2005): Inequalities of Political Voice. In: Jacobs, Lawrence R./Skocpol, Theda (Hrsg.): *Inequality and American Democracy. What We Know and What We Need to Learn*, New York: Russell Sage Foundation, S. 19-87.
- Schmid, Susanne/Kohls, Martin (2011): *Generatives Verhalten und Migration. Eine Bestandsaufnahme des generativen Verhaltens von Migrantinnen in Deutschland*, Forschungsbericht 10, Nürnberg: Bundesamt für Migration.
- Schneider, Silke L. (2008): Applying the ISCED-97 to German Educational Qualifications. In: Schneider, Silke L. (Hrsg.): *The International Standard Classification of Education (ISCED-97). An Evaluation of Content and Criterion Validity for 15 European Countries*, Mannheim: MZES, S. 76-102.
- Schnell, Rainer/Hill, Paul B./Esser, Elke (2011): *Methoden der empirischen Sozialforschung*, 9., aktualisierte Auflage, München: Oldenbourg Verlag.
- Schulte, Axel/Treichler, Andreas (2010): *Integration und Antidiskriminierung. Eine interdisziplinäre Einführung*, Weinheim/München: Juventa Verlag.
- Schultze, Rainer-Olaf (1995): Partizipation. In: Nohlen, Dieter/Schultze, Rainer-Olaf (Hrsg.): *Politische Theorien*, München: C.H. Beck, S. 396-406.
- Schumann, Siegfried (2011): *Repräsentative Umfrage. Praxisorientierte Einführung in empirische Methoden und statistische Analyseverfahren*, 5., korrigierte Auflage, München: Oldenbourg Verlag.
- Schumpeter, Joseph A. (1993) [1950]: *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*, 7., erweiterte Auflage, Tübingen: Francke.
- Seifert, Wolfgang (2001): Migration als Armutsrisiko. In: Barlösius, Eva/Ludwig-Mayerhofer, Wolfgang (Hrsg.): *Die Armut der Gesellschaft*, Opladen: Leske + Budrich, S. 201-222.
- Seifert, Wolfgang (2007): Integration und Arbeit. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 22-23, S. 12-19.

- Siminovskaia, Olga (2008): Bildungs- und Berufserfolge junger Migranten. Kohortenvergleich der zweiten Gastarbeitergeneration, Wiesbaden: VS Verlag.
- Stanat, Petra/Rauch, Dominique/Segeritz, Michael (2010): Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund. In: Klieme, Eckhard/Artelt, Cordula/Hartig, Johannes/Jude, Nina (Hrsg.): PISA 2009. Bilanz nach einem Jahrzehnt, Münster: Waxmann, S. 200-230.
- Statistisches Bundesamt (2011): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2010, Fachserie 1, Reihe 2.2, Wiesbaden.
- Steinbrecher, Markus (2009): Politische Partizipation in Deutschland, Baden-Baden: Nomos.
- Stolle, Dietlind/Hooghe, Marc/Micheletti, Michele (2003): Zwischen Markt und Zivilgesellschaft. Politischer Konsum als bürgerliches Engagement. In: Gosewinkel, Dieter/Rucht, Dieter/Daele, Wolfgang van den/Kocka, Jürgen (Hrsg.): Zivilgesellschaft – national und transnational, Berlin: Edition Sigma, S. 151-171.
- Teorell, Jan (2006): Political Participation and Three Theories of Democracy: A Research Inventory and Agenda. In: European Journal of Political Research, 45 (5), S. 787-810.
- Teorell, Jan/Sum, Paul/Tobiasen, Mette (2007): Participation and Political Equality. An Assessment of Large-Scale Democracy. In: Deth, Jan W. van/Montero, José Ramón/Westholm, Anders (Hrsg.): Citizenship and Involvement in European Democracies. A Comparative Analysis, London/New York: Routledge, S. 384-414.
- Teorell, Jan/Torcal, Mariano/Montero, José Ramón (2007): Political Participation. Mapping the Terrain. In: Deth, Jan W. van/Montero, José Ramón/Westholm, Anders (Hrsg.): Citizenship and Involvement in European Democracies. A Comparative Analysis, London/New York: Routledge, S. 334-357.
- Tietze, Klaudia (2008): Einwanderung und die deutschen Parteien. Akzeptanz und Abwehr von Migranten im Widerstreit in der Programmatik von SPD, FDP, den Grünen und CDU/CSU, Münster: LIT-Verlag.
- Topf, Richard (1995): Beyond Electoral Participation. In: Klingemann, Hans-Dieter/Fuchs, Dieter (Hrsg.): Citizens and the State, Oxford: Oxford University Press, S. 52-91.

- Treibel, Annette (2008): Migration in modernen Gesellschaften. Soziale Folgen von Einwanderung, Gastarbeit und Flucht, 4. Auflage, Weinheim/München: Juventa Verlag.
- Uehlinger, Hans-Martin (1988): Politische Partizipation in der Bundesrepublik. Strukturen und Erklärungsmodelle, Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Unterwurzacher, Arne (2007): „Ohne Schule bist du niemand!“ Bildungsbiographien von Jugendlichen mit Migrationshintergrund. In: Weiss, Hilde (Hrsg.): Leben in zwei Welten. Zur sozialen Integration ausländischer Jugendlicher der zweiten Generation, Wiesbaden: VS Verlag, S. 71-96.
- Verba, Sidney (1967): Democratic Participation. In: Annals of the American Academy of Political and Social Science, 373 (2), S. 53-78.
- Verba, Sidney (2003): Would the Dream of Political Equality Turn out to Be a Nightmare? In: Perspectives on Politics, 1 (4), S. 663-679.
- Verba, Sidney/Burns, Nancy/Schlozman, Kay Lehmann (1997): Knowing and Caring About Politics. Gender and Political Engagement. In: The Journal of Politics, 59 (4), S. 1051-1072.
- Verba, Sidney/Nie, Norman H. (1972): Participation in America. Political Democracy and Social Equality, New York: Harper & Row.
- Verba, Sidney/Nie, Norman H./Kim, Jae-On (1980): Participation and Political Equality. A Seven-Nation Comparison, Cambridge/London: Cambridge University Press.
- Verba, Sidney/Schlozman, Kay Lehman/Brady, Henry E. (1995): Voice and Equality. Civic Voluntarism in American Politics, Cambridge/London: Harvard University Press.
- Verba, Sidney/Schlozman, Kay Lehman/Brady, Henry E./Nie, Norman H. (1993): Race, Ethnicity and Political Resources: Participation in the United States. In: British Journal of Political Science, 23 (4), S. 453-497.
- Vetter, Angelika (1997): Political Efficacy – Reliabilität und Validität. Alte und neue Messmodelle im Vergleich, Wiesbaden: Deutscher Universitäts-Verlag.
- Vogel, Wolfram (2010): Die Migration im Hintergrund. Strukturen der Integrationspolitik in Deutschland. In: Baasner, Frank (Hrsg.): Migration und Integration in Europa, Baden-Baden: Nomos, S. 43-56.

- Weidacher, Alois (Hrsg.) (2000): In Deutschland zu Hause. Politische Orientierungen griechischer, italienischer, türkischer und deutscher junger Erwachsener im Vergleich. DJI-Ausländersurvey, Opladen: Leske + Budrich.
- Weiss, Hilde (2007): Wege zur Integration? Theoretischer Rahmen und Konzepte der empirischen Untersuchung. In: Weiss, Hilde (Hrsg.): Leben in zwei Welten. Zur sozialen Integration ausländischer Jugendlicher der zweiten Generation, Wiesbaden: VS Verlag, S. 13-32.
- Weßels, Bernhard (2002): Wählen und politische Ungleichheit. Der Einfluss von individuellen Ressourcen und politischem Angebot. In: Fuchs, Dieter/Roller, Edeltraud/Weßels, Bernhard (Hrsg.): Bürger und Demokratie in Ost und West. Studien zur politischen Kultur und zum politischen Prozess. Festschrift für Hans-Dieter Klingemann, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 145-168.
- Westle, Bettina (1994): Politische Partizipation. In: Gabriel, Oscar W./Brettschneider, Frank (Hrsg.): Die EU-Staaten im Vergleich. Strukturen, Prozesse, Politikinhalt, 2., überarbeitete und erweiterte Auflage, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 137-173.
- Westle, Bettina (2001): Politische Partizipation und Geschlecht. In: Koch, Achim/Wasmer, Martina/Schmidt, Peter (Hrsg.): Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland. Empirische Befunde und theoretische Erklärungen, Opladen: Leske + Budrich, S. 131-168.
- Westle, Bettina (Hrsg.) (2008): Sozialkapital. Eine Einführung, Baden-Baden: Nomos.
- Wiedemann, Claudia (2006): Politische Partizipation von Migranten und Migrantinnen. In: Hoecker, Beate (Hrsg.): Politische Partizipation zwischen Konvention und Protest. Eine studienorientierte Einführung, Opladen: Verlag Barbara Budrich, S. 261-286.
- Wolfinger, Raymond E./Rosenstone, Steven J. (1980): Who Votes? New Haven: Yale University Press.
- Worbs, Susanne (2003): The Second Generation in Germany: Between School and Labor Market. In: International Migration Review, 37 (4), S. 1011-1038.
- Wüst, Andreas M. (2000): New Citizens – New Voters? Political Preferences and Voting Intentions of Naturalized Germans. A Case Study in Progress. In: The International Migration Review, 34 (2), S. 560-567.

- Wüst, Andreas M. (2002): *Wie wählen Neubürger? Politische Einstellungen und Wahlverhalten eingebürgerter Personen in Deutschland*, Opladen: Leske + Budrich.
- Wüst, Andreas M. (2003): *Das Wahlverhalten eingebürgerter Personen in Deutschland*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 52, S. 29-38.
- Wüst, Andreas M. (2006): *Wahlverhalten und politische Repräsentation von Migranten*. In: *Der Bürger im Staat*, 56 (4), S. 228-234.
- Wüst, Andreas M. (2011): *Migrants as Parliamentary Actors in Germany*. In: Bird, Karen/Saalfeld, Thomas/Wüst, Andreas M. (Hrsg.): *The Political Representation of Immigrants and Minorities. Voters, Parties and Parliaments in Liberal Democracies*, London/New York: Routledge, S. 250-265.
- Wüst, Andreas M./Saalfeld, Thomas (2010): *Abgeordnete mit Migrationshintergrund im Vereinigten Königreich, Frankreich, Deutschland und Schweden: Opportunitäten und Politikschwerpunkte*. In: *Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 44*, S. 312-333.
- Wüst, Andreas M./Schmitz, Constanze (2010): *Zwischen migrationsspezifischer Prägung und politischer Opportunitätsstruktur: Abgeordnete mit Migrationshintergrund in deutschen Parlamenten seit 1987*. In: Wießeno, Georg (Hrsg.): *Bürgerrolle heute: Migrationshintergrund und politisches Lernen*, Opladen: Leske + Budrich, S. 127-143.
- Yeshurun, Stéphanie-Aline/Nell, Werner (2008): *Die halbherzige Suche nach neuen Wegen. Zur Gestaltung der Einwanderungssituation in Deutschland*. In: Nell, Werner/Yeshurun, Stéphanie-Aline (Hrsg.): *Arbeitsmarkt, Migration und Integration in Europa. Ein Vergleich*, Schwalbach/Taunus: Wochenschau-Verlag, S. 144-173.
- Zaller, John R. (2005) [1992]: *The Nature and Origins of Mass Opinion*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Zmerli, Sonja (2006): *Inklusives und exklusives Sozialkapital in Deutschland. Grundlagen, Erscheinungsformen und Erklärungspotenzial eines alternativen theoretischen Konzepts*, Baden-Baden: Nomos.

Anhang

A. Fragestellungen und Indexbildungen

a. Abhängige Variablen

Politische Partizipationsformen

Die folgenden Variablen zur Erfassung politischer Partizipation sind dichotom in eine politische Aktivität (Wert: 1) und eine politische Inaktivität (Wert: 0) kodiert.

Wählen

B11: „Manche Menschen gehen heutzutage aus verschiedenen Gründen nicht zur Wahl. Wie ist das bei Ihnen? Haben Sie bei der letzten Bundestagswahl im *Monat Jahr* gewählt?“

Andere politische Partizipationsformen

„Es gibt verschiedene Möglichkeiten, mit denen man versuchen kann, etwas in Deutschland zu verbessern oder zu verhindern, dass sich etwas verschlechtert. Haben sie im Verlauf der letzten 12 Monate irgendetwas davon unternommen? Haben Sie...“

B13: „...Kontakt zu einem Politiker oder einer Amtsperson auf Bundes-, Landes- oder Kommunalebene aufgenommen?“

B14: „...in einer politischen Partei oder Gruppierung mitgearbeitet?“

B16: „...ein Abzeichen oder einen Aufkleber einer politischen Kampagne getragen oder irgendwo befestigt?“

B17: „...sich an einer Unterschriftensammlung beteiligt?“

B18: „...an einer genehmigten öffentlichen Demonstration teilgenommen?“

Indexbildung

Binärer Partizipationsindex

Gab ein Befragter an, sich an *mindestens* einer der folgenden sechs Partizipationsformen beteiligt zu haben, galt dies als politische Aktivität (Wert: 1). Gab ein Befragter hingegen an, sich an keiner der folgenden sechs Partizipationsformen beteiligt zu haben, galt dies als politische Inaktivität (Wert: 0). Im Falle der ausländischen Untersuchungsgruppe wurde die Wahl aus dem binären Partizipationsindex ausgeschlossen.

Wählen	}	1
Politikerkontakt		
Mitarbeit in Partei		
Aufkleber mit politischem Inhalt		
Unterzeichnung einer Petition		
Teilnahme an Demonstration		
Politische Inaktivität		0

Additiver Partizipationsindex

Der additive Partizipationsindex misst für jede befragte Person die Summe der von ihr durchgeführten Beteiligungsformen. Der Wertebereich des additiven Indexes reicht von 0 bis 6, für die ausländische Untersuchungsgruppe von 0 bis 5.

Politische Inaktivität	0
Teilnahme an einer Partizipationsform	1
Teilnahme an zwei Partizipationsformen	2
Teilnahme an drei Partizipationsformen	3
Teilnahme an vier Partizipationsformen	4
Teilnahme an fünf Partizipationsformen	5
Teilnahme an sechs Partizipationsformen	6

Index verfasster Partizipationsformen

Der verfasste Partizipationsindex ist dichotom kodiert. Gab ein Befragter an, sich an *mindestens* einer der beiden verfassten Partizipationsformen ‚Wahl‘ und ‚Mitarbeit in einer politischen Partei‘ beteiligt zu haben, gilt dies als politische Aktivität (Wert: 1). Gab ein Befragter an, sich an keiner der beiden verfassten Partizipationsformen beteiligt zu haben, gilt dies als politische Inaktivität (Wert: 0).

Wählen	}	1
Mitarbeit in einer Partei		
Politische Inaktivität		0

Index unverfasster Partizipationsformen

Der unverfasste Partizipationsindex ist dichotom kodiert. Gab ein Befragter an, sich an *mindestens* einer der vier unverfassten Partizipationsformen ‚Politikerkontakt‘, ‚Tragen eines Aufklebers mit politischem Inhalt‘, ‚Unterzeichnung einer Petition‘ und ‚Teilnahme an einer Demonstration‘ beteiligt zu haben, gilt dies als politische Aktivität (Wert: 1). Gab ein Befragter hingegen an, sich an keiner der vier unverfassten Partizipationsformen beteiligt zu haben, gilt dies als politische Inaktivität (Wert: 0).

Politikerkontakt	}	1
Tragen von Aufkleber mit politischem Inhalt		
Unterzeichnung einer Petition		
Teilnahme an Demonstration		
Politische Inaktivität		0

b. Unabhängige Variablen

Gruppenzugehörigkeit

Deutsche/r ohne Migrationshintergrund

Zur Identifikation von Personen ohne Migrationshintergrund stehen im *ESS* folgende Items zur Verfügung:

C26: „Sind Sie deutsche(r) Staatsbürger(in)?“

C28: „Sind Sie in Deutschland geboren?“

C33: „Ist Ihr Vater in Deutschland geboren?“

C35: „Ist Ihre Mutter in Deutschland geboren?“

Als Person ohne Migrationshintergrund gilt ein Befragter, wenn er die deutsche Staatsbürgerschaft besitzt, in Deutschland geboren wurde sowie beide Elternteile in Deutschland geboren wurde:

Staatsangehörigkeit	deutsch
<i>und</i>	
Geburtsland	Deutschland
<i>und</i>	
Geburtsland Vater	Deutschland
<i>und</i>	
Geburtsland Mutter	Deutschland

Zweite Migrantengeneration – Gesamtgruppe

Zur Identifikation der zweiten Migrantengeneration stehen im *ESS* folgende Items zur Verfügung:

C28: „Sind Sie in Deutschland geboren?“

C33: „Ist Ihr Vater in Deutschland geboren?“

C35: „Ist Ihre Mutter in Deutschland geboren?“

Zur zweiten Migrantengeneration zählt ein Befragter, wenn er in Deutschland geboren wurde und *mindestens* ein Elternteil besitzt, das im Ausland geboren wurde:

Geburtsland	Deutschland
<i>und</i>	
Geburtsland Vater <i>und/oder</i> Mutter	Ausland

Zweite Migrantengeneration – differenziert nach Staatsbürgerschaft

Hierbei wurde die Gesamtgruppe der zweiten Migrantengeneration nach ihrer deutschen bzw. ausländischen Staatsbürgerschaft unterschieden.

Personen der zweiten Migrantengeneration mit einer deutschen Staatsbürgerschaft:

Geburtsland	Deutschland
<i>und</i>	
Geburtsland Vater <i>und/oder</i> Mutter	Ausland
<i>und</i>	
Staatsangehörigkeit	deutsch

Personen der zweiten Migrantengeneration mit einer ausländischen Staatsbürgerschaft:

Geburtsland	Deutschland
<i>und</i>	
Geburtsland Vater <i>und/oder</i> Mutter	Ausland
<i>und</i>	
Staatsbürgerschaft	nicht-deutsch

Zweite Migrantengeneration – differenziert nach der Anzahl zugewanderter Elternteile

Hierbei wurde die Gesamtgruppe der zweiten Migrantengeneration nach der Anzahl ihrer zugewanderten Elternteile unterschieden.

Personen der zweiten Migrantengeneration mit einem zugewanderten Elternteil:

Geburtsland	Deutschland
<i>und</i>	
Geburtsland Vater <u>oder</u> Mutter	Ausland

Personen der zweiten Migrantengeneration mit zwei zugewanderten Elternteilen:

Geburtsland	Deutschland
<i>und</i>	
Geburtsland Vater <u>und</u> Mutter	Ausland

Variablen des CVM

Einkommen

F32: „Wenn Sie die Einkommen aus allen Quellen zusammenzählen: Welcher Buchstabe auf Liste 73 trifft für das gesamte Nettoeinkommen Ihres Haushalts zu? Gemeint ist die Summe, die sich aus Lohn, Gehalt, Einkommen aus selbständiger Tätigkeit, Rente oder Pension ergibt, jeweils nach Abzug der Steuern und Kranken- und Sozialversicherungsbeiträge. Rechnen sie bitte auch Einkommen aus Vermietung, Verpachtung, Geldanlagen und Einkünfte wie Kindergeld, Wohngeld, Sozialhilfe und sonstige Einkünfte hinzu. Wenn Sie die genaue Summe nicht wissen, schätzen Sie bitte. Sie können das wöchentliche, monatliche oder jährliche Nettoeinkommen in Euro angeben, so wie Sie es am besten wissen.“ (Die folgenden Angaben geben das monatliche Nettohaushaltseinkommen in Euro wider).

- | | |
|----|------------------------|
| 1 | weniger als 150 |
| 2 | 150 bis unter 300 |
| 3 | 300 bis unter 500 |
| 4 | 500 bis unter 1.000 |
| 5 | 1.000 bis unter 1.500 |
| 6 | 1.500 bis unter 2.000 |
| 7 | 2.000 bis unter 2.500 |
| 8 | 2.500 bis unter 3.000 |
| 9 | 3.000 bis unter 5.000 |
| 10 | 5.000 bis unter 7.500 |
| 11 | 7.500 bis unter 10.000 |
| 12 | mehr als 10.000 |

Bildung

F6: „Was ist der höchste allgemeinbildende Schulabschluss, den Sie haben?“

- | | |
|---|---|
| 0 | Schule beendet ohne Abschluss |
| 1 | Volks-/Hauptschulabschluss bzw. Polytechnische Oberschule mit Abschluss der 8. oder 9. Klasse |
| 2 | Mittlere Reife/Realschulabschluss bzw. Polytechnische Oberschule mit Abschluss der 10. Klasse |
| 3 | Fachhochschulreife |
| 4 | Abitur bzw. Erweiterte Oberschule mit Abschluss der 12. Klasse (Hochschulreife) |

Deutschkenntnis

C31: „Welche Sprache oder Sprachen sprechen Sie zu Hause (hier in Deutschland) am häufigsten?“

Wurde Deutsch als erste oder zweite Sprache genannt, besitzt der Befragte hohe Deutschkenntnisse (Wert: 1). Wurde Deutsch nicht genannt, besitzt der Befragte geringe Deutschkenntnisse (Wert: 0).

Politisches Interesse

Das vierstufige Item wurde so umkodiert, dass der höchste Wert ein hohes politisches Interesse und der niedrigste Wert ein geringes politisches Interesse abbildet.

B1: „Wie sehr interessieren Sie sich für Politik? Sind Sie...“

- 1 überhaupt nicht interessiert
- 2 wenig interessiert
- 3 ziemlich interessiert
- 4 sehr interessiert

Parteiidentifikation

B20a: „Gibt es eine politische Partei, der Sie näher stehen als allen anderen Parteien?“

- 1 ja
- 0 nein

Subjektive politische Kompetenz

B2: „Wie oft erscheint Ihnen Politik so kompliziert, dass Sie gar nicht richtig verstehen, worum es eigentlich geht?“

- 0 häufig
- 1 ziemlich häufig
- 2 manchmal
- 3 selten
- 4 nie

B3: „Wie schwer oder leicht fällt es Ihnen, sich über politische Themen eine Meinung zu bilden?“

- 0 sehr schwer
- 1 schwer
- 2 weder schwer noch leicht
- 3 leicht
- 4 sehr leicht

Diese beiden Items wurden in einem fünfstufigen Index zusammengefasst:

- 0 sehr geringe subjektive politische Kompetenz
- 1 geringe subjektive politische Kompetenz
- 2 mittlere subjektive politische Kompetenz
- 3 hohe subjektive politische Kompetenz
- 4 sehr hohe subjektive politische Kompetenz

Mitarbeit in Organisationen oder Vereinen

„Es gibt verschiedene Möglichkeiten, mit denen man versuchen kann, etwas in Deutschland zu verbessern oder zu verhindern, dass sich etwas verschlechtert. Haben sie im Verlauf der letzten 12 Monate irgendetwas davon unternommen? Haben Sie...“

B15: „...in einer anderen Organisation oder in einem anderen Verband oder Verein mitgearbeitet?“

- 1 ja
- 0 nein

Geschlecht

F2: Befragte Person ist...

- 0 weiblich
- 1 männlich

Alter

F3: „Sagen Sie mir bitte, in welchem Monat und in welchem Jahr Sie geboren sind?“

Die metrische Variable wurde für die Regressionsanalyse in Alterskategorien zusammengefasst.

- 18-22 Jahre
- 23-30 Jahre
- 31-40 Jahre
- 41-50 Jahre
- 51-60 Jahre
- 61+ Jahre

B. Tabellen

Tabelle B1: Unterschiede im Partizipationsniveau (binärer Index ohne Wahl)

	Deutsche ohne MH (n=9.073)	Zweite Generation (n=764)	Zweite Generation nach zugewanderten Elternteilen		Zweite Generation nach Staatsbürgerschaft	
			ein Elternteil (n=539)	zwei Elternteile (n=227)	deutsch (n=692)	ausländisch (n=72)
Partizipationsniveau (in Prozent)	41,7	46,5	48,1	42,7	47,7 ^{††}	34,7

Anmerkungen: N: Spalte 1+2=9.837, Spalte 1+3+4=9.839, Spalte 1+5+6=9.837;

*p≤0.05, **p≤0.01, ***p≤0.001 im Vergleich zur Referenzgruppe Deutsche ohne MH;

†p≤0.05, ††p≤0.01, †††p≤0.001 innerhalb der jeweiligen Subgruppe;

Daten gewichtet nach Untersuchungsdesign;

Quelle: ESS 1/2/3/4

Tabelle B2: Unterschiede in der Partizipationsstruktur in einem verfassten und unverfassten Partizipationsindex (in Prozent)

	Deutsche ohne MH	Zweite Generation	Zweite Generation nach zugewanderten Elternteilen		Zweite Generation nach Staatsbürgerschaft	
			ein Elternteil	zwei Elternteile	deutsch	ausländisch
Wahl	84,7	81,2*	82,9	76,3*	82,7	–
Mitarbeit in Partei	3,9	4,7	5,2	4,0	5,2 ^{†††}	0***
Verfasster Index	84,8	81,4*	83,2	76,3*	83 ^{†††}	26,3***
Politikerkontakt	14,1	15	16,9 [†]	10,6	16,3 ^{†††}	1,4***
Abzeichen	5	5,5	6,7 [†]	2,7	5	5,9
Petition	31,7***	37,5	31,7**	38,6	31,7**	38,2
Demonstration	8,6	10,5	8,6	10,4	8,6	10,3
Unverfasster Index	41,2	46,2**	47,8**	42,7	47,4**	34,7

Anmerkungen: N_{Wahlbeteiligung}: Spalte 1+2=9.520, Spalte 1+3+4=9.521, Spalte 1+5+6=9.519;

N_{Mitarbeit in Partei}: Spalte 1+2=9.857, Spalte 1+3+4=9.859, Spalte 1+5+6=9.849;

N_{Verfasster Index}: Spalte 1+2=9.524, Spalte 1+3+4=9.524, Spalte 1+5+6=9.522;

N_{Politikerkontakt}: Spalte 1+2=9.857, Spalte 1+3+4=9.857, Spalte 1+5+6=9.848;

N_{Abzeichen}: Spalte 1+2=9.854, Spalte 1+3+4=9.854, Spalte 1+5+6=9.846;

N_{Petition}: Spalte 1+2=9.834, Spalte 1+3+4=9.834, Spalte 1+5+6=9.825;

N_{Demonstration}: Spalte 1+2=9.854, Spalte 1+3+4=9.854, Spalte 1+5+6=9.846;

N_{Unverfasster Index}: Spalte 1+2=9.837, Spalte 1+3+4=9.838, Spalte 1+5+6=9.829;

*p≤0.05, **p≤0.01, ***p≤0.001 im Vergleich zu Referenzgruppe Deutsche ohne MH;

†p≤0.05, ††p≤0.01, †††p≤0.001 innerhalb der jeweiligen Subgruppe;

Daten gewichtet nach Untersuchungsdesign;

Quelle: ESS 1/2/3/4

Die Erklärungsleistung des *CVM* ist für verfasste Partizipationsformen deutlich höher als für unverfasste Partizipationsformen. Um dies zu demonstrieren, wird für jede Partizipationsform Nagelkerkes R^2 von Modell VI ausgewiesen:

Tabelle B3: Erklärungsleistung des *CVM* in Modell VI für einzelne Partizipationsformen (binär logistische Regressionsanalyse)

	Wahl	Parteiarbeit	Politikerkontakt	Abzeichen	Petition	Demonstration
Nagelkerkes R^2 (in Prozent)	26,9	26,5	21,9	14,6	15,2	12,2
N	5.799	5.920	5.918	5.918	5.909	5.918

Tabelle B4: Erklärungsleistung des *CVM* in Modell VI für einzelne Partizipationsformen– differenziert nach der Staatsbürgerschaft der zweiten Migrantengeneration (binär logistische Regressionsanalyse)

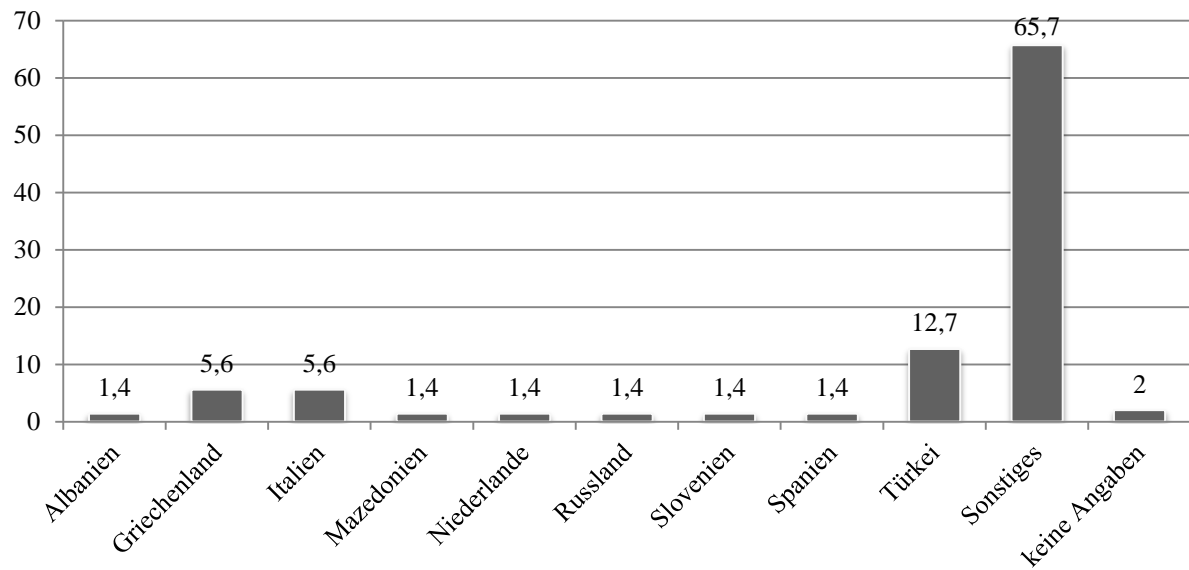
	Wahl	Parteiarbeit	Politikerkontakt	Abzeichen	Petition	Demonstration
Nagelkerkes R^2 (in Prozent)	27,1	26,6	21,9	14,6	15,2	12,2
N	5.798	5.916	5.914	5.914	5.905	5.914

Tabelle B5: Erklärungsleistung des *CVM* in Modell VI für einzelne Partizipationsformen– differenziert nach der Anzahl zugewanderter Elternteile der zweiten Migrantengeneration (binär logistische Regressionsanalyse)

	Wahl	Parteiarbeit	Politikerkontakt	Abzeichen	Petition	Demonstration
Nagelkerkes R^2 (in Prozent)	26,9	26,5	21,9	14,6	15,2	12,3
N	5.799	5.920	5.918	5.918	5.909	5.918

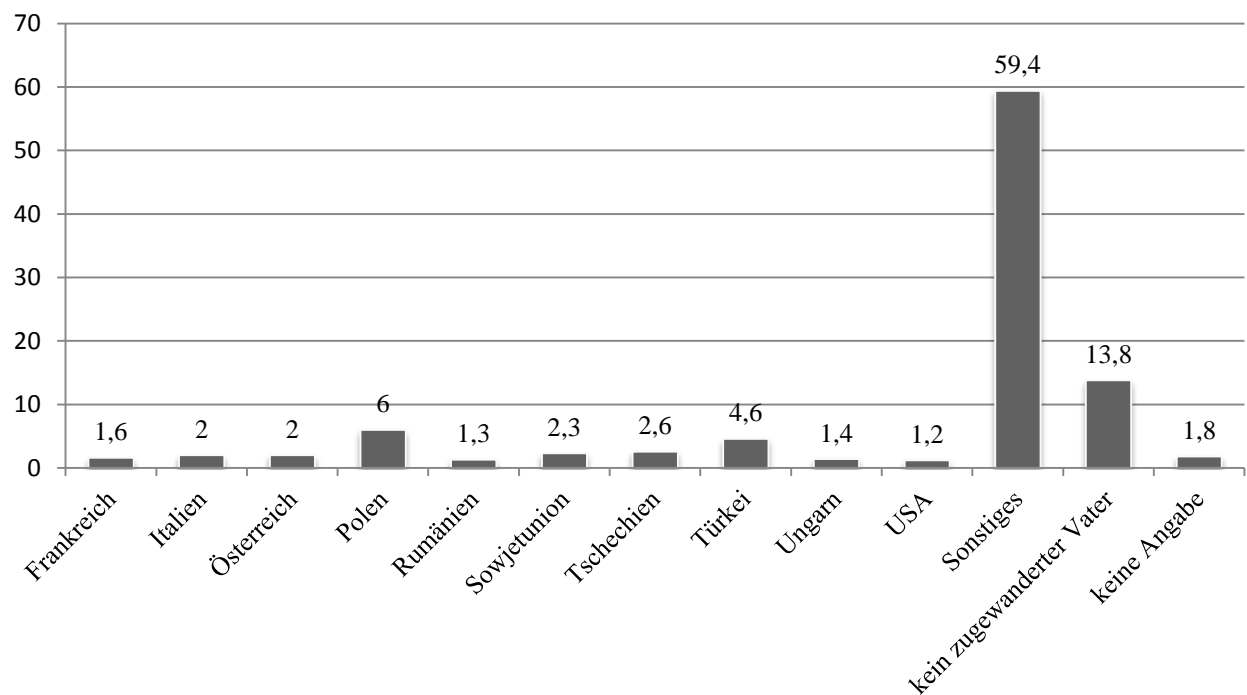
C. Abbildungen

Abbildung C1: Verteilung der Staatsbürgerschaften unter ausländischen Personen der zweiten Migrantengeneration (in Prozent)



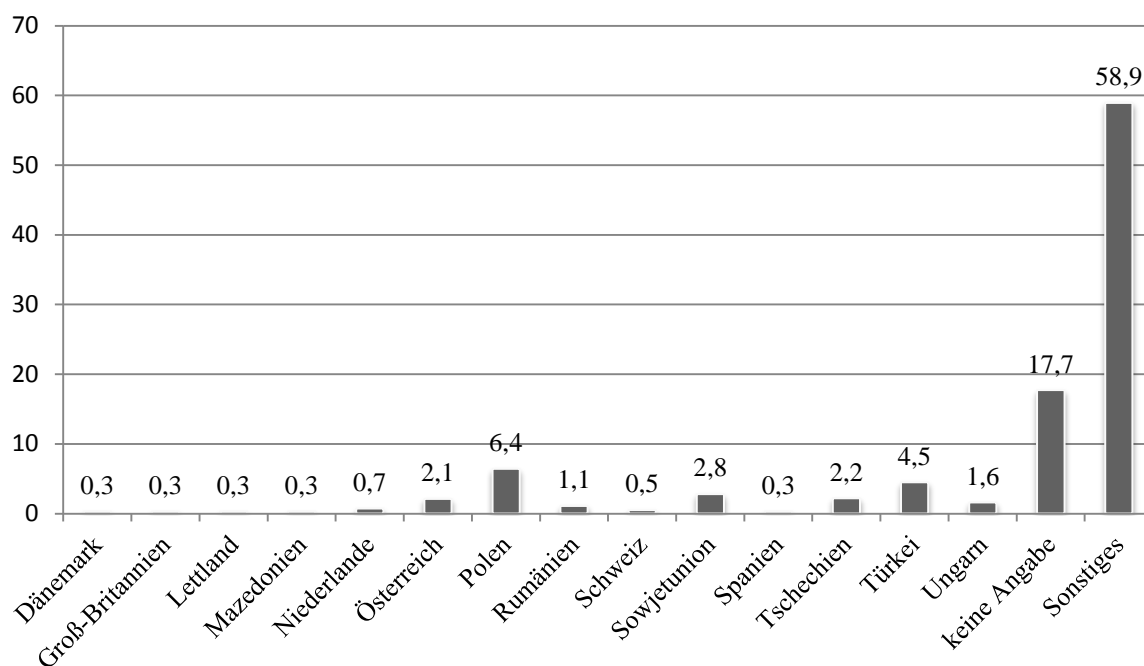
Anmerkungen: N=46; Angaben in Prozent; Daten gewichtet nach Untersuchungsdesign;
Quelle: ESS 1/2/3/4

Abbildung C2: Verteilung des väterlichen Herkunftslands der zweiten Migrantengeneration (in Prozent)



Anmerkungen: N=761; Angaben in Prozent; Daten gewichtet nach Untersuchungsdesign;
Quelle: ESS 1/2/3/4

Abbildung C3: Verteilung des mütterlichen Herkunftslands der zweiten Migrantengeneration (in Prozent)



Anmerkungen: N=760; Angaben in Prozent; Daten gewichtet nach Untersuchungsdesign;
Quelle: ESS 1/2/3/4

D. Tabellarischer Überblick über den Forschungsstand zur politischen Integration der zweiten Migrantengeneration

Studie	Untersuchungsgruppe	Untersuchungsgegenstand	Datengrundlage	Zentrale Ergebnisse	Schwächen der Studien
Heß-Meinig (2000)	Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 14 und 25 Jahren mit einer türkischen, griechischen oder italienischen Staatsbürgerschaft	Politische und gesellschaftliche Partizipation (Briefe an Politiker schreiben, sich in öffentlichen Versammlungen an Diskussionen beteiligen, ein politisches Amt übernehmen, in einem Mitbestimmungsgremium im Betrieb, in der Schule, in der Ausbildungsstätte mitarbeiten, Briefe zu politischen oder gesellschaftlichen Themen an Medien schreiben, Mitarbeit in einer Bürgerinitiative, Mitarbeit in einer anderen politischen Gruppierung, Geldspende an Partei, Mitarbeit in Bürgerinitiative oder politischer Gruppierung, Teilnahme an Unterschriftenanmeldung, Teilnahme an genehmigter Demonstration, Teilnahme an nicht-genehmigter Demonstration, Teilnahme an gewerkschaftlich beschlossenen Streik, Teilnahme an sonstigen Streikaktionen, Beteiligung an einem Boykott)	Studie ‚Jugendliche aus Migrantenfamilien in der Schwelle zur politischen Partizipation‘ des <i>Deutschen Jugendinstituts</i>	<ul style="list-style-type: none"> - Bereitschaft der ausländischen Untersuchungsgruppen, sich im Rahmen konventioneller Partizipationsformen zu engagieren, liegt deutlich niedriger, als dies auf Personen ohne Migrationshintergrund zutrifft - geringere Partizipationsbereitschaft ausländischer Personen kann vor allem auf ihr durchschnittlich geringeres Bildungsniveau zurückgeführt werden - ausländische und deutsche Jugendliche präferieren grundsätzlich ähnliche Partizipationsformen → Hinweis auf eine kontinuierliche Annäherung des politischen Partizipationsverhaltens von ausländischen Jugendlichen an ihre deutsche Vergleichsgruppe 	<ul style="list-style-type: none"> - keine Unterscheidung der einzelnen Migrantengenerationen - Untersuchungsgruppe ist im Hinblick auf Nationalität und Alter nicht repräsentativ - kein theoretischer Rahmen (keine Definition des Partizipationsverständnisses) - rein deskriptive Analyse
Glatzer (2004)	italienisch- und türkischstämmige Personen im Alter zwischen 18 und 30 Jahren	Politische Partizipation (Verfassen von Briefen an Politiker, Übernahme eines politischen Amtes, Mitgliedschaft in Partei, Mitarbeit in Bürgerinitiative, Teilnahme an Demonstration)	<i>Integrationsurvey‘ des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung</i>	<ul style="list-style-type: none"> - Untersuchungsgruppen mit Migrationshintergrund partizipieren auf niedrigerem Niveau als Personen ohne Migrationshintergrund, dies trifft insbesondere auf türkischstämmige Personen zu - mit Einbürgerung nimmt Partizipationsniveau leicht zu 	<ul style="list-style-type: none"> - keine Unterscheidung der einzelnen Migrantengenerationen - Untersuchungsgruppe ist in Hinblick auf Alter und Nationalität nicht repräsentativ - kein theoretischer Rahmen (keine Definition des Partizipationsverständnisses) - rein deskriptive Analyse
Bertelsmann-Stiftung (2009)	Personen mit Migrationshintergrund (definiert nach <i>Mikrozensus</i>)	Politische Partizipation (Teilnahme an Unterschriftenanmeldung, Teilnahme an genehmigter Demonstration, Alternativ- oder Nichtwahl aus Protest, Mitarbeit in Bürgerinitiative, Teilnahme an nicht-genehmigter Demonstration)	Telefonbefragung unter zufällig ausgewählten Bürgern ab 18 Jahren	<ul style="list-style-type: none"> - Personen mit Migrationshintergrund schätzen ihre Beteiligungschancen als geringer ein als Deutsche ohne Migrationshintergrund - Personen mit Migrationshintergrund partizipieren auf niedrigerem Niveau als Deutsche ohne Migrationshintergrund 	<ul style="list-style-type: none"> - keine Unterscheidung der einzelnen Migrantengenerationen - rein deskriptive Analyse - unsaubere Begriffsverwendung im Hinblick auf Untersuchungsgruppen

